



Statistik in Sachsen

Jahrgang 20 – 1/2014



Inhaltsverzeichnis

23. Tag der Sachsen – der Landkreis Meißen und die Stadt Großenhain im Spiegel der Statistik	2
Andreas Oettel, Birgit Scheibe	
Gebäude- und Wohnungsbestand in Sachsen und seine Veränderung seit 1995	12
Gerlinde Kochan, Claudia Wehnert	
Das Baugewerbe in Sachsen im Jahr 2013	22
Andreas Oettel	
Struktur und Ausstattung der sächsischen Privathaushalte – erste Ergebnisse aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2013	32
Marcel Goldmann, Bettina Koreng	
Veränderung der Struktur privater Haushalte in Sachsen seit 1991 am Beispiel ausgewählter Haushaltstypen	43
Anke Puschmann	
Gesundheitliche Lage der Kinder in Sachsen	54
Gabriele Philipp	
Zentrale Umsetzung einer Gesundheitspersonalrechnung auf Länderebene durch das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen	62
Susanne Meise, Janika Weigel	
Zum Geld- und Kreditwesen in Sachsen in der Zeit von 2000 bis 2012 Teil 2 – Einlagengeschäft	78
Roman Straube	
Kreisergebnisse für das sächsische Baugewerbe 1991 bis 2012	88
Andreas Oettel	
Feierliche Verabschiedung von Frau Prof. Dr. Schneider-Böttcher in den Ruhestand in ihrer Funktion als Präsidentin des Statistischen Landesamtes	92
Diana Münzberg-Roth	
Neues aus Sachsen	96
Sächsischer Zahlenspiegel	99

Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

haben Sie schon auf diese neue Ausgabe der Zeitschrift des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen gewartet?

Sie präsentiert sich ab diesem Jahr mit einem neuen Layout. Damit tragen wir den Anregungen und Wünschen unserer Leser Rechnung, die im letzten Jahr bei einer Kundenbefragung zu unserer Zeitschrift an uns herangetragen wurden. Obwohl die Zeitschrift nur noch zweimal jährlich erscheinen wird, wird sie sich in gewohnter Aktualität und Themenvielfalt präsentieren. Zum Jahresende 2013 wurde die Präsidentin unseres Amtes, Frau Prof. Dr. Schneider-Böttcher feierlich in den Ruhestand verabschiedet. Einige Eindrücke dieser Veranstaltung vermittelt Ihnen ein Beitrag dieses Heftes.

Das größte Volks- und Heimatfest, das im Freistaat Sachsen jedes Jahr am ersten Septemberwochenende gefeiert wird, der nunmehr 23. „Tag der Sachsen“, findet 2014 in Großenhain im Landkreis Meißen statt. Mit dem ersten Beitrag wird die 2011 begonnene Folge, anlässlich des Tages der Sachsen die Gastgeberstädte und deren Landkreise im Spiegel der amtlichen Statistik vorzustellen, fortgesetzt.

Zum Stichtag 9. Mai 2011 wurde in Deutschland der „Zensus2011“ durchgeführt. Über die Ergebnisse der darin integrierten Gebäude- und Wohnungszählung informiert der zweite Beitrag des Heftes. Dabei wird neben der Entwicklung des Wohnungsbestandes seit der letzten Zählung 1995 analysiert, welches Alter und welche Ausstattung die Wohnungen erreicht haben. Vergleiche mit den anderen neuen Ländern und Deutschland insgesamt runden die Darstellung ab.

Die jährlich erscheinende Betrachtung des sächsischen Baugewerbes für das Jahr 2013 ergibt, dass der Umsatz sowohl im Bauhaupt- als auch im Ausbaugewerbe gegenüber dem Vorjahr wieder zunahm, nachdem er 2012 gegenüber 2011 gesunken war. Besonders hervorzuheben ist der Umsatzanstieg beim Wohnungsbau um fast 20 Prozent.

Mit den ersten Ergebnissen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013 werden die soziodemografische und die sozioökonomische Struktur der sächsischen Privathaushalte betrachtet und in einem zweiten Teil werden die Ergebnisse zur Ausstattung der privaten Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern dargestellt. In der Fortsetzung erhalten Sie mit einem Beitrag aktuelle Erkenntnisse zur Veränderung der Struktur privater Haushalte in Sachsen seit 1991, wie sie sich aus den Ergebnissen des Mikrozensus ergeben.

Gesundheitlichen Themen widmen sich zwei weitere Beiträge in diesem Heft. Einerseits geht es um die gesundheitliche Lage der Kinder in Sachsen und andererseits wird die Umsetzung einer Gesundheitspersonalrechnung auf Länderebene durch das Statistische Landesamt dargestellt.

Mit einer Analyse zu aktuellen Ergebnissen zum Geld- und Kreditwesen in Sachsen seit dem Jahr 2000 wird die Zeitschrift vervollständigt.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Heft wiederum interessante Informationen aus unserer Arbeit zu bieten. Über die Themen dieser Zeitschrift hinaus stehen Ihnen zahlreiche andere Publikationen mit detaillierten statistischen Informationen zur Verfügung. Außerdem finden Sie uns im Internet unter www.statistik.sachsen.de. Datenanfragen beantwortet Ihnen wie immer auch unser Auskunftsdienst (Tel. 03578 33 1913).

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und freue mich, wenn Sie auch weiterhin unsere Daten und Informationen für Ihre Arbeit nutzen.

Christa Bahrmann
Stellvertretende Behördenleiterin

23. Tag der Sachsen – der Landkreis Meißen und die Stadt Großenhain im Spiegel der Statistik

Die 23. Gastgeberstadt des „Tages der Sachsen“ 2014, dem größten Volks-, Vereins- und Heimatfest im Freistaat Sachsen, ist die Stadt Großenhain im Landkreis Meißen. Am ersten Wochenende im September, vom 5. bis 7. September, werden hunderttausende Besucher in „Großenhain, der freundlichen Stadt im Grünen“ erwartet. In Anlehnung an diesen Slogan steht der diesjährige „Tag der Sachsen“ unter dem Motto „NATUR“lich Großenhain“. Darin spiegeln sich die Vorzüge von Großenhain mit seiner geschichtsträchtigen Altstadt, einem breiten Kulturangebot sowie zahlreichen Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten in der Natur wider. [1] Seit 1992 wird dieses Volks- und Heimatfest alljährlich am ersten Septemberwochenende in einer anderen sächsischen Stadt gefeiert. Vereine und Künstler präsentieren sich, Sportler zeigen ihr Können, Händler und Handwerker sorgen für buntes Marktleben. 2013 besuchten rund 245 000 Gäste den Tag der Sachsen in Schwarzenberg im Erzgebirgskreis. 2015 wird Wurzen im Landkreis Leipzig Ausrichter des 24. Tages der Sachsen sein. Mit diesem Beitrag wird die 2011 begonnene Folge, anlässlich des Tages der Sachsen die Gastgeberstädte und deren Landkreise im Spiegel der amtlichen Statistik vorzustellen, fortgesetzt.



Offizielles Logo zum Tag der Sachsen 2014

Lage und Geschichte

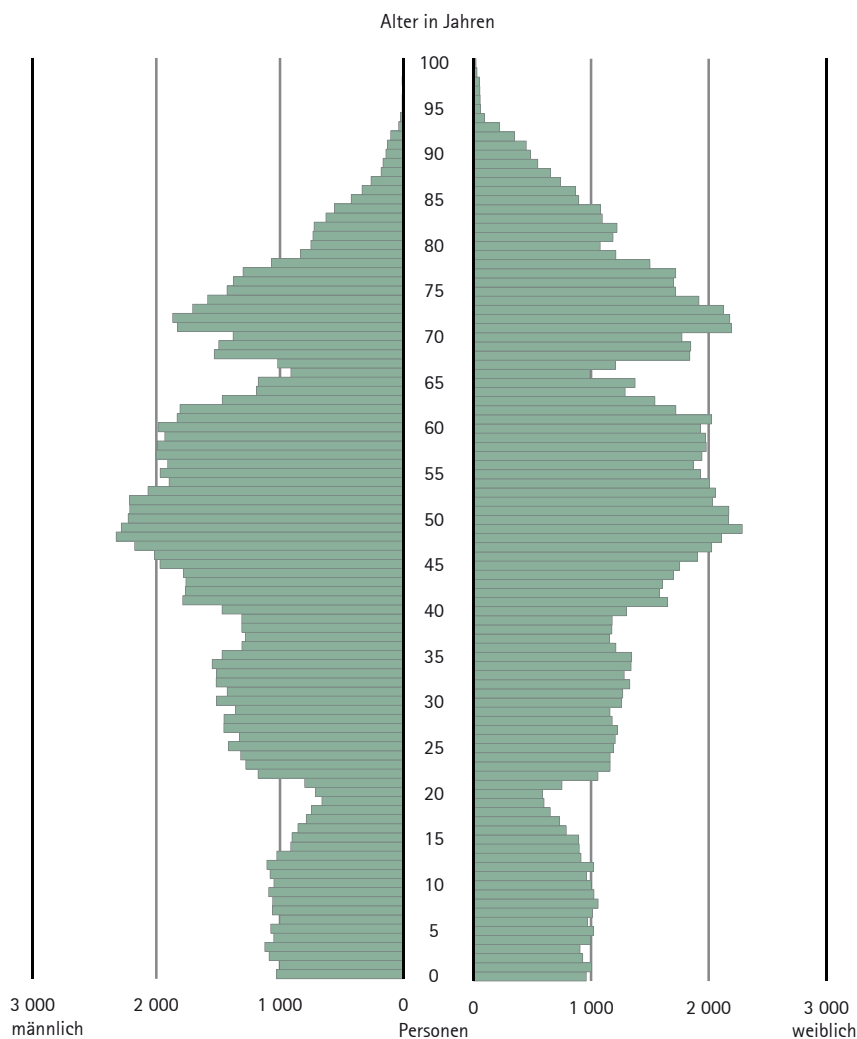
Der Landkreis Meißen grenzt im Osten an den Landkreis Bautzen, im Südosten an die Landeshauptstadt Dresden, im Süden an die Landkreise Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Mittelsachsen sowie im Westen an den Landkreis Nordsachsen. Er beinhaltet das Kerngebiet der einstigen Markgrafschaft Meißen, der unter Historikern gern so genannten „Wiege Sachsens“. Die Nähe zur Landeshauptstadt Dresden und die günstige Verkehrsanbindung des Landkreises haben sich in den letzten Jahren positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgewirkt. [2] Nachdem zum 1. August 1994 durch Zusammenlegung der Landkreise Riesa und Großenhain der Landkreis Riesa-Großenhain mit der Kreisstadt Großenhain entstand, wurde zum 1. August 2008 der Kreis zusammen mit dem Landkreis Meißen zum neuen Landkreis Meißen vereint. Dessen Kreisstadt ist Meißen mit über 27 000 Einwohnern. Somit verlor Großenhain nach über fünfzig Jahren den Kreissitz. Es erhielt den Status einer Großen Kreisstadt. Die Lage von Großenhain am Kreuzungspunkt der Via Regia mit der Salzstraße trug maßgeblich zu der erfolgreichen Entwicklung der Stadt als Fernhandels- und Tuchmacherzentrum bei. Die Via Regia (Hohe Straße) war eine der bedeutendsten mittelalterlichen Handelsstraßen. [3]

Großenhain gehört zu den ältesten Städten in Sachsen. Der Ort wurde 1205 als Hayn erstmals urkundlich erwähnt. Seit Mitte des 17. Jahrhunderts war Großenhain Garnison. Am 15. November 1913 wurde im Auftrag des Militärs der Bau eines Flugplatzes begonnen. Seit 1914 gab es in Großenhain einen Militärflugplatz. Ab 1991 parallel und seit 1993 ausschließlich erfolgt die zivile Nutzung. [4]

Fläche und Bevölkerung

Der Landkreis Meißen umfasst eine **Fläche** von 1 452 km², das sind knapp acht Prozent der Fläche des Freistaates Sachsen. Er ist nach dem Landkreis Zwickau und dem Erzgebirgskreis ein Landkreis mit einer relativ hohen Bevölkerungsdichte. Sechs Prozent der Einwohner von Sachsen leben hier. Die rund 245 000 **Einwohner** (Stand 31. Dezember 2012) verteilen sich seit 1. Januar 2014 auf 29 Gemeinden, darunter zehn Städte. Der Landkreis Meißen hat somit die wenigsten Gemeinden und auch Städte im Vergleich der sächsischen Landkreise. Großenhain ist mit über 18 500 Einwohnern die fünftgrößte Stadt im Landkreis. Lediglich Nossen hatte noch von den Städten mehr als 10 000 Einwohner. 15 der 29 Gemeinden hatten zum 31. Dezember 2012 weniger als 5 000 Einwohner. Wäh-

Abb. 1 Bevölkerung des Landkreises Meißen am 31. Dezember 2012 nach Alter und Geschlecht



rend in Sachsen 2012 im Vergleich zu 2005 ein Rückgang der Bevölkerung um 5,2 Prozent zu verzeichnen war, fiel der Bevölkerungsverlust in der Stadt Großenhain und im Landkreis Meißen wesentlich höher aus. Die Stadt schrumpfte um 11,9 Prozent, der Landkreis um 7,6 Prozent. Besonders hoch sind die Rückgänge in der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen, in der in der Regel die Ausbildung erfolgt. Hier halbierte sich in Großenhain und dem Landkreis die Zahl im Vergleich zu 2005. Dagegen stieg die Zahl der 70-Jährigen und älteren in Großenhain um 22,3 Prozent, im Landkreis Meißen um 25,6 Prozent und in Sachsen um 23,0 Prozent. Während für den Rückgang der Bevölkerungszahlen im Jahr 2012 in Sachsen ausschließlich ein Überschuss an Gestorbenen die Ursache war, kam für Großenhain und den Landkreis Meißen noch ein Überschuss an Fortzügen hinzu. 2012 zogen aus dem Landkreis Meißen 418 Einwohner mehr weg als zuzogen. Dazu kam noch ein Überschuss an Gestorbenen von 1 130. Die Stadt

Großenhain verlor 2012 durch einen Überschuss an Fortzügen 42 Einwohner und zusätzlich noch 116 durch den Überschuss an Gestorbenen. Der **Bevölkerungsrückgang** wird sich, wie in allen Landkreisen des Freistaates, auch im Landkreis Meißen und der Stadt Großenhain **bis 2025** fortsetzen. Auch weiterhin wird sowohl in Großenhain als auch im Landkreis Meißen der Rückgang stärker als im Sächsendurchschnitt ausfallen. Für Sachsen wird 2025 im Vergleich zu 2012, nach Berechnungen der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose, mit einem Minus zwischen 6,7 Prozent und 10,0 Prozent gerechnet. Für die Stadt Großenhain werden zwischen 11,0 Prozent und 14,4 Prozent weniger Einwohner prognostiziert, für den Landkreis liegen die Werte zwischen 8,5 Prozent und 11,2 Prozent. Der Rückgang der Einwohnerzahl geht mit einer fortgesetzten Alterung der Bevölkerung einher. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung im Landkreis Meißen wird um mindestens drei Jahre von derzeit 47,3 Jahre auf 50,4 Jahre bzw.

Tab. 1 Voraussichtliche Bevölkerung der Stadt Großenhain, des Landkreises Meißen und des Freistaates Sachsen 2025¹⁾ nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Variante 1			Variante 2		
	Großen- hain, Stadt	Landkreis Meißen	Freistaat Sachsen	Großen- hain, Stadt	Landkreis Meißen	Freistaat Sachsen
1 000						
unter 15	1,9	25,6	440,0	1,7	23,9	405,2
15 - 65	9,3	127,3	2 186,1	8,8	122,4	2 084,9
65 und mehr	5,3	71,0	1 151,4	5,3	71,2	1 156,6
Insgesamt	16,5	223,9	3 777,5	15,9	217,4	3 646,7
Prozent						
unter 15	11,3	11,4	11,6	10,7	11,0	11,1
15 - 65	56,4	56,8	57,9	55,8	56,3	57,2
65 und mehr	32,3	31,7	30,5	33,5	32,7	31,7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Veränderung 2025 gegenüber 2012 (in %)	-11,0	- 8,5	-6,7	-14,4	-11,2	-10,0

1) Datenquelle: 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025

51,1 Jahre steigen. 2025 werden nur noch elf Prozent der Einwohner unter 15 Jahre alt sein, jedoch fast ein Drittel 65 Jahre und älter. Das trifft sowohl für Großenhain als auch für den Landkreis Meißen zu.

Bildung

Im Landkreis Meißen wurden am 1. März 2013 insgesamt 17 556 Kinder bis unter 14 Jahren in 179 **Kindertageseinrichtungen**, darunter 15 in der Stadt Großenhain, sowie von 77 Tagespflegepersonen versorgt. Somit wurden im Landkreis die Hälfte der Kinder im Alter von unter 3 Jahren und 98,0 Prozent der Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren betreut.

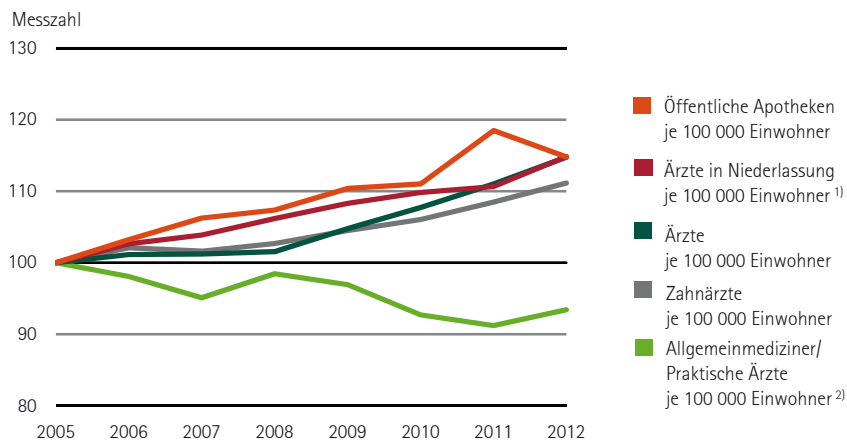
Im Schuljahr 2013/14 lernen an 90 **allgemeinbildenden Schulen** im Landkreis fast 22 200 Schülerinnen und Schüler. Das sind rund 220 Personen bzw. ein Prozent mehr als im Schuljahr 2005/06. Verringert hat sich die Zahl der allgemeinbildenden Schulen. Inzwischen gibt es eine Grundschule und drei Mittelschulen weniger. Hinzugekommen ist im Schuljahr 2011/12 das Gymnasium des Christlichen Schulzentrums „Rudolf Stempel“ Riesa e. V. In der Stadt Großenhain ging seit 2005/06 die Zahl der allgemeinbildenden Schulen um eine bzw. 10 Prozent und die Schülerzahl um 138 Personen bzw. sechs Prozent zurück. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist insbesondere die Zahl der Absolventen/Abgänger von allgemeinbildenden Schulen gesunken. Im Vergleich zu 2005 verließen im Landkreis Meißen sowie in der Stadt Großenhain 2013 jeweils rund 50 Prozent weniger Schüler

die allgemeinbildende Schule. Knapp ein Drittel der Absolventen in der Stadt Großenhain und ein Viertel im Landkreis Meißen beendeten die allgemeinbildende Schule mit der allgemeinen Hochschulreife (Sachsen: 28 Prozent).

Für die **berufliche Ausbildung** stehen im Landkreis Meißen im laufenden Schuljahr elf Schulen bzw. Berufliche Schulzentren zur Verfügung. Zurzeit werden fast 4 200 Schülerinnen und Schüler an den berufsbildenden Schulen ausgebildet. Das sind 49 Prozent weniger als 2005/06.

Der tertiäre Bildungsbereich ist im Landkreis Meißen durch die Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung in Meißen, die Evangelische Hochschule in Moritzburg und eine der sieben Staatlichen Studienakademien der Berufsakademie Sachsen vertreten. An den sächsischen Hochschulen waren im Wintersemester 2013/14 insgesamt 113 394 Studierende eingeschrieben. Unter ihnen waren 584 Studenten der Verwaltungsfachhochschule in Meißen und 102 der Evangelischen Hochschule in Moritzburg. Während die Studentenzahlen für Sachsen seit dem Wintersemester 2005/06 um 5,2 Prozent gestiegen sind, gingen die Studentenzahlen in Meißen um 12,4 Prozent zurück. Die Evangelische Hochschule hatte im Wintersemester 2013/14 27 Studenten mehr als 2005/06. Die Zahl der Absolventen von Hochschulen in Sachsen erhöhte sich im Zeitraum 2005 bis 2012 um 70 Prozent. An der Verwaltungsfachhochschule in Meißen verringerte sich die Absolventenzahl im gleichen Zeitraum um ein Fünftel von 239 auf 192

**Abb. 2 Entwicklung der gesundheitlichen Versorgung im Landkreis Meißen
2005 bis 2012 (2005 = 100)**



1) einschließlich Ärzte in Einrichtungen gemäß § 311 SGB V - Gesetzliche Krankenversicherung, einschließlich Angestellte, Teilzeitangestellte und Praxisassistenten

2) ab 2006 einschließlich Innere Medizin und Allgemeinmedizin (Hausarzt); vorher nur Allgemeinmedizin

**Tab. 2 Gesundheitliche Versorgung im Landkreis Meißen und Freistaat Sachsen
2005 und 2012**

Merkmal	Landkreis Meißen		Sachsen	
	2005	2012	2005	2012
Krankenhäuser	5	4	85	78
Rehabilitationseinrichtungen	4	4	45	51
Ärzte je 100 000 Einwohner	267,1	306,5	335,3	393,4
Zahnärzte je 100 000 Einwohner	82,7	91,9	88,4	96,0
Öffentliche Apotheken je 100 000 Einwohner	18,5	21,2	22,6	24,6

Absolventen. In der Evangelischen Hochschule war ein Anstieg von 11 auf 19 Absolventen zu verzeichnen.

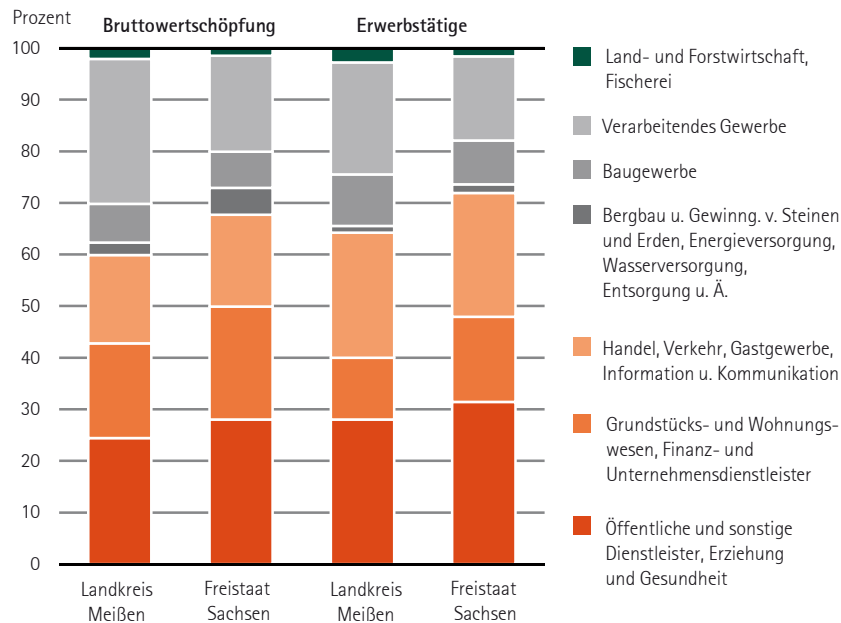
Die Berufsakademie Sachsen bereitet die Studenten in einem dreijährigen praxisintegrierten Studium auf eine berufliche Tätigkeit vor. Angeboten werden die drei Studienbereiche Sozialwesen, Technik und Wirtschaft. In Sachsen studieren derzeit insgesamt über 4 600 junge Menschen, 510 davon in Riesa im Landkreis Meißen. An der Studienakademie in Riesa werden die Studienbereiche Technik und Wirtschaft angeboten. 60 Prozent der Studierenden in Riesa wählten 2013 eine Studienrichtung aus dem Bereich Technik und 40 Prozent aus dem Studienbereich Wirtschaft. In den Jahren 2005 bis 2009 stieg die Zahl der dort Studierenden von 524 um 157 Personen bzw. 30 Prozent. Seit 2010 sank die Zahl der Studierenden wieder um 171 Personen bzw. 25 Prozent. 2013 beendeten im Studienbereich Technik 91 Absolventen (fünf Prozent mehr als 2005) und im Studienbereich Wirtschaft 66 Absolventen (24 Prozent weniger) erfolgreich ihr Studium.

Gesundheit und Soziales

Die **gesundheitliche Versorgung** der Bevölkerung im Landkreis Meißen hat sich 2012 im Vergleich zu 2005 verbessert. Es stehen mehr Ärzte, Zahnärzte und auch öffentliche Apotheken je 100 000 Einwohner zur Verfügung. Im Vergleich zum Sachsendurchschnitt ist im Landkreis Meißen sowohl die Ausstattung mit Ärzten als auch mit Zahnärzten sowie Apotheken ungünstiger.

2012 standen in den vier Krankenhäusern im Landkreis Meißen 1 207 Betten und in vier Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 362 Betten für die medizinische Betreuung der Patienten zur Verfügung. Die pflegebedürftigen Personen im Landkreis Meißen konnten 2011 in 61 ambulanten bzw. 50 stationären **Pflegeeinrichtungen** Hilfe in Anspruch nehmen. Die stationären Einrichtungen verfügten über 2 785 Plätze, das entspricht sechs Prozent der in Sachsen insgesamt bestehenden Plätze. Bezogen auf die Bevölkerung im Alter von über 65 Jahren war eine stationäre Pflegeversorgung im Landkreis Meißen von 44 Plätzen auf 1 000 Personen die-

Abb. 3 Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige im Mittel der Jahre 2009 bis 2011 nach Wirtschaftsbereichen



Datenquelle: Arbeitskreise VGR dL und ETR; Berechnungsstand: August 2012; eigene Berechnungen

ser Altersgruppe gegeben. Diese Quote lag unter der für Sachsen, wo für 1 000 über 65-Jährige knapp 50 Plätze verfügbar waren.

Im Dezember 2013 lebten im Landkreis Meißen 21 871 **Personen in Bedarfsgemeinschaften mit Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV)**, darunter in der Stadt Großenhain 2 257. Bezogen auf 100 Einwohner im Alter von unter 65 Jahren entspricht das für den Landkreis Meißen einer Quote von 12,1, sie lag somit unter dem Sachsendurchschnitt von 12,9. Für die Stadt Großenhain fiel die Quote mit 16,4 jedoch ungünstiger aus. Weitere Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes werden im Rahmen des **SGB XII (Sozialhilfe)** gewährt. Ende 2012 erhielten im Landkreis Meißen 1 833 Personen entsprechende Leistungen. Darunter waren 1 436 Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Unter ihnen befanden sich 499 Personen im Alter ab 65 Jahren und somit 0,8 Prozent der Bevölkerung im gesetzlichen Rentenalter.

Wirtschaftskraft

Im Landkreis Meißen wurde 2011 ein **Bruttoinlandsprodukt** (in jeweiligen Preisen) von 5,5 Milliarden € erwirtschaftet. Das waren 5,7 Prozent des sächsischen Bruttoinlandsproduktes.¹⁾ [5] Bezieht man das Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf die Erwerbstätigen, so zeigt sich, dass die Wirtschaftskraft des Kreises überdurchschnittlich ist (vgl. Tab. 4). Mit 50 752 € lag das

BIP je Erwerbstätigen um 4,5 Prozent über dem sächsischen Durchschnittswert von 48 581 €. Im Vergleich der Landkreise untereinander lag der Landkreis Meißen um 4,3 Prozent über dem Mittelwert von 48 673 €. Maßgeblich für diese Abweichungen ist die Wirtschaftsstruktur des Landkreises Meißen, die im Weiteren dargestellt und analysiert wird.

Die **Wirtschaftsstruktur** des Landkreises Meißen unterscheidet sich von der des Freistaates Sachsen insgesamt. Der Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschl. Fischerei) trug hier mit 2,0 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei, in Sachsen insgesamt war es nur 1,0 Prozent. (Alle Angaben zur Bruttowertschöpfung und den Erwerbstätigen im Folgenden sind Mittelwerte der Jahre 2009 bis 2011). Der Anteil des Produzierendes Gewerbes war im Landkreis Meißen mit 38,1 Prozent überdurchschnittlich. Der Anteil lag um gut sieben Prozentpunkte über dem Landesmittel von 30,9 Prozent. Der Anteil der Dienstleistungsbereiche zusammen muss dementsprechend unterdurchschnittlich sein. Mit 59,9 Prozent lag er um über acht Prozentpunkte unter dem Landesmittel von 68,1 Prozent.

Der überdurchschnittliche Anteil des Produzierenden Gewerbes im Landkreis Meißen im Vergleich zu Sachsen insgesamt resultiert aus dem hohen Anteil des Verarbeitenden Gewerbes von 28,1 Prozent (Sachsen insgesamt: 18,7 Prozent). Das Baugewerbe hatte mit 7,5 Prozent einen durchschnittlichen Anteil an der BWS (Sachsen: 7,0 Prozent). Die übrigen Bereiche²⁾ des Produ-

- 1) Alle Angaben des Bruttoinlandsproduktes bzw. der Bruttowertschöpfung für Kreise sind in jeweiligen Preisen. Preisbereinigte Daten werden dafür vom AK VGR dL nicht ermittelt.
- 2) Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden (Abschnitt B); Energieversorgung (Abschnitt D); Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen (Abschnitt E)

Tab. 3 Industrie, Baugewerbe und Tourismus im Landkreis Meißen und in der Stadt Großenhain

Merkmal	Jahr	Einheit	Großenhain, Stadt	Landkreis Meißen	Anteil an Sachsen in %	Landkreise	Freistaat Sachsen
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe¹⁾							
Betriebe	Sep 2013	Anzahl	18	203	6,7	...	3 052
Tätige Personen	Sep 2013	Anzahl	799	20 022	3,6	...	263 703
Gesamtumsatz	2013	1 000 €	89 470	4 280 969	7,3	...	58 588 701
darunter Auslandsumsatz	2013	1 000 €	5 824	1 440 997	6,9	...	20 743 396
Bauhauptgewerbe							
Betriebe	Juni 2013	Anzahl	39	426	6,2	5 547	6 822
Tätige Personen	Juni 2013	Anzahl	929	4 009	6,9	45 098	57 728
Gesamtumsatz (Vorjahresumsatz)	2012	1 000 €	28 407	337 684	5,3	4 593 616	6 357 690
Gesamtumsatz (Vorjahresumsatz) je tätiger Person	2012	€	30 578	84 231	x	101 859	110 132
Ausbaugewerbe²⁾							
Betriebe	Juni 2013	Anzahl	9	86	7,0	855	1 224
Tätige Personen	Juni 2013	Anzahl	330	1 957	6,7	19 569	29 088
Gesamtumsatz (Vorjahresumsatz)	2012	1 000 €	34 634	202 108	6,5	1 977 920	3 087 598
Gesamtumsatz (Vorjahresumsatz) je tätiger Person	2012	€	104 952	103 274	x	101 074	106 147
Tourismus³⁾							
Geöffnete Beherbergungsstätten / Campingplätze ⁴⁾	Juli 2013	Anzahl	6	140	6,6	1 780	2 129
Angebote Gästebetten in Beherbergungsstätten	Juli 2013	Anzahl	188	5 768	4,8	79 853	120 466
Ankünfte (einschließlich Camping)	2013	Anzahl	5 521	288 471	4,1	3 422 861	7 087 419
Übernachtungen (einschließlich Camping)	2013	Anzahl	28 048	670 460	3,7	10 919 085	18 285 259
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ⁵⁾	2013	Tage	5,1	2,3	x	3,2	2,6
Durchschnittliche Auslastung der angebotenen Gästebetten ⁶⁾	2013	%	44,3	31,1	x	37,4	41,6

1) Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen

2) Betriebe mit 10 und mehr tätigen Personen

3) Beherbergungsstätten mit 10 und mehr Betten sowie Campingplätze mit 10 und mehr Stellplätzen

4) ganz oder teilweise geöffnet

5) rechnerischer Wert Übernachtungen / Ankünfte

6) rechnerischer Wert (Übernachtungen / angebotene Bettentage) x 100

zierenden Gewerbes lagen mit einem Anteil von 2,4 Prozent deutlich unter dem sächsischen Mittel von 5,2 Prozent (vgl. auch Abb. 3).

Die Anteile der drei Dienstleistungsbereiche an der Bruttowertschöpfung waren für den Landkreis Meißen durchgehend unterdurchschnittlich. Der Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation trug mit 17,1 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei und lag nur wenig unter dem Landesmittel von 17,9 Prozent. Beim Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Unternehmensdienstleister lag der Anteil des Landkreises Meißen bei 18,4 Prozent, nicht ganz vier Prozentpunkte unter dem Landesmittel von 22,0 Prozent. Bei den Öffentlichen und sonstigen Dienstleistern, Erziehung und Gesundheit lag der Anteil bei 24,3 Prozent, knapp vier Prozentpunkte niedriger als das Landesmittel von 28,2 Prozent.

Die Wirtschaftsstruktur des Landkreises Meißen ist somit deutlich stärker industriell geprägt als der Freistaat Sachsen insgesamt. Auch die Land- und Forstwirtschaft (einschl. Fischerei) hat eine überdurchschnittliche Bedeutung im Vergleich zum Freistaat Sachsen insgesamt.³⁾ Der Kreis hat Anteil an der Lommatzscher Pflege, dem fruchtbarsten Ackerbaugelände Sachsens. [6]

Verarbeitendes Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen) erwirtschaftete im **Landkreis Meißen** 2013 einen Gesamtumsatz von 4 281 Millionen €, 5,0 Prozent weniger als im Vorjahr. Insgesamt gab es 203 berichtspflichtige Betriebe mit 20 022 tätigen Personen (Ende September). [7]

3) Der Anteil des Agrarsektors an der Wertschöpfung ist zwar auch im Landkreis Meißen mit 2,0 Prozent im Mittel der Jahre 2009 bis 2011 sehr klein, aber doch doppelt so hoch wie in Sachsen insgesamt.

Tab. 4 Eckdaten für die Stadt Großenhain und den Landkreis Meißen (Gebietsstand 1. Januar 2014)

Merkmal	Jahr	Einheit	Großenhain, Stadt	Landkreis Meißen	Anteil an Sachsen in %	Landkreise	Freistaat Sachsen
Fläche	31.12.2012	km ²	130	1 452	7,9	17 573	18 420
Bevölkerungsdichte	31.12.2012	EW/km ²	142	168	x	157	220
Bevölkerung ¹⁾	31.12.2012	Anzahl	18 537	244 717	6,0	2 763 051	4 050 204
unter 15 Jahre	31.12.2012	Anzahl	2 330	30 434	6,2	328 149	487 767
15 bis unter 65 Jahre	31.12.2012	Anzahl	11 581	151 936	5,9	1 725 953	2 560 172
65 und mehr Jahre	31.12.2012	Anzahl	4 626	62 347	6,2	708 949	1 002 265
Überschuss Lebendgeborene bzw. Gestorbene (-)	2012	Anzahl	-116	-1 130	x	-16 357	-16 629
Überschuss Zu- bzw. Fortzüge (-)	2012	Anzahl	-42	-418	x	-6 875	11 728
Bevölkerungsprognose Variante 1	31.12.2025	1 000	16,5	223,9	5,9	2 463,8	3 777,5
Variante 2	31.12.2025	1 000	15,9	217,4	6,0	2 397,9	3 646,7
Allgemeinbildende Schulen	2013/14	Anzahl	9	90	6,1	1 094	1 474
Berufsbildende Schulen	2013/14	Anzahl	2	11	4,1	141	268
Schüler an allgemeinbildenden Schulen	2013/14	Anzahl	2 129	22 193	6,6	231 571	335 866
Schüler an berufsbildenden Schulen	2013/14	Anzahl	954	4 152	4,1	48 978	100 517
Absolventen/Abgänger allgemeinbildende Schulen	2013	Anzahl	181	1 721	6,9	18 473	25 106
ohne Hauptschulabschluss	2013	Anzahl	32	145	5,6	1 774	2 599
Hauptschulabschluss	2013	Anzahl	13	179	7,0	1 865	2 543
Realschulabschluss	2013	Anzahl	78	961	7,5	10 041	12 885
allgemeine Hochschulreife	2013	Anzahl	58	436	6,2	4 793	7 079
Kindertageseinrichtungen	01.03.2013	Anzahl	15	179	6,4	2 023	2 815
Anzahl der Kinder unter 3 Jahre ²⁾	01.03.2013	Anzahl	211	3 017	6,1	31 413	49 527
von 3 bis unter 6 Jahren ²⁾	01.03.2013	Anzahl	466	6 046	6,1	64 214	98 674
Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahre ²⁾	01.03.2013	je 100	46,1	50,2	x	48,7	47,7
von 3 bis unter 6 Jahren ²⁾	01.03.2013	je 100	101,7	98,0	x	96,5	97,1
SGB-II-Quote ³⁾⁴⁾	31.12.2013	je 100	16,4	12,1	x	12,1	12,9
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen ⁵⁾	2011	Mill. €	x	5 474	5,7	58 709	95 383
Veränderung zum Vorjahr	2011 zu 2010	%	x	4,1	x	3,2	3,2
je Erwerbstätigen	2011	€	x	50 752	x	48 673	48 581
Erwerbstätige am Arbeitsort ⁶⁾	2011	1 000	x	107,9	5,5	1 206,2	1 963,4
je 1 000 Einwohner (Arbeitsplatzdichte)	2011	Anzahl	x	428,0	x	423,8	474,2
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁴⁾	30.06.2013	Anzahl	6 595	83 627	5,7	890 130	1 465 448
und zwar weiblich	30.06.2013	Anzahl	3 106	37 892	5,3	427 981	721 734
im Alter von 25 bis unter 50 Jahren	30.06.2013	Anzahl	3 590	47 510	5,5	503 151	857 733
Einpendler	30.06.2013	Anzahl	3 948	25 202	x	204 890	93 405
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort ⁴⁾	30.06.2013	Anzahl	6 534	91 778	6,1	1 026 731	1 504 065
und zwar weiblich	30.06.2013	Anzahl	3 097	44 045	6,0	492 313	728 573
im Alter von 25 bis unter 50 Jahren	30.06.2013	Anzahl	3 584	52 131	5,9	577 533	880 723
Auspendler	30.06.2013	Anzahl	3 887	33 353	x	341 491	132 022
Pendlersaldo	30.06.2013	Anzahl	61	-8 151	x	-136 601	-38 617

1) Die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung nach Einzelaltersjahren können geringfügig von den endgültigen Ergebnissen abweichen.

2) Anzahl der betreuten Kinder in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege bzw. je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe

3) Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften mit Leistungen nach dem SGB II im Dezember 2013 bezogen auf die Bevölkerung im Alter unter 65 Jahren im November 2013; eigene Berechnung

4) Quelle (Absolutzahlen): Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)

5) AK VGR dL; Berechnungsstand August 2012

6) AK ETR des Bundes und der Länder; Berechnungsstand: August 2012

Tab. 5 Arbeitslosigkeit für die Stadt Großenhain und den Landkreis Meißen (Gebietsstand 1. Januar 2014)

Merkmal	Jahr	Einheit	Großenhain, Stadt	Landkreis Meißen	Anteil an Sachsen in %	Landkreise	Freistaat Sachsen
Arbeitslose	2013	Anzahl	1 174	12 063	6,0	134 062	200 628
Frauen	2013	Anzahl	550	5 607	6,2	61 531	90 946
Männer	2013	Anzahl	625	6 456	5,9	72 532	109 683
Arbeitslosenquote ¹⁾	2013	%	x	9,3	x	x	9,4
Frauen	2013	%	x	9,2	x	x	9,1
Männer	2013	%	x	9,4	x	x	9,8
Arbeitslosenquote (15 bis unter 25 Jahre)	2013	%	x	8,5	x	x	8,3
Arbeitslosenquote (55 bis unter 65 Jahre)	2013	%	x	12,5	x	x	12,3

1) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Die umsatzstärksten Industriebereiche im Landkreis Meißen sind der Maschinenbau (Anteil von 18 Prozent), die Metallherzeugung und -bearbeitung (16 Prozent), die Herstellung von Metallerezeugnissen (13 Prozent) sowie die Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel) - (11 Prozent). Auf diese vier Bereiche entfielen 2012⁴⁾ knapp 60 Prozent des Gesamtumsatzes.

Beim Geschäft mit dem Ausland entfiel 2012 ein Drittel des Umsatzes allein auf den Maschinenbau. Die drei anderen Industriebereiche erbrachten zusammen gut 30 Prozent des Auslandsumsatzes. Das heißt, zusammen war es für die vier umsatzstarken Industriebereiche ein Anteil von gut 60 Prozent (vgl. dazu [8, Tab. 1.4.9]).

Der Landkreis Meißen erbrachte in den letzten Jahren rund die Hälfte des Gesamtumsatzes des Freistaates Sachsen im Industriebereich Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel), 2012 waren es 45 Prozent. Beim Auslandsumsatz kamen sogar rund 60 Prozent aus dem Landkreis Meißen, 59 Prozent im Jahr 2012. Ebenfalls eine große Bedeutung hat der Landkreis für die Metallherzeugung und -bearbeitung mit Anteilen am sächsischen Gesamtumsatz dieser Branche von einem Viertel und für die Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern mit einem Fünftel (vgl. dazu [8, Tab. 1.4.9]).

Die Industriebereiche mit den höchsten Beschäftigtenanteilen im Landkreis Meißen waren 2012 wiederum der Maschinenbau (18 Prozent), gefolgt von der Herstellung von Metallerezeugnissen (15 Prozent), der Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (12 Prozent) und der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (8 Prozent). Zusammen entfielen auf diese vier Bereiche

mehr als die Hälfte der in der Industrie tätigen Personen (53 Prozent) - (vgl. dazu [8, Tab. 1.2.9]).

In der **Stadt Großenhain** zählte die Industriestatistik 2013 18 Betriebe mit 799 tätigen Personen. Die Zahl der Industriebeschäftigten lag das dritte Jahr in Folge in der Größenordnung von 800 Personen. Ihr Gesamtumsatz belief sich auf 89,5 Millionen €. Die Umsätze zeigen von Jahr zu Jahr eine gewisse Schwankung. Über 90 Prozent des Gesamtumsatzes der Großenhainer Industriebetriebe werden auf dem Inlandsmarkt realisiert. 2013 betrug die Exportquote lediglich 6,5 Prozent. Die Industriestruktur Großenhains ist durch die Herstellung von Metallerezeugnissen gekennzeichnet. Im Jahr 2013 hatten allein neun Betriebe ihren Sitz in der Stadt. Sie beschäftigten zuletzt 375 tätigen Personen bzw. 47 Prozent der Industriebeschäftigten. Der Gesamtumsatz belief sich auf 40 Millionen €, das entsprach wiederum einem Anteil von 45 Prozent am Gesamtwert der Stadt. Die anderen Industriebereiche sind nur mit ein oder zwei Betrieben in der Stadt Großenhain vertreten.

Baugewerbe

Im **Landkreis Meißen** wurde von 4 009 tätigen Personen in 426 Betrieben des Bauhauptgewerbes (Juni 2013) für das Jahr 2012 ein Gesamtumsatz von 337,7 Millionen € erbracht (vgl. Tab. 3). Auf den Landkreis entfielen 2013 somit 6,2 Prozent der Betriebe, 6,9 Prozent der tätigen Personen und 5,3 Prozent des Gesamtumsatzes (Vorjahresumsatz) Sachsens. Der Gesamtumsatz je tätiger Person lag mit 84 231 € um rund ein Viertel (23,5 Prozent) unter dem Landesmittel von 110 132 €. Das heißt, die Umsatzproduktivität des Bauhauptgewerbes im Landkreis Meißen

4) Die vergleichbaren Daten für das Jahr 2013 sind teilweise nicht veröffentlicht.



Maskottchen „NIXI“ zum Tag der Sachsen 2014
© 2013 Ideenwerk Kroemke GmbH

ist deutlich unterdurchschnittlich. Selbst das Mittel der Landkreise von 101 895 € je tätiger Person wird noch um 17 Prozent verfehlt.

Im Juni 2013 hatten in der **Stadt Großenhain** 39 Betriebe des Bauhauptgewerbes ihren Sitz. Sie hatten 929 tätige Personen und erbrachten einen Gesamtumsatz von 28,4 Millionen € (2012). Der Anteil des Bauhauptgewerbes der Stadt Großenhain am Landkreis Meißen lag 2013 bei den Betrieben bei 9,2 Prozent, bei den tätigen Personen bei 23,2 Prozent und beim Gesamtumsatz (2012) bei 8,4 Prozent.

Ende Juni 2013 zählte der **Landkreis Meißen** im Ausbaugewerbe 86 Betriebe (mit 10 und mehr tätigen Personen) und 1 957 tätigen Personen. Der Gesamtumsatz (Vorjahresumsatz) erreichte einen Betrag von 202,1 Millionen €. Das waren 6,5 Prozent des sächsischen Wertes. Der entsprechende Anteil bei den Betrieben betrug 7,0 Prozent und bei den tätigen Personen 6,7 Prozent. Der Gesamtumsatz je tätiger Person erreichte im Ausbaugewerbe 103 274 €. Damit lag er knapp unter dem sächsischen Mittel von 106 147 € und leicht über dem Mittel der Landkreise von 101 074 €.

In der **Stadt Großenhain** gab es Ende Juni 2013 neun ausbaugewerbliche Betriebe (mit 10 und mehr tätigen Personen) und 330 tätigen Personen. Der Vorjahresumsatz lag bei 34,6 Millionen €. Da mit diesen Zahlen die Bedeutung des Ausbaugewerbes nicht vollständig zu erfassen ist, sei noch die Auswertung des Unternehmensregisters (URS 95) angefügt. Danach gibt es in der Stadt Großenhain rund 120 Betriebe des Ausbaugewerbes mit zusammen rund 550 tätigen Personen.⁵⁾

Erwerbstätigkeit

Im Jahr 2011 gab es im Landkreis Meißen rund 107 900 **Erwerbstätige**. Das heißt, für so viele Personen bot der Landkreis im Jahresmittel einen Arbeitsplatz an. 87 Prozent bzw. 94 000 Personen waren Arbeitnehmer und entsprechend 13 Prozent bzw. 13 900 Selbstständige. Bezieht man die Zahl der Erwerbstätigen auf die Einwohnerzahl, so zeigt sich, dass die Arbeitsplatzdichte im Landkreis Meißen mit 428 Erwerbstätigen je 1 000 Einwohner rund ein Prozent über dem Durchschnitt der Landkreise von 424 liegt, aber mit knapp zehn Prozent deutlich unter dem sächsischen Wert von 474 Erwerbstätigen je 1 000 Einwohner (vgl. Tab. 4). [9]

Die Zahl der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** [10] mit Arbeitsort im Landkreis Meißen lag am 30. Juni 2013 bei 83 627 Personen und die mit Wohnort im Landkreis Meißen bei 91 778 Personen. Das heißt, der Landkreis

Meißen ist ein Kreis mit einem Auspendlerüberschuss von über 8 000 Personen. Der Saldo setzt sich zusammen aus 33 353 Auspendlern und 25 202 Einpendlern.

Innerhalb des Landkreises Meißen hatten 6 595 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ihren Arbeitsort in **Großenhain**. Wohnort war die Stadt für 6 534 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Somit ergibt sich ein geringer Einpendlerüberschuss von weniger als 100 Personen. Der Pendlersaldo ergibt sich aus 3 887 Auspendlern und 3 948 Einpendlern (vgl. Tab. 4).

Arbeitsmarkt⁶⁾

Im Jahr 2013 entfielen durchschnittlich 12 063 Arbeitslose bzw. 6,0 Prozent aller Arbeitslosen in Sachsen auf den Landkreis Meißen. Die Arbeitslosenquote – bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen – lag 2013 im Landkreis Meißen bei 9,3 Prozent und in Sachsen bei 9,4 Prozent. Unter den Arbeitslosen im Landkreis Meißen 2013 wie auch in Sachsen war der Frauenanteil kleiner als der Männeranteil. Im Landkreis Meißen war er mit 46,5 Prozent jedoch etwas höher als der sächsische Durchschnittswert von 45,3 Prozent.

Die Arbeitslosenquote der Frauen lag 2013 im Landkreis Meißen mit 9,2 Prozent knapp unter der der Männer von 9,4 Prozent. Im Durchschnitt für Sachsen lag die Arbeitslosenquote der Männer mit 9,8 Prozent etwas höher als die der Frauen mit 9,1 Prozent. Die Jugendarbeitslosenquote (Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 25 Jahre) im Landkreis Meißen betrug 8,5 Prozent und lag damit knapp über dem Landesdurchschnitt von 8,3 Prozent (vgl. Tab. 4).

Im Jahresmittel 2013 wurden in **Großenhain** 1 174 Arbeitslose gezählt, darunter 550 Frauen und 625 Männer. Der Frauenanteil betrug 46,8 Prozent. Damit lag er im Mittel des Landkreises Meißen.

Tourismus

Der **Landkreis Meißen** bildet den größten Teil des Reisegebietes Sächsisches Elbland. Zu diesem Reisegebiet gehört darüber hinaus ein Teil des Kreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (Raum um Freital). Der Landkreis Meißen hat Anteil an einer größeren Zahl von Landschaftseinheiten. Im Zentrum ist es die Dresdner Elbtalweitung mit ihren Randlagen und nördlich anschließend das Elbe-Durchbruchstal um Meißen. In westlicher Richtung schließen sich die unterschiedlichen Hügelländer an⁷⁾ und nordöstlich die Großenhainer Pflege. [11] Neben den natürlichen Verhältnissen bilden aber auch kulturell-historische Gegebenheiten Anziehungs-

5) Schätzung Stand Anfang April 2014, nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Selbstständige, ohne geringfügig entlohnte Beschäftigte u. a.

6) Alle Angaben zum Arbeitsmarkt: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) zum Datenstand Februar 2013

7) Mulde-Lösshügelland, Mittelsächsisches Lösshügelland, Nordsächsisches Platten- und Hügelland und schließlich im Norden die Elbe-Elster-Niederung [11]

punkte. Hier kann man gut erhaltene historische Ortslagen, Burgen, Kirchen u. Ä. nennen, voran die Albrechtsburg in Meißen. Auch die (historische) Wirtschaftsstruktur liefert touristisches Potenzial in Gestalt der Weinbaulandschaften im Elbtal. Großenhain selbst liegt auf der Route der Via Regia, die von Leipzig kommend, bei Strehla die Elbe querend über Großenhain nach Königsbrück und Kamenz führte, weiter nach Osten in Richtung Bautzen und Görlitz. [3] Im Landkreis Meißen zählte die Statistik 2013 (Stand Juli) 140 geöffnete Beherbergungsstätten bzw. Campingplätze (mit 10 und mehr Betten bzw. 10 und mehr Stellplätzen). In diesen Beherbergungsstätten wurden 5 768 Gästebetten angeboten. 2013 waren sie im Jahresmittel zu 31,1 Prozent ausgelastet. Die Bettenauslastung lag damit unter dem sächsischen Durchschnittswert von 41,6 Prozent (vgl. Tab. 3). 2013 wurden im Landkreis Meißen in Beherbergungsstätten und auf Campingplätzen zusammen reichlich 288 000 Gäste mit rund 670 000 Übernachtungen registriert. Das heißt, der statistische Durchschnittsgast blieb 2,3 Tage. Damit liegt der Landkreis Meißen knapp unter dem Niveau des Freistaates Sachsen von 2,6 Tagen. Die **Stadt Großenhain** verfügte 2013 über sechs Beherbergungsbetriebe (mit 10 und mehr Betten) und 188 angebotene Gästebetten, deren durchschnittliche Auslastungsquote bei 44,3 Prozent lag und damit über dem sächsischen Mittel. Es übernachteten rund 5 500 Gäste in Großenhain (vgl. Tab. 3). Mit gut 28 000 Übernachtungen ergab sich eine überdurchschnittliche Aufenthaltsdauer von 5,1 Tagen.

Dr. Andreas Oettel, Referent
Gesamtwirtschaftliche Analysen
Birgit Scheibe, Referatsleiterin Sozialwissenschaftliche Analysen und Prognosen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] www.tagdersachsen2014.de [Aufgerufen am 24.02.2014]
- [2] www.kreis-meissen.org/49.html [Aufgerufen am 24.02.2014]
- [3] www.grossenhain.de/via-regia-am-anfang-war-die-strasse.html [Aufgerufen am 24.02.2014]
- [4] <http://de.wikipedia.org/wiki/> [Aufgerufen am 24.02.2014]
- [5] AK Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (AK VGR dL); www.vgrdl.de [Nächste Aktualisierung der Kreisergebnisse erst nach Redaktionsschluss dieser Veröffentlichung im Juli 2014]
- [6] Bodenasatlas des Freistaates Sachsen, Teil 2, Abb. 12 Bodengüte des Ackerlandes auf Grundlage der Bodenschätzung. <http://www.umwelt.sachsen.de/download/boden/Bodenatlas-Teil2.pdf> [Aufgerufen am 01.04.2014]
- [7] Branchenreport Industrie im Freistaat Sachsen, Tabellenband, 1991 bis 2013. Statistischer Bericht, E I 9 – j/12, Kamenz 2014.
- [8] Branchenreport Industrie im Freistaat Sachsen, Kreisergebnisse 2008 bis 2012. Statistischer Bericht, E I 10 – j/12, Kamenz 2014.
- [9] AK Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (AK ETR); www.akettr.de [Nächste Aktualisierung der Kreisergebnisse im Juli 2014]
- [10] Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA); Stand: Februar 2014.
- [11] Landesentwicklungsplan 2013. Karte 6, Landschaftsgliederung. Sächsisches Staatsministerium des Innern (Hsg.) <http://www.landesentwicklung.sachsen.de/11117.htm> [Aufgerufen am 11.04.2014]



Seite der Sächsischen Staatsregierung zum Tag der Sachsen



Offizielle Seite zum Tag der Sachsen 2014

Gebäude- und Wohnungsbestand in Sachsen und seine Veränderung seit 1995

Mit den Ergebnissen der GWZ 2011 steht eine aktuelle und einheitliche Datenbasis zur Verfügung, um die Auswirkung der tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen seit der Wiedervereinigung Deutschlands bezüglich des Gebäude- und Wohnungsbestandes zu verdeutlichen.

Wie viele Gebäude und Wohnungen befinden sich in Sachsen und wem gehören Sie? Wie werden die Wohnungen genutzt und wie sind diese ausgestattet?

Diese und weitere Fragen können im Ergebnis der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ 2011) beantwortet werden. Der Artikel beinhaltet schwerpunktmäßig die Veränderung des Wohnungsmarktes in den letzten 20 Jahren in Sachsen, sowie einen Vergleich mit den anderen neuen Ländern.

Vorbemerkungen

Am 9. Mai 2011 wurde in Deutschland ein registrierter Zensus durchgeführt, um Daten zur Bevölkerung, deren Erwerbssituation sowie zur Wohnsituation der Haushalte zu erheben. Mit der GWZ 2011, ein Bestandteil des Zensusmodells, wurden flächendeckend und vollzählig Gebäude mit Wohnraum und bewohnte Unterkünfte sowie die darin befindlichen Wohnungen ermittelt. Diese Bestandszahlen bilden die Grundlage für die Fortschreibung der Gebäude und Wohnungen in der amtlichen Statistik bis zum nächsten Zensus.

Die GWZ 2011 wurde postalisch als primärstatistische Erhebung bundesweit für rund 19 Millionen Gebäude und 41 Millionen Wohnungen durchgeführt. Auskunftspflichtig waren die

Eigentümer, Verwalter oder sonstige Nutzungsberechtigte der Gebäude und Wohnungen. In Sachsen wurden die postalischen oder elektronischen Rückmeldungen von etwa 800 000 Auskunftspflichtigen verarbeitet.

Bereits 1995 wurde in Berlin-Ost, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (nachfolgend als neue Länder bezeichnet) im Rahmen einer Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ'95) vergleichbare Gebäude- und Wohnungsdaten erhoben. Die Gegenüberstellung dieser Daten mit den Ergebnissen der GWZ 2011 zeigt, wie sich der Gebäude- und Wohnungsbestand sowie dessen Struktur und Nutzung nach 1995 veränderte und welche Auswirkungen dies auf den sächsischen bzw. den ostdeutschen Wohnungsmarkt hatte.

Aktuelle Erfassung der Gebäude und Wohnungen nach 16 Jahren

Tab. 1 Wohngebäude und darin befindliche Wohnungen 2011 und deren Veränderung gegenüber 1995

Land	Wohngebäude			Wohnungen		
	2011	Veränderung gegenüber 1995		2011	Veränderung gegenüber 1995	
		absolut	%		absolut	%
Sachsen	800 822	105 515	15,2	2 238 018	84 838	3,9
Neue Länder	3 013 357	482 817	19,1	7 399 542	462 584	6,7
Deutschland	18 367 576	.	x	39 022 365	.	x

Tab. 2 Kennzahlen für Gebäude und Wohnungen 2011 und 1995

Kennzahlen	Sachsen		Neue Länder		Deutschland 2011
	2011	1995	2011	1995	
Wohnungen je 1 000 Einwohner	552	471	533	448	486
Einwohner je Wohnung	1,8	2,1	1,9	2,2	2,1
Wohngebäude je km ²	43,5	37,7	27,9	23,4	51,4
Wohnfläche (m ²) je Einwohner	41,0	31,4	41,5	31,1	44,2

Ergebnisse im Überblick

Für Sachsen wurde 2011 ein Gebäudebestand von 833 316 Gebäuden mit Wohnraum mit 2 325 160 Wohnungen festgestellt. Davon waren 800 822 Wohngebäude mit 2 238 018 darin befindlichen Wohnungen. Wie in allen Ländern sind somit über 96 Prozent der Gebäude mit Wohnraum Wohngebäude, in denen sich auch rund 96 Prozent der Wohnungen befinden. In Sachsen wurden darüber hinaus 32 096 sonstige Gebäude mit Wohnraum, 398 Wohnheime sowie 676 bewohnte Unterkünfte erhoben, die für die folgenden Betrachtungen unberücksichtigt bleiben. Bei der Ergebnisdarstellung werden darüber hinaus Ferien- und Freizeitwohnungen, Diplomatenwohnungen bzw. Wohnungen ausländischer Streitkräfte sowie gewerblich genutzte Wohnungen ausgeschlossen.

Der Wohnungsmarkt in Sachsen, wie er 2011 erfasst wurde, war in den letzten 20 Jahren erheblichen Veränderungen unterworfen. Die demografische und wirtschaftliche Entwicklung seit den 1990er Jahren sowie die Veränderungen von Bestand und Struktur der Gebäude und Wohnungen hatten Auswirkungen auf Angebot und Nachfrage.

Der Bestandszuwachs um 105 515 Gebäude und 84 838 Wohnungen in Sachsen entspricht dem Saldo im Ergebnis einer intensiven Neubautätigkeit sowie erheblicher Abriss- und Rückbaumaßnahmen. Damit sind in Sachsen der Wohngebäudebestand um 15,2 Prozent

und der Wohnungsbestand um 3,9 Prozent gestiegen.

Die Veränderungen des sächsischen Wohnungsmarktes werden anhand von Gebäude- und Wohnungszahlen besonders im Vergleich mit den neuen Ländern sowie Deutschland insgesamt deutlich.

So ist beispielsweise die durchschnittliche Wohnungsbereitstellung im Zeitraum von 1995 bis 2011 in Sachsen von 471 auf einen Höchstwert von 552 Wohnungen je 1 000 Einwohner angestiegen. In den neuen Ländern hat sich die Wohnungsbereitstellung ähnlich entwickelt. Das ist eine Folge der kontinuierlichen Abwanderung der Bevölkerung von Ost nach West bei gleichzeitiger Neubautätigkeit. Bundesweit kamen auf 1 000 Einwohner 66 Wohnungen weniger als in Sachsen. Dennoch lag die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner in Deutschland mit 44 m² über dem Durchschnittswert der neuen Länder.

Geschossbau in Sachsen dominant

Für Sachsen wurde 2011 eine durchschnittliche Gebäudegröße von 2,8 Wohnungen je Gebäude ermittelt. Verglichen mit den Flächenländern in Deutschland befanden sich in Sachsen damit im Durchschnitt die größten Gebäude. Denn die Anteile der Geschossbauten in Sachsen, d. h. Gebäude mit 3 und mehr Wohnungen lagen über den festgestellten Werten der neuen Länder sowie

Deutlicher Zuwachs an Wohngebäuden

Hoher Anteil an Geschossbauten

Tab. 3 Wohngebäude 2011 und 1995 nach Gebäudegröße

Land	Mit ... bis ... Wohnungen			Wohnungen je Gebäude
	1 bis 2	3 bis 6	7 und mehr	Anzahl
	%			
2011				
Sachsen	74,8	13,1	12,1	2,8
Neue Länder	80,3	10,0	9,7	2,5
Deutschland	82,3	11,8	5,9	2,1
1995				
Sachsen	69,2	17,3	13,5	3,1
Neue Länder	75,9	12,7	11,4	2,8

Sächsische Gebäude im Durchschnitt 72 Jahre alt

Über die Hälfte der Gebäude vor 1949 errichtet

Deutschland. Im Vergleich zu 1995 hat sich die Gebäudegröße in Sachsen durch Abriss, Rückbau sowie durch den Neubau, überwiegend von Ein- und Zweifamilienhäusern, reduziert. Diese Tendenz gilt auch für die anderen neuen Länder. Der Bundesdurchschnitt lag bei 2,1 Wohnungen je Gebäude.

In Sachsen waren am 9. Mai 2011 rund 75 Prozent der Wohngebäude Ein- und Zweifamilienhäuser. In diesen Gebäuden befanden sich rund 32 Prozent der sächsischen Wohnungen – bundesweit der geringste Anteil. Im Vergleich zu 1995 ist dieser Anteil in Sachsen wie auch in den neuen Ländern gestiegen. In Deutschland waren 2011 rund 82 Prozent der Gebäude Ein- und Zweifamilienhäuser, in denen sich 45 Prozent der Wohnungen befanden.

Regional betrachtet prägen Ein- und Zweifamilienhäuser mit einer überdurchschnittlichen Wohnfläche das Bild in kleinen Gemeinden, während in Gemeinden ab 20 000 Einwohner Mehrfamilienhäuser mit kleineren Wohnungen dominieren.

Fast die Hälfte der Wohnungen in Sachsen befand sich in Geschossbauten mit 7 und mehr Wohnungen. Dabei handelt es sich überwiegend um die sogenannten Plattenbauten, die aus der Bautätigkeit der 1970er und 1980er Jahre stammen. Diese befinden sich größtenteils in der Hand der Wohnungsunternehmen und konzentrieren sich in den 26 Städten ab 20 000 Einwohner.

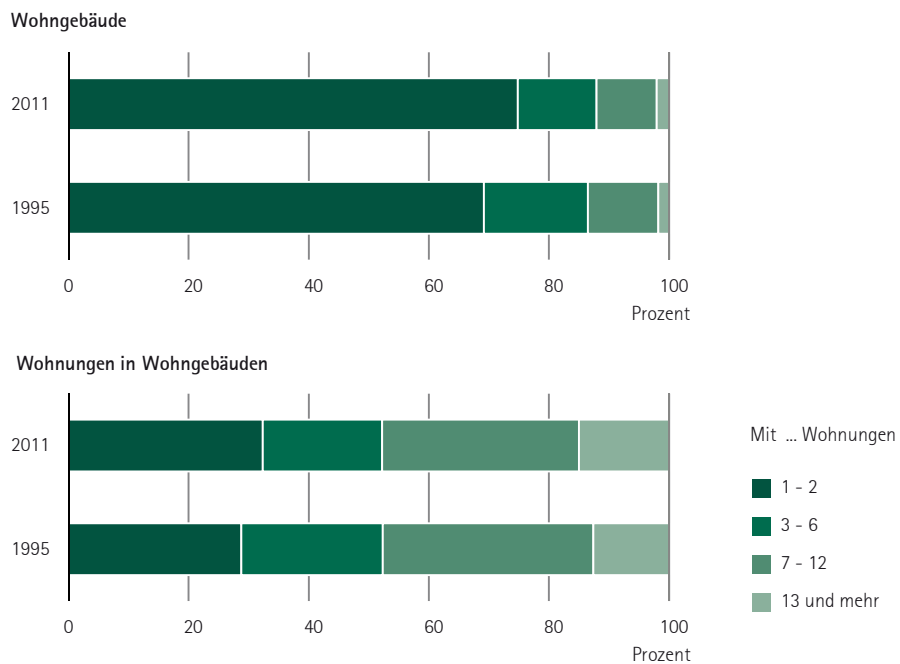
Ältester Gebäudebestand

Der Gebäudebestand in Sachsen hat sich seit 1995 durch Abriss und Neubau von Wohngebäuden stark verjüngt. Lag der Anteil der Wohngebäude, die vor 1949 errichtet wurden, 1995 noch bei 69 Prozent, waren es im Jahr 2011 nur noch 53 Prozent. Dennoch besitzt Sachsen neben Sachsen-Anhalt und Thüringen den ältesten Gebäudebestand in Deutschland. In den genannten Ländern betrug das Durchschnittsalter der Gebäude über 70 Jahre. Dagegen sind Gebäude in den nördlicher gelegenen Ländern Brandenburg, Berlin-Ost sowie Mecklenburg-Vorpommern mit 50 bis 55 Jahren im Durchschnitt wesentlich jünger. Das ist u. a. eine Folge der intensiven Neubautätigkeit überwiegend von Eigenheimen seit 1991, hier wurden Neubauraten von über 30 Prozent erzielt.

Während in den neuen Ländern 2011 fast die Hälfte des Gebäudebestandes vor 1949 errichtet wurde, stammte bundesweit nur jedes vierte Wohngebäude aus dieser Bauzeit.

In Deutschland wurden im Zeitraum von 1949 bis 1990 mehr als die Hälfte der Gebäude und Wohnungen errichtet. In Sachsen hat sich der Bestand aus dieser Bauphase seit 1995 durch gezielte Rückbaumaßnahmen reduziert. Aus der DDR-Zeit waren 2011 noch knapp 24 Prozent der Gebäude mit 35 Prozent der Wohnungen erfasst worden. Dabei handelt es sich überwiegend um Geschossbauten mit mindestens 6 Wohnungen. Ebenso viele Gebäude, aber überwiegend Ein-

Abb. 1 Wohngebäude und Wohnungen in Sachsen am 9. Mai 2011 und 30. September 1995 nach Gebäudegröße



Tab. 4 Wohngebäude 2011 und 1995 nach Baujahr (in Prozent)

Land	Baujahr von ... bis ...		
	bis 1948	1949 - 1990	1991 und später
2011			
Sachsen	53,3	23,5	23,2
Neue Länder	47,8	26,3	25,9
Deutschland	25,6	51,9	22,5
1995			
Sachsen	68,8	25,9	5,4
Neue Länder	65,0	29,3	5,7

und Zweifamilienhäuser, wurden auch nach 1990 in Sachsen gebaut, in denen sich aber im Gegensatz zur DDR-Zeit mit knapp 18 Prozent nur halb so viele Wohnungen befinden. Die Gebäude- und Wohnungsbestände in den neuen Ländern haben sich trotz landesspezifischer Besonderheiten vergleichbar entwickelt. Die auf der Grundlage der Zählungsergebnisse zur GWZ'95 umgesetzten Programme der Regierung zum Stadtumbau-Ost haben diese Entwicklungen in den neuen Ländern gefördert und unterstützt.

Gebäude überwiegend in privater Hand

Mit den Veränderungen der Gebäude- und Wohnungsbestände durch die Bautätigkeit, den Verkauf von Immobilien sowie die Bildung von Wohnungseigentum durch Privatisierung haben sich die Eigentumsverhältnisse in Sachsen seit der Wiedervereinigung maßgeblich verändert. Dabei hat sich die Eigentümerstruktur der Gebäude und Wohnungen in Sachsen, ebenso wie in allen anderen neuen Ländern nachweislich in Richtung der Verhältnisse im früheren Bundesgebiet entwickelt. Trotzdem bestehen markante Unterschiede zu Deutschland insgesamt.

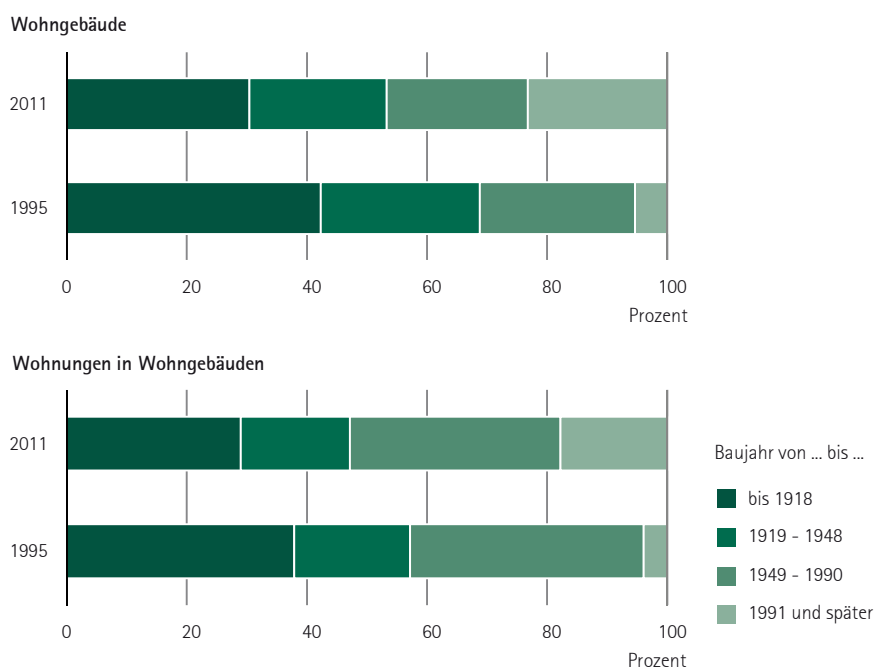
Zum Zensusstichtag waren in Sachsen 89 Prozent der Gebäude im Eigentum von natürlichen Personen, in denen sich über 65 Prozent des Wohnungsbestandes befanden. Darunter waren 18 Prozent Eigentumswohnungen.

Der Anteil der Wohnungen im Besitz von natürlichen Personen lag in Deutschland bei etwa 81 Prozent und damit deutlich höher als in Sachsen. Im Jahr 1995 wurde dieser Anteil in Sachsen noch mit rund 50 Prozent erfasst und verdeutlicht den Wandel der Eigentumsverhältnisse infolge von Neubau, Verkauf oder Privatisierung von Wohnungen. Diese Entwicklung vollzog sich in allen neuen Ländern, so dass 2011 im Osten über 63 Prozent der Wohnungen im Eigentum von natürlichen Personen waren.

Neben dem Zuwachs an Ein- und Zweifamilienhäusern, die sich überwiegend in der Hand von Privatpersonen befinden, hat sich im Os-

Eigentumsverhältnisse seit Wiedervereinigung maßgeblich verändert

Abb. 2 Wohngebäude und Wohnungen in Sachsen am 9. Mai 2011 und 30. September 1995 nach Baujahr



Tab. 5 Wohngebäude und Wohnungen 2011 und 1995 nach Eigentumsform (in Prozent)

Land	Im Eigentum von ...					
	natürlichen Personen		Wohnungsunternehmen		sonstigen Eigentumsformen	
	Gebäude	Wohnungen	Gebäude	Wohnungen	Gebäude	Wohnungen
2011						
Sachsen	89,0	65,7	9,6	31,1	1,4	3,2
Neue Länder	89,7	63,4	9,0	33,1	1,3	3,5
Deutschland	94,1	80,8	4,9	16,6	1,0	2,5
1995						
Sachsen	79,6	49,7	17,1	45,8	3,2	4,4
Neue Länder	80,0	47,2	16,3	47,9	3,7	4,9

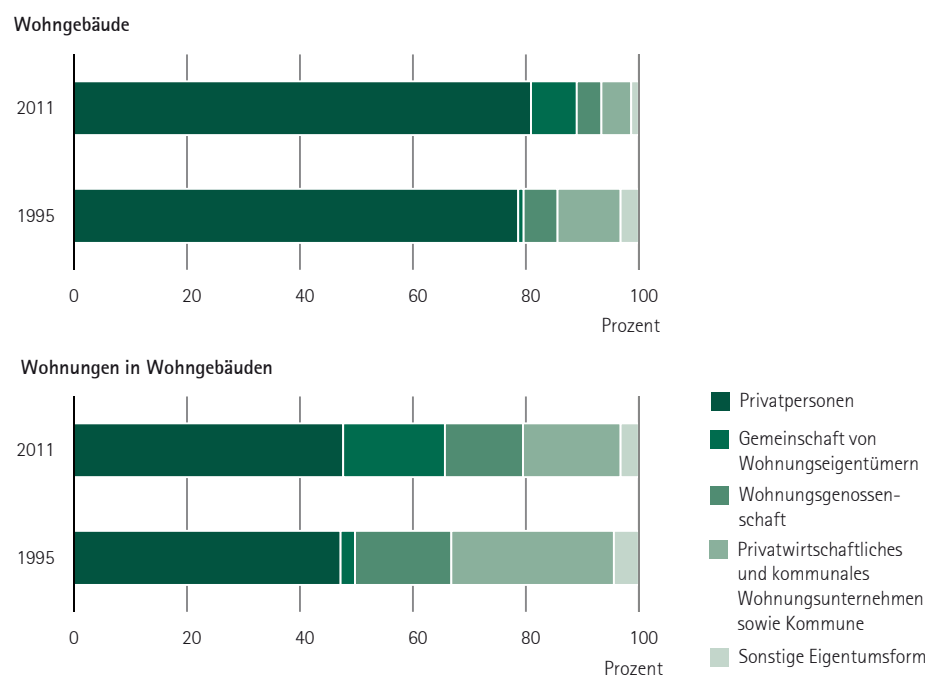
Eigentumswohnungen werden in Sachsen häufiger vermietet

Bestand der Wohnungsunternehmen rückläufig

ten nach 1995 ein Gebäudebestand mit Eigentumswohnungen rasant entwickelt. Bis 2011 war die Anzahl der Eigentumswohnungen in Sachsen auf über 400 000 angestiegen. Die Umwandlung in Wohnungseigentum erfolgte überwiegend durch Privatisierung von Wohnungen in Bestandsgebäuden, die vor 1990 errichtet wurden. Da die Eigentumswohnungen überwiegend vermietet werden, wurde deutlich, dass diese Wohnungen häufiger als Kapitalanlage erworben wurden, ohne dass diese von den Wohnungseigentümern selbst genutzt wurden. Die zunehmende Bautätigkeit ab 1991 hat den Gebäude- und Wohnungsbestand nicht nur

deutlich verjüngt, sondern auch die Eigentumsverhältnisse zu Gunsten der natürlichen Personen verändert, denn diese Neubauten befanden sich fast ausschließlich im Eigentum von natürlichen Personen. Daher ist in kleinen Gemeinden auch der größte Anteil an privaten Eigentümern zu finden, der mit steigender Gemeindegröße abnimmt. In den großen Gemeinden ab 20 000 Einwohnern konzentrieren sich die Geschossbauten in der Hand von Wohnungsunternehmen. Mit der Zunahme des Privateigentums von Gebäuden und Wohnungen haben sich seit 1995 die Bestände im Eigentum von Wohnungsunternehmen deutlich verringert. Während sich

Abb. 3 Wohngebäude und Wohnungen in Sachsen am 9. Mai 2011 und 30. September 1995 nach Eigentumsform



1995 fast jede zweite Wohnung im Eigentum von Wohnungsunternehmen befand, war es 2011 nur noch jede dritte Wohnung. Der Anteil der Wohnungen von Wohnungsunternehmen war in Deutschland mit 17 Prozent nur halb so hoch wie in den neuen Ländern. Wohnungsunternehmen besaßen im Zensusjahr zwar nur 9 Prozent der Wohngebäude, halten damit aber ein Drittel des Wohnungsbestandes in Sachsen. Von den Wohnungsunternehmen waren die Wohnungsgenossenschaften mit rund 14 Prozent die Eigentümer mit dem größten Wohnungsbestand in Sachsen, gefolgt von den kommunalen (11 Prozent) und privatwirtschaftlichen (6 Prozent) Wohnungsunternehmen. In den anderen neuen Ländern verfügten die Kommunen bzw. die kommunalen Wohnungsunternehmen über den größten Bestand. In allen neuen Ländern ist der Gebäude- und Wohnungsbestand der Wohnungsunternehmen durch die Bautätigkeit in der DDR (1949 bis 1990) geprägt. So sind in Sachsen 74 Prozent der Wohnungen, die sich im Eigentum von Wohnungsunternehmen befanden, dieser Bauphase zuzuordnen.

In Sachsen wird überwiegend zur Miete gewohnt

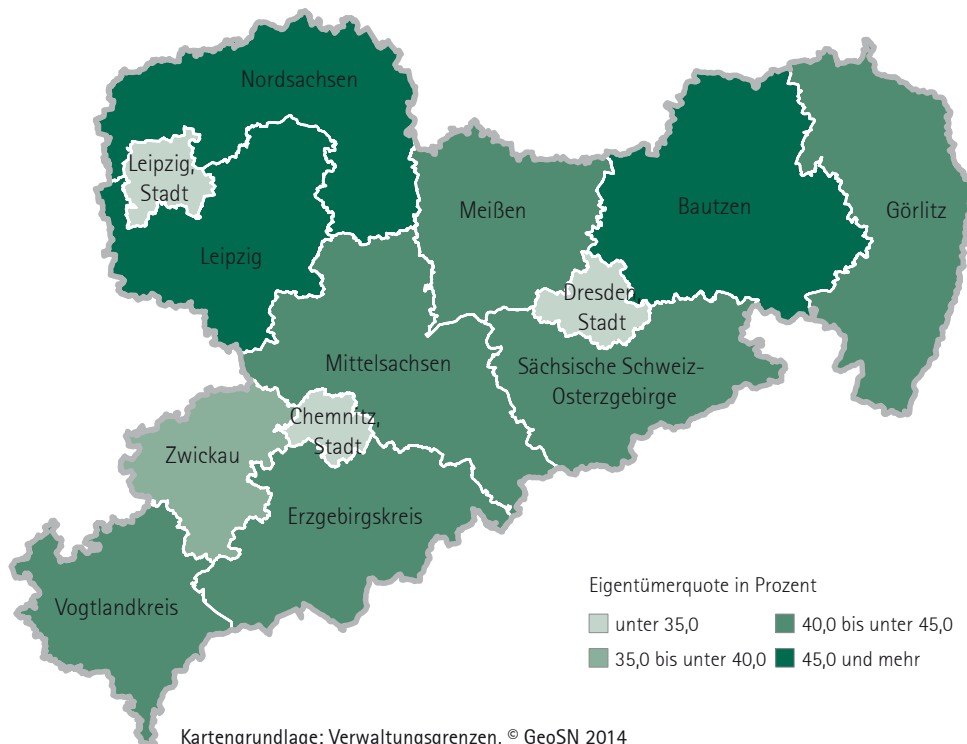
Mit der Zunahme des Wohnungsbestandes in Sachsen ist die Anzahl der bewohnten Wohnungen um rund 60 000 auf 2,0 Millionen Wohnungen gestiegen. Von diesen bewohnten Wohnungen wurden etwa 670 000 durch die Eigentümer selbst genutzt. Die Eigentümerquote stieg gegenüber 1995 von 26,1 Prozent auf 33,2 Prozent. Damit folgt auch Sachsen dem bundesweiten Trend, dass häufiger in den vier eigenen Wänden gewohnt wird. Für die neuen Länder wurde mit 37,1 Prozent eine höhere Eigentümerquote als in Sachsen ermittelt. Im Vergleich mit Deutschland wird der Unterschied noch deutlicher, die Eigentümerquote betrug zum Zensusstichtag bundesweit 45,8 Prozent. Die Eigentumsverhältnisse der Gebäude- und Wohnungen unterscheiden sich zwischen Stadt und Land. Die Landkreise in Sachsen weisen aufgrund der Vielzahl von Gemeinden im ländlichen Raum, mit überwiegend Ein- und Zweifamilienhäusern, eine höhere Eigentümerquote auf, als dies in den urbanen Regionen der dreikreisfreien Städte der Fall ist.

Eigentümerquote gestiegen – man wohnt häufiger in den eigenen vier Wänden

1/3 aller Wohnungen im Besitz von Wohnungsunternehmen

Abb. 4 Eigentümerquote für Wohnungen in Wohngebäuden am 9. Mai 2011 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

Gebietsstand: 1. Januar 2014



Tab. 6 Wohnungen in Wohngebäuden 2011 und 1995 nach Nutzungsart (in Prozent)

Land	Vom Eigentümer selbst genutzte Wohnungen	Vermietete Wohnungen	Leerstehende Wohnungen
2011			
Sachsen	29,9	60,2	9,9
Neue Länder	34,3	58,1	7,6
Deutschland	43,8	51,8	4,4
1995			
Sachsen	23,7	67,2	9,1
Neue Länder	27,1	66,0	6,9

Bundesweit höchster Leerstand in Sachsen

Rund 60 Prozent der Wohnungen waren 2011 in Sachsen vermietet. Damit wohnt die Bevölkerung in Sachsen wie auch in allen anderen neuen Ländern überwiegend zur Miete. Seit 1995 hat sich in Sachsen die Zahl der vermieteten Wohnungen um etwas mehr als 100 000 Wohnungen reduziert, das ist ein Rückgang von 67 Prozent auf 60 Prozent 2011. Diese Entwicklung resultiert neben dem Rückgang von Mietwohnungen insbesondere aus dem Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern

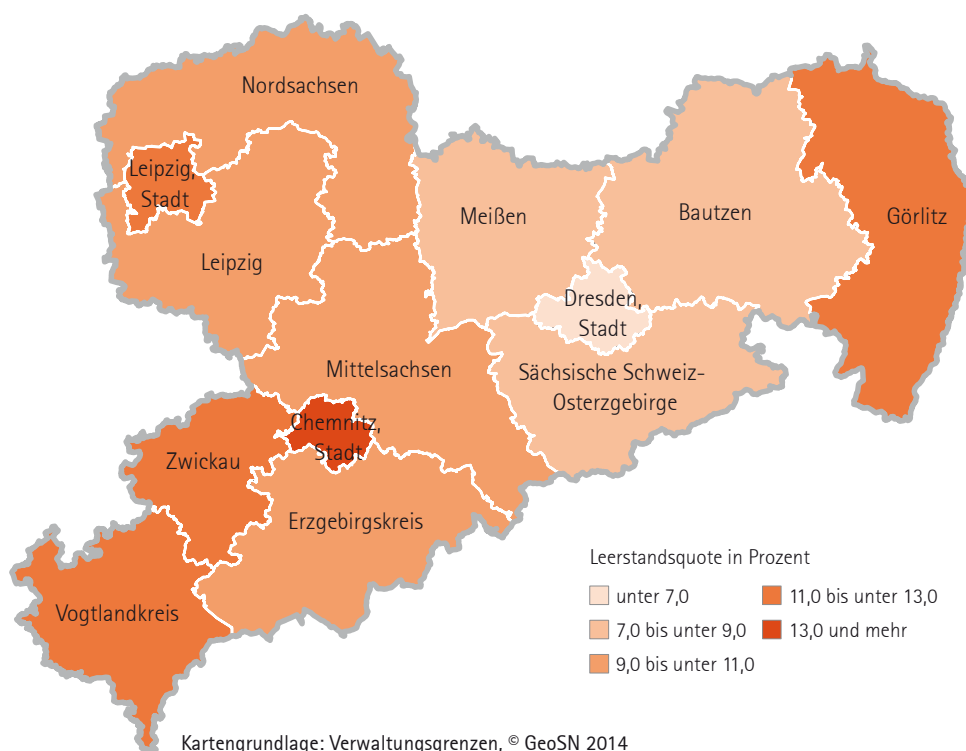
sowie der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen, die von den Eigentümern selbst bewohnt werden.

Hoher Wohnungsleerstand

Zum Zensusstichtag gab es nach Angaben der Eigentümer 221 308 leerstehende Wohnungen, das sind 9,9 Prozent des Bestandes. Diese Wohnungen waren weder vermietet noch vom Eigentümer selbst bewohnt. Hoher Wohnungs-

Abb. 5 Leerstandsquote für Wohnungen in Wohngebäuden am 9. Mai 2011 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

Gebietsstand: 1. Januar 2014



leerstand findet sich auch in den anderen neuen Flächenländern, wo Leerstandsquoten von 5,7 Prozent in Brandenburg bis 9,4 Prozent in Sachsen-Anhalt ermittelt wurden. Berlin-Ost hatte mit 3,3 Prozent die niedrigste Leerstandsquote. Der Leerstand in Deutschland betrug 4,4 Prozent und war damit nur halb so hoch wie in Sachsen. Im Vergleich zur GWZ'95 hat die Zahl der leerstehenden Wohnungen in Sachsen um rund 26 000 zugenommen. Damit erhöhte sich die Leerstandsquote nur um 0,8 Prozentpunkte, bei gleichzeitigem Anstieg des Bestandes um 84 838 auf 2 238 018 Wohnungen in Wohngebäuden. Neben der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung einer Region hat auch deren Lage, z. B. eine Grenzregion oder ein Ballungszentrum, Auswirkungen auf den Leerstand. Dresden ist als Landeshauptstadt ein wichtiger zentraler Standort für Unternehmen und Behörden. In Dresden, einem attraktiven Wohnstandort, mit großem Bedarf an Arbeitskräften wurde die geringste Leerstandsquote nachgewiesen. Die umliegenden Kreise profitieren von diesem Ballungszentrum. Hingegen wurden in den östlichen sowie westlichen Kreisen des Freistaates die höchsten Leerstandsquoten ermittelt. Die Privatpersonen trugen die Hauptlast des Leerstandes, denn über die Hälfte der leerstehenden Wohnungen befanden sich in ihrem Besitz. Für diese Eigentümergruppe wurde allerdings die geringste Leerstandsquote festgestellt, die sich gegenüber 1995 verringert hat. In den neuen Ländern wurde die gleiche Entwicklung nachgewiesen. Für Eigentümer, die wohnungswirtschaftlich tätig sind (Wohnungsgenossenschaften, privatwirtschaftliche und kommunale Wohnungsunternehmen), konnte eine starke Verringerung ihrer Wohnungsbestände nachgewiesen werden,

dennoch hat diese Eigentümergruppe mit hohem Wohnungsleerstand zu kämpfen. Aussagen zu Grund und Dauer des Leerstandes konnten im Ergebnis des Zensus 2011 nicht getroffen werden, da diese Merkmale, im Gegensatz zu 1995, nicht erhoben wurden. Allerdings zeigen die Leerstandsquoten, dass ältere Gebäude mit Baujahr bis 1918 sowie die Geschossbauten im Eigentum der Wohnungsunternehmen besonders vom Leerstand betroffen sind. Daher liegt die Annahme nahe, dass es sich teilweise um noch sanierungsbedürftige bzw. für den Abriss vorgesehene Gebäude handelt. In zu DDR-Zeiten errichteten Geschossbauten, für die es aufgrund der Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt regional bedingt keine ausreichende Nachfrage mehr gibt, standen 2011 häufiger Wohnungen leer als 1995. Die Veränderungen der Wohnungen bezüglich Größe und Ausstattung stehen im Zusammenhang mit der Art der Wohnungsnutzung. Der Vergleich der Wohnungen nach der Größe und Ausstattung für bewohnte und leerstehende Wohnungen macht deutlich, dass leerstehende Wohnungen im Durchschnitt rund 10 m² kleiner und häufiger schlechter ausgestattet waren. Die Zunahme der von Eigentümern selbst genutzten größeren Wohnungen, die sich überwiegend in Eigenheimen befinden, und der Rückgang der kleineren Mietwohnungen wirkte sich auf die Erhöhung der durchschnittlichen Wohnfläche und die Zahl der Räume je Wohnung aus. In Sachsen hatte 2011 eine Eigentümerwohnung im Durchschnitt eine Wohnfläche von knapp über 100 m² und mit 5,1 Räumen je Wohnung fast zwei Räume mehr als eine Mietwohnung. Mietwohnungen mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von 63 m² waren damit im Durchschnitt fast 40 m² kleiner, ver-

Regionale Unterschiede beim Leerstand

Tab. 7 Kennzahlen für Wohnungen in Wohngebäuden in Sachsen 2011 und 1995 nach Nutzungsart

Nutzungsart	Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung	Durchschnittliche Raumzahl je Wohnung	Anteil der Wohnungen mit Badewanne/Dusche und WC sowie Sammelheizung
	m ²	Anzahl	%
2011			
Bewohnte Wohnungen	75,4	4,0	92,3
Leerstehende Wohnungen	65,2	3,5	74,4
1995			
Bewohnte Wohnungen	67,2	4,0	55,8
Leerstehende Wohnungen	61,6	3,6	21,7

Tab. 8 Kennzahlen für Wohnungen in Wohngebäuden 2011 und 1995 in Sachsen

Land	Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung	Durchschnittliche Raumzahl je Wohnung	Anteil der Wohnungen mit Badewanne/Dusche und WC sowie Sammelheizung
	m ²	Anzahl	%
2011			
Sachsen	74,4	3,9	90,5
Neue Länder	77,8	4,0	92,0
Deutschland	90,9	4,4	92,4
1995			
Sachsen	66,7	4,0	52,7
Neue Länder	69,4	4,0	61,3

Ausstattung der Wohnungen enorm verbessert

fügen aber über eine bessere Ausstattung bezüglich Badewanne/Dusche und WC innerhalb der Wohnung und sind überwiegend mit einer Sammelheizung ausgestattet.

Trend zu großen Wohnungen mit guter Ausstattung

Die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 bestätigen einen deutlichen Trend zu größeren Wohnungen. In Sachsen wurde eine durchschnittliche Wohnungsgröße von rund 74 m² ermittelt. Nach wie vor befinden sich in Sachsen wie auch im bundesweiten Vergleich nach Berlin im Durchschnitt die kleinsten Wohnungen. In Deutschland betrug die durchschnittliche Wohnfläche fast 91 m² und liegt damit deutlich über den Verhältnissen in Sachsen sowie der neuen Länder (78 m²). Bedingt durch Neubau, Rückbau und Umbaumaßnahmen standen seit 1995 in Sachsen, wie auch in den neuen Ländern, im Durchschnitt pro Wohnung 8 m² mehr Wohnfläche zur Verfügung.

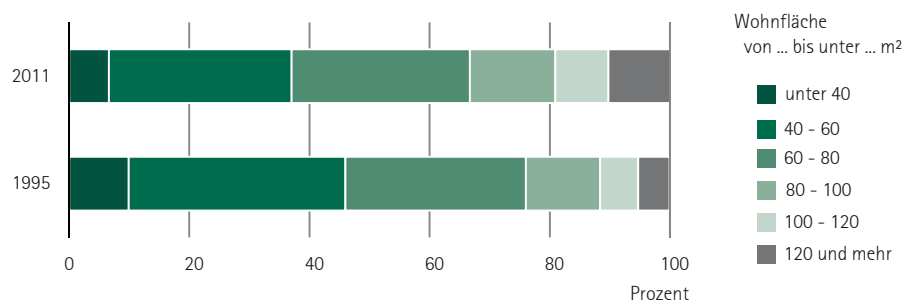
Mietwohnungen klein, aber modern ausgestattet

Der stärkste Zuwachs wurde für große Wohnungen über 120 m² registriert, während Wohnungen unter 60 m² weniger nachgefragt wurden

und für diese ein Rückgang im Bestand zu verzeichnen war.

Im Jahr 2011 befanden sich in den Wohnungen durchschnittlich 3,9 Räume. Das entspricht in etwa dem Wert für die neuen Länder. Auch zur GWZ'95 ergaben sich keine nennenswerten Veränderungen. In Deutschland lag der Durchschnittswert bei 4,4 Räumen je Wohnung. Entsprechend dem Bedarf zeigte sich eine deutliche Zunahme der großen Wohnungen mit 5 und mehr Räumen (45 000 Wohnungen). Dabei handelte es sich überwiegend um Eigentümerwohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern. Seit 2011 verfügen fast alle Wohnungen über eine moderne Ausstattung mit Badewanne/Dusche, WC und Sammelheizung innerhalb der Wohnung. Mit einem Anteil von fast 91 Prozent lag Sachsen geringfügig unter dem Wert der neuen Länder und Deutschland. Gegenüber 1995 hat sich allerdings viel getan, denn zu diesem Zeitpunkt waren nur rund 53 Prozent der Wohnungen entsprechend modern ausgestattet. Lediglich 6 Prozent der sächsischen Wohnungen wurden 2011 noch mit Ofenheizung beheizt, im Jahr 1995 lag der Anteil noch bei 39 Prozent.

Abb. 6 Wohnungen in Wohngebäuden in Sachsen am 9. Mai 2011 und 30. September 1995 nach Wohnfläche



Fazit

Innerhalb der letzten 20 Jahre hat sich der Wohnungsmarkt in Sachsen, wie auch in den anderen neuen Ländern verändert. Nach wie vor bestehen Gemeinsamkeiten als auch regionale Unterschiede zwischen den neuen Ländern. Diese sind historisch bedingt, Folgen der Wohnungsbaupolitik in der ehemaligen DDR sowie Ergebnis der länderspezifischen Förderpolitik nach der Wiedervereinigung und erklären die wesentlichen Unterschiede im Vergleich zu den bundesweiten Zählungsergebnissen. Ebenso haben die Auswirkungen der tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen seit der Wiedervereinigung, insbesondere der Bevölkerungsrückgang von über 1,5 Millionen Einwohnern (11 Prozent) seit 1995 den Bestand und die Struktur der Gebäude und Wohnungen im Osten nachhaltig geprägt.

In Sachsen wurden der älteste Gebäudebestand und der größte Anteil an Geschossbauten mit überwiegend Mietwohnungen nachgewiesen.

Aus diesem Zusammenhang ergibt sich die geringste Eigentümerquote im Vergleich aller Flächenländer in Deutschland. Von den neuen Ländern wurden in Sachsen die auffälligsten Veränderungen seit 1995 bezüglich der Privatisierung von Wohnungseigentum sowie bei der Modernisierung von Wohnungen nachgewiesen. Der Gebäude- und Wohnungsbestand in Sachsen wird sich auch in Zukunft in Folge der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen bedarfsgerecht verändern müssen.

Im Rahmen der amtlichen Statistik können entsprechende Daten durch die Gebäude- und Wohnungsfortschreibung jährlich nach Gemeinden, die Zusatzbefragung zur Wohnsituation im Mikrozensus in den Jahren 2014 und 2018 nach Kreisen sowie durch den nächsten Zensus 2021 kleinräumig bereitgestellt werden.

Dipl.-Ing. Gerlinde Kochan, Referentin

Dipl.-Geogr. Claudia Wehnert, Fachverantwortliche

Statistische Erhebungen erfassen kontinuierlich die Entwicklung des Wohnungsmarktes

Weiterführende Informationen zu diesem Thema finden Sie hier.



Das Baugewerbe in Sachsen im Jahr 2013

Für das Baugewerbe in Sachsen war 2013 ein Jahr mit nominell gestiegenen Umsätzen, was sich aber als Folge der gleichermaßen gestiegenen Baupreise real kaum noch positiv ausgewirkt hat. Unter Berücksichtigung weiterer Einflüsse ist die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe nach gegenwärtigem Berechnungsstand 2013 gegenüber dem Vorjahr real um 0,5 Prozent gestiegen. Das Baugewerbe in Deutschland insgesamt hat dagegen einen Rückgang von 0,4 Prozent zu verzeichnen.

Unter dem Blickwinkel der Beschäftigung ist 2013 ein Jahr in dem das Baugewerbe in Sachsen leicht an Boden verloren hat. Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich um knapp 800 Personen bzw. 0,5 Prozent verringert. Deutschlandweit hat sich die Erwerbstätigenzahl im Baugewerbe dagegen um 0,8 Prozent erhöht.

Vorbemerkungen

Für das Baugewerbe in Sachsen existieren verschiedene Datenquellen. Neben der Baugewerbestatistik sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder sowie die Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder zu nennen, aber auch die Baupreisstatistik und andere. [1, 2] Der Tabellenband des Branchenreports Baugewerbe ist in seiner Ausgabe mit dem Berichtsjahr 2013 erschienen, in dem diese unterschiedlichen Daten als Zeitreihen zusammengestellt sind. [3] Im Hinblick auf weitere Informationen zur Bauwirtschaft Sachsens sei auch auf diesen Bericht verwiesen. Erstmals wurde 2012 ein Branchenreport mit Kreisergebnissen für das Baugewerbe zusammengestellt. Er erschien 2014 in zweiter Ausgabe und enthält regionale Betriebsergebnisse der Baugewerbestatistik. [4]

Zur gesamtwirtschaftlichen Stellung des Baugewerbes in Sachsen 2013

Die Stellung des Baugewerbes (nach WZ 2008) innerhalb der sächsischen Wirtschaft ist mit einem Anteil an der Bruttowertschöpfung insgesamt von 7,3 Prozent im Jahr 2013 etwas bedeutender als im gesamtdeutschen Mittel mit 4,7 Prozent im gleichen Jahr. Diese Aussage gilt

auch beim Vergleich zu den anderen vier neuen Flächenländern. In den neuen Ländern (ohne Berlin) erreichte der Anteil des Baugewerbes einen Wert von 7,0 Prozent (vgl. Tab. 1).

Die Bruttowertschöpfung des Baugewerbes in Sachsen betrug 6 507 Millionen € (2013). Gegenüber dem Vorjahr war das ein Zuwachs um 5,0 Prozent. Damit ist die Bruttowertschöpfung des Baugewerbes in Sachsen nach einem zwischenzeitlichen Rückgang 2012 wieder gestiegen. Von 2006 bis 2011 hatte das Baugewerbe in Sachsen ebenfalls eine positive Entwicklung genommen.

Unter Berücksichtigung der Preisveränderungen ist die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe Sachsens 2013 gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Prozent gestiegen. Zum Vergleich, in den neuen Ländern (ohne Berlin) ist sie real um 1,3 Prozent und in Deutschland insgesamt um 0,4 Prozent gesunken. Eine positive Entwicklung der Bruttowertschöpfung verzeichnete nach gegenwärtigem Berechnungsstand das Baugewerbe außer in Sachsen nur noch in Bayern (8,4 Prozent), Schleswig-Holstein (2,2 Prozent) und Thüringen (0,1 Prozent).

Bei den Erwerbstätigen (nach WZ 2008) lag der Anteil des Baugewerbes an der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen insgesamt 2013 bei 8,3 Prozent. Das waren 165 400 Personen. Ge-

Tab. 2 Erwerbstätige (ET) im Baugewerbe 2000 bis 2013

Jahr	Erwerbstätige ¹⁾²⁾			Veränderung zum Vorjahr			Anteil an den ET insgesamt		
	Sachsen	neue Länder (ohne Berlin)	Deutschland	Sachsen	neue Länder (ohne Berlin)	Deutschland	Sachsen	neue Länder (ohne Berlin)	Deutschland
	1 000 Personen			%			%		
2000	246,5	754,2	2 920,0	-9,8	-9,2	-3,0	12,4	12,7	7,4
2001	214,4	656,9	2 749,0	-13,0	-12,9	-5,9	11,0	11,3	7,0
2002	189,6	580,5	2 591,0	-11,6	-11,6	-5,7	9,9	10,1	6,6
2003	183,6	542,8	2 475,0	-3,2	-6,5	-4,5	9,6	9,6	6,4
2004	179,1	521,6	2 408,0	-2,4	-3,9	-2,7	9,4	9,2	6,2
2005	167,4	492,8	2 330,0	-6,5	-5,5	-3,2	8,8	8,8	6,0
2006	165,9	489,1	2 324,0	-0,9	-0,8	-0,3	8,7	8,6	5,9
2007	166,1	493,6	2 359,0	0,1	0,9	1,5	8,6	8,6	5,9
2008	163,9	485,1	2 346,0	-1,3	-1,7	-0,6	8,4	8,4	5,8
2009	164,4	484,1	2 355,0	0,3	-0,2	0,4	8,5	8,4	5,8
2010	166,2	484,4	2 371,0	1,1	0,1	0,7	8,5	8,4	5,8
2011	167,6	492,5	2 423,0	0,9	1,7	2,2	8,5	8,5	5,9
2012	166,2	492,2	2 460,0	-0,9	-0,1	1,5	8,4	8,5	5,9
2013	165,4	486,2	2 480,0	-0,5	-1,2	0,8	8,3	8,4	5,9

1) Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort; ab 2010 vorläufig

2) Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung; Berechnungsstand: August 2013; Jahr 2013 - Januar 2014 (VGR des Bundes)

genüber 2012 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im Baugewerbe um 0,5 Prozent bzw. knapp 800 Personen verringert (vgl. Tab. 2). Damit ist

die Zahl der Erwerbstätigen im Baugewerbe bereits das zweite Jahr in Folge gesunken. Für die neuen Länder (ohne Berlin) lag der Rückgang

Tab. 2 Erwerbstätige (ET) im Baugewerbe 2000 bis 2013

Jahr	Erwerbstätige ¹⁾²⁾			Veränderung zum Vorjahr			Anteil an den ET insgesamt		
	Sachsen	neue Länder (ohne Berlin)	Deutschland	Sachsen	neue Länder (ohne Berlin)	Deutschland	Sachsen	neue Länder (ohne Berlin)	Deutschland
	1 000 Personen			%			%		
2000	246,5	754,2	2 920,0	-9,8	-9,2	-3,0	12,4	12,7	7,4
2001	214,4	656,9	2 749,0	-13,0	-12,9	-5,9	11,0	11,3	7,0
2002	189,6	580,5	2 591,0	-11,6	-11,6	-5,7	9,9	10,1	6,6
2003	183,6	542,8	2 475,0	-3,2	-6,5	-4,5	9,6	9,6	6,4
2004	179,1	521,6	2 408,0	-2,4	-3,9	-2,7	9,4	9,2	6,2
2005	167,4	492,8	2 330,0	-6,5	-5,5	-3,2	8,8	8,8	6,0
2006	165,9	489,1	2 324,0	-0,9	-0,8	-0,3	8,7	8,6	5,9
2007	166,1	493,6	2 359,0	0,1	0,9	1,5	8,6	8,6	5,9
2008	163,9	485,1	2 346,0	-1,3	-1,7	-0,6	8,4	8,4	5,8
2009	164,4	484,1	2 355,0	0,3	-0,2	0,4	8,5	8,4	5,8
2010	166,2	484,4	2 371,0	1,1	0,1	0,7	8,5	8,4	5,8
2011	167,6	492,5	2 423,0	0,9	1,7	2,2	8,5	8,5	5,9
2012	166,2	492,2	2 460,0	-0,9	-0,1	1,5	8,4	8,5	5,9
2013	165,4	486,2	2 480,0	-0,5	-1,2	0,8	8,3	8,4	5,9

1) Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort; ab 2010 vorläufig

2) Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung; Berechnungsstand: August 2013; Jahr 2013 - Januar 2014 (VGR des Bundes)

bei 1,2 Prozent. In Deutschland insgesamt hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im Baugewerbe 2013 gegenüber dem Vorjahr dagegen um 0,8 Prozent erhöht.

Bauhauptgewerbe

Betriebe und Beschäftigte

In der **Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe** waren im Juni 2013 insgesamt 6 822 Be-

triebe erfasst, zwei Betriebe mehr als im Vorjahr (vgl. Tab. 3). Damit ist der Anstieg der Betriebszahl, wie er in den letzten Jahren zu beobachten gewesen war, faktisch zum Stillstand gekommen. Über 94 Prozent der Betriebe waren bereits 2012 in diese Erhebung einbezogen. Damit liegt dieser Anteil gut einen Prozentpunkt höher als im Vorjahr. Ohne Berücksichtigung von Arbeitsgemeinschaften standen 372 Zugängen an neuen Betrieben 370 Abgänge gegenüber. Unter den Zugängen waren 13 Betriebe mit 20 und mehr

Tab. 3 Eckdaten zum Bauhauptgewerbe 2010 bis 2013

Merkmal	2010	2011	2012	2013	
				absolut	Veränderung zum Vorjahr in %
Alle Betriebe					
Betriebe am 30. Juni	6 654	6 763	6 820	6 822	0,0
Tätige Personen am 30. Juni	57 272	58 827	57 365	57 728	0,6
Bruttoentgeltsumme im Juni in 1 000 €	110 104	114 889	111 846	112 743	0,8
Vorjahresumsatz in 1 000 €	5 616 371	5 847 650	6 565 935	6 357 690	-3,2
Gesamtumsatz im Juni in 1 000 €	537 604	558 217	573 679	577 211	0,6
Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen					
Betriebe	515	532	554	568	2,5
Tätige Personen	30 027	30 710	29 944	29 914	-0,1
Bruttoentgeltsumme in 1 000 €	802 011	849 743	843 627	857 526	1,7
Gesamtumsatz in 1 000 €	3 704 265	4 186 098	4 069 260	4 187 331	2,9
Baugewerblicher Umsatz in 1 000 €	3 658 621	4 133 896	4 010 884	4 138 008	3,2
davon Hochbau	1 554 275	1 764 922	1 812 960	1 853 847	2,3
Tiefbau	2 104 346	2 368 974	2 197 924	2 284 161	3,9
Umsatz ¹⁾ Volumenindex 2010 = 100	100	109,7	102,8	103,1	0,3
davon Hochbau	100	109,3	108,9	108,6	-0,2
Tiefbau	100	109,9	98,3	99,0	0,8
Auftragseingang Wertindex 2010 = 100	100	107,9	109,1	112,1	2,7
davon Hochbau	100	107,5	119,9	112,9	-5,8
Tiefbau	100	108,2	102,3	111,6	9,1
Auftragseingang ¹⁾ Volumenindex 2010 = 100	100	104,8	102,3	102,2	-0,1
davon Hochbau	100	103,3	111,9	102,8	-8,1
Tiefbau	100	105,7	96,3	101,9	5,8
Auftragsbestand am Jahresende in 1 000 €	1 320 456	1 210 600	1 267 017	1 311 761	3,5
davon Hochbau	521 012	482 651	544 954	514 959	-5,5
Tiefbau	799 444	727 949	722 063	796 802	10,4
Auftragsbestand Wertindex 2010 = 100	100	97,0	92,7	98,7	6,5
davon Hochbau	100	95,1	91,1	95,5	4,8
Tiefbau	100	98,2	93,7	100,7	7,5
Auftragsbestand ¹⁾²⁾ Volumenindex 2010 = 100	100	94,3	87,2	90,2	3,4
davon Hochbau	100	91,8	85,2	87,1	2,2
Tiefbau	100	96,0	88,5	92,1	4,1

1) gewichtetes Jahresmittel der vier Quartalswerte

2) 2012 revidiert; 2013 vorläufig

tätigen Personen, bei drei von ihnen lag die Personenzahl sogar bei 50 und mehr tätigen Personen. Der größte Teil der Zugänge waren Klein- und Kleinstbetriebe (vgl. auch [3, Tab. 2.3]).¹⁾

Die Größenstruktur der Betriebe im Bauhauptgewerbe ist 2013 gegenüber den Vorjahren faktisch unverändert geblieben (vgl. dazu auch Tab. 4). Der Anteil der Kleinstbetriebe mit weniger als 10 tätigen Personen hat sich bei rund 80 Prozent stabilisiert. Lediglich ein Prozent aller Betriebe haben 100 und mehr tätige Personen.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen lag 2013 im Bauhauptgewerbe bei 106 Fällen und damit um 15,2 Prozent über dem Vorjahreswert von 92 Fällen.

Die Zahl der tätigen Personen im sächsischen Bauhauptgewerbe lag am 30. Juni 2013 bei 57 728 und damit um 0,6 Prozent über dem Vorjahresstand, aber 1,9 Prozent unter dem Stand von Ende Juni 2011. Längerfristig ist die Beschäftigtenzahl seit 1996 rückläufig. 2006 war sie einmal leicht angestiegen, sank dann bis 2009 aber weiter ab. Nach erneutem Zuwachs in den nächsten zwei Jahren folgte mit 2012 ein Jahr des Rückganges und mit 2013 eines des Anstieges. Das heißt, am aktuellen Rand zeigt dieses Merkmal keine ganz eindeutige Tendenz (vgl. auch Abb. 1). Die Gruppierungen der tätigen Personen nach ihrer Stellung im Betrieb (gewerbliche Arbeitskräfte; Angestellte; Inhaber und Mitinhaber) entwickelten sich unterschiedlich. Die Zahl der gewerblichen Arbeitskräfte (Arbeiter einschließlich gewerblich Auszubildender) stieg um 1,0 Prozent bzw. 399 Personen. Innerhalb dieser Gruppierung waren jedoch gegenläufige Entwicklungen zu beobachten. Die Zahl der Facharbeiter und Meister²⁾ – also der höher qualifizierten Arbeiter – stieg um 11,4 Prozent bzw. 3 647 Personen auf 35 572 Personen,

Tab. 4 Betriebe und tätige Personen im Bauhauptgewerbe 2005, 2010 und 2013 nach Beschäftigtengrößenklassen

Betriebe mit ... bis ... tätigen Personen	2005	2010	2013
	%		
Betriebe			
1 - 9	78,8	80,8	80,2
10 - 19	12,4	11,5	11,6
20 - 49	6,1	5,1	5,6
50 - 99	1,7	1,5	1,6
100 und mehr	1,0	1,0	1,0
Tätige Personen			
1 - 9	27,8	27,9	28,2
10 - 19	18,0	18,2	18,3
20 - 49	19,8	17,9	19,8
50 - 99	12,3	11,9	12,6
100 und mehr	22,1	24,1	21,1

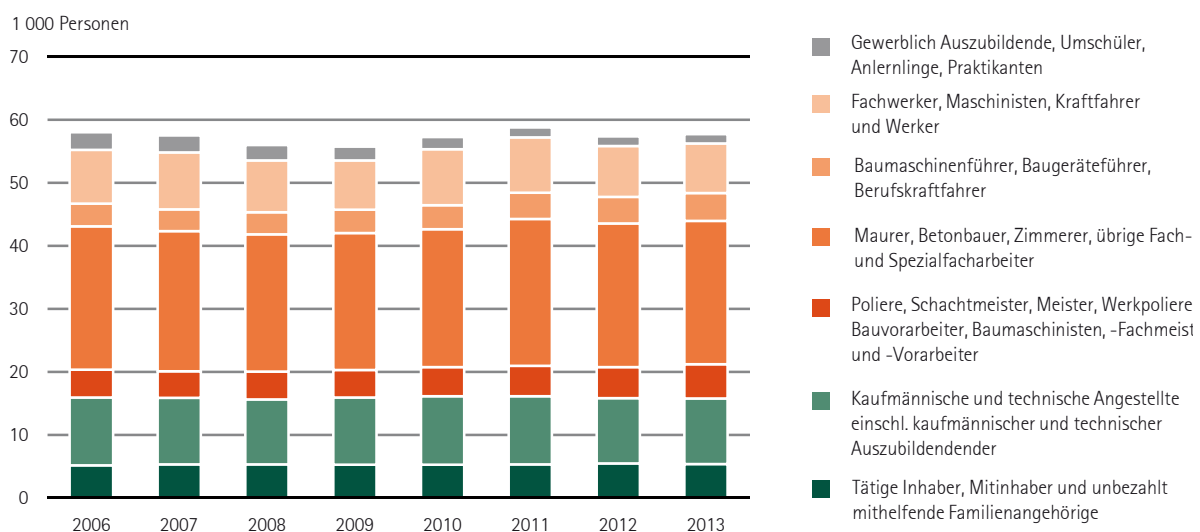
Datenbasis: Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe

darunter wiederum die Zahl der Poliere, Schachtmeister, Meister, Werkpoliere, Bauvorarbeiter, Baumaschinen-Fachmeister und -Vorarbeiter allein um 10,9 Prozent und die Zahl der Baumaschinenführer, Baugeräteführer und Berufskraftfahrer um 4,1 Prozent. Die Zahl der Maurer, Betonbauer, Zimmerer sowie übrigen Fach- und Spezialfacharbeiter, die 2013 mit 22 731 Personen den größten Anteil an den höher qualifizierten gewerblichen Arbeitskräften ausmachten, war leicht um 0,3 Prozent gesunken.

Die Zahl der Fachwerker, Maschinisten, Kraftwerker und Werker³⁾, also der weniger hoch qua-

- 1) Ausführlich wurde die Problematik der Zu- und Abgänge von Betrieben im Bauhauptgewerbe zuletzt in [5, S.11] erörtert.
- 2) Hier sind alle gewerblichen Arbeitskräfte außer den „Fachwerkern, Maschinisten, Kraftfahrer und Werker“ und den „gewerblich Auszubildenden“ zusammengefasst.

Abb. 1 Tätige Personen im Bauhauptgewerbe 2006 bis 2013 nach der Stellung im Betrieb



lifizierten Arbeiter ging 2013 gegenüber dem Vorjahr um 2,6 Prozent zurück. Auch die Zahl der gewerblichen Auszubildenden sank mit 2,5 Prozent in der gleichen Größenordnung.

Innerhalb der Gruppierung der gewerblichen Arbeitskräfte im sächsischen Bauhauptgewerbe setzte sich die Strukturverschiebung hin zu den höher qualifizierten Arbeitskräften fort. [3, Tab. 2.6]

Bei den kaufmännischen und technischen Angestellten setzte sich der rückläufige Trend erst einmal nicht weiter fort. Ihre Zahl stieg leicht um 0,2 Prozent. Faktisch stagnierte die Zahl (22 Angestellte mehr). Die Zahl der Inhaber und Mitinhaber (einschließlich unbezahlt mithelfender Familienangehöriger) ging leicht um 1,1 Prozent bzw. 58 Personen zurück. Diese Veränderung steht in inhaltlichem Zusammenhang mit der gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert gebliebenen Betriebszahl. Der Zuwachs der Zahl der tätigen Personen im Bauhauptgewerbe ist hauptsächlich auf die Entwicklung der gewerblichen Arbeitskräfte zurückzuführen.

Die statistische mittlere Betriebsgröße lag 2013 bei 8,5 tätigen Personen je Betrieb und damit erstmals wieder leicht über dem Vorjahresstand von 8,4 tätigen Personen je Betrieb.

Die Veränderung der Zahl der tätigen Personen am 30. Juni eines Jahres zum entsprechenden Vorjahr ist immer ein Saldo (vgl. dazu [6, S. 11f.]). Der Anstieg der tätigen Personen insgesamt von 0,6 Prozent 2013 im Vergleich zum Vorjahr resultierte fast vollständig aus dem Anstieg der Personen aus dem Betriebswechsel (vgl. [3, Tab. 2.4]). Die Zahl der tätigen Personen Ende Juni 2013 in den Betrieben, die bereits im Jahr davor in diese Erhebung einbezogen waren, entsprach nahezu der entsprechenden Vorjahreszahl.

Umsatz

Im Bauhauptgewerbe wurde 2012 (als Ergebnis der Ergänzungserhebung 2013) ein Gesamtumsatz von 6 358 Millionen € erwirtschaftet. Die Hochrechnung der Umsätze des Monatsberichts-kreises auf alle Betriebe erbrachte für 2012 einen Wert von 6 163 Millionen €. Beide Werte zeigen methodisch bedingt immer eine gewisse Abweichung, für das Berichtsjahr 2012 um 3,2 Prozent. Beide Umsatzwerte waren gegenüber dem Vorjahr gesunken. Der Gesamtumsatz aus der Ergänzungserhebung für das Berichtsjahr 2012 lag um 3,2 Prozent und der auf alle Betriebe hochgerechnete Gesamtumsatz des Monatsberichts-kreises um 2,8 Prozent niedriger.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf den **Monatsberichts-kreis** – Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen. Das ermöglicht auch den Vergleich des Umsatzes mit dem Auftragseingang und

dem Auftragsbestand. Der Gesamtumsatz lag hier im Jahr 2013 bei 4 187 Millionen €, 2,9 Prozent über dem Vorjahreswert. Damit wurde der nominale Umsatzrückgang aus dem Jahr 2012 gegenüber 2011 faktisch kompensiert. (2011 hatte der Gesamtumsatz bei 4 186 Millionen € gelegen.) Den Verlauf der monatlichen Umsatzwerte der letzten Jahre zeigt Abbildung 2.

Innerhalb des Bauhauptgewerbes zeigten Hoch- und Tiefbau vergleichbare Entwicklungen. Im Hochbau lag der baugewerbliche Umsatz bei 1 854 Millionen €, 2,3 Prozent über dem Vorjahreswert, im Tiefbau bei 2 284 Millionen €, 3,9 Prozent mehr (vgl. Tab. 3). Im Hochbau ist der baugewerbliche Umsatz somit das vierte Jahr in Folge gestiegen. Im Tiefbau folgte nach einem Jahr mit Umsatzrückgang wieder ein Jahr mit positiver Tendenz.

Die Umsatzsteigerung im Hochbau wurde im Wesentlichen vom Wohnungsbau getragen (19,9 Prozent bzw. 70 Millionen € mehr). Der öffentliche Hochbau verzeichnete einen Zuwachs von 1,5 Prozent bzw. knapp fünf Millionen €. Der Wirtschaftshochbau hatte einen um 3,0 Prozent niedrigeren Umsatz. Das entsprach 34 Millionen €. In den Jahren 2010 bis 2012 war der Wirtschaftshochbau noch der Wachstumsmotor im Hochbau gewesen.

Zur Umsatzsteigerung im Tiefbau trugen der Wirtschaftstiefbau mit 9,0 Prozent bzw. 78 Millionen € und der öffentliche Tiefbau mit 4,2 Prozent bzw. 24 Millionen € bei. Im Straßenbau lag der Umsatz um 2,0 Prozent bzw. 15 Millionen € unter dem Vorjahreswert.

Betrachtet man die Umsatzentwicklung nach den drei Auftraggebergruppen, so ist 2013 der baugewerbliche Umsatz im Wirtschaftsbau um 2,2 Prozent bzw. 44 Millionen € und im öffentlichen und Straßenbau um 0,8 Prozent bzw. 13 Millionen € gestiegen. Im Wohnungsbau ist er, wie schon erwähnt, um 19,9 Prozent bzw. 70 Millionen € gestiegen.

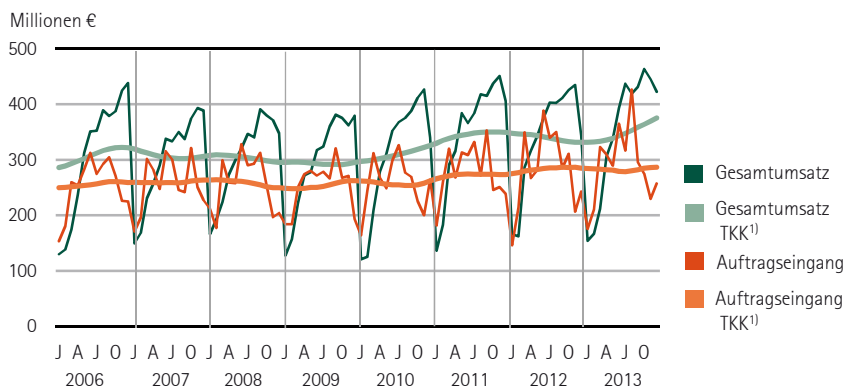
Bei diesen Veränderungsraten handelt es sich um **nominale Angaben**, ohne Berücksichtigung von Preisveränderungen. 2013 haben sich die Baupreisindizes auf der Basis 2010 = 100⁴⁾ in Hoch- und Tiefbau (Rohbauarbeiten) durchgängig erhöht.

Der Baupreisindex für Wohngebäude (Rohbauarbeiten) lag 2013 um 2,4 Prozent über dem Vorjahreswert, der Baupreisindex für Bürogebäude (Rohbauarbeiten) um 2,6 Prozent und für Betriebsgebäude (Rohbauarbeiten) um 2,5 Prozent. Der Baupreisindex für den Straßenbau hatte sich 2012 gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozent und der Baupreisindex für Ortskanäle, der beim sonstigen Tiefbau Anwendung findet, um 3,3 Prozent erhöht (vgl. auch [7]).

3) Hier werden auch die sogenannten „ungelernten“ oder „angelernten“ Arbeiter statistisch erfasst, also diejenigen mit der niedrigsten Qualifikation.

4) Ab dem Jahr 2013 erfolgte die Umbasierung vom Basisjahr 2005 auf das neue Basisjahr 2010. Damit waren auch Neufestsetzungen der Wägungsanteile verbunden. Da sich seit dem Basisjahr 2010 die Höhe der Umsatzsteuer (19 Prozent) nicht verändert hat, entsprechen die erhobenen Brutto-Preisindizes auch den Netto-Preisindizes, die zur Preisbereinigung der baugewerblichen Umsätze verwendet werden müssen, weil diese Umsätze ohne die Umsatzsteuer erhoben werden. Das heißt, die hier verwendeten Baupreisindizes entsprechen genau den veröffentlichten Werten (vgl. [7]).

Abb. 2 Gesamtumsatz und Auftragseingang im Bauhauptgewerbe 2006 bis 2013



1) TKK: Trend-Konjunkturkomponente nach BV 4.1; extremwertbereinigt

Für die **reale Umsatzentwicklung** bedeuten diese Preissteigerungen, dass die Umsatzentwicklung geringer ausfällt bzw. stärker rückläufig ist. Der Gesamtumsatz bzw. der baugewerbliche Umsatz im Bauhauptgewerbe ist 2013 gegenüber 2012 real um weniger als ein halbes Prozent gestiegen. Der baugewerbliche Umsatz im Tiefbau ist real um nicht ganz ein Prozent gestiegen, im Hochbau dagegen leicht zurückgegangen (weniger als ein halbes Prozent). Das heißt der nominale Umsatzanstieg im Hochbau von 2,3 Prozent wurde durch die Preissteigerung im Hochbau von rund zweieinhalb Prozent kompensiert bzw. in einen leichten Rückgang umgewandelt. Innerhalb des Hochbaus stieg der baugewerbliche Umsatz im Wohnungsbau real um rund 17 Prozent, während er im Hochbau ohne Wohnungsbau um gut vier Prozent sank. Im Tiefbau wurde der nominale Umsatzanstieg von 3,9 Prozent durch die Preissteigerungen in etwas geringerer Höhe auf real weniger als ein Prozent reduziert. Innerhalb des Tiefbaus sank der baugewerbliche Umsatz im Straßenbau real um knapp fünf Prozent, während er im Tiefbau ohne Straßenbau um knapp vier Prozent stieg.⁵⁾

Auftragseingang

Die **Summe der Auftragseingänge** (bzw. der Wertindex des Auftragseinganges, Basisjahr 2010) lag 2013 nominal um 2,7 Prozent über dem Vorjahreswert. Hochbau und Tiefbau zeigten eine gegenläufige Entwicklung. Im Hochbau lag der Auftragseingang 5,8 Prozent unter dem Vorjahreswert, im Tiefbau dagegen 9,1 Prozent darüber. Der **Wertindex des Auftragseinganges** (nominale Angaben, 2010 = 100) im Bauhauptgewerbe insgesamt lag im Jahresmittel 2013 bei 112,1. Im Tiefbau lag der Wertindex des Auftragseinganges bei 111,6, im Hochbau bei 112,9. Der Wert über 100 signalisiert, dass das Ergebnis „besser“ ist als im Basisjahr 2010. Der **Volumenindex des Auftragseinganges** (reale Angaben, 2010 = 100) im Bauhauptge-

werbe lag im Jahresmittel 2013 bei 102,2 und damit um 0,1 Prozent unter dem Vorjahreswert. Im Hochbau erreichte der Index einen Betrag von 102,8, das sind 8,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Im Tiefbau lag der Index 2013 bei 101,9 und damit um 5,8 Prozent über dem Vorjahresniveau. Der reale Anstieg des Auftragseinganges im Tiefbau hat damit den entsprechenden Rückgang im Hochbau ausgeglichen.

Auftragsbestand

Die Entwicklung des Umsatzes und des Auftragseinganges im Verlaufe des Jahres 2013 wirkte sich auf den Auftragsbestand am Ende des Jahres aus. Ende 2013 betrug der nominale Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe 1 312 Millionen €. Das waren 3,5 Prozent mehr als Ende 2012. Im Hochbau lag der Auftragsbestand Ende 2013 bei 515 Millionen € und damit um 5,5 Prozent unter dem Vorjahresstand. Im Tiefbau wurde mit 797 Millionen € der Vorjahresstand um 10,4 Prozent überschritten. Der **Volumenindex des Auftragsbestandes** (2010 = 100) im Bauhauptgewerbe (gewichtetes Jahresmittel aus den vier Quartalswerten) lag mit 90,2 im **Jahresdurchschnitt** 2013 um 3,4 Prozent über dem Vorjahreswert von 87,2. Im Hochbau erreichte er einen Betrag von 87,1 und damit 2,2 Prozent mehr als im Jahresmittel 2012, das bei 85,2 lag. Im Tiefbau lag der Index bei 92,1 und damit 4,1 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert von 88,5. Aus dem Auftragsbestand lassen sich Schlussfolgerungen auf die Reichweite dieser Aufträge ziehen. Oder mit anderen Worten, wie lange sind die Baubetriebe ausgelastet.⁶⁾ Aus der Höhe des Auftragsbestandes Ende 2013 lässt sich eine Reichweite von viereinhalb Monaten abschätzen. Diese Reichweite konnte auch schon für das Jahresende 2012 ermittelt werden. Der ifo Geschäftsklimaindex für Ostdeutschland vom Februar 2014 ist für den Jahresanfang 2014 im Baugewerbe ebenfalls positiv. [8]

- 5) Die Preisbereinigung beim Umsatz erfolgt analog dem Vorgehen beim Auftragseingang und Auftragsbestand. Die genauen errechneten realen Veränderungsdaten werden auf Anfrage zur Verfügung gestellt.
- 6) Für die Reichweitenberechnung des Auftragsbestandes wird vom Statistischen Landesamt bewusst ein einfaches Verfahren verwendet. Es wird ein Quotient aus baugewerblichem Umsatz und Auftragseingang gebildet. Dieser Faktor ist immer größer als Null, da der Umsatz in der Praxis auch immer höher als der Auftragseingang ist. Der Auftragsbestand wird mit diesem Faktor multipliziert. Damit ermittelt man einen hypothetischen Umsatz. Dieser hypothetische Umsatzwert wird durch den mittleren Monatsumsatz des entsprechenden Jahres dividiert. Das Ergebnis ist ein Wert, der als Zahl der Monate, für die der Auftragsbestand reicht, interpretiert wird. Der Gesichtspunkt der stark saisonal schwankenden Umsätze im Bauhauptgewerbe bleibt dabei unberücksichtigt. [8]

Bruttoentgelt

Im Jahr 2013 lag für die Betriebe des **Monatsberichts** im Bauhauptgewerbe die Bruttoentgeltsumme bei 857,5 Millionen € und damit um 1,6 Prozent über dem Vorjahreswert. Da im gleichen Zeitraum die Zahl der tätigen Personen geringfügig um 0,1 Prozent zurückging, erhöhte sich das durchschnittliche monatliche Bruttoentgelt je tätiger Person um 1,7 Prozent auf 2 389 €. Die unterjährige Entwicklung zeigt Abbildung 3. Im Juni 2013 erhielten die im Bauhauptgewerbe insgesamt tätigen Personen eine Bruttoentgeltsumme von 112,7 Millionen €. Das Bruttoentgelt je tätiger Person betrug dementsprechend 1 953 €. Im Juni 2012 waren es zum Vergleich 1 950 € gewesen und im Juni 2011 ebenfalls 1 953 €. Das heißt, in den letzten drei Jahren lag dieser Wert auf einer vergleichbaren Höhe. Betrachtet man die durchschnittlichen Bruttoentgelte je tätiger Person nach Betriebsgrößenklassen, so zeigt sich, dass sie mit der Betriebsgröße ansteigen. In der Größenklasse 10 bis 19 tätige Personen betrug das Bruttoentgelt je tätiger Person 1 903 €, in der Größenklasse 20 bis 49 tätige Personen 2 134 €, in der Größenklasse 50 bis 99 tätige Personen 2 378 € und schließlich in der Größenklasse von 100 und mehr tätigen Personen 2 620 €. Für die Größenklasse der Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen lag das durchschnittliche Bruttoentgelte je tätiger Person im Juni 2013 bei 2 384 €, stimmt also fast mit dem vergleichbaren Wert aus dem Monatsbericht im Bauhauptgewerbe überein. Für Ende 2012, dem bei Redaktionsschluss aktuellen Stand, wies die Bundesagentur für Arbeit (BA) einen Anteil der Vollzeitbeschäftigten (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) im Bauhauptgewerbe von 94 Prozent aus. [9] Wenn man auch für die Selbstständigen in dieser Branche einen Vollzeitanteil in dieser Größenordnung

– oder höher – ansetzt, dann kann man davon ausgehen, dass die Brutto-Pro-Kopf-Entgelte aus der Baugewerbestatistik in ihrer Höhe weitgehend den mittleren Bruttoverdiensten der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe entsprechen.

Ausbaugewerbe

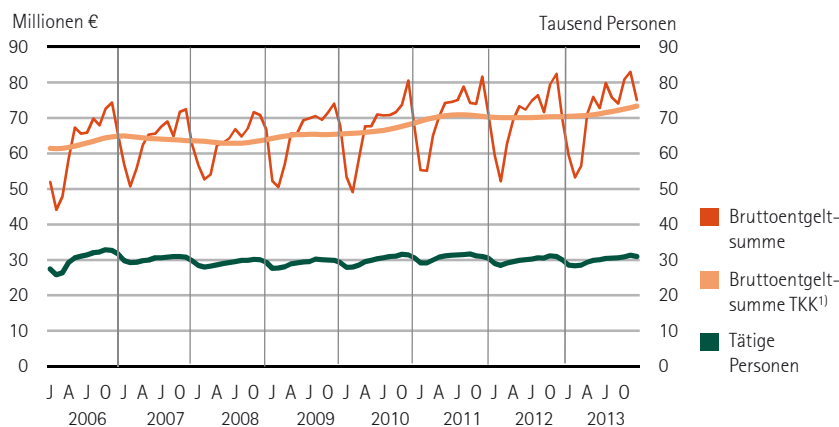
Betriebe und Beschäftigte

Ende des 2. Quartals 2013 waren 1 224 Betriebe des Ausbaugewerbes in die **Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauräger** einbezogen. Im Vergleich zu 2012 ist die Betriebszahl per Saldo um sieben Betriebe oder 0,6 Prozent gesunken (vgl. Tab. 5). In den Jahren 2011 bis 2013 lag die Betriebszahl in einer vergleichbaren Größenordnung. Der seit 2007 zu beobachtende Anstieg der Betriebszahl ist offensichtlich zu einem gewissen Stillstand gekommen.

Die Struktur der Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen zeigte 2013 kaum merkliche Verschiebungen gegenüber den Vorjahren und dem Jahr 2010 (vgl. dazu auch Tab. 6). Die Anteile schwanken in der Größenordnung von wenigen Zehntelprozentpunkten. Die Größenklasse mit 100 und mehr tätigen Personen war 2013 mit 16 Betrieben besetzt, einer weniger als im Vorjahr; die Größenklasse mit 50 bis 99 tätigen Personen mit 84 Betrieben, ebenfalls einer weniger als im Vorjahr. Diese Veränderungen in der Betriebsgrößenstruktur dürften auf Kohorteneffekte zurückzuführen sein. Kohorteneffekte zeigen sich auch bei der Neufestsetzung des vierteljährlichen Berichtskreises ab dem 1. Quartal 2014. Per Saldo erhöht sich dieser Berichtskreis um 10 Betriebe, 45 Aufsteigern stehen dabei 35 Absteiger gegenüber.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen lag 2013 im Ausbaugewerbe bei 138 Fällen und damit gut

Abb. 3 Tätige Personen und Bruttoentgeltsumme im Bauhauptgewerbe 2006 bis 2013



Datenbasis: Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen
1) TKK: Trend-Konjunkturkomponente nach BV 4.1, extremwertbereinigt

Tab. 5 Eckdaten zum Ausbaugewerbe 2010 bis 2013

Merkmal	2010	2011	2012	2013	
				absolut	Veränderung zum Vorjahr in %
Betriebe mit 10 und mehr tätigen Personen					
Betriebe am 30. Juni	1 201	1 228	1 231	1 224	-0,6
Tätige Personen am 30. Juni	29 067	29 531	29 336	29 088	-0,8
Bruttoentgeltsumme im Juni in 1 000 €	160 873	166 120	169 887	175 433	3,3
Vorjahresumsatz in 1 000 €	2 811 680	2 885 683	3 135 007	3 087 598	-1,5
Gesamtumsatz im 2. Quartal in 1 000 €	688 724	738 448	715 809	705 158	-1,5
Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen					
Betriebe (Jahresdurchschnitt)	478	482	488	500	2,5
Tätige Personen (Jahresdurchschnitt)	18 990	19 187	18 945	19 199	1,3
Bruttoentgeltsumme in 1 000 €	448 345	463 565	475 443	501 540	5,5
Gesamtumsatz in 1 000 €	2 018 200	2 167 762	2 115 043	2 191 519	3,6

ein Fünftel (21,1 Prozent) unter dem Vorjahreswert von 175 Fällen.

Ende Juni 2013 wurden in der Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger in den ausbaugewerblichen Betrieben 29 088 Personen erfasst, 0,8 Prozent weniger als im Vorjahr (vgl. Tab. 5). Damit ist die Zahl der tätigen Personen das zweite Jahr zurückgegangen.

Der Rückgang der tätigen Personen von 2013 zu 2012 betrifft hauptsächlich die hohen Größen-

klassen, wobei hier die Veränderungen durch Kohorteneffekte überlagert sind. Die Zahl der tätigen Personen in der Größenklasse der Betriebe mit 100 und mehr tätigen Personen sank um 6,3 Prozent (159 Personen) und in der Größenklasse von 50 bis 99 tätigen Personen um 0,9 Prozent (51 Personen). In den beiden mittleren Größenklassen blieb die Zahl der tätigen Personen 2013 im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Die Besetzung der Größenklasse von 1 bis 9 tätigen Personen (hier nur Betriebe von Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen) ging ebenfalls leicht um 0,6 Prozent zurück (43 Personen), nachdem hier im Vorjahr ein beträchtlicher Anstieg zu verbuchen gewesen war.

Der Anteil der Arbeiter an der Gesamtzahl der tätigen Personen im Ausbaugewerbe lag Ende Juni 2013 bei 76,8 Prozent, der Anteil der Angestellten einschließlich der Inhaber, Mitinhaber und mithelfenden Familienangehörigen entsprechend bei 23,2 Prozent. Betrachtet man auch hier die Veränderungen zum Vorjahr, dann ist die Zahl der Arbeiter um 1,4 Prozent gesunken und die der Angestellten und Inhaber um 1,0 Prozent gestiegen. Das heißt, der Rückgang der tätigen Personen insgesamt ist auf den Rückgang der Arbeiter zurückzuführen.

Die Beziehungszahl „tätige Personen je Betrieb der in der Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger erfassten ausbaugewerblichen Betriebe“ lag 2013 bei 23,8 tätigen Personen, wie bereits im Vorjahr.

Tab. 6 Betriebe und tätige Personen im Ausbaugewerbe 2005, 2010 und 2013 nach Beschäftigten-größenklassen

Betriebe mit ... bis ... tätigen Personen	2005	2010	2013
	%		
Betriebe			
1 - 9 ¹⁾	4,3	1,8	2,2
10 - 19	59,9	59,5	58,9
20 - 49	27,7	30,5	30,7
50 - 99	7,1	6,6	6,9
100 und mehr	1,5	1,6	1,3
Tätige Personen			
1 - 9 ¹⁾	1,3	0,5	0,6
10 - 19	35,6	33,2	33,5
20 - 49	35,8	37,2	38,5
50 - 99	20,8	18,7	19,2
100 und mehr	6,5	10,4	8,1

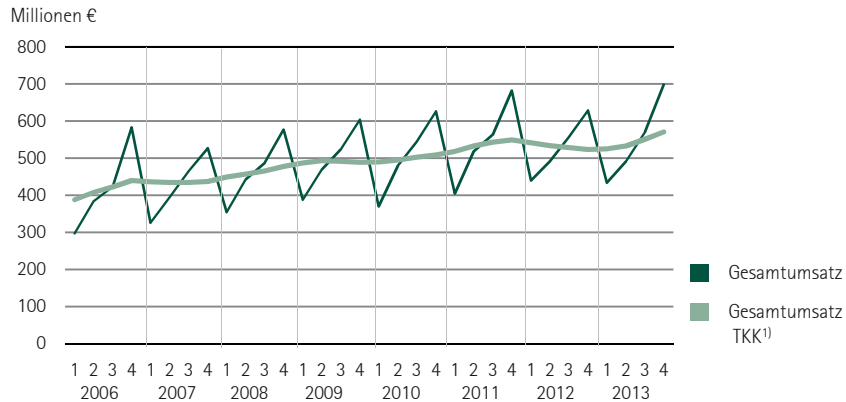
Datenbasis: Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger

1) nur Betriebe von Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen

Umsatz

Die 1 224 im Rahmen der **Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger** im Jahr

Abb. 4 Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe 2006 bis 2013



1) TKK: Trend-Konjunkturkomponente nach BV 4.1; extremwertbereinigt

2013 auskunftspflichtigen ausbaugewerblichen Betriebe meldeten für 2012 einen Gesamtumsatz von 3 088 Millionen €. Gegenüber 2012 mit 3 135 Millionen € ist das ein Rückgang um 1,5 Prozent. Nachdem der nominale Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe sechs Jahre in Folge gestiegen war, ist er nunmehr wieder leicht zurückgegangen. Die Beurteilung der Veränderungsdaten dieser Umsatzwerte aus der Jährlichen Erhebung ist insofern schwierig, da die jeweils dahinter stehende Zahl der meldepflichtigen Betriebe zu sehen ist. Der Gesamtumsatz des 2. Quartals 2013 (61 Arbeitstage) lag arbeitstäglich bereinigt um 3,1 Prozent unter dem entsprechenden Wert des Vorjahresquartals (60 Arbeitstage).

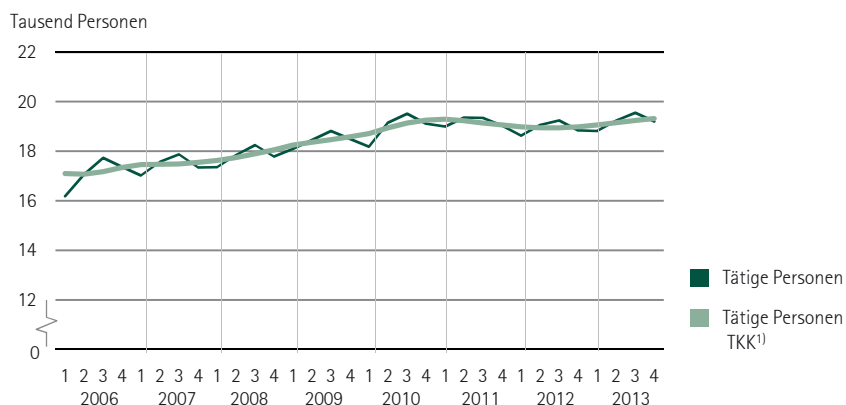
Der Gesamtumsatz der **Betriebe mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen** erreichte 2013 einen Betrag von 2 192 Millionen €, 3,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit setzte sich nach einer Unterbrechung im Jahr 2012 der seit 2006 zu beobachtende Trend eines zunehmenden Umsatzes fort. Die unterjährige Entwicklung zeigt Abbildung 4. Die Baupreisindizes für Ausbauarbeiten sind im Jahresmittel 2013

gegenüber 2012 in der Größenordnung zwischen 3,1 Prozent und 3,8 Prozent für die einzelnen Gebäudearten gestiegen. Der Baupreisindex für die Instandhaltung von Wohngebäuden lag im November 2013 um 4,0 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert, der für Schönheitsreparaturen in einer Wohnung bei 4,2 Prozent. [7] Der Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe bei den Betrieben mit 20 und mehr tätigen Personen dürfte 2013 damit real unter Berücksichtigung der Preisveränderungen leicht gefallen sein.

Bruttoentgelt

Für die Betriebe des Vierteljährlichen Berichtskreises im Ausbaugewerbe lag die Bruttoentgeltsumme im Jahr 2013 bei 501,5 Millionen € bzw. 5,5 Prozent über dem Vorjahreswert. Damit ist dieses Merkmal das siebte Jahr in Folge gestiegen. Da im gleichen Zeitraum die Zahl der tätigen Personen lediglich um 1,3 Prozent gestiegen ist, hat sich das durchschnittliche Bruttoentgelt je tätiger Person um 4,1 Prozent erhöht. Der durchschnittliche Monatsbetrag lag bei 2 177 €. Im Vergleich zum Bauhauptgewerbe – Betriebe des Monatsbe-

Abb. 5 Tätige Personen im Ausbaugewerbe 2006 bis 2013



1) TKK: Trend-Konjunkturkomponente nach BV 4.1; extremwertbereinigt

Tab. 7 Eckdaten zu Erschließung von Grundstücken und Bauträgern
2009 bis 2013

Jahr	Betriebe	Tätige Personen	Brutto- entgelt- summe	Gesamt- umsatz im 2. Quartal	Gesamt- umsatz im Vorjahr	Gesamt- umsatz je tätiger Person
	am 30. Juni		1 000 €			€
2009	21	424	3 059	42 504	200 007	471 715
2010	19	359	2 926	17 335	164 351	457 802
2011	19	428	3 198	11 093	165 272	386 150
2012	20	422	3 169	19 895	178 103	422 045
2013	21	471	3 648	27 503	238 888	507 193

Datenquelle: Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger

richtskreises - mit 2 389 € sind das im Ausbaugewerbe 8,9 Prozent weniger Bruttoentgelt. Dieser Abstand hat sich 2013 gegenüber dem Vorjahr erneut leicht verringert. Die unterjährige Entwicklung für das Ausbaugewerbe zeigt Abbildung 5.

Erschließung von Grundstücken; Bauträger

Die Betriebsstruktur dieses Wirtschaftszweiges (WZ 41.1) ist ganz vorherrschend kleinbetrieblich. Das heißt, die meisten Betriebe verfügen nur über wenige Beschäftigte (vgl. Tab. 7). In der Regel bilden die Inhaber bzw. Geschäftsführer (einer GmbH) und einige wenige Beschäftigte das gesamte Betriebspersonal. Laut Unternehmensregistersystem URS 95 gibt es in Sachsen rund 520 Betriebe im Wirtschaftszweig 41.1. Davon jeweils rund 70 Betriebe in der Erschließung von unbebauten Grundstücken (WZ 41.10.1) und Bauträger für Nichtwohngebäude (WZ 41.10.2). Rund 380 Betriebe sind Bauträger für Wohngebäude (WZ 41.10.3). [10]

In der **Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger** waren 2013 lediglich 21 Betriebe erfasst, einer mehr als im Vorjahr. Der überwiegende Teil hatte seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt als Bauträger für Wohngebäude. Sie hatten zusammen 471 tätige Personen und erbrachten im 2. Quartal 2013 einen Gesamtumsatz von 27,5 Millionen €. Der Vorjahresumsatz lag bei 239 Millionen €. Die Betriebe der Bauträger für Nichtwohngebäude (WZ 41.10.2) liegen mit ihren Beschäftigtenzahlen alle deutlich unter der Abschneidegrenze von 10 tätigen Personen für diese Statistik.

Auf der Basis des URS 95 kann grob geschätzt werden, dass die rund 520 Betriebe des Wirtschaftszweiges 41.1 Erschließung von Grundstücken, Bauträger in Sachsen reichlich 1 200 tätige Personen hatten (Stand: 2012) sowie einen Umsatz in der Größenordnung von rund 500 Millionen € (Stand: 2012). Der Umsatz der nach Beschäftigten kleinen Betriebe kann aber

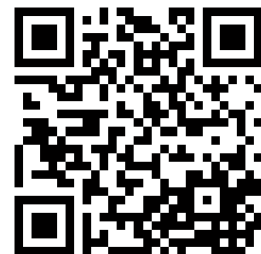
vergleichsweise hoch sein, was sich aus der Art der Tätigkeit ergibt. Das heißt, in der Baugewerbestatistik wird dieser Wirtschaftszweig nur bedingt abgebildet. Insbesondere spiegeln die jährlichen Veränderungsdaten aus der Statistik hier nicht die wirkliche wirtschaftliche Entwicklung wider.

Dr. Andreas Oettel, Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen

Literatur- und Quellenverzeichnis

- [1] Arbeitskreis VGRdL, www.akvgrdL.de [Aufgerufen am 28.03.2014]
- [2] Arbeitskreis ETR, www.aketr.de [Aufgerufen am 28.03.2014]
- [3] Branchenreport Baugewerbe 2013. Tabellenband, 1991 bis 2013. Statistischer Bericht E II 6/ E III 6 - j/13, Kamenz 2014.
- [4] Branchenreport Baugewerbe. Kreisergebnisse, 1991 bis 2013. Statistischer Bericht E II 7/ E III 7 - j/13, Kamenz 2014.
- [5] Oettel, A.: Baugewerbe im Jahr 2012. In: Statistik in Sachsen, 2/2012, S. 10 - 18.
- [6] Oettel, A.: Baugewerbe im Jahr 2011. In: Statistik in Sachsen, 2/2011, S. 10 - 17.
- [7] Preisindizes für Bauwerke im Freistaat Sachsen. November 2013. Statistischer Bericht M I 4 - vj 4/13, Kamenz 2014.
- [8] ifo Konjunkturtest Februar 2014. <http://www.ce-sifo-group.de/de/ifoHome/facts/Survey-Results/Konjunkturtest/Ostdeutschland/Archiv/2014/Geschaeftsklima-Ostdeutschland-20140227.html> [Aufgerufen am 27.03.2014]
- [9] http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_31966/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=17392&year_month=201212&year_month.GROUP=1&search=Suchen [Aufgerufen am 27.03.2014]
- [10] Abruf aus dem URS 95 Anfang März 2014.

Weiterführende Informationen zu diesem Thema finden Sie hier.



Struktur und Ausstattung der sächsischen Privathaushalte – erste Ergebnisse aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2013

Im Artikel werden erste Ergebnisse aus der EVS 2013 vorgestellt. Zunächst wird ein Blick auf die Erhebungsmethodik geworfen. Danach wird die soziodemografische und sozioökonomische Struktur der sächsischen Privathaushalte betrachtet. Im zweiten Teil des Artikels werden Ergebnisse zur Ausstattung der privaten Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern vorgestellt. Der Fokus richtet sich dabei auf die einzelnen Gebrauchsgüterkategorien: Fahrzeuge, Unterhaltungselektronik, Informations- und Kommunikationstechnik sowie Haushalts- und sonstige Geräte. Danach wird der Frage nachgegangen, welche Unterschiede bei der Ausstattung zwischen den Geschlechtern bestehen. Abschließend wird die Ausstattung der Privathaushalte nach Gemeindegrößenklassen betrachtet.

EVS 2013

Logo EVS
© Statistisches Bundesamt

Vorbemerkungen

Im Zeitraum von Januar bis Dezember 2013 wurde bundesweit zum elften Mal eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) durchgeführt, bei der 0,2 Prozent aller Privathaushalte in Deutschland teilnahmen. In den alten Bundesländern finden Einkommens- und Verbrauchsstichproben bereits seit 1962/63 im Fünfjahresrhythmus statt. In den neuen Bundesländern werden sie seit 1993 durchgeführt. Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben liefern auf **Bundes- und Landesebene** ein repräsentatives Bild für die Gesamtheit der Privathaushalte und bilden damit eine der wichtigsten statistischen Quellen für Informationen über Einkommenserzielung, -verteilung und -verwendung sowie zur Ausstattung und Wohnsituation der privaten Haushalte. [1, 2] Zudem ist die EVS eine bedeutende Informationsquelle für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung sowie die Grundlage für die Berechnung der Arbeitslosengeld II-Regelsätze (Hartz IV). Die Ergebnisse der EVS finden ebenfalls bei der Anpassung der Gewichte der Verbraucherpreisindizes sowie für Schätzverfahren in den Volkswirtschaftlichen und Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen Anwendung. [5]

Nachfolgend werden ausgewählte Ergebnisse aus dem ersten Erhebungsteil der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, den sogenannten

„Allgemeinen Angaben“ präsentiert. Diese stellen eine Stichtagsabfrage zum Jahresbeginn 2013 dar, bei der neben der soziodemografischen und sozioökonomischen Struktur der Privathaushalte auch die **Ausstattung mit Gebrauchsgütern** sowie die Wohnsituation, welche in weiteren Veröffentlichungen betrachtet werden soll, erfasst werden.

Ausführliche Ergebnisse zur Ausstattung der Privathaushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern bietet der im Februar 2014 veröffentlichte Statistische Bericht zur Thematik. [3]

Methodische Erläuterungen

Die Daten der EVS 2013 wurden getrennt für das Bundesgebiet und jedes Bundesland hochgerechnet. Mit der Hochrechnung wurden die Stichprobendaten so gewichtet, dass die hochgerechneten Ergebnisse mit bekannten Daten in der Grundgesamtheit übereinstimmen. Bei der Hochrechnung auf Bundesebene wurden besonders viele Strukturdaten (wie z. B. Haushaltstyp, Soziale Stellung und Alter des Haupteinkommensbeziehers, Haushaltsnettoeinkommensklasse, Haushaltsgröße) berücksichtigt.

Für die Länderhochrechnung, bei der die länderspezifischen Hochrechnungsfaktoren erstellt wurden, wurden weniger Merkmale, dafür aber die landesspezifischen Daten einbezogen. Damit

wird gewährleistet, dass die hochgerechneten Länderergebnisse im Hinblick auf die verwendeten Merkmale mit den bekannten Länderwerten in der Grundgesamtheit übereinstimmen.

Mit der EVS 2013 erfolgte eine Neuordnung bei den Gebietsständen. So werden die Ergebnisse für Berlin insgesamt den neuen Ländern zugerechnet. Bei den Erhebungen der Jahre 1993, 1998, 2003 und 2008 wurde Berlin-West dem früheren Bundesgebiet und Berlin-Ost den neuen Ländern zugeordnet. Dadurch sind die Daten dieser Zeiträume nur eingeschränkt mit den Ergebnissen der EVS 2013 vergleichbar. [1]

Die EVS im Kurzüberblick:

- Bestandteil der Statistiken der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte
- Periodizität: alle fünf Jahre
- Quotenstichprobe – Stichprobenumfang: 0,2 Prozent aller Privathaushalte in Deutschland
- freiwillige Auskunftserteilung
- Mikrozensus dient zur Bestimmung des Quotenplans und als Anpassungsrahmen für die Ergebnishochrechnung
- Erhebung besteht aus **vier Teilen**:
 - Allgemeine Angaben
 - Geld- und Sachvermögen
 - Haushaltsbuch
 - Feinaufzeichnungsheft als **Unterstichprobe des Haushaltsbuches** zur detaillierten Erfassung von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren nach Menge und Preis

Den in diesem Artikel veröffentlichten Ergebnissen liegen die Daten von insgesamt **4 048 sächsischen Privathaushalten** zugrunde, welche auf die Gesamthaushaltezahl von rund 2,2 Millionen im Freistaat hochgerechnet wurden. Haushalte mit einem monatlichem Haushaltsnettoeinkommen von über 18 000 € werden bei der EVS nicht einbezogen.

Soziodemografische und sozioökonomische Struktur der sächsischen Privathaushalte

Die in den „Allgemeinen Angaben“ erfragten soziodemografischen und sozioökonomischen Merkmale der teilnehmenden Privathaushalte und deren Mitglieder werden für die Hochrechnung benötigt und dienen dazu, die Struktur und Zusammensetzung der Haushalte aufzuzei-

gen. Dadurch wird es möglich, Ergebnisse differenziert nach unterschiedlichen Merkmalen, wie z. B. Haushaltsgröße und Haushaltstypen, Alters- und Nettoeinkommensklassen oder nach der sozialen Stellung darzustellen.

Trend zum Singlehaushalt hält weiter an

Die Ergebnisse der EVS 2013 zeigen einen anhaltenden Trend zum Singlehaushalt. Lag im Jahr 2008 der Anteil der Haushalte von Alleinlebenden noch bei 40,6 Prozent, stieg er bis 2013 auf 43,1 Prozent an. Gegenüber 2003 ist sogar ein Anstieg um 7,1 Prozentpunkte zu registrieren. Paare ohne Kind(er) sind nach den Alleinlebenden, wie bereits 2008 (31,6 Prozent), der zweithäufigste Haushaltstyp im Freistaat mit 32,7 Prozent. Der Anteil der Paare mit Kind(ern) blieb mit 10,8 Prozent gegenüber 2008 annähernd konstant. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Anteil der Alleinerziehenden leicht um 0,6 Prozentpunkte auf 3,6 Prozent. Ein Blick auf die Haushaltsgröße zeigt, dass 80,5 Prozent aller sächsischen Haushalte 2013 Ein- oder Zweipersonenhaushalte waren. Im Vergleich zu 2008 entspricht dies einem Anstieg um 3 Prozentpunkte und gegenüber 2003 um knapp 9 Prozentpunkte. Nur noch 1,4 Prozent der Privathaushalte bestanden 2013 aus 5 und mehr Personen (2003: 2,5 Prozent). Die durchschnittliche Haushaltsgröße lag 2013 im Freistaat bei 1,9 Personen. Zehn Jahre zuvor waren es noch 2,1 Personen. Dementsprechend stieg die Anzahl der Privathaushalte im Freistaat in den letzten zehn Jahren um knapp 5 Prozentpunkte an.

Anteil der Haushalte mit arbeitslosem Haupteinkommensbezieher ist rückläufig

In 48,0 Prozent der sächsischen Privathaushalte war der Haupteinkommensbezieher abhängig erwerbstätig. Im Vergleich zu 2008 (46,3 Prozent) vergrößerte sich der Anteil um 1,7 Prozentpunkte bzw. um 2,6 Prozentpunkte gegenüber 2003. Gleichzeitig ist ein Rückgang des Anteils arbeitsloser Haupteinkommensbezieher erkennbar. 2008 lag ihr Anteil noch bei 10,7 Prozent, 2013 waren es 7,7 Prozent, ein Rückgang um 3,0 Prozentpunkte. In die Gruppe der Nichterwerbstätigen ordnen sich 37,4 Prozent der privaten Haushalte im Freistaat ein. Fünf Jahre zuvor war es ein Prozentpunkt weniger.

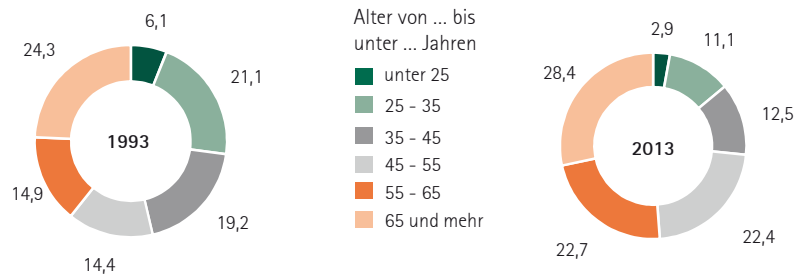
Alter der Haupteinkommensbezieher steigt immer weiter an

2013 waren 28,4 Prozent der Haupteinkommensbezieher 65 Jahre und älter. Damit vergrößerte sich deren Anteil gegenüber 2008 um 1,9 Prozentpunkte. Die demografische Alterung der Ge-

Mehr Singlehaushalte

Weniger Haushalte mit arbeitslosem Haupteinkommensbezieher

Abb. 1 Struktur privater Haushalte in Sachsen am 1. Januar 1993 und 2013 nach Alter des Haupteinkommensbeziehers (in Prozent)



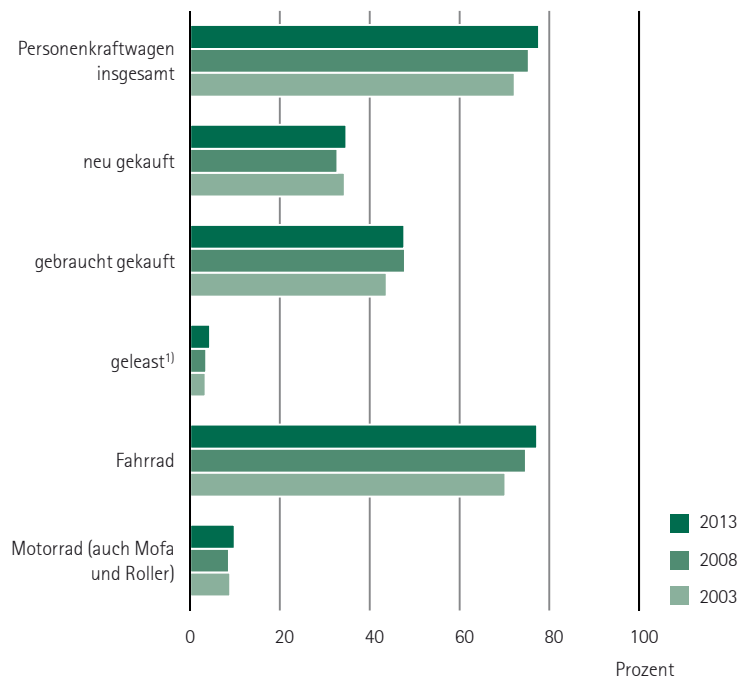
sellschaft spiegelt sich besonders in den Altersgruppen 45 bis unter 55 Jahre sowie 55 bis unter 65 Jahre wider. Ihr Anteil lag 2013 bei 22,4 und 22,7 Prozent. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass es zehn Jahre zuvor noch 19,8 bzw. 16,6 Prozent waren und vor 20 Jahren bei der EVS 1993 lediglich 14,4 bzw. 14,9 Prozent. „Junge“ Haushalte mit Haupteinkommensbeziehern der Altersgruppe 25 bis 35 Jahre stellten dagegen 2013 nur einen Anteil von 11,1 Prozent aller privaten Haushalte. 1993 befand sich noch mehr als jeder fünfte Haupteinkommensbezieher (21,1 Prozent) in dieser Altersgruppe (siehe Abb. 1).

schnittliches monatliches Nettoeinkommen von 900 € bis unter 1 300 €. 29,1 Prozent der Haushalte stand ein monatliches Nettoeinkommen von 1 300 € bis unter 2 000 € zur Verfügung. Der Anteil der Haushalte mit einem Nettoeinkommen von 2 000 € bis unter 3 600 € im Monat betrug mit 26,4 Prozent mehr als ein Viertel. Demgegenüber stehen 16,4 Prozent der Haushalte im Freistaat, die über ein monatliches Nettoeinkommen von unter 900 € verfügen. Der Anteil der Haushalte in dieser Einkommensklasse sank jedoch im Vergleich zu 2008 um 3,7 Prozentpunkte.

Weniger Haushalte mit monatlichem Nettoeinkommen unter 900 €

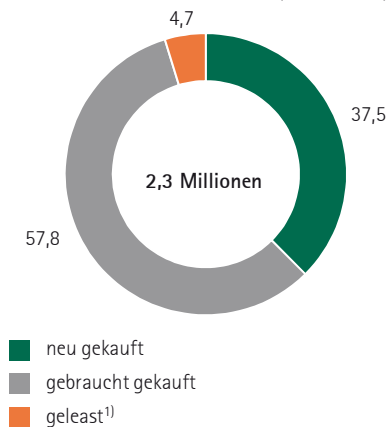
Zum Jahresbeginn 2013 verfügten 19,5 Prozent der sächsischen Privathaushalte über ein durch-

Abb. 2 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Fahrzeugen in Sachsen am 1. Januar 2013



¹⁾ einschließlich Firmenwagen, die auch privat genutzt werden dürfen, keine Ratenkäufe

Abb. 3 Gesamtbestand an Personenkraftwagen in privaten Haushalten in Sachsen am 1. Januar 2013 (in Prozent)



1) einschließlich Firmenwagen, die auch privat genutzt werden dürfen, keine Ratenkäufe

Mit welchen Gebrauchsgütern waren die privaten Haushalte in Sachsen 2013 ausgestattet?

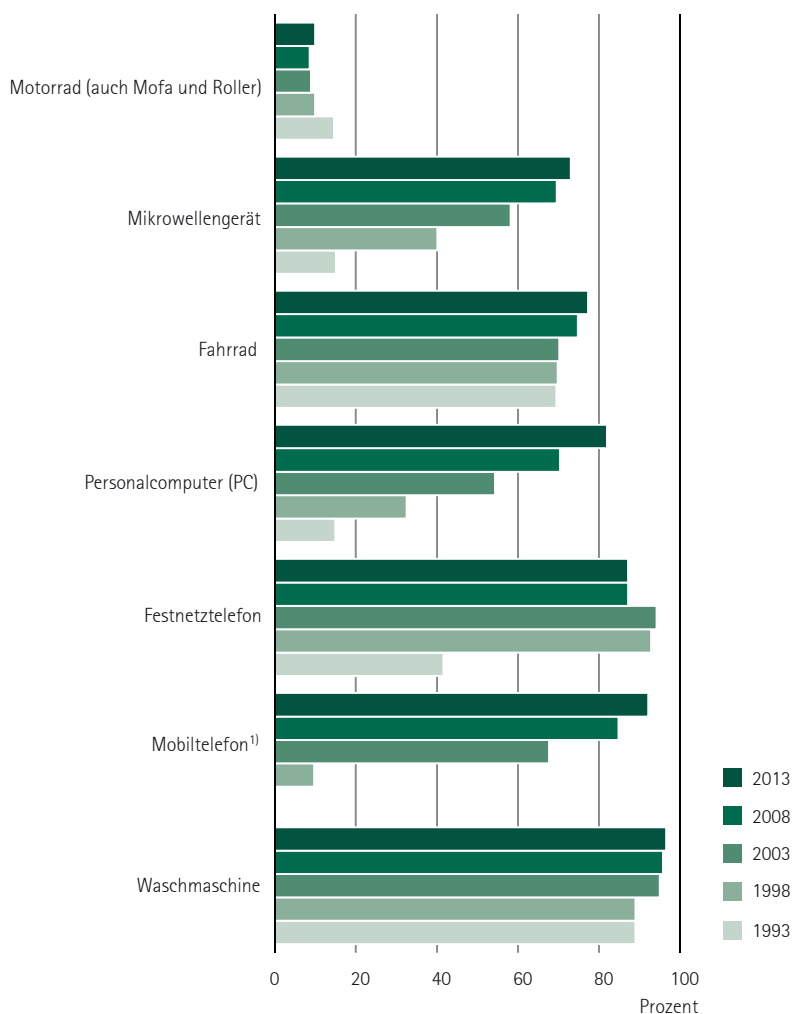
Das geeignete statistische Maß zur Beantwortung dieser Frage ist der Ausstattungsgrad. Er gibt an, in wie viel Prozent der Haushalte ein bestimmtes Gebrauchsgut, z. B. Pkw, mindestens einmal vorkommt. Das bedeutet, dass bei Vorhandensein mehrerer gleichartiger Gebrauchsgüter nicht alle, sondern nur ein Gebrauchsgut in die Berechnung eingegangen ist. Nachfolgend werden ausgewählte Ergebnisse aus den unterschiedlichen Gebrauchsgüterkategorien vorgestellt.

Fahrzeuge

Fast jeder zweite Privathaushalt besitzt einen Gebrauchtwagen

Am 1. Januar 2013 besaßen 77,7 Prozent der Privathaushalte in Sachsen mindestens einen

Abb. 4 Ausstattungsgrad privater Haushalte in Sachsen mit ausgewählten Gebrauchsgütern am 1. Januar 1993, 1998, 2003, 2008 und 2013



1) 1993 wurden Mobiltelefone nicht erfragt.

Fast 97 Prozent der Paarhaushalte mit Kindern besitzen ein Fahrrad

Personenkraftwagen (Pkw). Damit liegen die Haushalte im Freistaat leicht über dem Bundesdurchschnitt von 77,1 Prozent. Seit der ersten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in Sachsen 1993 hat sich der Ausstattungsgrad der Privathaushalte mit Pkw um 9,1 Prozentpunkte erhöht.

Der Anteil der Haushalte mit Pkw steigt erwartungsgemäß mit der Haushaltsgröße. 57,3 Prozent der Einpersonenhaushalte waren in Sachsen mit einem Pkw ausgestattet. Dagegen gehört ein Pkw bei Mehrpersonenhaushalten zur Standardausstattung. So lag der Ausstattungsgrad 2013 bei Zweipersonenhaushalten bereits bei 92,1 Prozent bzw. 93,5 Prozent bei Dreipersonenhaushalten. Nahezu alle Haushalte mit 5 und mehr Personen (98,4 Prozent) verfügten 2013 über einen Pkw. Ein Blick auf die Haushaltstypen zeigt, dass der Ausstattungsgrad mit Pkw bei Paarausstellungen mit Kind(ern) am höchsten lag (97,4 Prozent).

In den Privathaushalten waren am häufigsten Gebrauchtwagen zu finden. Fast jeder zweite private Haushalt (47,7 Prozent) in Sachsen verfügte 2013 über mindestens einen gebrauchten Pkw. Der Ausstattungsgrad mit neuen Pkw lag dagegen bei einem reichlichen Drittel (34,8 Prozent). Fünf Jahre zuvor lag der Anteil der Haushalte mit neu gekauftem Pkw noch 2 Prozentpunkte niedriger. Ein Grund für den Anstieg des Anteils der Haushalte mit Neuwagen ist sicher auch in der 2009 gewährten „Abwrackprämie“ (Umweltprämie) zu suchen (siehe Abb. 2).

Wird die Häufigkeit der Ausstattung mit Pkw betrachtet, zeigt sich, dass 5,8 Prozent der sächsischen Privathaushalte 2013 jeweils einen Neu- und einen Gebrauchtwagen besaßen. 4,0 Prozent der Haushalte waren sogar mit zwei

Neuwagen und 9,8 Prozent der Haushalte mit zwei Gebrauchtwagen ausgestattet.

Abschließend noch ein Blick auf den **Gesamtbestand an Pkw** im Freistaat. Insgesamt befanden sich zum Jahresbeginn 2013 rund 2,3 Millionen Pkw in den sächsischen Privathaushalten (siehe Abb. 3).

In mehr als drei Viertel der Privathaushalte steht mindestens ein Fahrrad

Auch das Fahrrad ist bei den sächsischen Haushalten als Fortbewegungsmittel beliebt. 2013 verfügten 77,3 Prozent der Privathaushalte über mindestens ein Fahrrad. Die sächsischen Haushalte liegen dennoch beim Ausstattungsgrad 2,9 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt.

Zur Standardausstattung gehört der „Drahtesel“ vor allem bei Haushalten mit Kind(ern). So betrug der Ausstattungsgrad bei Paaren mit Kind(ern) 96,9 Prozent. Sehr gut waren auch mit 92,1 Prozent die Alleinerziehenden mit Fahrrädern ausgestattet. Dagegen war die Ausstattung mit Fahrrädern bei Haushalten ohne Kind(er) deutlich geringer. Der Ausstattungsgrad bei Paaren ohne Kind(er) lag bei nur 79,3 Prozent. Alleinlebende wiesen unter den Haushaltstypen mit 66,8 Prozent den geringsten Ausstattungsgrad mit Fahrrädern auf.

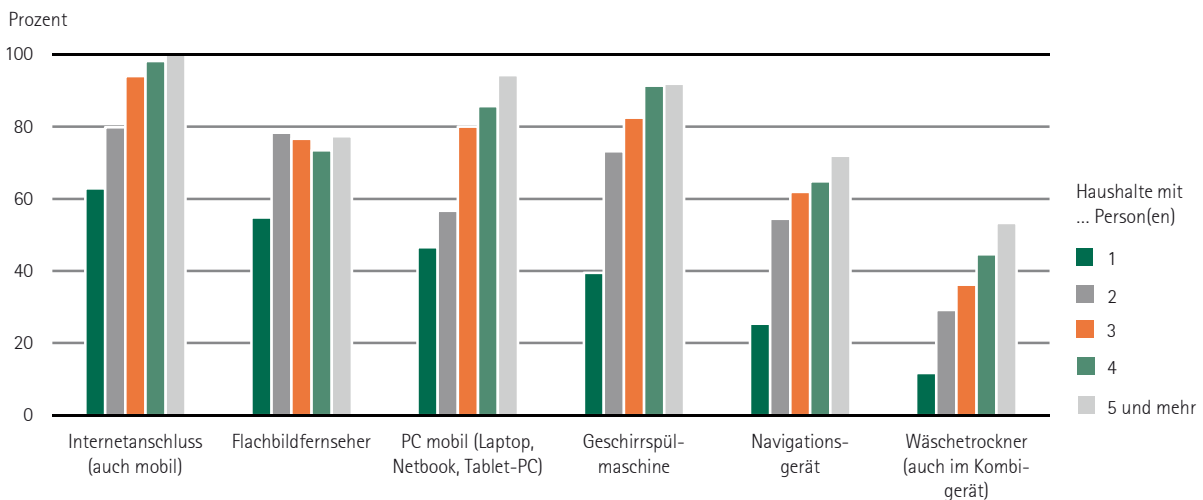
Unterhaltungselektronik

Jeder fünfte Haushalt ist mit Pay-TV-Receiver ausgestattet

Am Jahresanfang 2013 betrug der Ausstattungsgrad der sächsischen Privathaushalte mit Fernsehern 95,9 Prozent. Damit kann, wie auch in den Vorjahren, von nahezu einer Voll-

Fast jeder Haushalt besitzt einen Fernseher

Abb. 5 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern in Sachsen am 1. Januar 2013 nach Haushaltsgröße



versorgung gesprochen werden. Mehr als zwei Drittel (67,7 Prozent) der Haushalte im Freistaat verfügten über einen Flachbildfernseher. Diese werden seit der EVS 2008 erhoben. Zu diesem Zeitpunkt betrug der Anteil der Haushalte mit Flachbildfernsehern lediglich 13,6 Prozent. Auch die Ausstattung der Haushalte mit einem Pay-TV-Receiver hat sich seit 2008 rasant entwickelt. Verfügten vor fünf Jahren nur 2,8 Prozent der sächsischen Haushalte über ein solches Gerät zum Empfang und zur Decodierung von kostenpflichtigen Programminhalten („Bezahlfernsehen“) waren es 2013 bereits 20,2 Prozent. Damit liegt der Ausstattungsgrad im Freistaat sogar 2,5 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Seit 2008 hat sich auch der Anteil der Haushalte, die mit einem MP3-Player oder einer Spielkonsole (auch tragbar) ausgestattet sind, um rund 7 Prozentpunkte erhöht. Im Januar 2013 besaß ein reichliches Drittel (34,8 Prozent) der Haushalte einen MP3-Player und jeder fünfte Haushalt (20,1 Prozent) eine Spielkonsole. Auffällig ist hierbei, dass der Ausstattungsgrad der sächsischen Haushalte bei diesen Elektronikartikeln erheblich unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Die Differenz zum gesamtdeutschen Haushalt beträgt bei Spielkonsolen 7,7 Prozentpunkte und bei MP3-Playern sogar 10,5 Prozentpunkte. Interessant ist dabei, dass der Ausstattungsgrad mit diesen Geräten bei allen Haushaltstypen im Freistaat deutlich unter denen des Bundes liegt. Besonders große Unterschiede zeigen sich bei Paarhaushalten. Dort lag der sächsische Durchschnitt bei MP3-Playern 11,9 Prozentpunkte und bei Spielkonsolen 8,9 Prozentpunkte unter dem Ausstattungsgrad der gesamtdeutschen Paarhaushalte.

Informations- und Kommunikationstechnik

Vollversorgung mit Telefonen

Bei der EVS 1993 wurden erstmals die Haushalte nach der Ausstattung mit Personalcomputern (PC) gefragt. Vor 20 Jahren besaßen 14,9 Prozent der Haushalte einen Computer. Seitdem hat sich der Ausstattungsgrad kontinuierlich erhöht. Im Januar 2013 stand in 82,0 Prozent der Haushalte im Freistaat mindestens ein stationärer oder mobiler (Laptop, Netbook, Tablet-) PC zur Verfügung. Drei Viertel der Haushalte (75,7 Prozent) verfügten zudem über einen Internetanschluss (auch mobil). Das entspricht gegenüber 2008 einem Plus von fast 20 Prozentpunkten. Werden nur die Haushalte mit PC betrachtet, verfügten bereits 92,4 Prozent von ihnen 2013 über einen Internetanschluss. Die Ausstattung der sächsischen Haushalte mit

Telefonen lag 2013 bei 100 Prozent. Wird eine Differenzierung in Festnetztelefon und Mobiltelefon (Handy, Smartphone) vorgenommen ist auffällig, dass sich der Anteil der Haushalte mit Festnetztelefon vom Höchstwert im Jahr 2003 mit 94,2 Prozent bis 2008 auf 87,2 Prozent verringerte. Seitdem stagniert der Ausstattungsgrad der Haushalte mit Festnetztelefon. Der Anteil der Haushalte, die mit Mobiltelefon ausgestattet sind, ist dagegen erwartungsgemäß in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. 2013 lag der Ausstattungsgrad bei 92,2 Prozent. Zehn Jahre zuvor waren es noch 24,5 Prozentpunkte weniger (siehe Abb. 4).

Rasant ist auch der Anteil der Haushalte im Freistaat gestiegen, die ein Navigationsgerät besitzen. Bei der EVS 2008 wurden „Navis“ erstmals erfragt und ein Ausstattungsgrad von 16,8 Prozent für die sächsischen Privathaushalte ermittelt. Im Januar 2013 konnten dann bereits 43,7 Prozent mit einem solchen Gerät „navigieren“. Werden ausschließlich die Haushalte mit Pkw betrachtet, lag der Ausstattungsgrad mit Navigationsgerät sogar bei 56,3 Prozent.

Haushalts- und sonstige Geräte

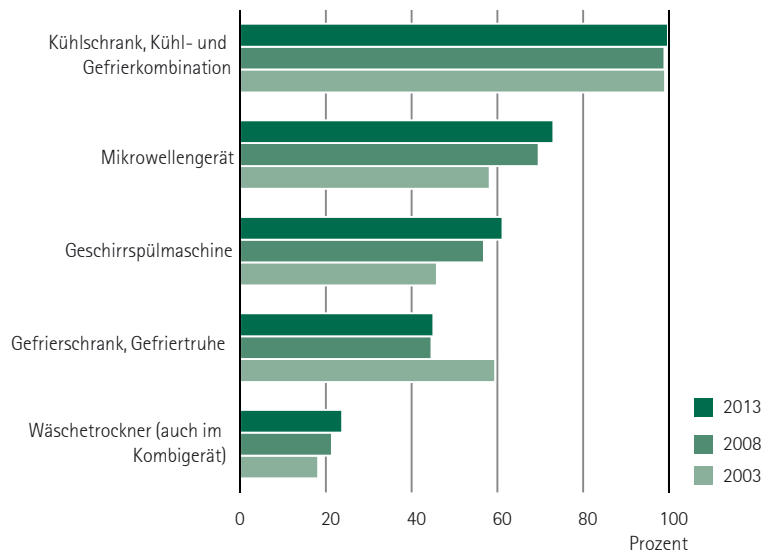
Deutlich weniger Wäschetrockner in sächsischen Haushalten als im Bundesdurchschnitt

Auch die Ausstattung mit elektrischen Haushaltsgeräten ist stark fortgeschritten. Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben zeigen deutlich, dass die Haushaltsführung immer mehr durch Mikrowellengeräte, Geschirrspülmaschinen oder Wäschetrocknern erleichtert wird. [5] So befand sich ein Mikrowellengerät 1993 in 15,1 Prozent der sächsischen Haushalte, 2013 waren bereits fast drei Viertel der Haushalte (73,1 Prozent) damit ausgestattet. Einpersonenhaushalte lagen bei der Ausstattung mit Mikrowellengeräten fast neun Prozentpunkte unter dem sächsischen Durchschnitt, Haushalte mit 4 und mehr Personen reichlich 11 Prozentpunkte darüber. Auch die Geschirrspülmaschine erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Besaßen 1993 lediglich 2,7 Prozent der privaten Haushalte im Freistaat einen Geschirrspüler, wuchs ihr Anteil bis 2013 auf 61,2 Prozent. Vier von zehn Einpersonenhaushalten waren mit Geschirrspülern ausgestattet, bei Haushalten mit 4 und mehr Personen waren es mehr als doppelt so viele (91,5 Prozent).

Wäschetrockner werden erst seit der EVS 1998 erfragt. Seitdem hat sich der Ausstattungsgrad der Privathaushalte mit diesen Geräten stetig erhöht. Im Januar 2013 stand ein Wäsche-

Haushaltsführung wird durch elektrische Haushaltsgeräte immer mehr erleichtert

Abb. 6 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten elektrischen Haushaltsgeräten in Sachsen am 1. Januar 2003, 2008 und 2013



trockner in knapp einem Viertel der Haushalte (23,8 Prozent) zur Verfügung, das entspricht einem Plus von 11,8 Prozentpunkten gegenüber 1998. Dennoch lag der Ausstattungsgrad 2013 noch 15,3 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt von 39,1 Prozent. Im Freistaat war fast jeder zweite Haushalt mit 4 und mehr Personen (46,2 Prozent) mit einem Wäschetrockner ausgestattet, der Ausstattungsgrad bei Einpersonenhaushalten betrug dagegen nur 11,7 Prozent (siehe Abb. 5).

Kühlschränke sowie Kühl- und Gefrierkombinationen gehörten 2013 erwartungsgemäß mit 99,8 Prozent zur Standardausstattung der Haushalte im Freistaat. Dagegen stand ein se-

parater Gefrierschrank oder eine Gefriertruhe in weniger als der Hälfte der sächsischen Haushalte (45,1 Prozent).

Welche Unterschiede bei der Ausstattung zeigen sich zwischen den Geschlechtern?

Durch die Betrachtung der Haushaltstypen „Alleinlebende Männer“ und „Alleinlebende Frauen“ ist es möglich, bei Haushaltsbefragungen einen Einblick in die geschlechterspezifische Ausstattung mit Gebrauchsgütern zu gewinnen. Bei dieser Analyse muss jedoch berücksichtigt werden, dass auf Grund geringer Fallzahlen die soziale Stellung des jeweiligen Geschlechts nicht betrachtet werden kann. [vgl. 4]

Ein Blick auf die Altersstruktur zeigt, dass das Durchschnittsalter der alleinlebenden Männer 2013 im Freistaat 49,2 Jahre betrug und das der alleinlebenden Frauen bereits 57,3 Jahre. Bis zum Alter von 50 Jahren war der Anteil alleinlebender Männer (39,5 Prozent) mehr als doppelt so hoch wie der alleinlebender Frauen (18,5 Prozent). Dieses Verhältnis verändert sich bei den über 50-Jährigen Alleinlebenden: In dieser Altersgruppe befanden sich 60,5 Prozent der Männer aber 81,5 Prozent der Frauen.

„Single-Frauen“ besitzen häufiger Fernseher, „Single-Männer“ häufiger Mobiltelefone

Die alleinlebenden Männer im Freistaat waren zum Stichtag 1. Januar 2013 besser mit Fahrzeugen ausgestattet als die alleinlebenden Frauen. So verfügten zwei Drittel der Männer (66,4 Prozent) über einen Pkw, aber nur reich-

Tab. 1 Ausgewählte Gebrauchsgüter in privaten Haushalten in Sachsen am 1. Januar 2003, 2008 und 2013 (in 1 000)

Merkmal	2003	2008	2013
Haushalte	2 091	2 172	2 194
Wäschetrockner	374	466	523
Geschirrspülmaschine	957	1 244	1 356
Mikrowellengerät	1 241	1 547	1 656
Festnetztelefon	2 185	2 122	2 284
Mobiltelefon	2 174	3 068	3 447
PC stationär	1 304	1 498	1 311
PC mobil	153	675	1 684
Fotoapparat	2 428	3 046	2 948
Fotoapparat analog	.	1 757	921
Fotoapparat digital	.	1 288	2 027

Unterschiedliche Haushaltsausstattung bei Single-Frauen und Single-Männern

lich die Hälfte der Frauen (52,4 Prozent). Drei Viertel der Männer (75,9 Prozent) besaßen ein Fahrrad, bei den Frauen waren es dagegen nur 61,9 Prozent. Ein Blick auf die Ausstattung mit Unterhaltungselektronik zeigt, dass 2013 mehr Frauen (94,5 Prozent) als Männer (90,2 Prozent) über einen Fernseher im Haushalt verfügten. Knapp zwei Drittel der Frauen (65,0 Prozent) nutzten zum Fernsehempfang einen Kabel-TV-Anschluss, bei den Männern waren es 57,9 Prozent. Single-Frauen besaßen auch häufiger als alleinlebende Männer einen Pay-TV-Receiver. Bei allen weiteren erfassten Gütern der Unterhaltungselektronik war dagegen das männliche Geschlecht besser ausgestattet.

Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik war auffällig, dass mehr als drei Viertel der Männer (77,5 Prozent), aber nur ein reichliches Drittel (67,6 Prozent) der Frauen einen PC besaßen. Demzufolge lag auch der Ausstattungsgrad mit einem Internetanschluss (auch mobil) bei Männern (70,5 Prozent) deutlich höher als bei Frauen (58,9 Prozent). Auffällig sind auch die Ausstattungsunterschiede bei Festnetztelefon und Mobiltelefon. 83,1 Prozent der alleinlebenden Frauen besaßen 2013 ein Festnetztelefon, bei den Männern waren es weniger als drei Viertel (72,3 Prozent). Dagegen hatten „nur“ 82,9 Prozent der Frauen ein Mobiltelefon, dafür aber 92,5 Prozent der Männer. Bei den Haushalts- und sonstigen Geräten zeigte sich, dass Frauen mit Ausnahme von Mikrowellengeräten besser ausgestattet waren als Männer. Die deutlichsten Unterschiede finden sich bei der Ausstattung mit Gefrierschrank oder Gefriertruhe sowie Waschmaschinen. Während ein reichliches Drittel der Frauen (34,3 Prozent) einen Gefrierschrank oder eine Gefriertruhe besaß, waren es bei den Männern weniger als ein Viertel (22,7 Prozent). Bei der Ausstattung mit Waschmaschinen bestand eine Differenz von knapp 6 Prozentpunkten zwischen Frauen (95,5 Prozent) und Männern (89,6 Prozent).

Wird die Altersstruktur betrachtet, zeigt sich u. a., dass Geschirrspüler im Alter häufiger bei Single-Frauen zu finden waren als bei Single-Männern. So verfügten 42,6 Prozent der alleinlebenden Frauen über 50 Jahren über einen Geschirrspüler. Bei den alleinlebenden Männern in dieser Altersgruppe waren es dagegen 9 Prozentpunkte weniger. Im Gegensatz dazu verfügten Single-Männer häufiger im Alter über Mikrowellengeräte als Single-Frauen. Bei den über 50-Jährigen männlichen Singles waren 65,0 Prozent mit diesem Gerät ausgestattet, bei den weiblichen Singles 61,5 Prozent.

Tab. 2 Ausstattungsgrad privater Haushalte von Alleinlebenden mit ausgewählten Gebrauchsgütern in Sachsen am 1. Januar 2013 (in Prozent)

Merkmale	Männer	Frauen
Haushalte (1 000)	332	614
Fahrzeuge		
Personenkraftwagen	66,4	52,4
neu gekauft	21,8	21,1
gebraucht gekauft	42,6	30,0
Fahrrad	75,9	61,9
Unterhaltungselektronik		
Fernseher	90,2	94,5
darunter Flachbildfernseher	54,2	55,2
Satelliten-TV-Anschluss	34,8	27,3
Kabel-TV-Anschluss	57,9	65,0
Antennen-TV-Anschluss (DVB-T)	(13,5)	(8,6)
Pay-TV-Receiver	(12,2)	14,5
DVD-Player/-Recorder	63,2	55,6
Fotoapparat	75,4	68,6
Fotoapparat analog	33,6	30,5
Fotoapparat digital	58,3	49,6
MP3-Player	33,6	19,6
CD-Player/-Recorder (auch in PCs, Autoradios, Musikanlagen)	79,5	72,7
Informations- und Kommunikationstechnik		
Personalcomputer (PC)	77,5	67,6
PC stationär	49,1	32,5
PC mobil (Laptop, Netbook, Tablet-PC)	53,9	42,7
PC-Drucker (auch Kombigeräte)	64,6	51,9
Internetanschluss (auch mobil)	70,5	58,9
Telefon	99,7	100,0
Festnetztelefon	72,3	83,1
Mobiltelefon (Handy, Smartphone)	92,5	82,9
Navigationsgerät	36,2	19,6
Haushalts- und sonstige Geräte		
Kühlschrank, Kühl- und Gefrierkombination	99,3	99,7
Gefrierschrank, Gefriertruhe	22,7	34,3
Geschirrspülmaschine	37,0	40,8
Mikrowellengerät	67,1	63,2
Waschmaschine	89,6	95,5
Wäschetrockner (auch im Kombigerät)	(11,3)	11,9
Elektroherd (auch im Kombigerät)	88,5	88,9
Heimtrainer (z. B. Ergometer, Laufband)	(14,2)	15,7

Haushaltsausstattung von Gemeindegröße abhängig

Betrachtung nach Gemeindegrößenklassen

Obwohl bei der EVS eine Betrachtung der Daten auf Regionalebene auf Grund des kleineren Stichprobenumfangs als beim Mikrozensus nicht möglich ist, können die Daten dennoch nach Gemeindegrößenklassen ausgewertet werden. Für die Analyse wurden vier Gemeindegrößenklassen gebildet:

- ▮ unter 5 000 Einwohner
- ▮ 5 000 bis unter 20 000 Einwohner
- ▮ 20 000 bis unter 100 000 Einwohner
- ▮ 100 000 und mehr Einwohner

Nachfolgend werden einige Ergebnisse zur Ausstattung der sächsischen Privathaushalte nach diesen Größenklassen vorgestellt.

Je größer die Gemeinde, desto höher der Ausstattungsgrad mit Kabelanschlüssen

Ein interessanter Fakt ist, dass der Ausstattungsgrad der sächsischen Privathaushalte mit Pkw mit steigender Einwohnerzahl abnimmt. So verfügten neun von zehn Haushalten (89,2 Prozent) in Gemeinden mit unter 5 000 Einwohnern im Januar 2013 über einen Pkw. In der Größenklasse von 5 000 bis unter 20 000 Einwohnern sank der Ausstattungsgrad auf 84,3 Prozent ab. In Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern waren es noch reichlich drei Viertel (77,9 Prozent) der Haushalte und bei 100 000 und mehr Einwohnern bereits weniger als zwei Drittel (63,5 Prozent), die über einen Pkw verfügten. Ein Hauptgrund für den geringeren Ausstattungsgrad in Gemeinden mit hoher Einwohnerzahl ist sicher in der besseren Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu sehen, der eine Unabhängigkeit vom Auto schafft.

Nachfolgend soll kurz auf die Mehrfachausstattung¹⁾ der privaten Haushalte mit Pkw nach Gemeindegrößenklassen eingegangen werden. Mit steigender Einwohnerzahl der Gemeinden waren immer weniger Haushalte im Freistaat mit mehr als einem Pkw ausgestattet. So besaßen in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern noch mehr als drei Viertel der Haushalte (76,1 Prozent) mehrere Pkw. In Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern betrug der Anteil der Haushalte mit mehr als einem Pkw knapp zwei Drittel (65,7 Prozent) und in Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern sank er auf 61,6 Prozent.

Ein ähnliches Bild, wie bei den Pkw, zeigte sich bei der Ausstattung der Haushalte mit Gefrierschränken bzw. Gefriertruhen. Mit steigender Einwohnerzahl sinkt auch hier der Ausstattungsgrad in den Privathaushalten im Freistaat. In der kleinsten Gemeindegrößenklasse

waren knapp zwei Drittel (62,9 Prozent) der Haushalte mit diesen Gebrauchsgütern ausgestattet. In Gemeinden mit 5 000 bis unter 20 000 Einwohnern waren es noch die Hälfte der Haushalte (50,1 Prozent) und in Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern weniger als ein Drittel (30,5 Prozent). Ein Grund für den höheren Ausstattungsgrad im ländlichen Raum könnte sein, dass größere Entfernungen zum nächstgelegenen Lebensmittelmarkt zurückgelegt werden müssen und daher das Einfrieren von Lebensmitteln besonders vorteilhaft ist. Auch besteht sicherlich durch Erzeugnisse aus Gärten und der Kleintierhaltung etc. ein Mehrbedarf an solchen Geräten. Zudem bietet sich durch den höheren Bestand an Wohneigentum im ländlichen Raum auch der notwendige Platz für Gefrierschränke bzw. Gefriertruhen, der in kleineren Mietwohnungen nicht immer gegeben ist. Ein gegenteiliges Bild ist bei der Ausstattung mit Kabelanschlüssen zu beobachten. Je höher die Einwohnerzahl der Gemeinde, desto höher ist auch der Ausstattungsgrad der privaten Haushalte mit Kabel-TV-Anschlüssen. Verfügte im Januar 2013 ein reichliches Viertel (27,7 Prozent) der Haushalte in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern über einen Kabel-TV-Anschluss, waren es in der Gemeindegrößenklasse 5 000 bis unter 20 000 Einwohnern bereits 44,6 Prozent. Bei 100 000 und mehr Einwohnern betrug der Ausstattungsgrad mit Kabelanschlüssen 71,9 Prozent. Dagegen verfügten die Haushalte mit zunehmender Einwohnerzahl über weniger Satelliten-TV-Anschlüsse. Waren in Gemeinden unter 5 000 Einwohnern noch nahezu zwei Drittel (66,4 Prozent) der Haushalte mit Satellitenanschlüssen ausgerüstet, war es in der Gemeindegrößenklasse von 100 000 und mehr Einwohnern nur noch reichlich jeder fünfte Haushalt (21,6 Prozent). Sicherlich ist dieser Fakt auch damit begründbar, dass in Gemeinden mit einer hohen Einwohnerzahl auch ein größerer Mietwohnungsbestand vorherrscht, in dem nur begrenzt das Anbringen von „Satelliten-Schüsseln“ möglich ist.

Zusammenfassung

Im Artikel wurden erste Ergebnisse aus der EVS 2013 vorgestellt. Bei der Haushaltstruktur ist weiterhin ein Trend zum Singlehaushalt erkennbar. Im Januar 2013 waren 43,1 Prozent der Privathaushalte im Freistaat Einpersonenhaushalte. Lediglich 1,4 Prozent der privaten Haushalte bestanden 2013 noch aus 5 und mehr Personen. Gleichzeitig erhöht sich das Durchschnittsalter der Haupteinkommensbezieher immer weiter. In der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren

1) bezogen auf Haushalte, die über Pkw verfügen

Tab. 3 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern in Sachsen und Deutschland am 1. Januar 2003 und 2013 und ausgewählten Regionen¹⁾ am 1. Januar 2013 (in Prozent)

Merkmal	Sachsen		Deutschland		Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	Neue Länder und Berlin
	2003	2013	2003	2013	2013	2013
Haushalte	100	100	100	100	100	100
Fahrzeuge						
Personenkraftwagen	72,3	77,7	76,9	77,1	78,9	70,2
neu gekauft	34,4	34,8	35,0	32,9	33,7	30,1
gebraucht gekauft	43,8	47,7	47,4	49,4	50,7	44,4
geleast ²⁾	3,4	4,4	3,4	4,9	5,3	3,4
Motorrad (auch Mofa und Roller)	8,9	9,9	11,6	11,6	12,2	9,3
Fahrrad	70,2	77,3	78,6	80,2	80,6	78,4
Unterhaltungselektronik						
Fernseher	95,2	95,9	94,4	95,1	95,0	95,2
darunter Flachbildfernseher	.	67,7	.	67,1	66,7	68,6
Satelliten-TV-Anschluss	30,2	42,7	36,8	44,6	46,6	37,1
Kabel-TV-Anschluss	64,0	52,4	52,6	47,1	44,9	55,2
Antennen-TV-Anschluss (DVB-T)	.	11,1	.	18,1	18,6	16,2
Pay-TV-Receiver	.	20,2	.	17,7	17,6	17,8
DVD-Player/-Recorder ³⁾	20,5	70,9	27,1	70,8	70,5	71,7
Camcorder (Videokamera)	20,2	19,3	21,9	18,8	18,7	18,9
Fotoapparat ⁴⁾	80,5	83,5	83,4	84,1	84,1	84,0
Fotoapparat analog	.	35,6	.	34,8	34,5	35,7
Fotoapparat digital	.	69,9	.	73,3	73,9	71,1
CD-Player/-Recorder (auch in PCs, Autoradios, Musikanlagen)	58,4	83,2	63,5	84,9	85,4	83,1
Informations- und Kommunikationstechnik						
Personalcomputer (PC)	54,3	82,0	61,4	85,2	85,9	82,6
PC stationär	51,8	50,9	58,2	53,3	54,3	49,7
PC mobil (Laptop, Netbook, Tablet-PC) ⁵⁾	7,1	57,5	10,7	65,2	66,3	61,3
Internetanschluss (auch mobil)	38,4	75,7	46,0	80,2	81,2	76,5
Telefon	98,5	100,0	98,7	99,8	99,8	99,8
Festnetztelefon	94,2	87,2	94,5	90,5	91,5	86,6
Mobiltelefon (Handy, Smartphone) ⁶⁾	67,7	92,2	72,5	92,7	92,7	92,6
Faxgerät stationär (auch Kombigerät)	13,7	19,3	20,7	23,8	24,7	20,3
Navigationsgerät	.	43,7	.	46,3	47,7	41,0
Haushalts- und sonstige Geräte						
Kühlschrank, Kühl- und Gefrierkombination	99,1	99,8	98,8	99,7	99,7	99,8
Gefrierschrank, Gefriertruhe	59,5	45,1	66,0	50,5	53,1	40,9
Geschirrspülmaschine	45,9	61,2	56,6	67,3	69,5	59,4
Mikrowellengerät	58,2	73,1	62,7	71,1	71,0	71,4
Waschmaschine	95,0	96,6	93,5	94,5	94,0	96,4
Wäschetrockner (auch im Kombigerät)	18,2	23,8	36,5	39,1	43,8	22,2
Elektroherd (auch im Kombigerät)	.	91,1	.	94,0	95,5	88,4
Heimtrainer (z. B. Ergometer, Laufband)	23,4	23,6	24,3	24,6	25,3	22,3

1) methodische Erläuterungen zur Hochrechnung und zur Neuordnung bei den Gebietsständen beachten

2) einschließlich Firmenwagen, die auch privat genutzt werden dürfen, keine Ratenkäufe 3) 2003 wurden nur DVD-Player erfragt.

4) 2003 wurde in der Abfrage nicht nach analog und digital unterschieden. 5) 2003: PC mobil (Notebook, Laptop) 6) 2003 auch Autotelefon

befanden sich bereits 28,4 Prozent der Haupteinkommensbezieher. Das entsprach gegenüber der EVS 2008 einem Anstieg von 1,9 Prozentpunkten. Hingegen nahm der Anteil arbeitsloser Haupteinkommensbezieher ab. Dieser sank von 10,7 Prozent im Jahr 2008 um 3,0 Prozentpunkte auf 7,7 Prozent in 2013.

Die Ausstattung der rund 2,2 Millionen sächsischen Privathaushalte mit Gebrauchsgütern hat sich in den letzten Jahren bis auf wenige Ausnahmen erhöht. Im Vergleich mit entsprechenden Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben aus den zurückliegenden Jahren zeigten sich deutliche Entwicklungstrends. Insbesondere im Bereich der Unterhaltungselektronik sowie bei der Informations- und Kommunikationstechnik war eine starke Erhöhung des Ausstattungsgrades der privaten Haushalte erkennbar. Elektronische Gebrauchsgüter, wie z. B. Flachbildfernseher, mobile PCs (Laptop, Netbook, Tablet-PC) oder auch Navigationsgeräte, gehören für viele Privathaushalte im Freistaat inzwischen zur normalen Ausstattung. [vgl. 5]

Die Betrachtungen am Ende des Artikels zeigen, dass bei der Ausstattung der Privathaushalte zwischen den Geschlechtern (untersucht wurden dazu die Haushalte Alleinlebender) sowie zwischen den verschiedenen Gemeindegrößenklassen teilweise große Unterschiede bestehen.

Marcel Goldmann, Dipl.-Geogr., Fachverantwortlicher Analyse Bevölkerung, Haushalte
Bettina Koreng, Dipl.-Wirt.-Ing. (FH), Sachbearbeiterin Analyse Bevölkerung, Haushalte

Weiterführende Informationen zu diesem Thema finden Sie hier.



Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen – Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern, Fachserie 15 Heft 1, Wiesbaden 2013.
- [2] Statistisches Bundesamt: Qualitätsbericht – Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008, Wiesbaden 2012.
- [3] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern im Freistaat Sachsen 2013, Statistischer Bericht O II 1 - 5j/13, Kamenz 2014.
- [4] Goldmann, M.; Koreng, B.: Einnahmen und Ausgaben sächsischer Privathaushalte – ausgewählte Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008. In: Statistik in Sachsen, Jahrgang 17 – 2/2011, S. 47 – 51.
- [5] Schomaker, C.: Struktur und Ausstattung privater Haushalte – Erste Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 04/2009, S. 258 – 264.
- [6] Wolters, M.: Die meisten Haushalte in Baden-Württemberg besitzen einen Gebrauchtwagen – Erste Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 6/2009, S. 42 – 44.

Veränderung der Struktur privater Haushalte in Sachsen seit 1991 am Beispiel ausgewählter Haushaltstypen

Neben den vielfältigen Daten der Bevölkerungsentwicklung sind auch Aussagen zu Anzahl und Struktur der privaten Haushalte sowie deren Veränderung im Zeitverlauf von großer Bedeutung zur Beschreibung demografischer und sozialer Entwicklungen.

Im Rahmen des Beitrags „Modellrechnung zur Entwicklung der Zahl privater Haushalte im Freistaat Sachsen bis 2025 in Heft 1/2013 dieser Zeitschrift“ [1] wurden bereits Auswertungen auch zu zurückliegenden Jahren vorgestellt, soweit diese als Datengrundlage für die Modellrechnung analysiert worden waren. Im vorliegenden Beitrag soll nun ergänzend die Entwicklung seit 1991 umfassender dargestellt werden, wobei auch Bezüge zur Entwicklung der Bevölkerungsstruktur genommen werden. Ergänzend zu den Auswertungen nach Haushaltsgröße werden dabei auch einzelne Grundtypen näher beschrieben.

Methodische Grundlagen

Der Mikrozensus ("kleine Volkszählung") ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich ein Prozent aller Haushalte beteiligt sind. Die Erhebung beinhaltet u. a. demografische Grunddaten zur Person, den Familien- und Haushaltszusammenhang sowie Merkmale zur Beteiligung am Erwerbsleben, zu Bildungsabschlüssen sowie Einkommenshöhe und -quellen. Mikrozensus-Ergebnisse für Sachsen liegen für die Jahre ab 1991 vor.

Bis 2004 wurde der Mikrozensus in Deutschland einmal jährlich mit einer einheitlichen Berichtswoche für alle befragten Haushalte durchgeführt. Überwiegend handelte es sich dabei um die letzte feiertagsfreie Woche im April, für ausgewählte Jahre wurde die Erhebung in die Monate März bzw. Mai verlegt. Die Ergebnisse ab 2005 bilden einen Jahresdurchschnittswert ab. (Ausführlichere Informationen zum Mikrozensus siehe u.a. unter [2].)

Um die ermittelten Befragungsergebnisse des Mikrozensus auf die Gesamtbevölkerung hochrechnen zu können, werden ausreichend strukturierte und aktuell fortgeschriebene Bevölkerungseckzahlen benötigt. Eine Hochrechnung des Mikrozensus auf Basis der aktuellen Fortschreibung des mit Stichtag 9. Mai 2011 durch-

geführten Zensus ist ab dem Mikrozensus 2013 vorgesehen. Die bisher vorliegenden Ergebnisse des Mikrozensus 2011 und 2012 für Sachsen basieren noch auf den Fortschreibungsergebnissen auf Grundlage der Daten des zentralen Einwohnerregisters der ehemaligen DDR vom 3. Oktober 1990. Nach der Veröffentlichung altersspezifischer Ergebnisse des Zensus 2011 und der darauf aufbauenden Bevölkerungsfortschreibung soll die Hochrechnung der Mikrozensus-Ergebnisse für 2011 und 2012 wiederholt werden. Aus diesem Grund werden im Folgenden die Ergebnisse vorrangig nur bis zum Berichtsjahr 2010 näher betrachtet, die aktuell verfügbaren Ergebnisse für 2011 und 2012 werden nur in Abbildungen mit Zeitreihen ebenfalls dargestellt.

Im Interesse der Ergebnissicherheit und um Fehlinterpretationen vorzubeugen, werden Besetzungswerte unter 5 000 (weniger als 50 erfasste Fälle) nicht veröffentlicht. In der Tabelle werden die betreffenden Felder mit einem Schrägstrich „/“ blockiert, in Grafiken werden entsprechende Werte ebenfalls nicht ausgewiesen.

Privathaushalte im Mikrozensus

Als (Privat-)Haushalte erfasst werden im Mikrozensus Personengemeinschaften, die zusammen wohnen und eine gemeinsame Hauswirtschaft

führen. Nicht dazu rechnen nur vorübergehend anwesende Besucher und Gäste sowie häusliches Personal, das nicht in der Wohnung übernachtet. Auch eine allein wohnende und wirtschaftende Person kann einen eigenen Haushalt bilden (z. B. ein Untermieter). Entscheidendes Merkmal ist das selbstständige Wirtschaften des Haushaltsmitgliedes. Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünfte gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z. B. Haushalt des Anstaltsleiters).

Durch das Kriterium des gemeinsamen Wirtschaftens unterscheidet sich der Haushaltsbegriff des Mikrozensus von der Definition reiner „Wohnhaushalte“, wie sie z. B. im Zensus 2011 zur Anwendung kam.

Alle Berechnungen und Aussagen beziehen sich auf Haushalte bzw. Haushaltsmitglieder am Haupt- oder Nebenwohnsitz. Damit gehen auch Personen bzw. deren Haushalte in die

Auswertung ein, die in Sachsen nur mit einer Nebenwohnung gemeldet sind, während der Hauptwohnsitz in einem anderen Bundesland liegt. Andererseits kommt es zur Doppelerfassung von Haushaltsmitgliedern mit mehreren Wohnsitzen innerhalb Sachsens (z. B. am Familienwohnsitz und am Arbeits- oder Ausbildungs-ort). Während diese Personen somit innerhalb der **Bevölkerung in Haushalten** mehrfach gezählt werden, bleiben Personen, die in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften leben, unberücksichtigt (ausgenommen Personen in privaten Haushalten im Bereich von Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften).

Mehr Haushalte trotz Bevölkerungsrückgang
 Lebten im Jahr 1991 noch 4 725 700 Personen in sächsischen Privathaushalten, waren es 2010 4 151 200 Haushaltsmitglieder (-12 Prozent). Im

Abb. 1 Bevölkerung in privaten Haushalten und Haushalte 1991 bis 2012

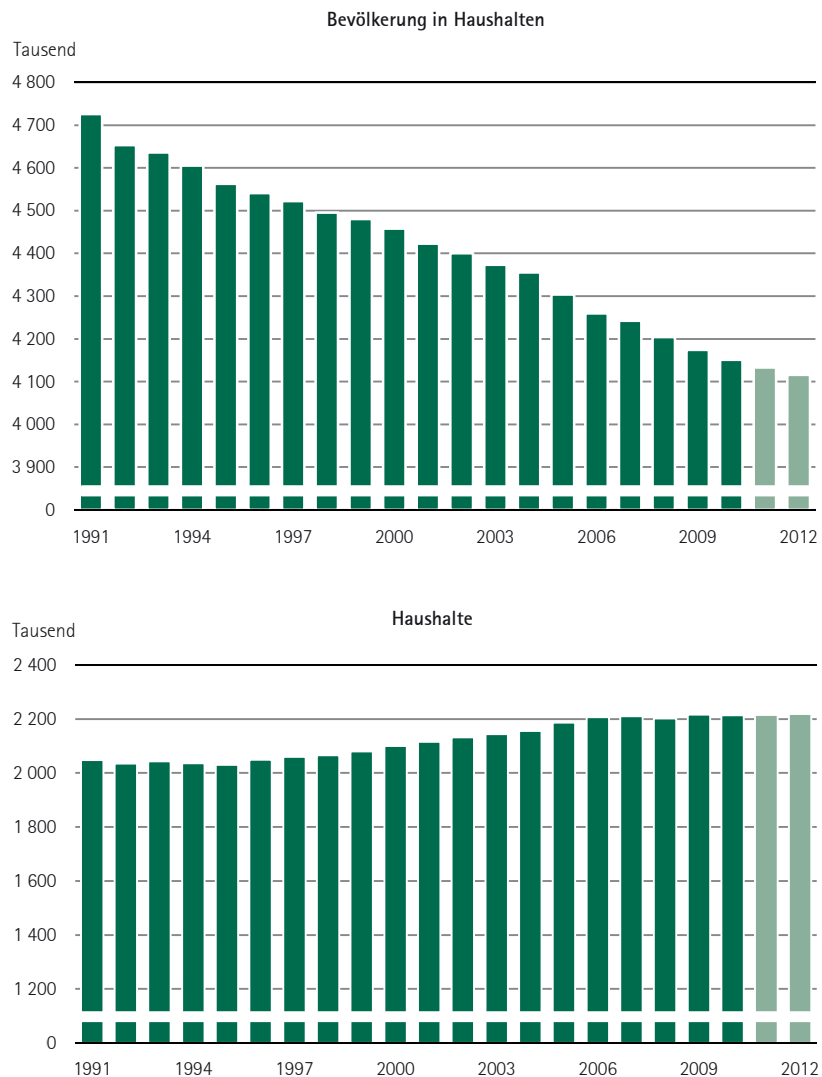
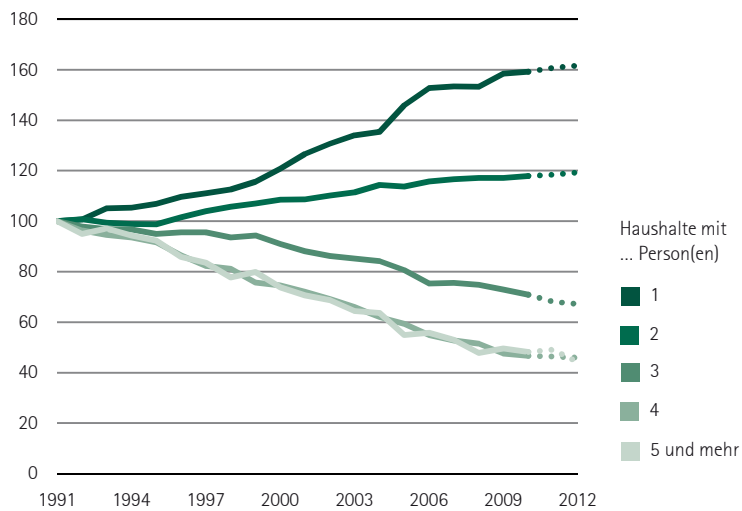


Abb. 2 Entwicklung der Zahl privater Haushalte 1991 bis 2012 (1991 = 100)



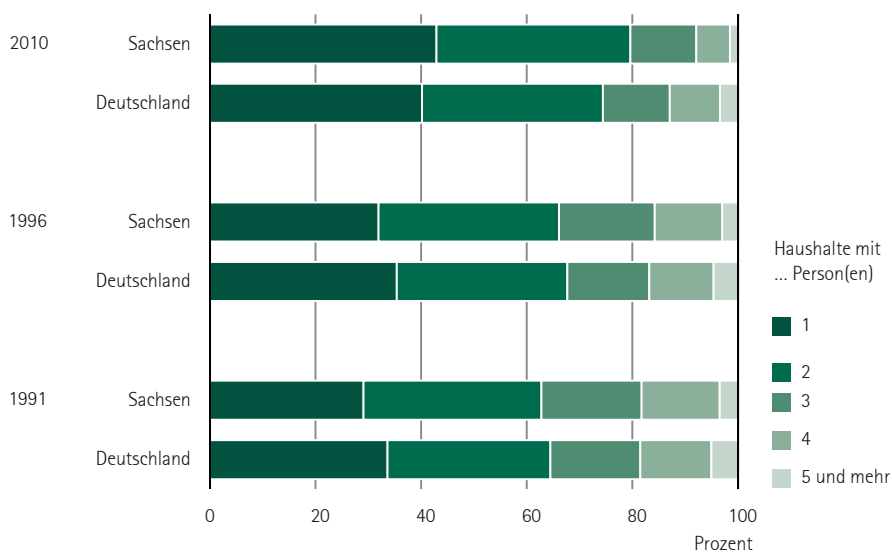
gleichen Zeitraum erhöhte sich jedoch die Zahl der Haushalte um 8 Prozent auf 2 213 500 gegenüber 2 048 500 im Jahr 1991 (Abb. 1). Allerdings verlief die Entwicklung der Haushaltszahlen weniger stabil als die Bevölkerungsentwicklung. Zunächst blieb sie wechselhaft, bis im Jahr 1995 nur noch 2 030 400 Haushalte ermittelt wurden. Danach stiegen die Haushaltszahlen bis 2007 kontinuierlich an. Seitdem weisen die Mikrozensus-Ergebnisse erneut einen Wechsel von Zu- und Abnahme aus. Möglicherweise hat die Entwicklung der Zahl privater Haushalte in Sachsen inzwischen einen Höchstwert erreicht. Demnach würde sich der weiterhin zu erwartende Bevölkerungsrückgang künftig auch in einem Rückgang der Haushaltszahlen niederschlagen. Die Ergeb-

nisse der Modellrechnung zur Entwicklung der Zahl privater Haushalte im Freistaat Sachsen bis 2025 unterstützen diese Annahme (vgl. [1]). Wenn weniger Personen in mehr Haushalten leben, verringert sich die durchschnittliche Haushaltsgröße. 1991 betrug diese in sächsischen Haushalten noch rund 2,3 Personen, bis 2010 sank sie auf 1,9 Personen. Diese Entwicklung ist jedoch nicht nur in Sachsen zu beobachten. Auch im Bundesdurchschnitt verringerte sich die Haushaltsgröße in diesem Zeitraum von 2,3 auf 2,0 Personen.

Anteil kleinerer Haushalte steigt

Der Trend zu kleineren Haushalten resultiert vor allem aus einem Anstieg der Einpersonenhaus-

Abb. 3 Größenstruktur der privaten Haushalte in Sachsen und Deutschland 1991, 1996 und 2010



halte um 59 Prozent bis zum Jahr 2010 (Abb. 2). Die Zahl der Zweipersonenhaushalte wuchs um 18 Prozent an. Damit wurde der gleichzeitige Rückgang an größeren Haushalten mehr als ausgeglichen. Die Zahl der Haushalte mit drei Personen sank um 29 Prozent, die der Haushalte mit vier bzw. fünf und mehr Personen fiel sogar auf weniger als die Hälfte gegenüber 1991 (47 bzw. 48 Prozent).

Durch diese Veränderungen kam es auch zu einer Verschiebung innerhalb der Struktur der Haushaltsgrößen mit einem zunehmenden Anteil kleinerer Haushalte (Tab. 1). Lebte 1991 nur in 29 Prozent der Haushalte eine Frau oder ein Mann allein, machten diese 2010 bereits 43 Prozent der Haushalte aus. Der Anteil von Zweipersonenhaushalten stieg demgegenüber nur leicht von 34 auf 37 Prozent an. Alle größeren Haushaltstypen mussten Rückgänge verzeichnen. Der Anteil der Dreipersonenhaushalte verringerte sich um mehr als ein Drittel von 19 auf 12 Prozent. Der Anteil von Vierpersonenhaushalten sank sogar auf weniger als die Hälfte (von 15 auf 6 Prozent), wie auch jener von Haushalten mit fünf und mehr Personen (von 3,5 auf 1,5 Prozent).

Auch für die Haushalte in Deutschland insgesamt ist eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen, allerdings etwas schwächer ausgeprägt (Abb. 3). So war der Anteil der Haushalte von Alleinlebenden 1991 mit 34 Prozent bereits höher als in Sachsen, stieg jedoch bis 2010 „nur“ auf 40 Prozent. Bundesweit bestand 2010 noch immer mehr als ein Viertel der Haushalte (26 Prozent) aus drei und mehr Personen, in Sachsen waren es zum gleichen Zeitpunkt nur noch 20 Prozent.

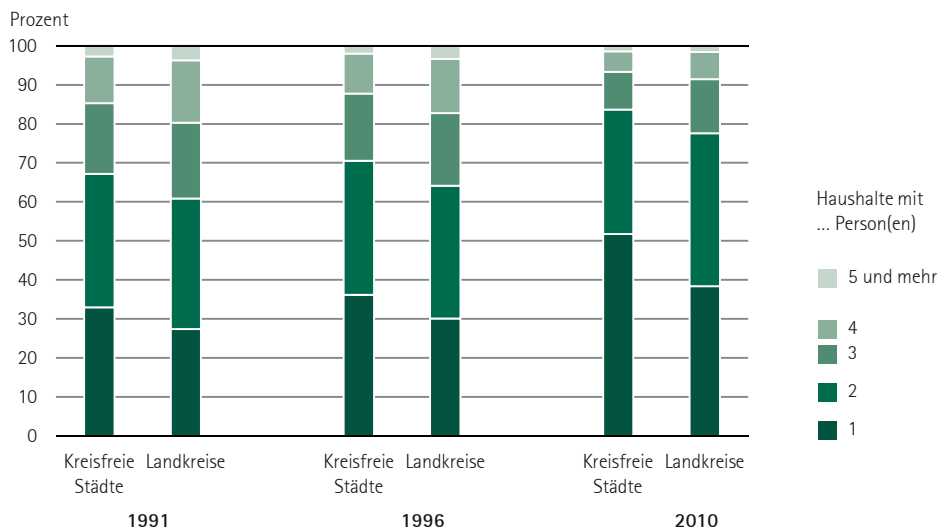
Einpersonenhaushalte vor allem in Kreisfreien Städten

Innerhalb Sachsens zeigen sich Unterschiede in der Entwicklung zwischen Kreisfreien Städten und Landkreisen. Bereits 1991 waren in den Kreisfreien Städten die Haushalte etwas kleiner als in den Landkreisen (Abb. 4). Auf dem heutigen Gebiet der drei Kreisfreien Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig lebte in jedem dritten Haushalt nur eine Person, in der Summe der Landkreise lag deren Anteil mit 27 Prozent bereits signifikant niedriger. Demgegenüber bestanden in diesen Großstädten 15 Prozent der Haushalte aus vier oder mehr Personen, in den Landkreisen galt das für 20 Prozent.

Tab. 1 Private Haushalte und Bevölkerung in Haushalten 1991 bis 2010

Jahr	Haushalte 1 000	Mit ... Personen					Bevölkerung in Haushalten 1 000	Personen je Haushalt Anzahl
		1	2	3	4	5 und mehr		
		%						
1991	2 048,5	29,1	33,7	19,0	14,8	3,5	4 725,7	2,3
1992	2 034,8	29,5	34,2	18,7	14,3	3,3	4 653,2	2,3
1993	2 043,5	30,6	33,5	18,4	14,0	3,4	4 636,0	2,3
1994	2 035,8	30,8	33,5	18,5	13,9	3,3	4 605,4	2,3
1995	2 030,4	31,4	33,5	18,2	13,7	3,2	4 562,8	2,3
1996	2 048,7	31,9	34,2	18,1	12,8	3,0	4 541,0	2,2
1997	2 059,5	32,1	34,8	18,0	12,1	2,9	4 522,2	2,2
1998	2 065,3	32,5	35,3	17,6	11,9	2,7	4 495,5	2,2
1999	2 079,7	33,1	35,5	17,6	11,0	2,7	4 480,4	2,2
2000	2 099,8	34,3	35,6	16,8	10,7	2,5	4 458,0	2,1
2001	2 115,7	35,7	35,4	16,2	10,3	2,4	4 422,6	2,1
2002	2 131,4	36,5	35,6	15,7	9,8	2,3	4 400,2	2,1
2003	2 144,4	37,3	35,8	15,4	9,3	2,1	4 373,1	2,0
2004	2 155,7	37,4	36,6	15,2	8,7	2,1	4 355,4	2,0
2005	2 186,4	39,8	35,9	14,3	8,2	1,8	4 303,5	2,0
2006	2 207,2	41,3	36,2	13,3	7,5	1,8	4 259,7	1,9
2007	2 210,2	41,4	36,4	13,3	7,2	1,7	4 242,2	1,9
2008	2 202,1	41,5	36,7	13,2	7,1	1,5	4 204,3	1,9
2009	2 215,6	42,6	36,5	12,8	6,5	1,6	4 174,0	1,9
2010	2 213,5	42,9	36,7	12,4	6,4	1,5	4 151,2	1,9

Abb. 4 Größenstruktur der privaten Haushalte 1991, 1996 und 2010 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen



Beide hier verglichenen Regionstypen wiesen seitdem eine Zunahme des Anteils kleinerer Haushalte auf. In den Kreisfreien Städten war diese jedoch deutlich stärker ausgeprägt. Im Jahr 2010 lebte hier in mehr als der Hälfte (52 Prozent) der Haushalte nur noch eine Person, in den Landkreisen stieg der Anteil der Einpersonenhaushalte auf 38 Prozent. Bei Zweipersonenhaushalten verlief die Entwicklung unterschiedlich: in den Kreisfreien Städten sank deren Anteil an allen Haushalten leicht von 34 auf 32 Prozent. In den Landkreisen erhöhte er sich hingegen von 34 auf 39 Prozent, sodass sie hier 2010 den häufigsten Haushaltstyp ausmachten. Vier oder mehr Personen lebten nur noch in 7 Prozent aller Haushalte in den Großstädten und in 9 Prozent der Haushalte in den Landkreisen.

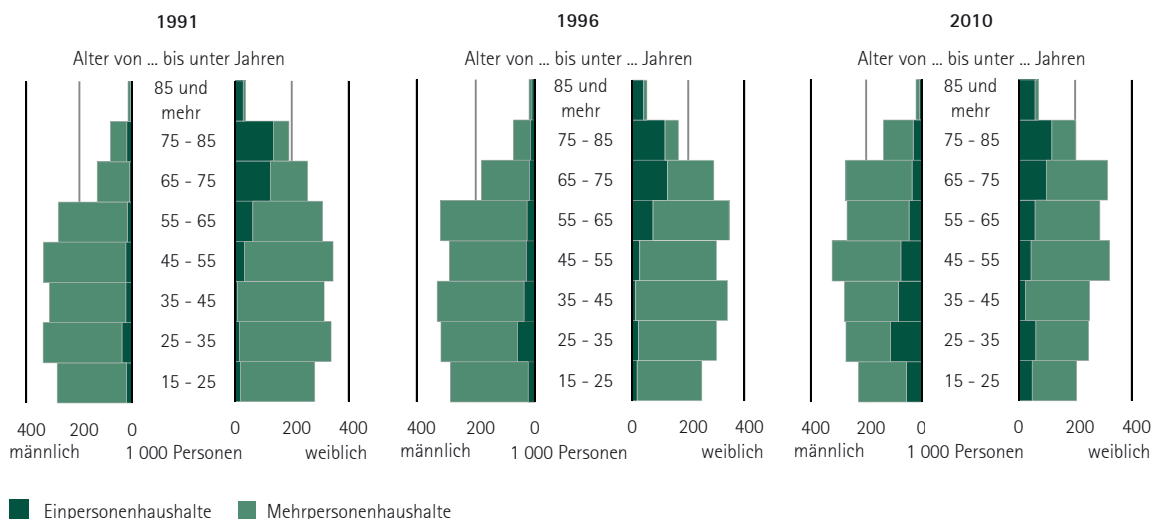
Einpersonenhaushalte

Nach diesem Überblick über die Entwicklung der Größenstruktur privater Haushalte werden im Folgenden drei ausgewählte Haushaltstypen näher betrachtet.

Jüngere Männer und ältere Frauen leben häufiger allein

Mehr als ein Viertel (26 Prozent) der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren in Sachsen lebte 2010 in einem Einpersonenhaushalt (Tab. 2). Für Männer (24 Prozent) traf das etwas seltener zu als für Frauen (27 Prozent). 1991 war der Anteil Alleinlebender mit 15 Prozent nur reichlich halb so groß. Damals lebte lediglich jeder elfte Mann (9 Prozent) allein, jedoch mehr als jede fünfte Frau (21 Prozent).

Abb. 5 Bevölkerung in Haushalten 1991, 1996 und 2010 nach Geschlecht, Altersgruppen und Haushaltsgröße



Tab. 2 Anteil der Alleinlebenden an der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren 1991, 1996 und 2010 nach Altersgruppen und Geschlecht (in Prozent)

Alter von ... bis unter ... Jahren	1991	1996	2010
Insgesamt			
15 - 25	7,3	7,6	23,6
25 - 35	8,0	12,9	33,1
35 - 45	5,3	7,3	20,4
45 - 55	8,6	9,5	18,4
55 - 65	13,9	15,1	18,5
65 - 75	35,1	30,6	22,4
75 - 85	57,3	55,3	43,4
85 und mehr	65,7	70,0	73,6
Insgesamt	15,5	16,9	25,6
Männer			
15 - 25	7,6	7,9	24,0
25 - 35	11,6	18,4	40,9
35 - 45	8,0	11,1	29,9
45 - 55	7,5	10,1	23,1
55 - 65	6,8	8,2	16,7
65 - 75	8,6	10,1	12,3
75 - 85	25,7	20,6	21,7
85 und mehr	38,4	50,5	36,2
Zusammen	9,5	11,9	24,4
Frauen			
15 - 25	6,9	7,2	23,3
25 - 35	4,4	7,2	24,6
35 - 45	2,7	3,7	9,8
45 - 55	9,6	9,0	13,7
55 - 65	20,3	21,4	20,2
65 - 75	48,8	43,4	31,2
75 - 85	70,9	70,5	58,1
85 und mehr	78,4	77,3	84,4
Zusammen	20,6	21,4	26,8

Bis zur Altersgruppe der 45- bis unter 55-Jährigen war 2010 der Anteil der Alleinlebenden bei Männern deutlich größer als bei Frauen (Abb. 5). Mit zunehmendem Alter lebten Frauen jedoch immer häufiger allein als gleichaltrige Männer. In der Gruppe der 65- bis unter 75-Jährigen bildeten bereits 31 Prozent der Frauen, jedoch nur 12 Prozent der Männer einen Einpersonenhaushalt.

1991 lebten Männer nur bis zum Alter von 35 bis unter 45 Jahren häufiger allein als gleichaltrige Frauen, wobei die Unterschiede zwischen den Geschlechtern geringer waren als 2010. Bei Älteren waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede des Anteils Alleinlebender hingegen bis zu den 75- bis unter 85-Jährigen erheblich größer. So lebte fast die Hälfte (49 Prozent) der

65- bis unter 75-jährigen Frauen in einem Einpersonenhaushalt, jedoch nur jeder elfte gleichaltrige Mann (9 Prozent).

Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede in den einzelnen Altersgruppen sind auch ein Resultat der Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, insbesondere des Geschlechterverhältnisses. Standen 1991 in der Altersgruppe ab 65 Jahren 100 Männern 208 Frauen gegenüber (bezogen auf die hier betrachtete Bevölkerung in Privathaushalten), so waren es 2010 noch 136 Frauen.

Die unterschiedliche Lebenserwartung von Frauen und Männern bedingt auch weiterhin einen Frauenüberschuss in den hohen Altersgruppen. Zwischenzeitlich war dieser jedoch

noch verstärkt worden durch den hohen Verlust an männlicher Bevölkerung in Folge des Zweiten Weltkrieges. Zu Beginn der 1990er Jahre waren innerhalb der Altersgruppe „65 Jahre und älter“ noch wesentlich mehr Geburtsjahrgänge davon stark geprägt als heute.

Im Alter von 15 bis unter 55 Jahren war das Geschlechterverhältnis hingegen 1991 mit 101 Frauen je 100 Männer noch annähernd ausgeglichen. 2010 standen in der gleichen Altersgruppe 100 Männern jedoch nur noch 93 Frauen gegenüber. Diese Entwicklung kann auf die Wanderungsbewegungen seit 1991 zurückgeführt werden: vor allem junge Frauen verließen den Freistaat Sachsen häufiger als gleichaltrige Männer (vgl. u. a [3]).

1991 lebte in jedem zweiten „Single“-Haushalt eine Frau im Alter von 65 oder mehr Jahren. Die dargestellten Veränderungen des Anteils der Alleinlebenden nach Alter und Geschlecht führten auch dazu, dass sich seit 1991 die Struktur der Einpersonenhaushalte stark verändert hat. Im Jahr 1991 lebte in fast jedem zweiten „Singlehaushalt“ (48 Prozent) eine Frau im Alter von 65 oder mehr Jahren. Bis 2010 verringerte sich deren Anteil an den Alleinlebenden auf 29 Prozent. Hingegen bildeten Männer unter 55 Jahren bereits ein Drittel (34 Prozent) der Einpersonenhaushalte, 1991 war es noch weniger als ein Fünftel (19 Prozent).

Ursache für eine höhere Anzahl Haushalte alleinlebender 15- bis unter 55-jähriger Männer gegenüber gleichaltriger Frauen ist neben den oben beschriebenen Unterschieden im Wanderungsverhalten beider Geschlechter auch, dass nur 7 Prozent der Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren im Jahr 2010 Männer waren [4, Tab. 21].

Mehrpersonenhaushalte

Mehrpersonenhaushalte entstehen vor allem aus dem Zusammenleben mit Partnern und/oder (auch erwachsenen) Kindern.

Die oben beschriebenen Veränderungen der Bevölkerungsstruktur, die den Anteil der Einpersonenhaushalte beeinflussen, wirken sich analog auch auf die Entwicklung der Mehrpersonenhaushalte aus: wenn z. B. (auch) aufgrund der unausgeglichene Geschlechterproportion mehr Menschen allein leben, verringert sich entsprechend der Anteil der Mehrpersonenhaushalte und in der Folge (zusätzlich beeinflusst durch die Entwicklung der Geburtenraten) auch jener der Haushalte mit Kindern.

Zwei Typen von Mehrpersonenhaushalten werden hier näher betrachtet: zum einen die Haushalte mit Kindern, zum anderen die Zweipersonen-Paarhaushalte.

Bei der Auswertung der einzelnen Haushaltstypen, insbesondere der darin bestehenden Partnerschaften, muss berücksichtigt werden, dass aufgrund von Veränderungen im Erhebungsprogramm des Mikrozensus keine vollständigen Vergleiche im Zeitverlauf seit 1991 möglich sind. Bis einschließlich 1995 wurden Partnerschaften nur erfasst, wenn die Partner miteinander verheiratet waren. Mit dem Mikrozensusgesetz 1996 wurde, der veränderten Realität der Lebensverhältnisse in Deutschland folgend, auch die (freiwillige) Angabe nichtehelicher Lebensgemeinschaften (getrennt- und gleichgeschlechtlich) aufgenommen, allerdings zunächst nur für die Partnerin bzw. den Partner der Haushaltsbezugsperson. Erst seit 2005 werden (nach wie vor ohne Auskunftspflicht) nichteheliche Partnerschaften für alle Haushaltsmitglieder erhoben¹⁾. Bis 1995 sind demnach keinerlei Aussagen über nichteheliche Lebensgemeinschaften möglich, von 1996 bis 2004 ist insbesondere bei größeren Haushalten eine (geringfügige) Untererfassung anzunehmen. Für Vergleiche mit zurückliegenden Jahren, die sich auf die Beziehungen der Haushaltsmitglieder beziehen, wird deshalb ggf. anstelle 1991 nur das Erhebungsjahr 1996 herangezogen.

Haushalte mit Kindern

In fast jedem vierten Haushalt (24 Prozent) lebte 2010 mindestens ein Kind (unabhängig vom Alter) bei den Eltern bzw. einem Elternteil (Tab. 3). Während nur 12 Prozent der Zweipersonenhaushalte aus Mutter oder Vater und Kind bestanden, betrug der Anteil der Haushalte mit Kindern bei den Dreipersonenhaushalten 98 Prozent und bei größeren Haushalten noch darüber.

Bei den Haushalten mit Kindern sind auch Haushalte enthalten, in denen kein Kind mehr jünger als 18 Jahre ist. Betrachtet man nur Haushalte mit minderjährigen Kindern, ist der Anteil mit 15 Prozent wesentlich niedriger.

Diese Entwicklung resultiert nicht nur aus dem Anstieg der Einpersonenhaushalte und deren Einfluss auf die Gesamtstruktur der Haushalte. Auch die Anzahl der Haushalte mit Kindern verringerte sich um mehr als ein Drittel (36 Prozent) von 841 100 auf 540 300, die Anzahl der Haushalte mit minderjährigen Kindern hat sich sogar nahezu halbiert (-47 Prozent).

Der Rückgang bei Haushalten mit Kindern ist vor allem eine Folge der Entwicklung der Geburtenzahlen. Nach 1990 war in Sachsen zunächst ein starker Rückgang der Geburtenzahlen zu verzeichnen. Zu dieser Zeit lebten jedoch in vielen Haushalten noch Kinder aus wesent-

Bezugsperson des Haushalts

Die Bezugsperson ist die erste im Erhebungsbogen eingetragene Person. Durch sie werden die verwandtschaftlichen Beziehungen der Haushaltsmitglieder untereinander bestimmt. Personen unter 15 Jahren sind als Bezugsperson eines Haushalts ausgeschlossen.

Kinder

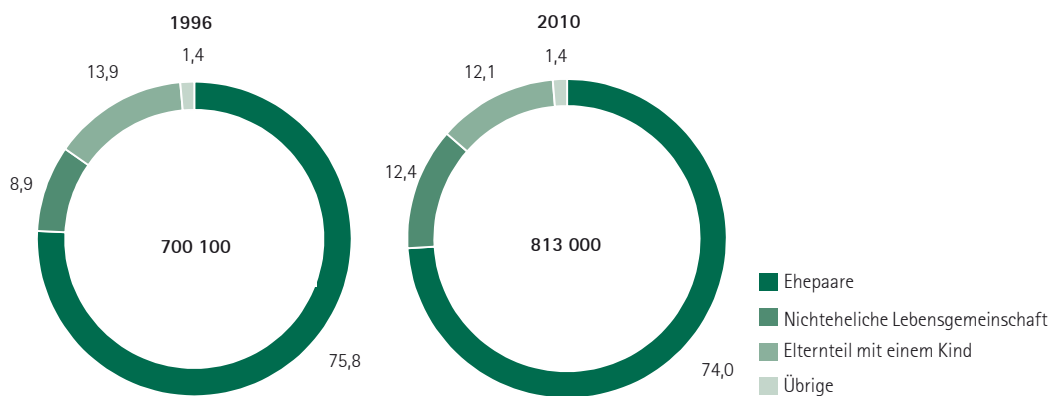
Zu den Kindern zählen im Mikrozensus, unabhängig vom Alter, alle unverheirateten leiblichen, Stief-, Pflege- und Adoptivkinder, die mit den Eltern oder einem Elternteil zusammenleben.

1) Auch ohne Auskunftspflicht erscheinen die Angaben weitgehend vollständig. Zur Frage nach Lebenspartnerschaften innerhalb des Haushaltes sind nur vereinzelte Antwortausfälle zu verzeichnen. Zudem verbleibt nur ein sehr geringer Anteil an Personen, die mit der Haushaltsbezugsperson weder verwandt noch verschwägert sind und zudem keine Lebenspartnerschaft angeben.

Tab. 3 Haushalte mit Kindern 1991, 1996 und 2010 nach Altersgruppen der Kinder und Haushaltsgröße

Haushaltstyp	Einheit	Haushalte insgesamt	Darunter Mehrpersonenhaushalte mit ... Personen				
			zusammen	2	3	4	5 und mehr
1991							
Insgesamt	1 000	2 048,5	1 452,4	689,7	388,7	302,9	71,0
	%	100	100	100	100	100	100
darunter mit Kind(ern)	1 000	841,1	841,1	90,4	377,7	302,1	70,9
	%	41,1	57,9	13,1	97,2	99,7	99,8
darunter mit Kind(ern) unter 18 Jahren	1 000	646,6	646,6	46,8	255,9	276,2	67,7
	%	31,6	44,5	6,8	65,8	91,2	95,2
darunter mit Kind(ern) unter 6 Jahren	1 000	268,5	268,5	16,7	97,8	113,5	40,5
	%	13,1	18,5	2,4	25,2	37,5	57,0
1996							
Insgesamt	1 000	2 048,7	1 394,9	700,1	371,7	262,1	61,0
	%	100	100	100	100	100	100
darunter mit Kind(ern)	1 000	775,8	775,8	93,1	360,0	261,7	61,0
	%	37,9	55,6	13,3	96,8	99,9	100
darunter mit Kind(ern) unter 18 Jahren	1 000	562,5	562,5	48,7	222,3	233,3	58,2
	%	27,5	40,3	7,0	59,8	89,0	95,4
darunter mit Kind(ern) unter 6 Jahren	1 000	140,1	140,1	9,6	53,9	53,2	23,5
	%	6,8	10,0	1,4	14,5	20,3	38,5
2010							
Insgesamt	1 000	2 213,5	1 264,1	813,0	275,3	141,5	34,3
	%	100	100	100	100	100	100
darunter mit Kind(ern)	1 000	540,3	540,3	95,4	270,4	140,4	34,1
	%	24,4	42,7	11,7	98,2	99,2	99,7
darunter mit Kind(ern) unter 18 Jahren	1 000	342,5	342,5	45,6	147,3	117,8	31,8
	%	15,5	27,1	5,6	53,5	83,3	92,9
darunter mit Kind(ern) unter 6 Jahren	1 000	157,6	157,6	16,8	68,4	54,2	18,2
	%	7,1	12,5	2,1	24,9	38,3	53,3

Abb. 6 Zweipersonenhaushalte 1996 und 2010 nach Haushaltstyp (in Prozent)



lich stärkeren Geburtsjahrgängen der 1970er und 1980er Jahre. Während diese allmählich aus dem elterlichen Haushalt auszogen, stiegen die Geburtenzahlen nur langsam wieder an, ohne das Niveau vor 1990 wieder zu erreichen. Die Anzahl der Haushalte mit Kindern gibt somit immer ein zeitversetztes Abbild der Geburtenentwicklung der zurückliegenden (etwa) 20 bis 25 Jahre. Noch deutlicher wird dieser Zusammenhang, wenn die Ergebnisse zu Haushalten mit Kindern unter 6 Jahren betrachtet werden. Ihre Anzahl hatte sich von 1991 bis 1996 fast halbiert (-48 Prozent). Im Jahr 2010 gab es dagegen 12 Prozent mehr Haushalte mit Kindern dieser Altersgruppe als 1996, allerdings entsprach auch dieser Wert nur 59 Prozent der Haushalte mit unter 6-Jährigen von 1991.

Paare im Zweipersonenhaushalt

In diesem Abschnitt werden die Haushalte betrachtet, in denen ausschließlich ein Paar als Zweipersonenhaushalt ohne weitere Haushaltsmitglieder lebt. Diese kinderlosen Paare (ohne Berücksichtigung von Kindern, die nicht mehr bei den Eltern bzw. einem hier betrachteten Elternteil leben) stellten 2010 mit 86 Prozent den größten Anteil an den Zweipersonenhaushalten (Abb. 6). Wiederum 86 Prozent dieser Paare waren miteinander verheiratet²⁾. Im Jahr 1996 war der Anteil der Paare in dieser Haushaltsgröße fast genauso hoch (85 Prozent), der Anteil der Ehepaare an diesen Paaren lag jedoch bei 90 Prozent.

In 13 Prozent der Paarhaushalte ohne weitere Haushaltsmitglieder waren 2010 beide Partner

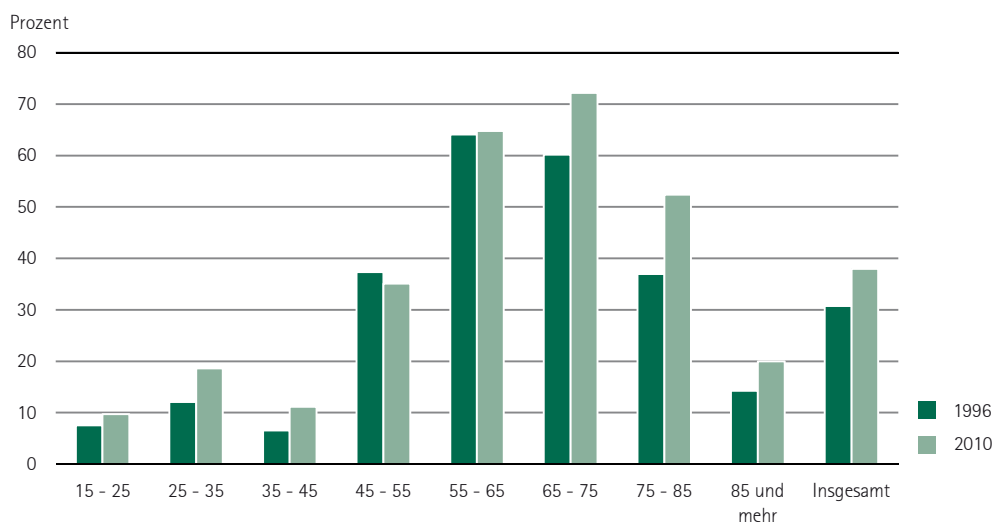
jünger als 45 Jahre, wobei nur 29 Prozent dieser Paare miteinander verheiratet waren. Paare, bei denen beide Partner mindestens 65 Jahre alt waren, hatten hingegen einen Anteil von 39 Prozent an allen Haushalten dieses Typs. In dieser Altersgruppe war die Ehe mit 97 Prozent die dominierende Form des Zusammenlebens. Bei weiteren 10 Prozent der Paare war nur einer der Partner 65 Jahre oder älter, der Anteil der Ehepaare lag hier bei 93 Prozent.

Der Anteil der Paare von unter 45-Jährigen hatte sich damit gegenüber 1996 (12 Prozent) kaum erhöht. Auch damals lebte bereits die Mehrheit dieser jüngeren Paare ohne Trauschein zusammen, die Ehe war jedoch mit 42 Prozent noch eine häufigere Lebensform in dieser Altersgruppe. Bei mehr als jedem vierten Paar waren beide Partner 65 Jahre oder älter, hier war der Anteil der Ehepaare mit 98 Prozent kaum höher als 2010. Der Anteil der Paare mit nur einem Partner ab 65 Jahre betrug 1996 ebenfalls 10 Prozent, auch hier waren die Paare nur geringfügig häufiger miteinander verheiratet (94 Prozent).

Im Jahr 2010 lebten 38 Prozent aller Personen ab 15 Jahre mit einem Partner bzw. einer Partnerin in einem Zweipersonenhaushalt, 1996 waren es erst 31 Prozent (Abb. 7). Besonders an Bedeutung gewonnen hat dieser Haushaltstyp bei den 25- bis unter 35-Jährigen (Zuwachs von 12 auf 19 Prozent) und den 35- bis unter 45-Jährigen (von 7 auf 11 Prozent). Diese Entwicklung kann in Zusammenhang mit der Entwicklung des Geburtenverhaltens gesehen werden: neben vorübergehend rückläufigen Geburtenzahlen ist hier insbesondere die immer weitere Verschiebung der Geburt von

2) Im Mikrozensus wird zwischen Ehepaaren und getrenntgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften unterschieden, hingegen werden eingetragene Lebenspartnerschaften nicht als eigenständige Lebensform (in Abgrenzung zu nicht eingetragenen gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften) ausgewiesen. Sie werden daher hier zusammen mit allen anderen gleichgeschlechtlichen Paaren den nichtehelichen Lebensgemeinschaften zugeordnet.

Abb. 7 Anteil der Personen in Zweipersonen-Paarhaushalten 1996 und 2010 nach Altersgruppen



Kindern in Bezug auf das Alter der Eltern zu sehen. Im Jahr 2010 waren Mütter bei der Geburt eines Kindes 29,6 Jahre alt und damit 1,9 Jahre älter als die Mütter im Jahr 1996 (27,7 Jahre). Auch bei der Geburt des ersten Kindes betrug das Durchschnittsalter der Mütter im Jahr 2010 bereits 27,8 Jahre. Damit verschiebt sich auch der Zeitpunkt, an dem aus einem Zweipersonenpaarhaushalt ein Haushalt mit Kindern wird.

In den Altersgruppen der 65-Jährigen und Älteren war der Anteil der Paarhaushalte wiederum gegenüber 1996 stark gestiegen. Mit der steigenden Lebenserwartung und dem „Nachwachsen“ von Geburtsjahrgängen mit besser ausgeglichenem Geschlechterverhältnis (siehe oben) können mehr Menschen bis ins höhere Alter in einer Partnerschaft leben.

Haushaltstypen als Ergänzung zum Konzept der Lebensformen

Analysen von Paar- bzw. Eltern-Kind-Beziehungen werden im Mikrozensus normalerweise mit Bezug auf die Bevölkerung in Lebensformen vorgenommen. Die Lebensformen werden dabei – neben kinderlos lebenden Alleinstehenden als eigenständiger Lebensform – wiederum durch Paar- und/oder Eltern-Kind-Beziehungen gebildet. Der Unterschied zu den hier vorgestellten Auswertungen auf Haushaltsebene besteht (neben einer leicht abweichenden Abgrenzung der einbezogenen Bevölkerung) vor allem darin, dass eine Lebensform maximal aus zwei Generationen bestehen kann und keine Personen enthält,

die weder als Partner noch über eine Eltern-Kind-Beziehung mit anderen Mitgliedern der Lebensform verbunden ist. Im Ergebnis kann ein privater Haushalt mehrere Lebensformen enthalten. Welches der beiden Konzepte für Auswertungen herangezogen wird, ergibt sich immer aus der konkreten Problemstellung.

Fasst man die hier betrachteten drei Grundtypen von Haushalten zusammen, so bilden diese insgesamt jeweils 99 Prozent der sächsischen Haushalte in den Jahren 1996 bzw. 2010 ab (Tab. 4).

Nachdem zu Beginn des Beitrags die Veränderung der Haushaltstruktur anhand des Merkmals Haushaltsgröße dargestellt wurde, lassen sich analoge Auswertungen somit auch weitgehend vollständig auf Basis dieser drei Grundtypen und ggf. mit deren Untergliederungen vornehmen.

Die Zunahme der Einpersonenhaushalte begründet sich demnach vor allem mit einer Zunahme der Haushalte von alleinlebenden jüngeren Männern. Die Zunahme der Zweipersonenhaushalte ist vor allem auf den Zuwachs bei Paaren zurückzuführen, wobei die Anzahl der Ehepaare von 1996 bis 2010 stärker stieg als die der nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Größere Haushalte haben aufgrund des Rückganges der Haushalte mit Kindern sowohl anteilig als auch hinsichtlich ihrer Gesamtzahl deutlich an Bedeutung verloren. Allerdings weisen hier die Ergebnisse zu Haushalten mit Kindern unter 6 Jahren, entsprechend der Geburtenentwicklung der letzten Jahre, eine leicht steigende Tendenz auf.

Tab. 4 Haushalte 1996 und 2010 nach Haushaltstyp

Haushaltstyp	1996		2010	
	1 000	%	1 000	%
Alleinlebende	653,8	31,9	949,4	42,9
Alleinlebender Mann	216,5	10,6	440,3	19,9
Alleinlebende Frau	437,3	21,3	509,1	23,0
Haushalte mit Kindern	775,8	37,9	540,3	24,4
Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren	562,5	27,5	342,5	15,5
Haushalte mit Kindern, ohne Kind unter 18 Jahren	213,3	10,4	197,8	8,9
Paare ohne weitere Haushaltsmitglieder	593,0	28,9	702,6	31,7
Ehepaare	530,8	25,9	602,0	27,2
nichteheliche Lebensgemeinschaften	62,3	3,0	100,6	4,5
Sonstige Haushalte	26,1	1,3	21,1	1,0
Insgesamt	2 048,7	100	2 213,5	100

Exkurs: Seniorenhaushalte

Die bisher betrachteten drei Haushaltstypen waren eindeutig voneinander abgegrenzt. Darüber hinaus können zur Beschreibung der Haushalte und ihrer Struktur auch andere Merkmale herangezogen werden, die übergreifend über die zuvor unterschiedenen Haushaltsgrundtypen auswertbar sind.

Beispielhaft sollen hier, aufgrund des wiederum engen Bezugs zur demografischen Entwicklung, die Haushalte mit Personen ab 65 Jahre noch einmal gesondert genannt werden. Auf einen Vergleich mit 1991 oder 1996 wird dabei verzichtet. (Die dafür notwendigen Daten können nur im Rahmen einer Sonderauswertung des Mikrozensus- Einzelmaterials gewonnen werden.) Der Anteil der Haushalte, in denen Personen im Alter von 65 und mehr Jahren lebten, war 2010 mit 33 Prozent höher als der von Haushalten mit Kindern. In fast jedem zweiten dieser Haushalte (16 Prozent) hatte mindestens eine Person bereits das 75. Lebensjahr vollendet. Fast die Hälfte (47 Prozent) der Haushalte mit Personen ab 65 Jahre waren Einpersonenhaushalte. In 39 Prozent der „Seniorenhaushalte“ lebten zwei oder mehr Personen dieser Altersgruppe, allein oder mit weiteren Haushaltsmitgliedern.

Zusammenfassung

Auswertungen zur Haushaltstruktur und ihrer Veränderung im Zeitverlauf werden häufig aus dem Merkmal Haushaltsgröße abgeleitet. Im vorliegenden Beitrag wurden ergänzend dazu aus der Gesamtheit aller sächsischen Haushalte drei Grundtypen herausgehoben. Neben dem Einpersonenhaushalt wurden dabei zwei wesentliche Aspekte der Bildung von Mehrpersonenhaushalten betrachtet: das Zusammenleben mit Kindern und/oder Partnern. Diese Auswertungen wurden teilweise erst möglich bzw. wesentlich vereinfacht durch die Aufnahme von neuen Erhebungs- oder auch Standard-Auswertungsmerkmalen im Mikrozensus.

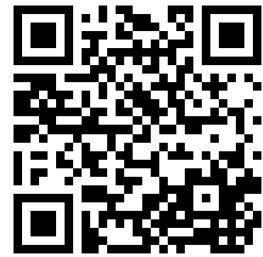
Die Auswertungen zeigen erwartungsgemäß einen Zusammenhang zwischen der Entwicklung dieser Haushaltstypen und der demografischen Entwicklung nach 1990. Eine Gliederung der Haushalte ergänzend zum Merkmal Haushaltsgröße kann präzisere Aussagen zu Entwicklungstendenzen der Vergangenheit geben, bietet aber auch neue Ansätze z. B. für begleitende Analysen zur Vorbereitung künftiger Modell- bzw. Vorausberechnungen zur Anzahl privater Haushalte.

Anke Puschmann, Dipl.-Ing., Referentin Analyse Bevölkerung, Haushalte

Literatur- und Quellenverzeichnis

- [1] Krauß, M.: Modellrechnung zur Entwicklung der Zahl privater Haushalte im Freistaat Sachsen bis 2025. In: Statistik in Sachsen 1/2013, S. 2 – 8.
- [2] Qualitätsbericht Mikrozensus 2012, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013. Download: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Bevoelkerung/Mikrozensus2012.pdf?__blob=publicationFile
- [3] Puschmann, A.; Weigel, J.: Lebenssituation Jugendlicher in den Raumkategorien Sachsens. In: Statistik in Sachsen 4/2012, S. 32 – 38.
- [4] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Haushalte und Lebensformen im Freistaat Sachsen (Ergebnisse des Mikrozensus) 2010 (A I 7 – j/10), Kamenz 2011.

Weiterführende Informationen zu diesem Thema finden Sie hier.



Gesundheitliche Lage der Kinder in Sachsen

Knapp eine halbe Million Kinder (unter 15 Jahren) leben heute in Sachsen. 1990 waren es noch fast 400 000 mehr. Betrug der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung damals 18,5 Prozent, so sind es gegenwärtig nur noch knapp 12 Prozent. Bundesweit liegt der Anteil der Kinder etwas höher (13,1 Prozent). Wie wird die gesundheitliche Versorgung der Kinder sichergestellt? Wie ist die gesundheitliche Lage der Kinder im bundesweiten Vergleich einzuschätzen? An dieser Stelle sollen ausgewählte Ergebnisse der Gesundheitsberichterstattung präsentiert werden. Schwerpunkte sind Eckwerte der gesundheitlichen Versorgung (Kinderärzte, Abteilung Kinderheilkunde in Krankenhäusern), Lebenserwartung und Sterblichkeit der Kinder, Krankheitsgeschehen und Behinderungen.

Kein Mangel an Kinderärzten

In Sachsen waren Ende 2012 insgesamt 363 niedergelassene Ärzte mit Fachgebiet Kinder- und Jugendmedizin tätig. Damit ist die Ärztezahl seit 1991 um 134 Kinder- und Jugendmediziner gesunken. Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen (Einwohner unter 15 Jahren), die ein Arzt damit rein rechnerisch zu versorgen hatte, sank von 1 718 (1991) auf 1 355 Personen (2012). Das liegt deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 1 812 Kinder- und Jugendlichen je

Kinderarzt. Selbst in den Landkreisen mit der geringsten Kinderärztdichte (Landkreise Bautzen und Görlitz) hat ein Kinderarzt im Durchschnitt weniger Kinder zu versorgen als bundesweit. Alle Planungsbereiche in Sachsen sind mit Kinderärzten überversorgt, das heißt, es gibt keine Neuzulassung entsprechender Praxen. Dem gegenüber fehlen Hausärzte in vielen Versorgungsbereichen (Versorgungsgrad kleiner als 100 Prozent). Detaillierte Angaben sind im Bedarfsplan der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen veröffentlicht [1],

Abb. 1 Kinder in Sachsen am 31. Dezember 1990 bis 2025 nach Altersgruppen

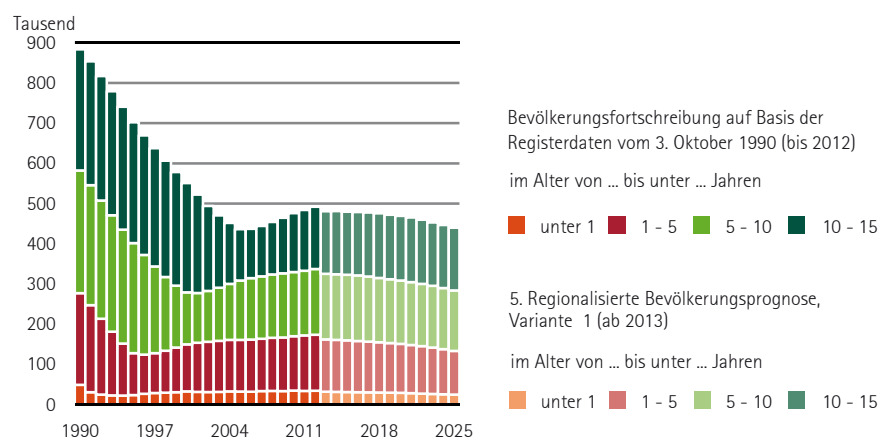
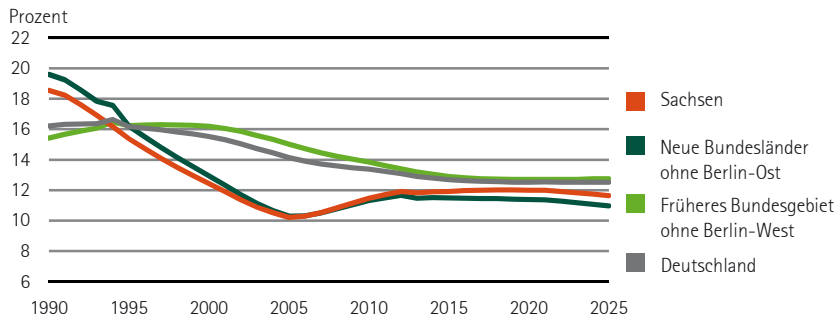


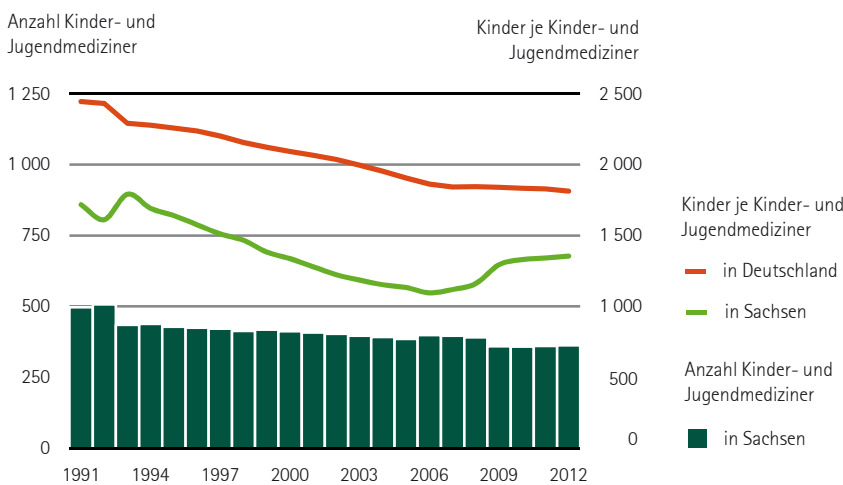
Abb. 2 Anteil der Kinder an der Bevölkerung 1990 bis 2025



Quelle: Statistisches Bundesamt - 1990 bis 2012 Bevölkerungsfortschreibung; 2013 bis 2025 - 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung bis 2060, Variante 1-W1

Bevölkerungsbezug
Sämtliche Quoten wurden mit Bevölkerungsdaten auf Basis der Registerdaten vom Oktober 1990 berechnet, da altersspezifische Bevölkerungsdaten auf Basis der Zensusdaten vom 9. Mai 2011 zum Zeitpunkt der Analysen für diesen Artikel noch nicht vorlagen.

Abb. 3 Niedergelassene¹⁾ Kinder- und Jugendmediziner in Sachsen am 31. Dezember 1991 bis 2012



1) Einschließlich Ärzte in Einrichtungen gemäß § 311 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) - Gesetzliche Krankenversicherung, ab 1999 einschließlich Angestellte, Teilzeitangestellte und Praxisassistenten.
Quelle: Sächsische Landesärztekammer, vor 1993 Bundesärztekammer

entsprechende Angaben für die Gesundheitsberichterstattung wurden jedoch nicht zur Verfügung gestellt. Absolut häufigster Behandlungsanlass in der Kinderarztpraxis sind akute Infektionen der oberen Atemwege (ICD-10: J06).

Kinderspezifische Fachabteilungen im Krankenhaus

In Krankenhäusern standen im Jahresdurchschnitt 2012 sachsenweit 1 200 Behandlungsbetten in der Fachabteilung Kinderheilkunde zur Verfügung. Das waren 246 Betten je 100 000 Kinder unter 15 Jahren. Bundesweit lag dieser Wert bei nur 178 Betten je 100 000 Kindern. In den anderen neuen Bundesländern (ohne Berlin) ist die Bettendichte in der Abteilung Kinderheilkunde allerdings noch höher als in Sachsen (Sachsen-Anhalt: 332 Betten je 100 000 Kinder). Der Nutzungsgrad der entsprechenden Betten in der Fachabteilung Kinderheilkunde

lag 2012 in Sachsen erstmals unter 60 Prozent (57,6 Prozent) und damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (64 Prozent). Dabei ist die Zahl der Behandlungsfälle trotz deutlich weniger Kinder im Jahr 2012 sogar höher gewesen als zu Beginn der 1990er Jahre. Allerdings war die durchschnittliche Verweildauer in der Fachabteilung Kinderheilkunde 1992 mit 9,7 Tagen noch mehr als doppelt so hoch wie 2012 (4,2 Tage, siehe Abb. 5).

Speziell für Kinder bzw. Kinder und Jugendliche wurden in 8 sächsischen Krankenhäusern 2012 auch 365 Betten in der Fachabteilung Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie vorgehalten, das entspricht 65 Betten je 100 000 Einwohner unter 18 Jahren. Bei einem Nutzungsgrad von 91,6 Prozent lag die durchschnittliche Verweildauer hier 2012 bei 42,6 Tagen. 121 Betten in der Fachabteilung Kinderchirurgie hatten 2012 einen Nutzungsgrad von 64,5 Prozent (durchschnittliche Verweildauer: 3,7 Tage).

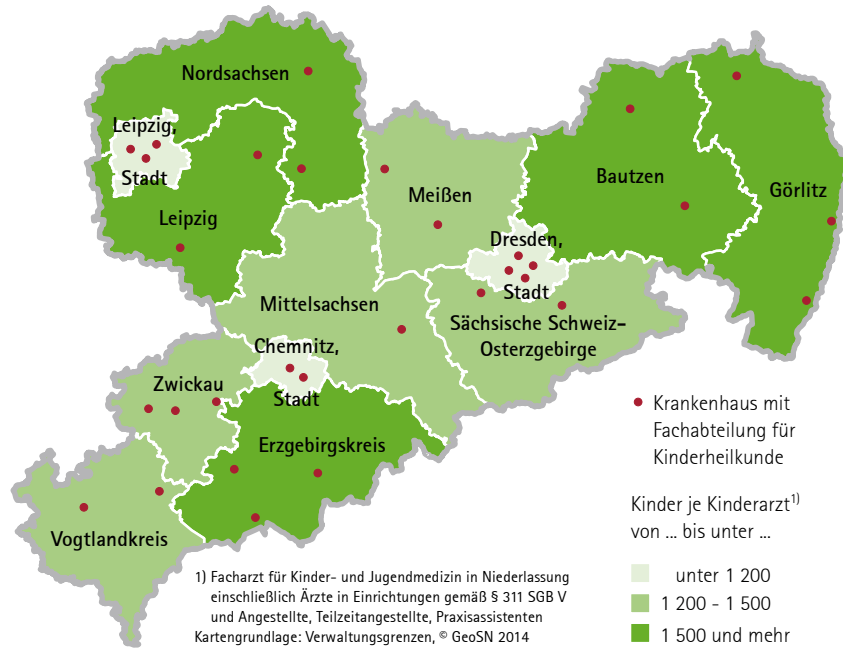
Hauptdiagnosen

Als Hauptdiagnose wird gemäß den Deutschen Kodierrichtlinien die Diagnose angegeben, die hauptsächlich für die Veranlassung des stationären Krankenhausaufenthaltes der Patientin/des Patienten verantwortlich ist. Die Verschlüsselung erfolgt entsprechend der 10. Revision der Internationalen Statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme ICD-10 GM. Die Darstellung der Ergebnisse kann nach Diagnosekapiteln, Diagnosegruppen oder Einzeldiagnosen erfolgen.

Beispiel:

- Diagnosekapitel XIX (S00-T98) Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen
- Diagnosegruppe S00-S09 Verletzungen des Kopfes
- Diagnose S06 Intrakranielle Verletzung (dar. S06.0 Gehirnerschütterung)

Abb. 4 Krankenhäuser mit Fachabteilungen für Kinderheilkunde sowie Kinderärztdichte am 31. Dezember 2012
Gebietsstand: 1. Januar 2014



Nachfolgend wird unabhängig von der Fachabteilung und dem Behandlungsort auf die Krankenhausbehandlungen sächsischer Kinder (Wohnort) eingegangen.

Jedes fünfte Kind wurde im Krankenhaus behandelt

96 964 sächsische Kinder (Behandlungsfälle) wurden 2012 im Krankenhaus versorgt, meist wohnortnah in Sachsen. Jungen sind in allen Altersbereichen häufiger behandlungsbedürftig als Mädchen. Am geringsten ist die Behandlungshäufigkeit (Fälle je 100 000 Kinder gleichen Alters) bei den 5- bis unter 10-Jährigen (siehe Tab.1). Säuglinge werden sehr häufig im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt behandelt (Diagnosekapitel P: Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben, bzw. Diagnose Z38 „Gesunde Neugeborene“). Für Kleinkinder sind Krankheiten des Atmungssystems und Infektionskrankheiten besonders oft Anlass für einen Klinikaufenthalt. Die absolut häufigste Einzeldiagnose bei den 5- bis unter 15-Jährigen in Sachsen sind Intrakranielle Verletzungen (meist Gehirnerschütterung)

Die absolut häufigste Einzeldiagnose bei den 5- bis unter 15-Jährigen in Sachsen sind Intrakranielle Verletzungen (meist Gehirnerschütterung)

Abb. 5 Entwicklung der Kenngrößen der Abteilung Kinderheilkunde in sächsischen Krankenhäusern 1992 bis 2012 (1992 = 100)

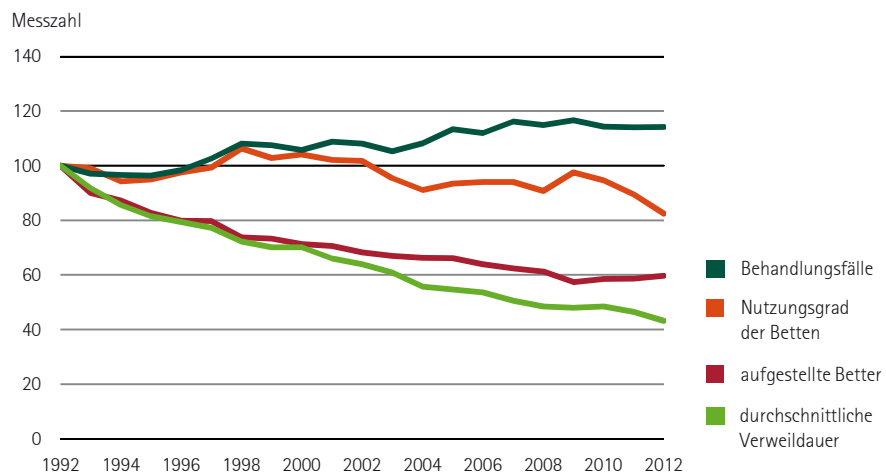
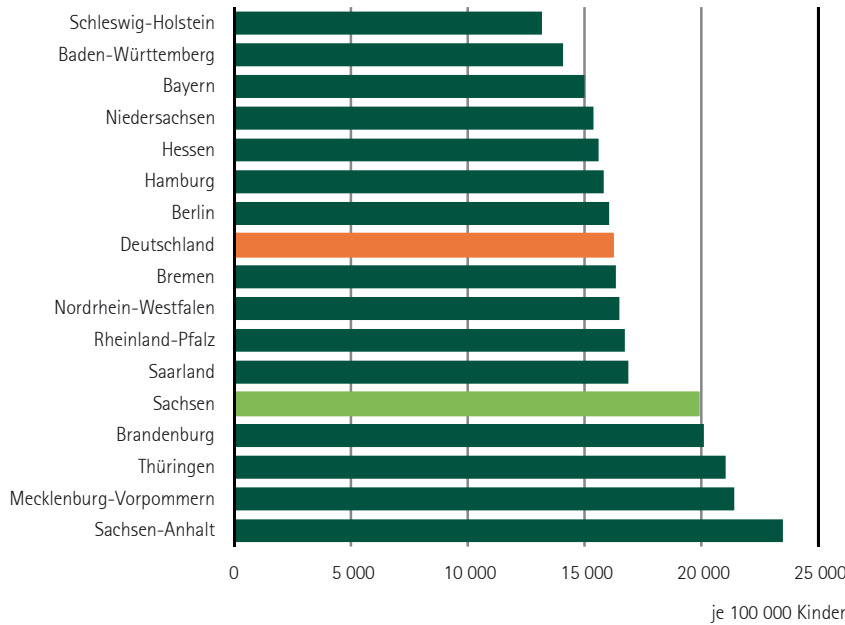


Abb. 6 Behandlungshäufigkeit von Kindern im Krankenhaus 2012 nach Bundesländern



schütterung). Diese werden in den neuen Bundesländern, bezogen auf die Bevölkerung, deutlich häufiger im Krankenhaus behandelt als im früheren Bundesgebiet. Entsprechend der Krankenhausbehandlungshäufigkeit werden Jungen auch öfter im Krankenhaus operiert als Mädchen. Die häufigsten Operationen bei Kindern sind Entfernung der Rachenmandeln

Tab. 1 Im Krankenhaus behandelte Kinder 2012 nach Alter und Geschlecht (Patientenwohnort Sachsen)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Männlich	Weiblich
Behandlungsfälle		
unter 1 ¹⁾	23 627	21 031
1 - 5	12 695	9 579
5 - 10	8 414	6 213
10 - 15	8 145	7 260
Insgesamt	52 881	44 083
Behandlungsfälle je 100 000 Kinder²⁾		
unter 1 ¹⁾	133 170,0	124 991,0
1 - 5	17 850,0	14 234,0
5 - 10	10 167,0	7 847,0
10 - 15	10 413,0	9 747,0
Insgesamt	21 165,0	18 539,0

1) einschließlich der gesunden Neugeborenen
 2) Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Registerdaten vom 3. Oktober 1990

und Schnitt am Mittelohr. Aber auch jungenspezifische Operationen (wie Operationen an der Vorhaut und Operative Fixierung des Hodens im Hodensack) gehören zu den 10 häufigsten vollstationären Eingriffen bei Kindern. Tendenziell hat die Behandlungshäufigkeit der Kinder im Krankenhaus in den letzten Jahren abgenommen. Warum sächsische Kinder trotzdem oft im Krankenhaus vollstationär behandelt werden, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Ost-West-Unterschiede in der gesundheitlichen Situation von Kindern sind über 20 Jahre nach der Wiedervereinigung kaum noch auszumachen. [2]

Lebenserwartung für Mädchen deutlich höher

Die mittlere Lebenserwartung (Lebenserwartung der Neugeborenen) ist in Sachsen analog zur Entwicklung in Deutschland in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Eine verringerte Säuglings- und Kindersterblichkeit sowie eine gute medizinische Versorgung und insgesamt verbesserte Lebensbedingungen sind Ursachen für diese positive Entwicklung. Soziale Ungleichheiten lassen sich anhand der Daten der amtlichen Statistik nicht nachweisen, da Angaben zum Sozialstatus nicht erhoben werden. Für Frauen in Sachsen liegt die mittlere Lebenserwartung gegenwärtig bei 83,2 Jahren und damit über dem Bundesdurchschnitt (82,7 Jahre). Sächsische Männer haben mit 77,3 Jahren eine etwas geringere mittlere Lebenserwartung als Deutschlands Männer (77,7 Jah-

Abb. 7 Mittlere Lebenserwartung 1999/2001 bis 2009/2011 (3-Jahres-Mittelwerte) nach Geschlecht

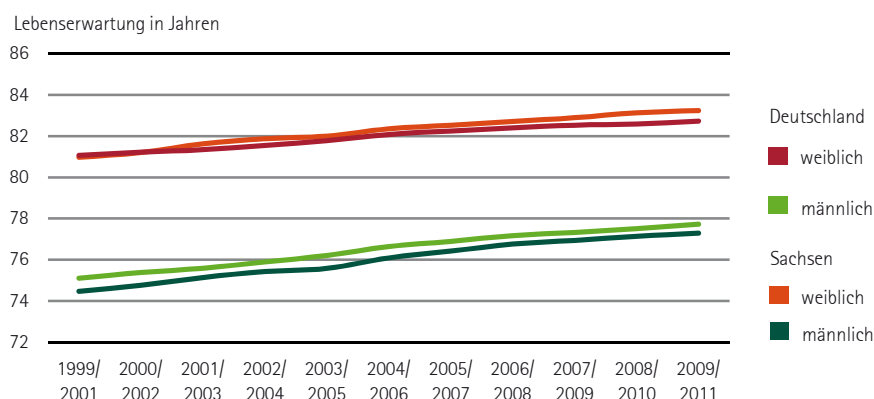
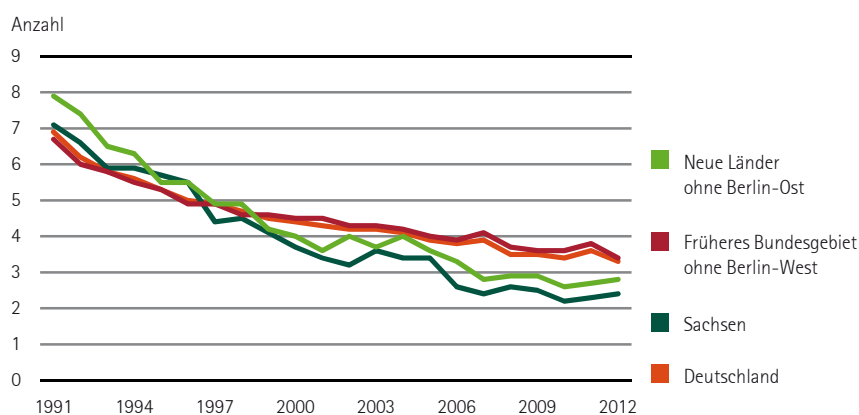


Abb. 8 Säuglingssterbefälle je 1 000 Lebendgeborene 1991 bis 2012 nach Regionen



re). Demzufolge ist die Differenz zwischen der Lebenserwartung von Frauen und Männern in Sachsen mit fast 6 Jahren höher als bundesweit (ca. 5 Jahre).

Bundesweit geringste Säuglingssterblichkeit in Sachsen

Im Jahr 2012 starben 82 Säuglinge in Sachsen (43 Mädchen und 39 Jungen). Das waren 2,4 Säuglingssterbefälle je 1 000 Lebendgeborene (Deutschland: 3,3). In den vorhergehenden Jahren starben allerdings schon im Säuglingsalter mehr Jungen als Mädchen (2007 bis 2011: 232 Jungen und 178 Mädchen). Abhängig von der Lebensdauer der Säuglinge wird zwischen Frühsterblichkeit bei einer Lebensdauer des Säuglings von bis zu sieben Tagen (2012 in Sachsen: 38 Gestorbene), Spätsterblichkeit bei 7 bis unter 28 Tagen (14 Gestorbene) und Nachsterblichkeit bei 28 Tagen bis zum Ende des ersten Lebensjahres (30 Gestorbene) unterschieden. Der Rückgang der Sterblichkeit erstreckt sich über alle 3 Bereiche. Anfang der 1990er Jahre war die Säuglingssterblichkeit in

Sachsen fast dreimal so hoch wie heute. Häufigste Ursache für Sterbefälle im Säuglingsalter sind „Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben“ (z. B. Störungen im Zusammenhang mit kurzer Schwangerschaftsdauer und niedrigem Geburtsgewicht und Komplikationen bei der Entbindung) sowie „Angeborene Fehlbildungen Deformitäten und Chromosomenanomalien“. Am Plötzlichen Kindstod verstarben 2012 insgesamt 9 Säuglinge (2011: 6 Sterbefälle).

Kindersterblichkeit bei Jungen höher

Die Kindersterblichkeit ist deutlich geringer als die Säuglingssterblichkeit. Deshalb wird für die Betrachtung der Todesursachen ein 3-Jahres-Mittelwert herangezogen. Im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (2010 bis 2012) starben jährlich 26 Jungen und 20 Mädchen im Alter von 1 bis unter 15 Jahren. 2012 waren es 28 Jungen und 18 Mädchen. Sowohl Neubildungen als auch Verletzungen und Vergiftungen (häufigste Todesursachen der Kinder) werden bei Jungen häufiger als bei Mädchen als Todesursache registriert.

Tab. 2 Häufigste Todesursachen (ICD-Klassen) bei Kindern in Sachsen 2010 bis 2012 nach Geschlecht und Alter – 3-Jahres-Mittelwert

Rang	Häufigste Todesursachen							
	männlich			weiblich				
	ICD-Klassen ¹⁾		Fälle	Anteil in % ²⁾	ICD-Klassen ¹⁾		Fälle	Anteil in % ²⁾
	Code	Diagnose			Code	Diagnose		
unter 1-Jährige								
1.	P00 - Bestimmte Zustände, P96 die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben		19,0	47,9	P00 - Bestimmte Zustände, P96 die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	18,3	46,6	
2.	Q00 - Angeborene Fehlbildungen, Q99 Deformitäten und Chromosomenanomalien		10,3	26,1	Q00 - Angeborene Fehlbildungen, Q99 Deformitäten und Chromosomenanomalien	11,3	28,8	
3.	R00 - Symptome und abnorme R99 klinische und Laborbefunde, die anderenorts nicht klassifiziert sind		5,0	12,6	R00 - Symptome und abnorme R99 klinische und Laborbefunde, die anderenorts nicht klassifiziert sind	3,7	9,3	
	Sonstige		5,3	13,4	Sonstige	6,0	15,3	
1- bis unter 15-Jährige								
1.	C00 - D48 Neubildungen		6,7	25,6	C00 - D48 Neubildungen	6,0	29,5	
2.	S00 - Verletzungen, Vergiftungen T98 und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen		6,3	24,4	S00 - Verletzungen, Vergiftungen T98 und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	6,0	29,5	
3.	Q00 - Angeborene Fehlbildungen, Q99 Deformitäten und Chromosomenanomalien		3,7	14,1	G00 - Krankheiten des Nervensystems G99	3,0	14,8	
	Sonstige		9,3	35,9	Sonstige	5,3	26,2	

1) ICD-10: Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision

2) Anteil der Todesursache an allen Gestorbenen des entsprechenden Alters und Geschlechts

Für Kinder von 1 bis unter 5 Jahren ist die Sterblichkeit deutlich höher als bei den ab 5-Jährigen. In diesem Altersbereich sind Angeborene Fehlbildungen, Verletzungen und Vergiftungen (häufig häusliche Unfälle) sowie Neubildungen bedeutsam. Für ab 5-Jährige nimmt das Risiko, im Straßenverkehr tödlich verletzt zu werden zu. Dabei wurden Kinder in den letzten Jahren fast ausschließlich als Radfahrer und Fußgänger tödlich verletzt. Krebstodesfälle bei Kindern betreffen am häufigsten Leukämien, Gehirn, Zentralnervensystem und Weichteile.

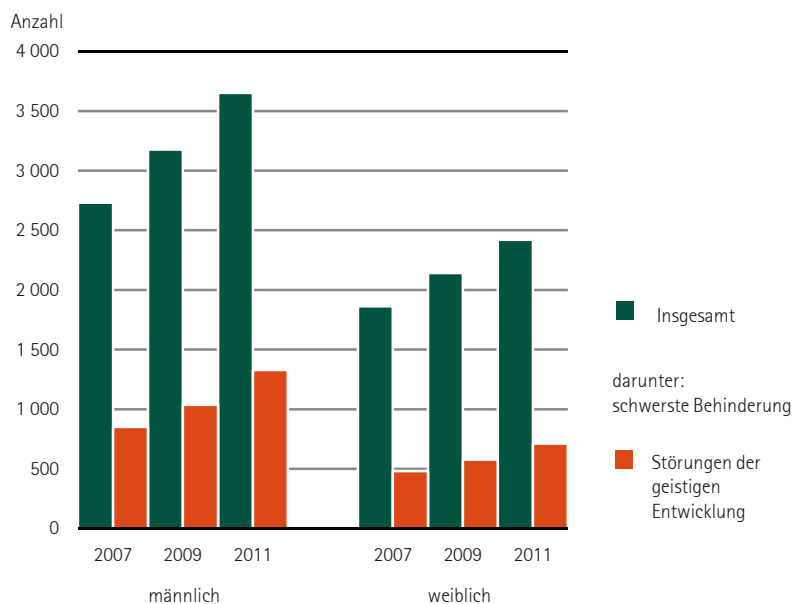
Jedes 80. Kind ist schwerbehindert

Im Rahmen der amtlichen Statistik werden in Deutschland Daten über Schwerbehinderte erfasst (Grad der Behinderung von 50 und mehr). Kinder sind in der Schwerbehindertenstatistik generell unterrepräsentiert, da in diesem Altersbereich Schädigungen häufig noch nicht erkannt oder bestimmte Phänomene noch nicht als Behinderung eingestuft sind. Körperliche und seelische

Behinderungen im Kindes- und Jugendalter ergeben sich aus angeborenen oder erworbenen Funktionsstörungen, die eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschweren. Kinder und Jugendliche erhalten medizinische, schulische und soziale Hilfen, die erforderlich sind, um Benachteiligungen auszugleichen.

Ende 2011 wurden in Sachsen insgesamt 6 073 schwerbehinderte Kinder erfasst (3 651 Jungen und 2 422 Mädchen). Damit hatte ca. jedes 80. Kind einen Schwerbehindertenausweis (jeder 68. Junge und jedes 98. Mädchen). In den letzten Jahren ist die Anzahl schwerbehinderter Kinder deutlich gestiegen. Einerseits gab es einen Bevölkerungsanstieg bei den Kindern, andererseits stieg auch der Anteil der Kinder mit Schwerbehindertenausweis. Störungen der geistigen Entwicklung (z. B. Lernbehinderung, geistige Behinderung) werden am häufigsten als schwerste Behinderung genannt. Das betrifft ein Drittel der schwerbehinderten Kinder, davon sind wiederum zwei Drittel Jungen.

Abb. 9 Schwerbehinderte Kinder 2007, 2009 und 2011 nach Geschlecht

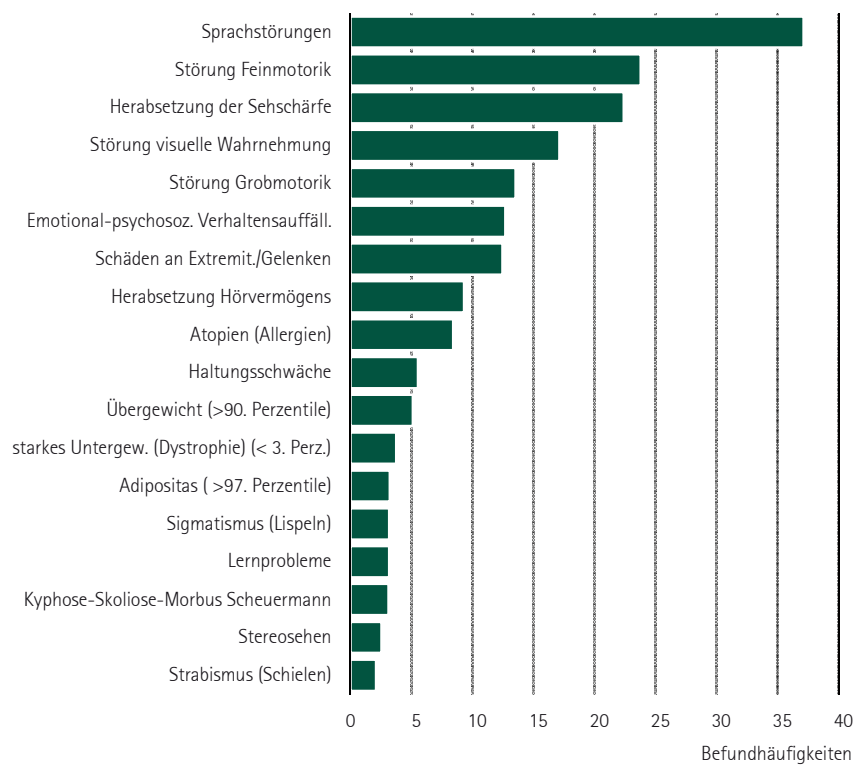


Kindergesundheit und -krankheit jenseits der amtlichen Statistik

Gesundheit kann in der Regel nur indirekt über die Abwesenheit von Krankheit und Tod beschrieben werden. Die amtliche Statistik kann über die Krankenhausstatistik und die Todesursachenstatistik

ein Teil sowohl räumlich als auch inhaltlich (Alter, Diagnose bzw. Todesursache) sehr detailliert darstellen. Weitere für Sachsen und seine Stadt- und Landkreise verfügbare Daten sind die Untersuchungsergebnisse des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, die im Rahmen der Gesund-

Abb. 10 Befunde bei Schulaufnahmeuntersuchungen in Sachsen 2012/2013 in Prozent



Datenquelle: Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz: Schulaufnahmeuntersuchungen

heitsberichterstattung (GBE) im Statistischen Landesamt zusammengeführt werden. Bundesweit vergleichbar sind dabei u. a. die Ergebnisse der kinder- und jugendzahnärztlichen Untersuchungen (Indikator 7.7 und 7.8 GBE [3]) und die Befunde der Schulaufnahmeuntersuchungen (Indikator 3.57 GBE, siehe auch Abb. 10). Seit Jahren sind dabei Sprachstörungen der absolut häufigste Untersuchungsbefund (zuletzt bei 37 Prozent aller untersuchten Kinder). Die meisten Arztüberweisungen gab es allerdings wegen der Herabsetzung der Sehschärfe (bei mehr als jedem 8. Kind). Umfassende Aussagen zur Kindergesundheit, auch unter Einbeziehung der sozialen Rahmenbedingungen (sozialer Status/familiärer Wohlstand, Migrationshintergrund) sind über große Gesundheitsstudien wie die HBSC-Studie (Health Behaviour in School-aged Children, [4]) und KiGGS (Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, [5]) möglich. Aufgrund des Stichprobendesigns können jedoch keine regionalen/kleinräumigen Ergebnisse ausgewiesen werden. Bestenfalls werden Ost-West-Unterschiede sichtbar. Deutlich wird jedoch, dass soziale Ungleichheiten die Gesundheit wahrscheinlich viel stärker beeinflussen als der Wohnort (Ost-West). So essen Kinder z. B. umso häufiger Obst und Gemüse, je größer der familiäre Wohlstand ist. Kinder mit Migrationshintergrund essen allerdings häufiger Gemüse als Kinder ohne Migrationshintergrund. Während fast zwei Drittel aller Kinder und Jugendlichen an jedem Schultag frühstücken, tun das

ein Drittel der Mädchen mit niedrigem familiären Wohlstand nie (bei allen Kindern und Jugendlichen: 20 Prozent) [4].

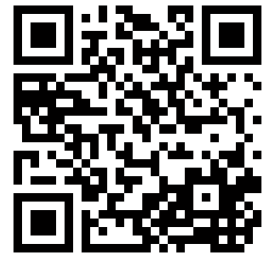
Unter dem Motto „Daten für Taten“ sollten deshalb alle Quellen für den Gesundheitszielprozess (Sächsisches Gesundheitsziel: Gesund aufwachsen, [6]) Beachtung finden, um sowohl regionale als auch soziale Besonderheiten zu berücksichtigen.

Gabriele Philipp, Dipl.-Ing., Referentin Analyse
Soziales, Gesundheit

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] http://www.kvs-sachsen.de/fileadmin/img/Mitglieder/Arbeiten_als_Arzt/Zulassungsbeschraenkungen/130627-Bedarfsplan_2013_gesamt.pdf
- [2] https://www.gbe-Bund.de/gbe10/ergebnisse.prc_tab?fid=13195&suchstring=20_Jahre_Deutsche_Einheit&query_id=&sprache=D&fund_typ=TXT&methode=2&vt=1&verwandte=1&page_ret=0&seite=&plfd_nr=1&p_news=&p_sprachkz=D&p_uid=gasts&p_aid=330951&hlp_nr=3&p_janein=J
- [3] http://www.statistik.sachsen.de/21/08_00/GBE_NEU/GBE/Gesundheit_Start.htm
- [4] <http://hbhc-germany.de/>
- [5] <http://www.kiggs-studie.de/deutsch/home.html>
- [6] <http://www.gesunde.sachsen.de/98.html>

Weiterführende Informationen
zu diesem Thema finden Sie hier.



Zentrale Umsetzung einer Gesundheitspersonalrechnung auf Länderebene durch das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen

Die Gesundheitspersonalrechnung auf Länderebene (GPRdL) gibt Auskunft über die Anzahl, Struktur und Entwicklung der Beschäftigten im Gesundheitswesen und den dazugehörigen Vorleistungsindustrien[1] einzelner Bundesländer, untergliedert nach Einrichtungsarten. Der länderübergreifende Ansatz hierzu wurde im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen entwickelt und innerhalb der Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL)“[2] abgestimmt und evaluiert. Bereits dabei zeichnete sich die Möglichkeit einer zentralen Durchführung der Berechnungen ab, welche dann, nach dem Beschluss der AG GGRdL, im Jahr 2013 von Sachsen umgesetzt wurde. Es zeigte sich, dass die dabei entwickelte Methodendokumentation sowie das Rechenwerk zur GPR evidente Instrumente darstellen, mit deren Hilfe auf Länderebene effektiv und effizient vergleichbare Ergebnisse zum Gesundheitspersonal zur Verfügung gestellt werden können.

- 1) Mitglieder der AG GGRdL sind derzeit die Statistischen Landesämter Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Sachsen als Federführung und das Statistische Bundesamt.
- 2) Unter Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen werden Rechenwerke verstanden, die sich mit Fragestellungen der Gesundheitswirtschaft beschäftigen und gegenwärtig noch entwickelt werden. Sie halten Informationen zu Art und Umfang der erbrachten Leistungen und der dafür eingesetzten Ressourcen sowie zu zukünftigen Entwicklungstendenzen in der Gesundheitswirtschaft bereit.
- 3) Unter einem länderübergreifenden Ansatz wird eine einheitliche Methodik zur Berechnung der Gesundheitsausgaben bzw. des Gesundheitspersonals auf Länderebene verstanden. Der länderübergreifende Ansatz dieser Berechnungen wurde im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen entwickelt und innerhalb der AG GGRdL abgestimmt und evaluiert.
- 4) Den Vorleistungsindustrien des Gesundheitswesens gehören, gemäß der auch in der GPR des Bundes verwendeten Abgrenzung (Berechnungsstand Januar 2013), die pharmazeutische, die medizintechnische und die augenoptische Industrie sowie die medizintechnischen Laboratorien und der Großhandel an. Sie produzieren Vorleistungen ausschließlich für das Gesundheitswesen. [2]

Vorbemerkung

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL)“¹⁾ entwickelten Handlungsstrategien zur Umsetzung Gesundheitsökonomischer Gesamtrechnungen²⁾ auf Länderebene. Diese wurden abgeleitet aus dem ermittelten Bedarf an regionalen statistischen Informationen für das Gesundheitswesen beziehungsweise die Gesundheitswirtschaft. [1] Im Zuge des Aufbaus der einzelnen Rechenwerke fand die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zwischen den einzelnen Ländern und zu den auf Bundesebene vorliegenden Ergebnissen besondere Beachtung. Dafür mussten zunächst für die einzelnen Aufgabenfelder methodische Instrumentarien geschaffen werden, die den einzelnen Rechenwerken zugrunde zu legen sind. Sowohl für die Gesundheitsausgaben- als auch die Gesundheitspersonalrechnung liegen diese in Form eines länderübergreifenden Ansatzes³⁾ vor. [2] Darüber hinaus bedingen die in den Ländern vorhandenen knappen Ressourcen eine effektive und effiziente Umsetzung der Berechnungen, um künftig für alle Mitgliedsländer der AG GGRdL Ergebnisse bereitstellen zu können. Daher verständigten sich die Mitgliedsländer der Arbeitsgruppe auf ihrer 5. Tagung im Dezember 2012 in Dresden darauf, dass die Entwicklung eines gemeinsamen Rechenwerkes für die Gesundheitspersonalrechnung, basierend auf dem

vorhandenen methodischen Instrumentarium, sowie die Berechnungen zum Gesundheitspersonal zentral für alle Mitgliedsländer der AG GGRdL zunächst im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen erfolgen. Mit der Gesundheitspersonalrechnung auf Länderebene werden detaillierte Informationen, untergliedert nach Einrichtungsarten, zur Anzahl, Struktur und zu Entwicklungen der Beschäftigten im Gesundheitswesen und den dazugehörigen Vorleistungsindustrien⁴⁾ bereitgestellt. Bei den Beschäftigten handelt es sich um Beschäftigungsfälle, das heißt Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen werden mehrfach gezählt. Zu den Beschäftigten rechnen im Einzelnen Arbeitnehmer, Selbständige und ohne Entgelt mithelfende Familienangehörige. Als Arbeitnehmer allgemein zählt, wer zeitlich überwiegend als Arbeiter, Angestellter, Beamter, Richter, Berufssoldat, Soldat auf Zeit, Wehr- bzw. Zivildienstleistender oder als Freiwilliger nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (BFDG)⁵⁾, Auszubildender, Praktikant oder Volontär in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis steht. Nicht zu den Beschäftigten im Gesundheitswesen gezählt werden ehrenamtlich Tätige sowie Beschäftigte, die als Beauftragte aus anderen Bereichen in Einrichtungen des Gesundheitswesens tätig sind. [3]

Effektivität und Effizienz durch Zentralisierung der Berechnungen

Bereits bei der Entwicklung der Methodik zeichnete sich die Möglichkeit einer zentralen Durchführung der Berechnungen zum Gesundheitspersonal ab. Später wurde erkannt, dass ein Großteil der benötigten Daten bei den einzelnen Datenhaltern für alle beteiligten Länder zentral abrufbar ist und individuelle Zusarbeiten aus den Ländern nur in geringem Umfang benötigt werden. Durch koordinierte gemeinsame Datenanfragen verringert sich zugleich die Belastung der Datenhalter.

Eine dezentrale Berechnung würde ferner durch den Aufbau von jeweils eigenen Rechenwerken in den einzelnen Ländern unter Zugrundelegung des länderübergreifenden Ansatzes personelle Ressourcen binden und einen erheblichen Koordinationsbedarf nach sich ziehen. Die angestrebte hohe Vergleichbarkeit der Ergebnisse wird bei Verwendung jeweils eigener Rechenwerke in den Ländern nicht in vollem Umfang gewährleistet, da die einheitliche Umsetzung der Methodik nicht im Einzelnen geprüft werden kann. Methodische Änderungen müssen den einzelnen Ländern bekannt gemacht und zeitnah durch diese umgesetzt werden. Im Zeitverlauf können hierdurch Diskrepanzen zwischen den einzelnen Rechenwerken entstehen.

Daher war die folgerichtige Entscheidung die Entwicklung und Nutzung eines einheitlichen gemeinsamen Rechenwerks und die zentrale Durchführung der Gesundheitspersonalrechnung zunächst im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen.

Ermittlung des Datenbedarfs und Datengewinnung

Eine entscheidende Voraussetzung für die Durchführung der Berechnungen zum Gesundheitspersonal stellt die Verfügbarkeit geeigneter Datenquellen dar. Die dem länderübergreifenden Ansatz für die einzelnen Einrichtungsarten zugrunde gelegten Datenquellen wurden daher zunächst systematisiert.

Jeder Einrichtungsart wurden die erforderliche Datenquelle und der Datenhalter zugeordnet (vgl. Abb. 1). Sofern es sich um Daten der amtlichen Statistik handelt, wurden im Rahmen der für Sachsen durchgeführten Testrechnungen zum Gesundheitspersonal zunächst nur die im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen verfügbaren Informationen genutzt. Eine zentrale Durchführung der Berechnung für mehrere Bundesländer bedarf jedoch des Zugriffs auf möglichst zentral gehaltene Ausgangsdaten, um die Datenbeschaffung so effektiv und effizient

wie möglich für alle AG-Mitglieder realisieren zu können. Daher werden beim Statistischen Bundesamt, bei dem die Länderergebnisse zusammengeführt werden, die benötigten Merkmale aus den einzelnen Statistiken nach Bundesländern abgefragt. Datenlieferungen für alle Länder erfolgen durch das Statistische Bundesamt für folgende Statistiken:

- Personalstandsstatistiken des öffentlichen Dienstes
- Krankenhausstatistik des Bundes und der Länder:
 - Grunddaten der Krankenhäuser,
 - Grunddaten der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen.
- Pflegestatistik – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung
 - 3. Bericht: Ländervergleich – Ambulante Pflegedienste,
 - 4. Bericht: Ländervergleich – Pflegeheime.

Auch von Datenhaltern außerhalb des statistischen Dienstes werden die Daten für die Mitglieder der Arbeitsgruppe zentral angefordert und von diesen bereitgestellt. Hierzu zählen die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege sowie die Bundesagentur für Arbeit. Die benötigten Informationen der Bundesärztekammer und -zahnärztekammer sowie der Apothekerkammer werden aus dem Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes und der Länder für alle Bundesländer abgerufen. [5]

Lediglich für das Personal bei den Rettungsdiensten stehen die benötigten länderspezifischen Daten nicht zentral zur Verfügung. Aus diesem Grund wurde für diese Einrichtungsart eine gesonderte Datenrecherche in den Ländern durchgeführt. Problematisch erweist sich die unterschiedliche Organisation des Rettungsdienstes auf den verschiedenen politisch-administrativen Ebenen der Länder. In Deutschland ist der Rettungsdienst nach dem Föderalismusprinzip des Grundgesetzes Ländersache und wird daher durch Landesgesetze geregelt. [6] Beim Vollzug des Rettungsdienstes kommen verschiedene Modelle in Betracht, die von der öffentlich-rechtlichen Durchführung des Rettungsdienstes bis zur privatrechtlichen Durchführung reichen. Die umfangreichen Recherchen in den einzelnen Ländern ergaben, dass für Zwecke der GPR verwertbare Daten zu den Beschäftigten im Rettungsdienst in den Ländern nur sehr lückenhaft oder gar nicht vorliegen.

5) Infolge der Aussetzung des Wehrdienstes zum 1. Juli 2011 wurden ab Oktober 2010 Zivildienstleistende nur noch auf eigenen Wunsch einberufen. Der Bundesfreiwilligendienst wurde von der Bundesregierung als Reaktion auf die Aussetzung des Wehrdienstes und damit auch des Zivildienstes eingeführt. Dieser soll die bestehenden Freiwilligendienste Freiwilliges Soziales Jahr und Freiwilliges Ökologisches Jahr ergänzen und das bürgerschaftliche Engagement fördern. [4]

Abb. 1 Datenquellen der Gesundheitspersonalrechnung nach Einrichtungsarten (Stand: September 2013)

1 Gesundheitsschutz		StBa	Personalstandsstatistiken des öffentlichen Dienstes
2 Ambulante Einrichtungen	21 Arztpraxen	Bundesärztekammer	Ärztestatistik
		BGW ¹⁾	Mitgliederstatistiken
	22 Zahnarztpraxen	Bundeszahnärztekammer	Mitgliederstatistiken der (Landes-) Zahnärztekammern
		BGW ¹⁾	Mitgliederstatistiken
	23 Praxen sonstiger medizinischer Berufe	BGW ¹⁾	Mitgliederstatistiken
		StBa	Kostenstruktur bei Arzt- und Zahnarztpraxen, Praxen von psychologischen Psychotherapeuten sowie Tierarztpraxen
	24 Apotheken	Bundesvereinigung deutscher Apothekerverbände, Apothekerkammer	Apotheken- und Personalstatistik
25 Gesundheitshandwerk und -einzelhandel	Bundesagentur für Arbeit	Arbeitsmarkt in Zahlen, Beschäftigungsstatistik: SvB + aGeb nach WZ 2008 (WZ 47.74; WZ 47.78.1) ³⁾	
26 Ambulante Pflege	StBa	Pflegestatistik: Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Ländervergleich – Ambulante Pflegedienste	
27 Sonstige ambulante Einrichtungen ²⁾			
3 Stationäre und teilstationäre Einrichtungen	31 Krankenhäuser	StBa	Krankenhausstatistik des Bundes und der Länder Grunddaten der Krankenhäuser
	32 Vorsorge-/Rehabilitationseinrichtungen	StBa	Krankenhausstatistik des Bundes und der Länder Grunddaten der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen
	33 Stationäre und teilstationäre Pflege	StBa	Pflegestatistik - Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Ländervergleich – Pflegeheime
4 Rettungsdienste	Landesbehörden	Innenministerium Baden-Württemberg und Sachsen	
5 Verwaltung	Bundesagentur für Arbeit	Arbeitsmarkt in Zahlen, Beschäftigungsstatistik: SvB + aGeb nach WZ 2008 (WZ 84.3; WZ 65.12.1) ³⁾	
6 Sonstige Einrichtungen			
7 Vorleistungsindustrien des Gesundheitswesens	71 Pharmazeutische Industrie	Bundesagentur für Arbeit	Arbeitsmarkt in Zahlen, Beschäftigungsstatistik: SvB + aGeb nach WZ 2008 (WZ 21) ³⁾
	72 Medizintechnische und augenoptische Industrie	Bundesagentur für Arbeit	Arbeitsmarkt in Zahlen, Beschäftigungsstatistik: SvB + aGeb nach WZ 2008 (WZ 32.50.1; WZ 32.50.2; WZ 26.6) ³⁾
	73 Medizinische Laborkatorien und Großhandel	Bundesagentur für Arbeit	Arbeitsmarkt in Zahlen, Beschäftigungsstatistik: SvB + aGeb nach WZ 2008 (WZ 32.50.3; WZ 46.18.4; WZ 46.46) ³⁾

1) BGW – Statistiken der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege

2) einfache Disaggregation

3) SvB – Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, aGeb – ausschließlich geringfügig Beschäftigte, WZ – Wirtschaftszweig

Dennoch wurde zugleich durch die Ansprechpartner in den einzelnen Ländern ein großes Interesse an aussagekräftigen Daten zum Rettungsdienst bekundet. Positiv hervorzuheben ist, dass Sachsen und Baden-Württemberg über eine zentrale Stelle verfügen, die Daten zu den Beschäftigten im Rettungsdienst erhebt. In beiden Ländern werden für die Berechnungen zum Gesundheitspersonal diese Daten durch die Innenministerien bereitgestellt. Für alle anderen Bundesländer müssen in Ermangelung geeigneter Daten gegenwärtig über eine einfache Disaggregation⁶⁾ der Bundeseckwerte für den Rettungsdienst die Beschäftigten im Rettungsdienst ermittelt werden.

Für die Datenquellen zur Gesundheitspersonalrechnung der Länder lässt sich festhalten, dass für alle Einrichtungsarten, mit Einschränkungen bei den „Rettungsdiensten“, die erforderlichen Daten für die beteiligten Länder zentral abrufbar sind und auf individuelle Zusarbeiten aus den einzelnen Ländern verzichtet werden kann. Dies trägt entscheidend zur Verringerung des Koordinationsbedarfs zwischen den Ländern bei. Gleichzeitig geht damit eine Verfahrensbeschleunigung einher, wodurch die Aktualität der Ergebnisse verbessert werden kann.

Gemeinsames Rechenwerk

Parallel zur Datenrecherche wurde in Sachsen das neue gemeinsame Rechenwerk entwickelt. Dabei fiel die Entscheidung für eine Umsetzung mittels MS Excel. Hierbei handelt es sich um eine in allen Mitgliedsländern verfügbare Standardsoftware, wofür bei allen potenziellen Nutzern des Rechenwerks umfassende Kenntnisse vorhanden sind. Gleichzeitig gewährleistet MS Excel gegenüber einer Datenbanklösung eine hohe Flexibilität und Unabhängigkeit von spezifischen IT-Kenntnissen im Hinblick auf die notwendigen jährlichen Anpassungen. Auch mit Blick auf die zu verarbeitenden Datenmengen für alle Länder im Rechenwerk werden die Grenzen von MS Excel nicht erreicht. Der Nachteil von MS Excel, durch Unachtsamkeit o. Ä. unbeabsichtigte Änderungen an den Dateien vorzunehmen, die nicht mehr nachvollzogen werden können, wird durch die Verwendung eines Schreibschutzes für die Dateien abgemildert. Zudem werden an die AG-Mitglieder nur Duplikate des Rechenwerks versandt. Unter Effektivitäts- und Effizienzgesichtspunkten stellt die Nutzung von MS Excel somit die wirtschaftlichste Lösung dar.

Anschließend wurden Anforderungskriterien definiert, die es beim Aufbau und der Weiterentwicklung des Rechenwerks mittels MS Excel zu beachten gilt.

Demzufolge soll ein gemeinsames Rechenwerk:

- Berechnungen für alle beteiligten und interessierten Bundesländer vorsehen,
- eine einfache Aktualisierung und Fortschreibung ermöglichen,
- alle Ausgangsdaten beinhalten, einschließlich detaillierter Quellenangaben,
- Verknüpfungen der Berechnungsschritte zu den Datengrundlagen enthalten und
- über ein einheitliches Layout und Design verfügen.

Ziel ist es, den Nutzern des Rechenwerks neben einem Höchstmaß an Transparenz, eine schnelle Einarbeitung zu ermöglichen.

Für jede Einrichtungsart (Einsteller, vgl. Abb. 1) wird eine separate Excel-Datei erstellt. Der grundsätzliche Aufbau dieser Dateien ist identisch. Die ersten Tabellenblätter beinhalten zunächst eine Übersicht mit Berechnungsstand, Inhalt und Ansprechpartner sowie eine Information zum aktuellen Bearbeitungsstand des Rechenwerks. Des Weiteren umfassen die einzelnen Dateien folgende Tabellenblätter:

- Veröffentlichungstabelle zu den Ergebnissen aller beteiligten Länder
- Berechnungstabellen gesondert für jeden Zweisteller
- Nebenrechnungen z. B. zur Ermittlung von Disaggregationsfaktoren und die
- Ausgangsdaten.

In den Berechnungstabellen werden die länderspezifischen Daten der Bundesländer für die einzelnen Unterpositionen verarbeitet. Für einige Unterpositionen erfolgt die Berechnung mittels geeigneter Schlüsselgrößen, wie beispielsweise für die Zahl der ohne Entgelt mithelfenden Familienangehörigen in Zahnarztpraxen. Hierfür werden die bei der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung ermittelten Anteile der ohne Entgelt mithelfenden Familienangehörigen und die Zahl der Zahnarztpraxen gemäß der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege herangezogen. Die Berechnungsformeln sind detailliert in der Methodendokumentation hinterlegt. Das Gesundheitspersonal wird für die meisten Einrichtungsarten durch eine Kombination aus Nutzung länderspezifischer Daten und

6) Die einfache Disaggregation anhand des Bevölkerungsanteils eines Bundeslandes an der Gesamteinwohnerzahl Deutschlands geht davon aus, dass das Verhältnis von Beschäftigten zu Einwohnern in jedem Bundesland identisch ist. Eine adäquate Abbildung länderspezifischer Gegebenheiten ist hierdurch nicht möglich, sodass dieses Verfahren nur eingesetzt werden sollte, wenn explizit keine länderspezifischen Primär- oder Sekundärinformationen verfügbar sind.

qualifizierter Disaggregation⁷⁾ mittels geeigneter Disaggregationsfaktoren ermittelt. Nur zu einem sehr geringen Anteil basiert die Berechnung auf einer einfachen Disaggregation der Bundeswerte mittels der Bevölkerungsanteile.

Am Beispiel der Unterposition „Niedergelassene Ärzte“ des Zweistellers „Arztpraxen“ soll der systematische Aufbau des Rechenwerks verdeutlicht werden (vgl. Abb. 2).

Jede Unterposition ist eindeutig beschriftet, enthält Hinweise auf die Datenquelle sowie die Verknüpfung zu dem im Rechenwerk integrierten Tabellenblatt mit den Datengrundlagen. In den Zeilen werden die Bundesländer alphabetisch geordnet abgebildet, wobei das Rechenwerk bereits alle 16 Bundesländer vorsieht. Sofern die Datengrundlagen bereits für alle Bundesländer abrufbar sind, werden diese ins Rechenwerk übernommen. Bundesländer, die noch nicht Mitglied der AG GGRdL sind, werden noch ausgeblendet. Dem von der Arbeitsgruppe verfolgten Ziel, weitere Bundesländer für die „Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen“ zu gewinnen, wird auf diese Weise Rechnung getragen. Die Berechnungen zum Gesundheitspersonal können für neue Mitglieder der Arbeitsgruppe unproblematisch durchgeführt werden.

Die Zeitreihe ist spaltenweise angeordnet, sodass bei der jährlichen Fortschreibung des Rechenwerks lediglich eine neue Spalte eingefügt werden muss. Die alphabetische Anordnung der Bundesländer in den Zeilen und die der Zeitreihe in den Spalten liegt auch den Tabellenblättern mit den Datengrundlagen zugrunde, wodurch über die Verknüpfungen zu diesen durch einfaches Ziehen die Übernahme der Daten in die Excel-Berechnungen möglich ist. Neben den Beschäftigten insgesamt werden die weiblichen Beschäftigten, die Vollzeitäquivalente, die Veränderung der Beschäftigten insgesamt gegenüber dem

Vorjahr, die Beschäftigten auf Basis einer einfachen Disaggregation des Bundeswertes anhand des Bevölkerungsanteils und die Abweichung der länderspezifischen Ergebnisse gegenüber dem Ergebnis der einfachen Disaggregation ermittelt (vgl. Abb. 2). Dabei dienen die Ergebnisse auf Basis der einfachen Disaggregation der Bundeswerte und die der Vorjahre als Referenzwerte anhand derer die Qualität der aktuellen länderspezifischen Ergebnisse beurteilt werden kann. Werden vorher definierte Grenzwerte überschritten, z. B. bei den Abweichungen der länderspezifischen Ergebnisse zu den auf einer einfachen Disaggregation basierenden Ergebnissen oder bei den Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr, wird dies mittels einer bedingten Formatierung im Excel farbig hervorgehoben. Darüber hinaus werden die Unterpositionen mit den Ergebnissen der Gesundheitspersonalrechnung auf Bundesebene plausibilisiert.

Allen (Unter-)Positionen im Rechenwerk liegt der beschriebene Aufbau zugrunde. Setzt sich ein Zweisteller-Ergebnis aus mehreren Unterpositionen zusammen, so werden diese zum Zweisteller-Ergebnis aggregiert. Die Zweisteller-Ergebnisse werden in den Veröffentlichungstabellen zusammengeführt und für die Darstellung des Personals in der jeweiligen Einrichtungsart (Einsteller) addiert.

Diese Monitorwerkzeuge bilden eine wesentliche Grundlage für die qualitätsgerechte Durchführung der Gesundheitspersonalrechnung auf Länderebene.

Abstimmung der Methoden auf Bundes- und Länderebene

Die Gesundheitspersonalrechnung auf Länderebene stellt das Pendant zur Gesundheitspersonalrechnung auf Bundesebene dar. Sie setzt auf die durch das Statistische Bundesamt ermit-

7) Bei der qualifizierten Disaggregation handelt es sich um eine besondere Form der Disaggregation. Fehlen geeignete länderspezifische Ausgangsdaten werden geeignete Disaggregationsfaktoren bestimmt. Auf deren Basis werden die Ergebnisse der jeweiligen Unterposition der Gesundheitspersonalrechnung des Bundes top-down auf die Länder aufgeteilt. Dieses Verfahren findet bspw. bei der Ermittlung des Gesundheitspersonals in den Vorleistungsindustrien Anwendung. Hier wird über die Relation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der ausschließlich geringfügig Beschäftigten des jeweiligen Bundeslandes in einem Wirtschaftszweig (WZ) zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und den ausschließlich geringfügig Beschäftigten in Deutschland im gleichen Wirtschaftszweig die Beschäftigtenzahl ermittelt.

Abb. 2 Auszug aus dem länderübergreifenden Rechenwerk der GPRdL

Niedergelassene Ärzte 2008 bis 2011 nach Bundesländern

auf Basis der Daten der Gesundheitsberichterstattung des Bundes detailliert (Datengrundlagen siehe Tabellenblatt: GBE_Bund_det)

niedergelassene Ärzte in Arztpraxen	Beschäftigte insgesamt				weiblich				VZÄ			
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland	125 754	125 264	124 685	124 012	45 229	45 414	45 581	45 761	96 725	96 235	95 753	95 103
08 Baden-Württemberg	16 625	16 461	16 431	16 408	5 200	5 186	5 224	5 312	12 787	12 646	12 618	12 583
06 Hessen	9 443	9 284	9 276	9 167	3 220	3 203	3 242	3 252	7 263	7 132	7 124	7 030
05 Nordrhein-Westfalen	26 531	26 548	26 474	26 284	8 495	8 592	8 681	8 721	20 407	20 396	20 331	20 157
07 Rheinland-Pfalz	6 016	5 980	5 936	5 896	1 792	1 794	1 825	1 816	4 627	4 594	4 559	4 522
14 Sachsen	5 694	5 655	5 578	5 544	3 131	3 110	3 080	3 054	4 380	4 344	4 284	4 252
16 Thüringen	3 048	2 995	2 935	2 884	1 645	1 617	1 601	1 578	2 344	2 301	2 254	2 212
Summe der Länder	125 754	125 264	124 685	124 012	45 229	45 414	45 581	45 761	96 725	96 235	95 753	95 103
Plausi	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

telten Bundesergebnisse auf, die neben den auf Länderebene vorgesehenen Dimensionen Einrichtungsgart, Geschlecht und Beschäftigungsart auch Alter und Beruf der Beschäftigten im Gesundheitswesen umfassen. Die Methodik der Gesundheitspersonalrechnung auf Länderebene lehnt sich damit eng an die des Bundes an und ist mit dem Statistischen Bundesamt abgestimmt. Das Statistische Bundesamt ist Mitglied der AG GGRdL und unterstützt die Aktivitäten zur Umsetzung „Gesundheitsökonomischer Gesamtrechnungen“ auf Länderebene. Gleichzeitig profitiert auch das Statistische Bundesamt von diesen Aktivitäten, da der Austausch mit den Ländern zur Qualitätsverbesserung der Rechnungen auf Bundesebene beiträgt.

Die Bundesergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung nach Einrichtungsarten werden nach deren Veröffentlichung sowohl auf Ein- und Zweisteller-Ebene und künftig auch für alle Unterpositionen dem Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen zur Verfügung gestellt. Diese werden im Rahmen der Berechnungen auf Länderebene einerseits zur Plausibilisierung der Ergebnisse und andererseits als Berechnungsgrundlage herangezogen, wenn keine länderspezifischen Daten zur Verfügung stehen. Insbesondere bei der Ermittlung der Vollzeit-äquivalente muss auf Länderebene in Ermangelung geeigneter Datengrundlagen derzeit auf die Bundeswerte zurückgegriffen werden.

Die Plausibilisierung der Länderergebnisse mit dem Bundesergebnis ist erforderlich, um ein konsistentes und kohärentes System Gesundheitsökonomischer Gesamtrechnungen auf Bundes- und Länderebene abzusichern. Die Verwendung weitgehend identischer Datenquellen und Verfahren ist Voraussetzung für die Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Daher wird bei der Erarbeitung des Rechenwerks und der Durchführung der Berechnungen auf Länderebene ein enger Austausch mit den Verantwortlichen der

GPR des Bundes vollzogen. Auf beiden Seiten werden sowohl Datenquellen als auch Berechnungsmethoden aufeinander abgestimmt und angepasst. Nach Abschluss der Berechnungen auf Länderebene werden die Ergebnisse auch durch das Statistische Bundesamt evaluiert.

Koordination zwischen den Mitgliedsländern der AG GGRdL

Da die benötigten länderspezifischen Datengrundlagen, mit Ausnahme des Rettungsdienstes, vollständig zentral beschafft werden können, ist eine Einbindung der einzelnen Länder während der Berechnungen grundsätzlich nicht erforderlich. Die Mitwirkung der einzelnen Länder umfasst somit die:

- Prüfung der von der zentralen Stelle vorgelegten Berechnungsergebnisse und
- Vorbereitung und Veröffentlichung von Medieninformationen und weiteren Publikationen.

Für die Berechnung und Veröffentlichung der GPR-Ergebnisse ist ein Arbeits- bzw. Zeitplan vorhanden. Den Ländern wird mit einer Vorlaufzeit die Prüfung der Ergebnisse angekündigt. Es besteht dadurch die Möglichkeit, die zur Prüfung der Ergebnisse notwendigen personellen Ressourcen einzuplanen. Zum angekündigten Termin werden die vorläufigen Ergebnisse übergeben und durch jedes Land evaluiert. Sich hieraus ergebender Korrekturbedarf wird im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen zusammengeführt und in das Rechenwerk eingearbeitet. Die endgültigen Länderergebnisse werden ca. zwei Wochen nach Ausschlussstermin freigegeben. Anschließend erhalten die Länder Vorschläge für Medieninformationen und für Tabellen und Grafiken zur Ergebnisveröffentlichung auf der Internetseite der AG

noch: Abb. 2 Auszug aus dem länderübergreifenden Rechenwerk der GPRdL

Veränderung der Beschäftigten insgesamt gegenüber dem Vorjahr in %				Beschäftigte disaggr. Bundeswerte				Abweichung von disaggr. Werten			
2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
	-0,4	-0,5	-0,5	125 754	125 264	124 685	124 012				
	-1,0	-0,2	-0,1	16 485	16 454	16 401	16 344	0,9	0,0	0,2	0,4
	-1,7	-0,1	-1,2	9 301	9 283	9 253	9 231	1,5	0,0	0,2	-0,7
	0,1	-0,3	-0,7	27 501	27 369	27 217	27 035	-3,5	-3,0	-2,7	-2,8
	-0,6	-0,7	-0,7	6 178	6 145	6 106	6 060	-2,6	-2,7	-2,8	-2,7
	-0,7	-1,4	-0,6	6 430	6 384	6 329	6 269	-11,4	-11,4	-11,9	-11,6
	-1,7	-2,0	-1,7	3 478	3 445	3 409	3 366	-12,4	-13,1	-13,9	-14,3
				125 754	125 264	124 685	124 012				
				0	0	0	0				

GGRdL. Neben den Ergebnissen wird die aktuelle Methodendokumentation auf der Internetseite der Arbeitsgruppe zur Verfügung gestellt, um den Nutzern einen sachgerechten Gebrauch der Daten zu ermöglichen. Bei der Ergebnisverbreitung wird innerhalb der Arbeitsgruppe eine einheitliche, gemeinsame Verbreitungsstrategie verfolgt. Durch die Arbeitsgruppe wird eine gemeinsame Medieninformation herausgegeben, welche die Länderergebnisse zueinander ins Verhältnis setzt und zugleich veröffentlicht jedes Bundesland seine eigenen Ergebnisse zum Gesundheitspersonal. Die genannten Veröffentlichungen erfolgen innerhalb der Arbeitsgruppe einheitlich zu einem vorher abgestimmten Termin.

Vergleichbare GPR-Länderergebnisse als Zeitreihe 2008 bis 2011

Durch die im Jahr 2013 erfolgte zentrale Berechnung des Gesundheitspersonals nach dem länderübergreifenden Ansatz sind erstmals vergleichbare Länderergebnisse⁸⁾ zu den Beschäftigten im Gesundheitswesen darstellbar (vgl. Abb. 3). Im Vergleich zu den vorherigen Testrechnungen [7] in Sachsen konnten im Zuge der Berechnungen 2013 vor allem die Zahlen

8) Die folgenden Ausführungen sowie der Begriff „Bundesländer“ beziehen sich ausschließlich auf die sechs Länder, welche Mitglied der AG GGRdL sind. Die Abkürzungen für die Bundesländer sind in Abbildung 3 aufgeführt.

der weiblichen Beschäftigten mit länderspezifischen Daten unterlegt werden, was nun umfassende Aussagen zu Geschlechteranteilen im Ländervergleich ermöglicht.

Beschäftigte im Gesundheitswesen

Nach dem gegenwärtigen Stand der Berechnungen lag die Beschäftigtenzahl im Gesundheitswesen einschließlich Vorleistungsindustrien in den in der AG GGRdL vertretenen Ländern Ende 2011 bei 2,8 Millionen. Absolut verzeichnete Thüringen mit 127,0 Tausend die niedrigste und Nordrhein-Westfalen mit knapp 1,1 Millionen Beschäftigten die höchste Zahl an Personal (vgl. Tab. 1). Bezogen auf die jeweilige Bevölkerungszahl ergibt sich eine differenziertere Darstellung (vgl. Abb. 4). Mit 64,3 Beschäftigten je 1 000 Einwohnern stand Baden-Württemberg an erster Stelle, Nordrhein-Westfalen befand sich im Mittelfeld und Thüringen hatte mit 57,2 die wenigsten Beschäftigten je 1 000 Einwohner. In allen sechs Bundesländern stieg die Beschäftigtenzahl gegenüber dem Basisjahr 2008 an. Der prozentuale Anstieg im Vergleich zu 2008 betrug zwischen 6,0 (HE)⁹⁾ und 7,0 Prozent (RP, SN). Damit stieg die Beschäftigtenzahl um 3,2 (HE) bis 4,8 Beschäftigte (TH) je 1 000 Einwohner.

Tab. 1 Beschäftigte¹⁾ im Gesundheitswesen 2011 nach ausgewählten Bundesländern und Art der Einrichtung

Art der Einrichtung	Beschäftigte insgesamt						Anteil an Insgesamt ²⁾					
	BW	HE	NRW	RP	SN	TH	BW	HE	NRW	RP	SN	TH
	1 000						%					
Insgesamt	693,7	378,7	1 098,9	249,5	241,9	127,0	100	100	100	100	100	100
Gesundheitsschutz	3,4	2,1	7,6	1,3	1,6	1,2	0,5	0,6	0,7	0,5	0,7	0,9
Ambulante Einrichtungen	301,9	171,2	505,9	111,1	110,1	54,5	43,5	45,2	46,0	44,5	45,5	42,9
Arztpraxen	102,2	55,9	173,1	37,7	30,0	15,6	14,7	14,8	15,7	15,1	12,4	12,3
Zahnarztpraxen	57,6	32,3	91,4	18,6	17,9	9,9	8,3	8,5	8,3	7,4	7,4	7,8
Praxen sonstige medizinische Berufe	58,8	30,9	90,6	23,0	23,2	10,1	8,5	8,2	8,2	9,2	9,6	8,0
Apotheken	22,7	13,5	37,1	9,0	8,6	4,7	3,3	3,6	3,4	3,6	3,6	3,7
Gesundheitshandwerk/-einzelhandel	21,5	13,4	37,4	7,4	7,2	3,6	3,1	3,5	3,4	3,0	3,0	2,8
Ambulante Pflege	28,9	19,6	59,7	11,7	19,4	8,5	4,2	5,2	5,4	4,7	8,0	6,7
Sonstige ambulante Einrichtungen	10,1	5,7	16,7	3,7	3,9	2,1	1,5	1,5	1,5	1,5	1,6	1,6
Stationäre/teilstationäre Einrichtungen	262,7	138,4	445,5	99,0	94,1	51,7	37,9	36,5	40,5	39,7	38,9	40,7
Krankenhäuser	149,9	78,9	263,2	59,8	51,4	30,1	21,6	20,8	24,0	24,0	21,2	23,7
Vorsorge-/Rehabilitationseinrichtungen	26,1	15,6	27,4	8,3	8,9	4,7	3,8	4,1	2,5	3,3	3,7	3,7
Stationäre/teilstationäre Pflege	86,6	43,9	154,9	30,9	33,8	16,9	12,5	11,6	14,1	12,4	14,0	13,3
Rettungsdienste	6,6	4,1	12,1	2,7	5,6	1,5	1,0	1,1	1,1	1,1	2,3	1,2
Verwaltung	20,9	11,8	42,8	8,9	11,4	6,2	3,0	3,1	3,9	3,6	4,7	4,8
Sonstige Einrichtungen	24,3	13,7	40,3	9,0	9,3	5,0	3,5	3,6	3,7	3,6	3,9	3,9
Vorleistungsindustrien	73,8	37,5	44,8	17,6	9,8	6,9	10,6	9,9	4,1	7,1	4,0	5,4

1) Beschäftigungsfälle

2) Differenzen bei der Summenbildung sind auf Rundungen in den Berechnungsstufen zurückzuführen.

Ende 2011 bestand drei Viertel des Personals im Gesundheitswesen aus Frauen. Absolut waren damit zwischen 96,9 Tausend (TH) und 823,0 Tausend (NRW) Frauen in diesem Bereich tätig (vgl. Tab. 2). Auch der Frauenanteil variierte in den Bundesländern und lag zwischen 72,2 Prozent in Hessen und 76,3 Prozent in Thüringen bzw. Sachsen.

Umgerechnet in Vollzeitstellen entsprach die Beschäftigtenzahl der hier betrachteten sechs Bundesländer im Jahr 2011 insgesamt knapp 2,1 Millionen Vollzeitäquivalenten (VZÄ)¹⁰⁾ (vgl. Tab. 2). Der Zuwachs gegenüber dem Basisjahr 2008 fiel hier mit 6,0 Prozent etwas geringer aus als bei der Beschäftigtenzahl insgesamt (6,6 Prozent). Der Anteil der VZÄ an den Beschäftigten im Gesundheitswesen lag in den einzelnen Bundesländern zwischen 73,9 (RP) und 79,6 Prozent (SN).

Beschäftigte nach Einrichtungsarten (Einsteller)

Die Beschäftigten sind in fünf von sieben¹¹⁾ Einrichtungsarten insgesamt sowie nach Geschlecht aufgrund der umfangreichen Nutzung länderspezifischer Daten, die direkt in das Rechenwerk übernommen oder zur Berechnung genutzt werden konnten, uneingeschränkt vergleichbar (vgl. Abb. 3).

Die ambulanten Einrichtungen waren 2011¹²⁾ in allen Ländern mit 42,9 (TH) bis 46,0 Prozent (NRW) der größte Arbeitgeber im Gesundheitswesen (vgl. Tab. 1). Zu diesen gehören Einrichtungen der Grundversorgung der Bevölkerung, wie z. B. Arzt- und Zahnarztpraxen, Apotheken oder die ambulante Pflege. Hier entfielen auf 1 000 Einwohner zwischen 24,5 (TH) und 28,4 (NRW) Beschäftigte (vgl. Abb. 5). Bei den ambulanten Einrichtungen war der Frauenanteil mit am höchsten, dieser betrug in den Ländern zwischen 77,7 (HE) und 81,0 Prozent (SN, TH) (vgl. Tab. 2 und Abb. 6).

Die stationären und teilstationären Einrichtungen, zu denen Krankenhäuser, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sowie stationäre und teilstationäre Pflege zählen, folgten mit einem Anteil von 36,5 (HE) bis 40,7 Prozent (TH) an allen Beschäftigten im Gesundheitswesen des jeweiligen Landes. Bezogen auf die Einwohner wiesen Hessen und Sachsen die wenigsten (22,7 Beschäftigte je 1 000 Einwohner) und NRW die meisten Beschäftigten (25,0 je 1 000 Einwohner) auf. Unter den Beschäftigten im stationären und teilstationären Bereich waren zwischen 78,3 (NRW) und 81,3 Prozent (TH) Frauen tätig.

Große Unterschiede zwischen den sechs Bundesländern waren bei der Zahl der Beschäf-

tigten in den Vorleistungsindustrien⁴⁾ zu verzeichnen. In Baden-Württemberg waren 2011 in diesem Bereich knapp elf Prozent aller Beschäftigten im Gesundheitswesen tätig, in Sachsen und Nordrhein-Westfalen hingegen lediglich vier Prozent. Die zwischen den Ländern teilweise deutlich variierende Industriequote spiegelt sich auch in den Vorleistungsindustrien des Gesundheitswesens wider. So entfielen in Baden-Württemberg, dem Land mit der höchsten Industriequote¹³⁾, auch die meisten Beschäftigten (6,8) auf 1 000 Einwohner. Die wenigsten Beschäftigten je 1 000 Einwohner verzeichneten Nordrhein-Westfalen (2,5) und Sachsen (2,4), welche gleichfalls eine der geringsten Industriequoten aufwiesen.

Nach der Verwaltung, mit einem Männeranteil von 53,9 (SN, TH) bis 63,1 Prozent (NRW), war der Anteil der Männer unter den Beschäftigten in den Vorleistungsindustrien mit am höchsten, er lag hier zwischen 48,0 (SN) und 58,9 Prozent (HE).

Neben den sonstigen Einrichtungen, u.a. Einrichtungen anderer Wirtschaftszweige, welche Gesundheitsleistungen und -güter anbieten, trugen vor allem die ambulanten sowie stationären und teilstationären Einrichtungen dazu bei, dass gegenüber 2008 die Beschäftigtenzahlen anstiegen. Deren Zahl erhöhte sich im Betrachtungszeitraum in diesen Einrichtungen um jeweils rund zwei Beschäftigte je 1 000 Einwohner. Für die übrigen Einrichtungsarten blieb die Beschäftigtenzahl pro Kopf in etwa gleich.

Für die Rettungsdienste sowie die sonstigen Einrichtungen im Gesundheitswesen sind derzeit zwar Beschäftigtenzahlen für die Mitgliedsländer darstellbar, allerdings nicht vergleichbar. Der Ländervergleich der Beschäftigtenzahlen im Rettungsdienst ist aufgrund eingangs genannter methodischer Unterschiede nicht valide. In diesem Bereich waren 2011 1,0 (BW) bis 2,3 (SN) Prozent der Beschäftigten im Gesundheitswesen tätig. Auf Länderebene wurde in dieser Einrichtungsart zunächst der bundesdeutsche Frauenanteil von 31,0 Prozent angenommen. Für die sonstigen Einrichtungen im Gesundheitswesen wird der Anteil an der Gesamtbevölkerung in den jeweiligen Ländern auch für die Beschäftigtenzahl insgesamt und nach Geschlecht angenommen und auf den Bundeseckwert angewendet. Damit können hier länderspezifische Besonderheiten ebenfalls nicht abgebildet werden und entsprechend ist ein Vergleich der Beschäftigtenzahlen zwischen den Ländern nicht fundiert. In den sonstigen Einrichtungen waren jeweils knapp vier Prozent der Beschäftigten des Gesundheitswesens tätig. Der Frauenanteil betrug methodisch bedingt in allen Ländern 63,9 Prozent.

9) BW – Baden-Württemberg, HE – Hessen, NRW – Nordrhein-Westfalen, RP – Rheinland-Pfalz, SN – Sachsen, TH – Thüringen

10) Vollzeitäquivalente geben die Anzahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an. Ein Vollzeitäquivalent entspricht dabei einem Vollzeitbeschäftigten.

11) Ausnahmen sind die Einrichtungsarten „Rettungsdienst“ sowie „Sonstige Einrichtungen“ des Gesundheitswesens. Siehe auch folgende Ausführungen.

12) Im Folgenden werden lediglich die Zahlen für 2011 dargestellt, Ergebnisse für diese Analysebereiche sind jedoch auch für die Jahre 2008 bis 2010 vorhanden.

13) Stichtag 30.06.2011, Industriequote (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte je 1 000 Einwohner) im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe: BW 115,6; TH 80,2; RP 77,3; NRW 73,5; SN 70,9; HE 69,1.

Abb. 3 Darstellbarkeit und Vergleichbarkeit der Beschäftigtenzahlen des Gesundheitswesens auf Länderebene

Einrichtungsarten (Einsteller, Zweisteller) und Unterpositionen	Beschäftigte insgesamt	weibliche Beschäftigte	Vollzeit-äquivalente
1 Gesundheitsschutz			
2 Ambulante Einrichtungen			
21 Arztpraxen			
niedergelassene/selbstständige Ärzte			
Angestellte in Arztpraxen für Allgemeinmedizin			
Angestellte in Facharztpraxen			
ohne Entgelt mithelfende Familienangehörige			
22 Zahnarztpraxen			
niedergelassene/selbstständige Zahnärzte			
Angestellte in Zahnarztpraxen			
ohne Entgelt mithelfende Familienangehörige			
23 Praxen sonstiger medizinischer Berufe			
Selbständige			
Angestellte			
ohne Entgelt mithelfende Familienangehörige			
Heilpraktiker, Psychologische Psychotherapeuten bzw. Kinder- und Jugendpsychotherapeuten			
24 Apotheken			
Apotheker			
Angestellte			
Angestelltes fachfremdes Personal und ohne Entgelt mithelfende Familienangehörige			
25 Gesundheitshandwerk/-einzelhandel			
26 Ambulante Pflege			
27 Sonstige ambulante Einrichtungen			
3 Stationäre/-teilstationäre Einrichtungen			
31 Krankenhäuser			
Hauptamtliche Ärzte			
Nichtärztliches Personal			
Schüler in Krankenhäusern			
Personal in Ausbildungsstätten			
Zahnärzte in Krankenhäusern			
32 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen			
Hauptamtliche Ärzte			
Nichtärztliches Personal			
Schüler in Vorsorg-/Rehabilitationseinrichtungen			
Personal in Ausbildungsstätten			
Beschäftigte in Einrichtungen sozialer Rehabilitation			
33 Stationäre/teilstationäre Pflege			
4 Rettungsdienste			
5 Verwaltung			
6 Sonstige Einrichtungen			
7 Vorleistungsindustrien			
71 Beschäftigte in der pharmazeutischen Industrie			
72 Beschäftigte in der medizintechnischen und augenoptischen Industrie			
73 Beschäftigte in medizinischen Laboratorien und dem Großhandel			

Beschäftigtenzahlen sind darstellbar. Ländervergleich ist möglich.
 Beschäftigtenzahlen sind darstellbar. Ländervergleich ist nicht möglich.
 Beschäftigtenzahlen sind z. Zt. nicht darstellbar.
 Beschäftigtenzahlen sind darstellbar. Ländervergleich ist bedingt möglich. Vergleich zu anderen Unterpositionen nur bedingt, da Anteile von anderen Unterpositionen übernommen wurden.

Abb. 4 Beschäftigte¹⁾ im Gesundheitswesen 2008 und 2011 nach ausgewählten Bundesländern



1) Beschäftigungsfälle

Auf Einstellerebene sind die VZÄ auf Länderebene lediglich für den Gesundheitsschutz sowie für die stationären und teilstationären Einrichtungen vergleichbar (vgl. Abb. 3). Für diese Einrichtungen sind länderspezifische Daten verfügbar. Der Anteil der VZÄ an den Beschäftigten im Gesundheitsschutz¹⁴⁾ war 2011 in Rheinland-Pfalz mit 78,8 Prozent am niedrigsten und in Sachsen mit 86,9 Prozent am höchsten.

Für die übrigen Einrichtungsarten werden die Bundesverhältnisse zwischen VZÄ und Beschäftigten insgesamt auf die länderspezifischen Beschäftigtenzahlen übertragen. Dadurch sind die VZÄ für die einzelnen Länder zwar darstellbar, eine vergleichende Analyse ist hier jedoch nicht aussagekräftig (vgl. Tab. 2).

Beschäftigte auf Zweistellerebene

Für die Berechnungen wurden drei von sieben Einrichtungsarten tiefer gegliedert in sogenannte Zweisteller (vgl. Abb. 1). Das betrifft die ambulanten, stationären und teilstationären Einrichtungen sowie die Vorleistungsindustrien (vgl. Abb. 3). Bei fast allen berechneten Zweistellern sind die Beschäftigten insgesamt und nach Geschlecht mit länderspezifischen Daten unter setzt und somit uneingeschränkt vergleichbar. Innerhalb der ambulanten Einrichtungen wurden 2011 für alle Länder die meisten Beschäftigten in Arztpraxen, d. h. in Praxen für Allgemeinmedizin und Facharztpraxen, ermittelt. Deren Anteile an den Beschäftigten im Gesundheitswesen umfassten zwischen 12,3 (TH) und 15,7 Prozent (NRW) (vgl. Tab 1). Damit kamen auf 1 000 Einwohner zwischen 7,0 und 9,7 Beschäftigte (vgl. Abb. 5).

Die zweithöchste Zahl der Beschäftigten in ambulanten Einrichtungen war in Zahnarztpraxen bzw. in Praxen sonstiger medizinischer Berufe,

wie z. B. Praxen für Physio- und Sprachtherapie, für psychologische Psychotherapie, Massage- und Heilpraktikerpraxen, zu finden. Nur in Hessen und NRW nahmen die Beschäftigten in Zahnarztpraxen im Gesundheitswesen einen etwas höheren Anteil ein als die Beschäftigten in Praxen sonstiger medizinischer Berufe. Pro 1 000 Einwohnern waren zwischen 4,3 (SN) und 5,3 (BW, HE) Beschäftigte in Zahnarztpraxen und zwischen 4,6 (TH) und 5,8 (RP) Beschäftigte in Praxen sonstiger medizinischer Berufe tätig. Die Beschäftigten der ambulanten Einrichtungsarten in Apotheken und im Gesundheitshandwerk/-einzelhandel nahmen in den Ländern einen relativ geringen Anteil (jeweils unter vier Prozent) an allen Beschäftigten im Gesundheitswesen ein.

Die Beschäftigtenzahlen in den sonstigen ambulanten Einrichtungen, zu denen u.a. Beratungsstellen oder Dialysezentren zählen, werden von den Bundeswerten mittels der Bevölkerungsanteile disaggregiert. In allen Ländern hatten diese lediglich einen Anteil von unter zwei Prozent an den Beschäftigten im Gesundheitswesen.

Die Beschäftigten in der Pflege insgesamt¹⁵⁾ nahmen in allen Bundesländern einen großen Anteil im Gesundheitswesen ein, insgesamt zwischen 16,7 (BW, HE) und 22,0 Prozent (SN). Je 1 000 Einwohner arbeiteten in der ambulanten Pflege zwischen 2,7 (BW) und 4,7 (SN) Beschäftigte und in der stationären sowie teilstationären Pflege zwischen 7,2 (HE) und 8,7 (NRW) Beschäftigte. Einen Einfluss auf diese Differenzen hat auch die Altersstruktur der jeweiligen Länder. In Sachsen und Thüringen, mit den höheren Beschäftigtenanteilen in der Pflege, lag 2011 der Altenquotient mit 57,3 und 53,6 deutlich höher als bspw. in Baden-Württemberg mit 45,5.¹⁶⁾ [8, S. 27]

14) Zum Gesundheitsschutz gehören unter anderem die Gesundheitsämter, die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin oder auch Einrichtungen der Länder mit Aufgaben wie Wasserschutz und Lebensmittelkontrolle.

15) Ambulante Pflegedienste sowie stationäre und teilstationäre Pflege, wie Altenpflegeheime und Einrichtungen zur Tages-, Kurz- und Nachtpflege.

Tab. 2 Weibliche Beschäftigte¹⁾ und Vollzeitäquivalente im Gesundheitswesen 2011
nach ausgewählten Bundesländern und Art der Einrichtung

Art der Einrichtung	Weibliche Beschäftigte						Vollzeitäquivalente					
	BW	HE	NRW	RP	SN	TH	BW	HE	NRW	RP	SN	TH
	1 000											
Insgesamt	512,1	273,3	823,0	186,6	184,6	96,9	520,2	286,3	817,1	184,5	189,7	101,1
Gesundheitsschutz	2,4	1,4	5,3	1,0	1,4	1,0	2,8	1,7	6,2	1,0	1,4	1,0
Ambulante Einrichtungen	240,7	132,9	404,5	88,1	89,3	44,1	227,4	129,6	382,4	83,8	84,8	42,3
Arztpraxen	86,6	46,8	147,3	32,0	25,3	13,1	78,4	42,8	132,7	28,9	23,0	12,0
Zahnarztpraxen	49,9	27,6	78,9	16,1	15,5	8,6	44,7	25,1	70,9	14,4	13,9	7,7
Praxen sonstige medizinische Berufe	43,7	21,2	69,9	16,5	18,2	7,8	43,7	23,0	67,4	17,1	17,2	7,5
Apotheken	17,8	10,5	28,9	7,0	6,7	3,7	17,4	10,3	28,4	6,9	6,6	3,6
Gesundheitshandwerk/-einzelhandel	9,3	5,6	15,8	3,2	3,2	1,7	18,3	11,4	31,9	6,3	6,1	3,1
Ambulante Pflege	25,9	17,0	51,2	10,5	17,5	7,8	17,1	12,6	38,2	7,3	15,0	6,8
Sonstige ambulante Einrichtungen	7,5	4,2	12,3	2,8	2,9	1,5	7,8	4,4	12,8	2,9	3,0	1,6
Stationäre/teilstationäre Einrichtungen	208,2	109,0	348,8	79,7	75,9	42,1	188,4	101,0	316,1	69,0	74,5	42,0
Krankenhäuser	114,4	60,1	196,5	46,4	40,2	23,6	110,3	57,8	190,3	41,7	41,7	24,9
Vorsorge-/Rehabilitationseinrichtungen	20,1	12,0	20,7	6,3	7,2	3,8	18,2	11,3	18,4	5,8	7,3	3,9
Stationäre/teilstationäre Pflege	73,7	36,9	131,6	27,0	28,5	14,7	60,0	31,9	107,4	21,5	25,6	13,1
Rettungsdienste	2,1	1,3	3,7	0,8	1,7	0,5	5,4	3,3	9,7	2,2	4,6	1,2
Verwaltung	8,5	4,5	15,8	3,4	5,2	2,8	17,0	9,5	34,7	7,2	9,2	5,0
Sonstige Einrichtungen	15,6	8,8	25,7	5,8	6,0	3,2	18,9	10,7	31,3	7,0	7,3	3,9
Vorleistungsindustrien	34,8	15,4	19,2	7,9	5,1	3,2	60,4	30,5	36,7	14,3	8,0	5,7

1) Beschäftigungsfälle

Im stationären und teilstationären Bereich stellen in allen Bundesländern die Krankenhäuser die größten Arbeitgeber dar. Der Anteil an den Beschäftigten im Gesundheitswesen insgesamt betrug zwischen 20,8 (HE) und 24,0 Prozent (NRW, RP). Gemessen an der Bevölkerung waren in Sachsen mit 12,4 Beschäftigten das wenigste und in Rheinland-Pfalz bzw. Nordrhein-Westfalen mit 14,9 Beschäftigten das meiste Personal je 1 000 Einwohnern in Krankenhäusern tätig.

Vergleichsweise wenig Beschäftigte wiesen in allen Bundesländern die Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen auf. Der Anteil dieser Einrichtungen am Gesundheitswesen betrug 2011 zwischen 2,5 (NRW) und 4,1 Prozent (HE).

In der Pflege lag unter den Zweistellern 2011 mit der höchste Frauenanteil vor. So kamen in der stationären bzw. teilstationären Pflege zwischen 84,2 (HE) und 87,3 Frauen (RP) auf 100 Beschäftigte, in der ambulanten Pflege waren es sogar zwischen 85,9 (NRW) und 91,1 Frauen (TH). Der Pflegebereich ist also auch weiterhin eine Frauendomäne, obwohl diese Arbeit körperlich sehr schwer ist und eine bedürfnisgerechte Pflege auch impliziert, dass Männer eher von Männern gepflegt werden wollen. Dass überwiegend Frauen in der Pflege tätig sind, ist jedoch auch gesellschaftlich gewachsen und wird sich in der nächsten Zeit

nicht grundlegend verändern. [9] In wenigen Bundesländern ist allerdings in den letzten Jahren der Trend¹⁷⁾ hin zu einem höheren Männeranteil in der Pflege zu sehen. Dieser Entwicklung sollte künftig weiter Beachtung geschenkt werden.

Einen sehr hohen Frauenanteil wiesen auch die Beschäftigten in Zahnarztpraxen [85,3 (HE) bis 86,8 Prozent (SN)] sowie in Arztpraxen [83,8 (HE) bis 85,1 Prozent (NRW)] auf. In Arzt- und Zahnarztpraxen waren anteilig mehr Frauen beschäftigt als in Praxen sonstiger medizinischer Berufe, Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. Ein Grund für diese größeren Anteile kann auch in der hohen Zahl an (Zahn-)Arztshelferinnen in den Praxen gesehen werden (vgl. folgenden Abschnitt „Unterpositionen der Beschäftigten“).

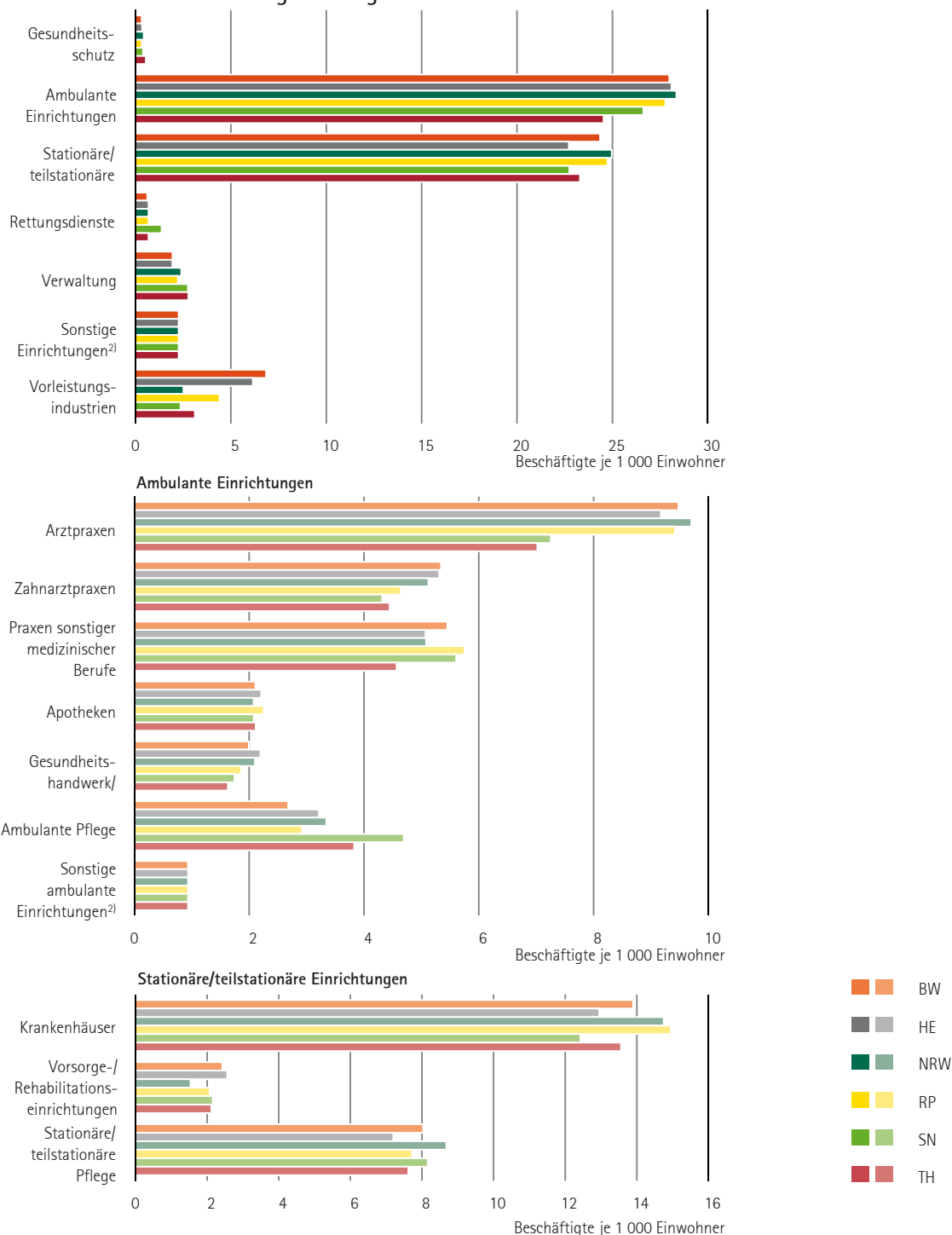
Den höchsten Männeranteil gab es im Gesundheitshandwerk bzw. -einzelhandel, er betrug zwischen 53,6 (TH) und 58,3 Prozent (HE) (vgl. Abb. 6).

Lediglich bei zwei der 13 Zweisteller mussten datenbedingt die Geschlechteranteile der Bundesergebnisse auf die Länder übertragen werden. Unter der Annahme der Bundesanteile waren 2011 in Apotheken 78,0 Prozent und in den sonstigen ambulanten Einrichtungen 74,0 Prozent der Beschäftigten Frauen.

16) Der Altenquotient für HE beträgt 47,3, für NRW 47,8 und für RP 49,0.

17) Im Vergleich zum Basisjahr 2008 stieg der Männeranteil in der ambulanten Pflege bis 2011 in Thüringen um 1,7 Prozentpunkte, in Sachsen um 1,4 Prozentpunkte und in Rheinland-Pfalz minimal um 0,1 Prozentpunkte. In der stationären und teilstationären Pflege stieg der Männeranteil unter den Beschäftigten geringfügiger, in Hessen um 0,6 Prozentpunkte, Sachsen 0,4 Prozentpunkte und Nordrhein-Westfalen 0,1 Prozentpunkte.

Abb. 5 Beschäftigte¹⁾ je 1 000 Einwohner im Gesundheitswesen 2011 nach Art der Einrichtung und ausgewählten Bundesländern



1) Beschäftigungsfälle

2) Gleiche Pro-Kopf-Angaben, aufgrund einfacher Disaggregation der Beschäftigten mittels der Bevölkerungsanteile.

Bei vier Zweistellern sind die VZÄ mit länderspezifischen Daten unterlegt und dadurch uneingeschränkt vergleichbar.¹⁸⁾ Am auffälligsten sind die Unterschiede zwischen den Ländern bei der ambulanten Pflege (vgl. Abb. 6). Der Anteil der VZÄ an den Beschäftigten in dieser Einrichtungsart betrug zwischen 59,1 (BW) und

80,3 Prozent (TH). Generell ist bei den ausgewählten westdeutschen Ländern eine stärkere Tendenz zur Teilzeitbeschäftigung erkennbar. So ist der Anteil der VZÄ bei allen Zweistellern der stationären und teilstationären Einrichtungen in Sachsen und Thüringen höher als in den übrigen Bundesländern.

18) Die in der Abbildung 9 ersichtlichen Abweichungen der VZÄ bei den übrigen Einrichtungsarten ergeben sich aus der Summenbildung der jeweiligen Unterpositionen.

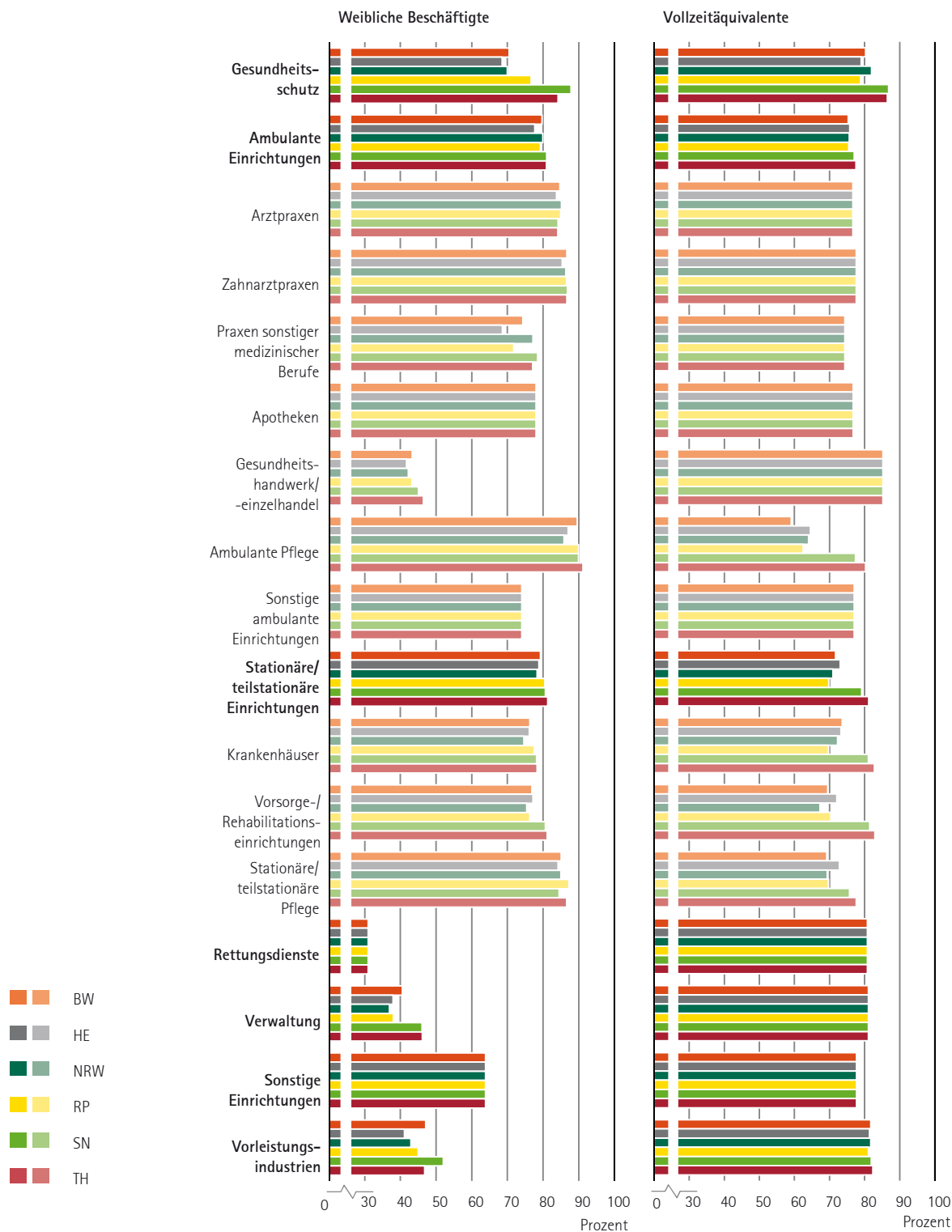
Unterpositionen der Beschäftigten

Mehrere Zweisteller werden durch die Summierung verschiedener Unterpositionen gebildet (vgl. Abb. 3). Zu diesen gehören u. a. Selbständige, Angestellte sowie ohne Entgelt mithelfende Familienangehörige. Für einige Ein- oder Zwei-

steller werden aus unterschiedlichen Gründen keine Angaben für Unterpositionen berechnet:

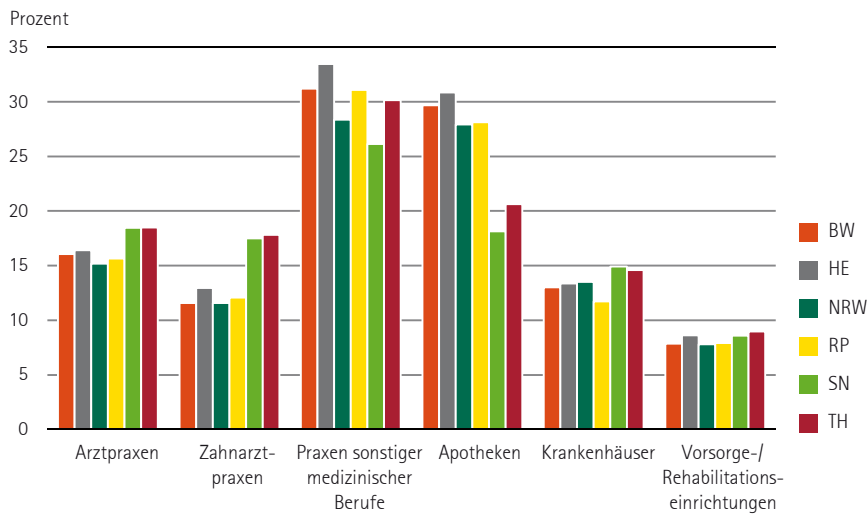
- Die Datenlieferung erfolgt bereits als Zusammenfassung der Unterpositionen - Gesundheitsschutz.

Abb. 6 Anteil der weiblichen Beschäftigten und der Vollzeitäquivalente an den Beschäftigten insgesamt nach ausgewählten Bundesländern und Art der Einrichtung



Anm.: Gleiche Anteile bei Einrichtungsarten, für die Bundesanteile der weiblichen Beschäftigten bzw. der VZÄ auf Länderebene übertragen wurden.

Abb. 7 Anteil der Ärzte, Apotheker bzw. Selbstständigen (ÄAS-Gruppe) an den Beschäftigten insgesamt¹⁾ 2011 nach ausgewählten Einrichtungsarten und Bundesländern



1) Der Anteil wird an der Summe von Ärzten, Apothekern bzw. Selbstständigen (ÄAS-Gruppe) und Angestellten, ohne Entgelt mithelfenden Familienangehörigen bzw. nichtärztlichem Personal (AnäP-Gruppe) gebildet. Zahnärzte in Krankenhäusern werden dabei der ÄAS-Gruppe zugeordnet, Schüler sowie Personal in Ausbildungsstätten der AnäP-Gruppe. Die Beschäftigten in Praxen von Heilpraktikern, psychologischen Psychotherapeuten/Kinder- und Jugendpsychotherapeuten sowie von Einrichtungen der sozialen Rehabilitation werden nicht berücksichtigt.

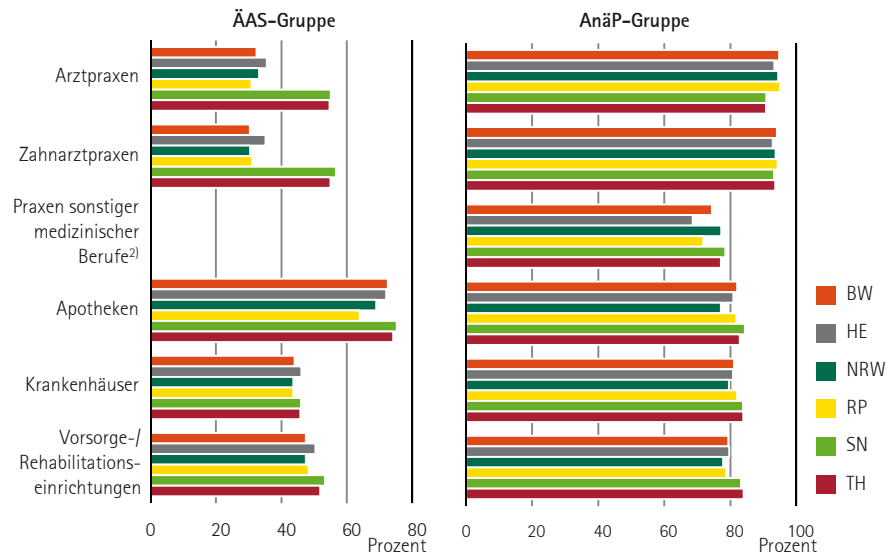
- Kongruenz mit Zahlen anderer Statistiken muss gegeben sein - ambulante sowie stationäre und teilstationäre Pflege.
- Die Ermittlung erfolgt durch die Disaggregation der Bundeswerte mithilfe der Bevölkerungsanteile oder anhand der Beschäftigten der BA. Die einzelnen Unterpositionen sind in den Bundeswerten enthalten und werden damit auf Länderebene heruntergebrochen - Gesundheitshandwerk/-einzelhandel, sonstige ambulante Einrichtungen, Rettungsdienste, Verwaltung, sonstige Einrichtungen im Gesundheitswesen.

Betrachtet man nun beispielsweise die Ärzte, Apotheker bzw. Selbstständigen (im Folgenden: ÄAS-Gruppe) im Vergleich zu den Angestellten, ohne Entgelt mithelfenden Familienangehörigen und nichtärztlichem Personal (im Folgenden: AnäP-Gruppe)¹⁹⁾, so nimmt die ÄAS-Gruppe generell den kleineren Anteil innerhalb der Unterpositionen aller Einrichtungsarten ein. Dieser Anteil differiert allerdings zwischen den Einrichtungen (vgl. Abb. 7). So ist der Anteil der ÄAS-Gruppe bei den Praxen sonstiger medizinischer Berufe, mit 26,1 (SN) bis 33,5 Prozent (HE), der höchste. In den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen ist der Anteil der ÄAS-Gruppe hingegen am geringsten, zwischen 7,8 (BW, NRW) und 9,0 Prozent (TH). In dieser Einrichtungsart nimmt die AnäP-Gruppe einen größeren Anteil ein.

Bei den Apotheken ist die Spanne der Anteile der ÄAS- bzw. AnäP-Gruppe zwischen den Bundesländern am größten. Die AnäP-Gruppenanteile sind dabei in Sachsen und Thüringen in Apotheken wesentlich höher als in den übrigen Bundesländern. Bei den Arzt-, Zahnarztpraxen und Krankenhäusern verhält es sich genau umgekehrt. Der hohe Frauenanteil in Arzt- und Zahnarztpraxen insgesamt ist auf die hohe Beschäftigtenzahl in der AnäP-Gruppe in diesen Einrichtungen und gleichzeitig aus dem hohen Frauenanteil innerhalb der AnäP-Gruppe zurückzuführen. Von 100 Beschäftigten der AnäP-Gruppe sind in Arztpraxen zwischen 90,8 (SN, TH) und 95,0 (RP) weiblich und in Zahnarztpraxen zwischen 92,8 (HE) und 94,2 (RP) (vgl. Abb. 8). In den übrigen Einrichtungsarten liegen die Frauenanteile der AnäP-Gruppe deutlich darunter. Prinzipiell ist der Frauenanteil innerhalb der AnäP-Gruppe in allen hier betrachteten Bundesländern wesentlich höher als innerhalb der ÄAS-Gruppe. Vergleicht man die Geschlechteranteile unter den ÄAS-Gruppen, so ergeben sich insbesondere in den ambulanten Einrichtungsarten größere Differenzen zwischen den Bundesländern. In der ÄAS-Gruppe finden sich vor allem in den alten Bundesländern wenige Frauen. Die Anteile liegen hier zwischen 30,8 (RP) und 35,5 Prozent (HE) in Arztpraxen sowie 30,3 (BW) und 35,1 Prozent (HE) in Zahnarztpraxen. In Sachsen und Thüringen hingegen sind über die Hälfte der Beschäftigten der ÄAS-Gruppe Frauen. In den anderen Einrichtungsarten sind diese großen Unterschiede nicht

19) Der Anteil wird an der Summe von Ärzten, Apothekern bzw. Selbstständigen (ÄAS-Gruppe) und Angestellten, ohne Entgelt mithelfenden Familienangehörigen bzw. nichtärztlichem Personal (AnäP-Gruppe) gebildet. Zahnärzte in Krankenhäusern werden dabei der ÄAS-Gruppe zugeordnet, Schüler sowie Personal in Ausbildungsstätten der AnäP-Gruppe. Die Beschäftigten in Praxen von Heilpraktikern, psychologischen Psychotherapeuten/Kinder- und Jugendpsychotherapeuten sowie von Einrichtungen der sozialen Rehabilitation werden nicht berücksichtigt

Abb. 8 Anteil der weiblichen Beschäftigten an Ärzten, Apothekern bzw. Selbständigen (ÄAS-Gruppe) und an Angestellten, ohne Entgelt mithelfende Familienangehörige bzw. nichtärztlichem Personal (AnäP-Gruppe)¹⁾ 2011 nach ausgewählten Einrichtungsarten und Bundesländern

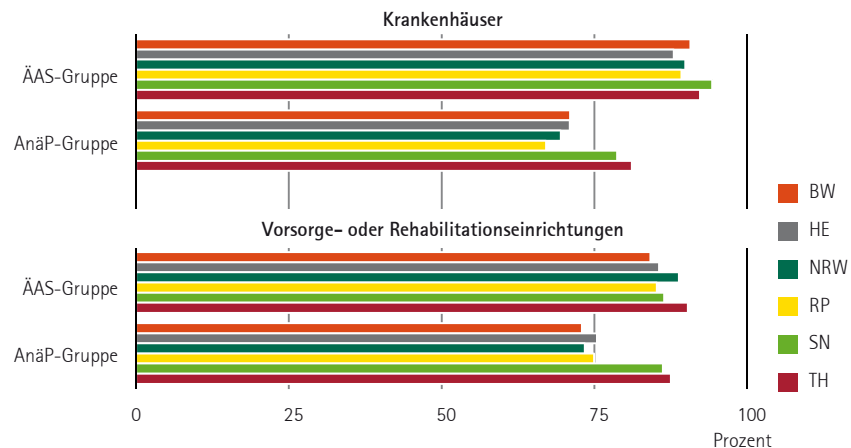


1) Zahnärzte in Krankenhäusern werden dabei der ÄAS-Gruppe zugeordnet, Schüler sowie Personal in Ausbildungsstätten der AnäP-Gruppe. Die Beschäftigten in Praxen von Heilpraktikern, psychologischen Psychotherapeuten/Kinder- und Jugendpsychotherapeuten sowie von Einrichtungen der sozialen Rehabilitation werden nicht berücksichtigt.
 2) Ein Vergleich zu anderen Unterpositionen ist nur bedingt möglich, da Anteile von anderen Unterpositionen übernommen wurden.

vorhanden. Die meisten Frauen innerhalb der ÄAS-Gruppe finden sich bei den Apotheken, zwischen 63,9 (RP) und 75,2 Prozent (SN). Ein Vergleich der VZÄ der Bundesländer kann nur für die Unterpositionen in Krankenhäusern sowie Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen erfolgen (vgl. Abb. 9). Die Anteile der VZÄ an den Beschäftigten insgesamt sind bei den Ärzten generell höher als beim nichtärztlichen Personal. Diese Differenzen fallen in Sachsen und Thüringen allerdings geringer aus als in den übrigen Bundesländern.

Der in diesen Einrichtungen ähnliche Frauenanteil im Zusammenhang mit den größeren Differenzen des Anteils der VZÄ zwischen den hier betrachteten alten und neuen Ländern, zeigt die Tendenz zur unterschiedlich ausgeprägten Teilhabe dieser Frauen auf dem Arbeitsmarkt auch in den zwei stationären bzw. teilstationären Einrichtungen auf. Es ist anzunehmen, dass diese Besonderheit auch in den anderen Einrichtungsarten vorliegt, weshalb eine länderspezifische Berechnung der VZÄ anzustreben ist. Um einen umfassenderen Vergleich, z. B. in Bezug auf die

Abb. 9 Anteil der Vollzeitäquivalente an Ärzten, Apothekern bzw. Selbständigen (ÄAS-Gruppe) und an Angestellten, ohne Entgelt mithelfende Familienangehörige bzw. nichtärztlichem Personal (AnäP-Gruppe)¹⁾ 2011 nach ausgewählten Einrichtungsarten und Bundesländern



1) Zahnärzte in Krankenhäusern werden dabei der ÄAS-Gruppe zugeordnet, Schüler sowie Personal in Ausbildungsstätten der AnäP-Gruppe. Die Beschäftigten in Einrichtungen der sozialen Rehabilitation werden nicht berücksichtigt.

VZÄ in den Ländern zu ermöglichen, wird das Rechenwerk für das Gesundheitspersonal auf Länderebene sukzessiv weiterentwickelt.

Ausblick

Die Vertreter der Mitgliedsländer der AG GGRdL schätzten auf ihrer 6. Tagung im Dezember 2013 ein, dass sowohl die Methodendokumentation als auch das Rechenwerk zur GPR evidente Instrumente darstellen, mit deren Hilfe auf Länderebene effektiv und effizient vergleichbare Ergebnisse zum Gesundheitspersonal zur Verfügung gestellt werden können. Es gelang auch neuen Vertretern in den Ländern sich ohne umfangreiche Vorkenntnisse schnell in die Gesundheitspersonalrechnung auf Länderebene einzuarbeiten und die Ergebnisse nachzuvollziehen. Das durch die Arbeitsgruppe umgesetzte Verfahren zur Erstellung von Gesundheitspersonalrechnungen auf Länderebene trägt dem von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Län-

der verabschiedeten Masterplan der amtlichen Statistik [10] Rechnung, indem übergreifende und einheitliche Verfahren und Techniken anstelle isolierter Lösungen zum Einsatz kommen. Die vergleichende Analyse der Länderergebnisse wird zudem umso fundierter, je mehr Länder in die Untersuchungen einbezogen sind. Deshalb ist es ein Ziel der AG GGRdL weitere Länder als Mitglieder zu gewinnen, um die Daten der Gesundheitspersonalrechnung auch für diese Länder bereitstellen zu können.

Susanne Meise, Referentin Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen
Janika Weigel, Dipl.-Soziologin, Sachbearbeiterin Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen

Für Smartphones: Bildcode scannen und Sie finden weitere interessante statistische Ergebnisse und Informationen zum Thema.



Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] AG GGRdL (2013): Handlungsstrategien zur Entwicklung der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen auf Länderebene. http://www.ggrdl.de/GGR/W_P_VI_g_Strategien.pdf. [Stand: 09.12.2013].
- [2] AG GGRdL (Juli 2012): Gesundheitsausgabenrechnung nach Ausgabenträgern auf Länderebene. http://www.ggrdl.de/GGR/A_P_VI_meth_20120726.pdf; sowie AG GGRdL (September 2013): Gesundheitspersonalrechnung auf Länderebene nach Einrichtungen http://www.ggrdl.de/GGR/P_P_VI_Dokumentation_2013.pdf [Stand: 09.12.2013].
- [3] AG GGRdL (2013): Begriffe und Definitionen. http://www.ggrdl.de/ggr_definitionen.html. [Stand: 09.12.2013].
- [4] Weitere Informationen auf der Internetseite des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben: <http://www.bundesfreiwilligendienst.de/der-bundesfreiwilligendienst.html>.
- [5] Statistisches Bundesamt: Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gesundheitsversorgung. Beschäftigte und Einrichtungen der Gesundheitsversorgung. Ärzte, Ärztliche Praxen, Ärztliche Leistungen bzw. Zahnärzte, Zahnärztliche Praxen, Zahnärztliche Leistungen. <http://www.gbe-bund.de>.
- [6] Bundesvereinigung der Arbeitsgemeinschaften der Notärzte Deutschlands (o.J.): V. 2 Ausschuss „Rettungswesen“ http://www.band-online.de/imageordner/_7063.html [Stand: 11.12.2013].
- [7] Richter, K. (2012): Die Erstellung einer Gesundheitspersonalrechnung für Sachsen - Methodische Vorgehensweise und Ergebnisse für das Jahr 2010. Statistik in Sachsen 4/2012. S. 54 - 60.
- [8] Statistisches Bundesamt (2013): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten). 2011. Fachserie 1 Reihe 1.3. Wiesbaden.
- [9] Ruffing, Andreas (2013): Zum Pflegen werden mehr Männer gebraucht. Neue Caritas. Heft 09/2013. <http://www.caritas.de/neue-caritas/heftarchiv/jahrgang2013/artikel/zumpflegenwerdenmehrmaennergebraucht>. [Stand: 08.01.2014]
- [10] Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik. Bericht der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Wiesbaden 2003.

Zum Geld- und Kreditwesen in Sachsen in der Zeit von 2000 bis 2012*)

Teil 2 – Einlagengeschäft

In diesem Beitrag werden aktuelle Ergebnisse zum Geld- und Kreditwesen in Sachsen für die Jahre 2000 bis 2012 vorgestellt. Dabei konzentrieren sich die Untersuchungen auf Entwicklungs- und Strukturbetrachtungen der von Unternehmen, Privatpersonen und öffentlichen Haushalten bei den (inländischen) Monetären Finanzinstituten (MFI) getätigten Einlagen. Im Ergebnis der Analysen bleibt festzuhalten, dass das Einlagenvolumen innerhalb des dreizehnjährigen Beobachtungszeitraums eine ansteigende Tendenz aufweist, wobei die Entwicklung in den einzelnen Gläubigergruppen und je nach Art bzw. Befristung sowohl in unterschiedlicher Intensität als auch in verschiedene Richtungen verlief.

*) Redaktionelle Anmerkung: Redaktionsschluss für den Beitrag war Februar 2014. Zu diesem Zeitpunkt lagen die (regionalstatistischen) Ergebnisse zum Einlagengeschäft der Nichtbanken in Sachsen ausschließlich bis zum Berichtsjahr 2012 vor.

1) Gleichbedeutend mit den seitens der (inländischen) Banken bei Unternehmen, Privatpersonen oder der öffentlichen Hand aufgenommenen Krediten, die das Gegenstück zu den an diese Gruppen von Bankenseite ausgereichten Finanzmitteln darstellen.

2) Einzige Ausnahme hiervon bildet – zumindest ab 2005 – die Deutsche Postbank AG, deren Kundenbeziehungen nach den Postleitzahlen den einzelnen Bundesländern zugeordnet werden.

3) Zur Verminderung entsprechender Verzerrungen sind die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), AKA Ausfuhrkredit-GmbH, Landwirtschaftliche Rentenbank, Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, DekaBank Deutsche Girozentrale, DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank sowie die IKB Deutsche Industriebank AG, allesamt überregional tätige Finanzinstitute mit zentralen Aufgaben im gesamten Bundesgebiet, in den regionalstatistischen Auswertungen des jeweiligen Firmensitz-Bundeslandes – für Sachsen ohnehin nicht von Bedeutung – von vorneherein nicht mit enthalten.

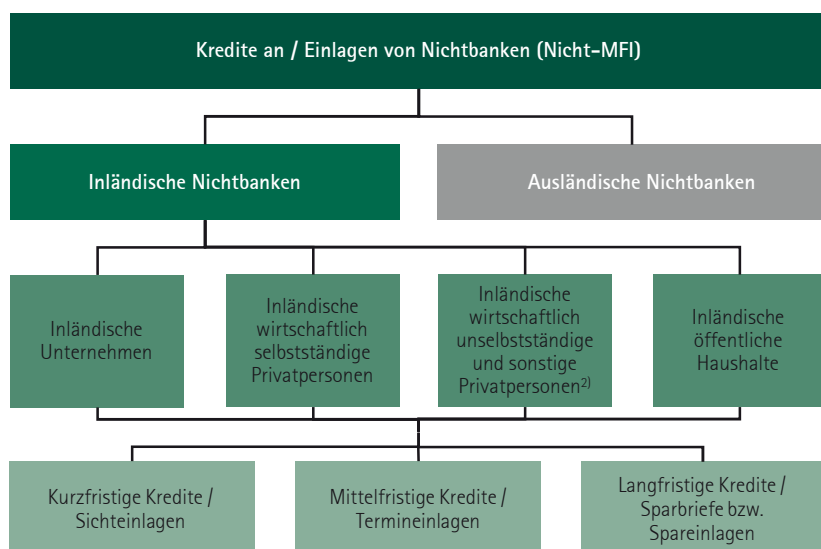
Vorbemerkungen

Zur Werterhaltung und Vermehrung des finanziellen Vermögens ist es sowohl für Privatpersonen als auch für Unternehmen und öffentliche Haushalte (zusammengefasst als Nichtbanken) sinnvoll, bei Monetären Finanzinstituten (im Folgenden kurz: MFI) – also bei Kreditbanken, Kreditgenossenschaften, Sparkassen und sonstigen Banken wie Landesbanken oder Bausparkassen – bestimmte Einlagen¹⁾ zu tätigen. Diese lassen sich im Allgemeinen nach ihrer Art und Befristung sowie ihren Gläubigergruppen differenzieren (vgl. Abb. 1). Auf der anderen Seite gerät man sowohl im privaten als vor allem auch im beruflich-wirtschaftlichen Umfeld durchaus einmal in die Situation, einen Kredit aufnehmen zu müssen, um die eigene Zahlungsfähigkeit aufrechterhalten zu können oder zusätzliche Liquidität für größere Investitionsprojekte zu schaffen. Nachdem diese Form der Finanzmittelbeschaffung bereits im Heft 4/2013 dieser Zeitschrift ausführlich aus unterschiedlichen Blickwinkeln heraus analysiert wurde [1], konzentrieren sich die Ausführungen im vorliegenden Aufsatz auf Entwicklungs- und Strukturbetrachtungen der von Unternehmen, Privatpersonen und öffentlichen Haushalten bei den (inländischen) MFI getätigten Einlagen.

Die Datengrundlage bilden die durch die Deutsche Bundesbank bearbeitete monatliche Bilanzstatistik sowie die vierteljährliche Kreditnehmerstatistik. Die dort enthaltenen Angaben werden pro Quartal auch für die einzelnen Bundesländer aufbereitet und veröffentlicht. Für den Freistaat Sachsen ist dafür die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank mit Sitz in Leipzig zuständig. Die Angaben repräsentieren den Bestand an Einlagen zum jeweiligen Jahresende.

Die regionale Zuordnung der bankstatistischen Daten erfolgt grundsätzlich nach dem Sitz des monetären Finanzinstituts bzw. der Bankniederlassung (Zweigstellen) und nicht nach dem Sitz der Kunden.²⁾ Insofern sind die nachfolgend vorgestellten Ergebnisse nicht identisch mit den Einlagen von Bankkunden aus Sachsen. Insbesondere gilt dies für bundesweit tätige Kreditinstitute ohne Filialnetz, wie z. B. die überwiegend in den Regionalbanken sowie den sonstigen Kreditbanken enthaltenen Direktbanken, deren gesamtes Kundengeschäft dem jeweiligen Firmensitz-Bundesland zugeordnet wird.³⁾ Den bankstatistischen Regionalergebnissen für Sachsen liegen somit die Angaben aller – einer Berichtspflicht unterliegenden – MFI mit Sitz in Sachsen, die Gesamtzahl ihrer im Freistaat befindlichen Zweigstellen und alle sächsischen Nie-

Abb. 1 Systematik zum Kredit- und Einlagengeschäft von Nichtbanken (Nicht-MFI) nach Kundengruppen und Art¹⁾



1) Bestand an Einlagen und aufgenommenen Krediten zum Jahresende ohne Einlagen aus Treuhandkrediten und ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds, jedoch einschließlich nachrangiger Verbindlichkeiten (in der Position "Termineinlagen" bzw. „Sparbriefe“ enthalten).

2) einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck

Quelle: eigene Darstellung

derlassungen von Banken mit Sitz in anderen Bundesländern zugrunde (Betriebskonzept).⁴⁾

Entwicklung und Struktur der von (inländischen) Nichtbanken getätigten Einlagen

Die von den Nichtbanken innerhalb und außerhalb Deutschlands bei den sächsischen Bankstellen getätigten Einlagen erreichten im Untersuchungszeitraum von 2000 bis 2012 einen durchschnittlichen Jahresendbestand von 63,3 Milliarden €. Zum Jahresende 2012 lag der entsprechende Wert bei 72,0 Milliarden €. Darunter wurden von inländischen Nichtbanken allein Einlagen im Wert von fast 70,9 Milliarden € geleistet, was einem Anteil von gut 98 Prozent entspricht. Auch über den kompletten Beobachtungszeitraum hinweg betrug dieser Anteil im Durchschnitt fast 97 Prozent. Aufgrund dieser Dominanz des heimischen Einlagengeschäftes wurde den nachfolgenden Ausführungen einheitlich die inländische Betrachtungsebene zugrunde gelegt.

Zum Vergleich: Die von Unternehmen, Privatpersonen und öffentlichen Haushalten bei den inländischen Nichtbanken aufgenommenen Finanzhilfen beliefen sich zum Jahresende 2012 auf einen Wert von 51,8 Milliarden €. [1, S. 19] Insofern entfielen zuletzt rund 137 € an Einlagen auf 100 € an Krediten, im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2012 waren es 119 €. Daraus wird ersichtlich, dass der Tätigkeit von Einlagen zur Werterhaltung und Vermehrung von finanziellem Vermögen gegenüber der Aufnahme von

Kredit zur vorübergehenden Liquiditätssteigerung im Allgemeinen offensichtlich der Vorzug gegeben wird.

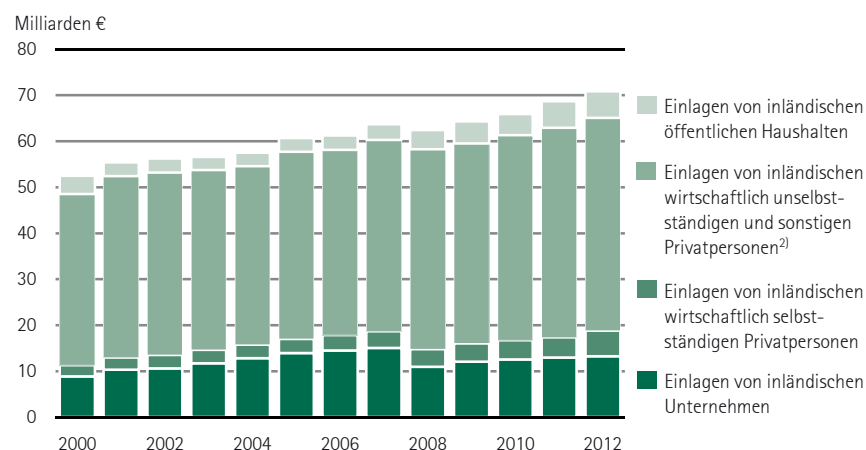
Einlagen nach Gläubigergruppen

Wie es Abbildung 2 verdeutlicht, nahmen die von den berichtspflichtigen sächsischen Bankstellen bei inländischen Nichtbanken aufgenommenen Kredite (gleichbedeutend mit den von Unternehmen, Privatpersonen und öffentlichen Haushalten bei den MFI getätigten Einlagen) ab Ende 2000 mit 52,5 Milliarden € bis Ende 2007 praktisch kontinuierlich auf einen zwischenzeitlichen Höchststand von 63,7 Milliarden € zu, sieht man einmal von der näherungsweise Stagnation 2002/2003 ab. Im Jahr der Finanzkrise, 2008, ging das Einlagevolumen zunächst auf gut 62,4 Milliarden € zurück, um in den Folgejahren wieder ununterbrochen bis auf ein historisches Maximum zum Jahresende 2012 anzusteigen (vgl. Tab. 1 und Abb. 2).

Am aktuellen Rand lag ihr Wert so insgesamt bei fast 70,9 Milliarden €. Das waren 3,1 Prozent mehr als im Vorjahr und sogar um gut ein Drittel mehr als vor zwölf Jahren (vgl. Tab. 1). Das Angebot an Finanzmitteln für die Banken in Sachsen hat seit der Jahrtausendwende also insgesamt erheblich zugenommen, wenngleich die Entwicklung bei den einzelnen Einlagearten höchst unterschiedlich verlief (vgl. hierzu genauer w. u. sowie Abb. 3). Dabei steht die tendenziell aufwärtsgerichtete Entwicklung im Einlagengeschäft zumindest grundsätzlich im Einklang mit entspre-

4) Ganz allgemein basieren die bankstatistischen Auswertungsergebnisse auf den – für die einzelnen Bundesländer getätigten – Regionalmeldungen der meldepflichtigen Banken mit Filialen in mehreren Bundesländern sowie auf den Bundesgebietsmeldungen der Institute, die keine Filialen außerhalb des Firmensitz-Bundeslandes unterhalten. Der tatsächliche Kreis an Berichtspflichtigen ist in [2] eindeutig definiert. Nicht hierzu zählen so beispielsweise Kapitalanlagegesellschaften, Wertpapiersammelbanken, Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtung oder auch Kreditinstitute, die lediglich Bankgeschäfte im Sinne des § 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 8 KWG (Garantiegeschäfte) betreiben.

Abb. 2 Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFI) in Sachsen 2000 bis 2012 nach Gläubigergruppen¹⁾



1) Bestand an Einlagen und aufgenommenen Krediten zum Jahresende ohne Einlagen aus Treuhandkrediten und ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds, jedoch einschließlich nachrangiger Verbindlichkeiten.

2) einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck

Datenquelle: Regionalstatistik der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig

chenden Ergebnissen aus den bundesdeutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zum Hauptaggregat Sparen.⁵⁾ Nach den vorübergehenden Vertrauensverlusten in das Bankensystem, die die Finanzkrise ab 2008 für potenzielle Geldanleger unweigerlich mit sich gebracht hatte, hat sich die Situation in den letzten Jahren also offensichtlich wieder deutlich entspannt.

Nach **Gläubigergruppen** differenziert wurden im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2012 zwei von drei Euro und damit der mit Abstand größte Teil an Einlagen durch die (inländischen) wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen⁶⁾ getätigt. Konkret lag der Wert bei rund 41,5 Milliarden €. Ein Fünftel der Finanzmittel erhielten die MFI von den (inländischen) Unternehmen im Umfang von rund 12,3 Milliarden € (vgl. Abb. 2). Der verbleibende Rest verteilte sich zu jeweils rund sechs Prozent auf die (inländischen) öffentlichen Haushalte mit 3,9 Milliarden € sowie die (inländischen) wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen mit 3,5 Milliarden € auf.

Zum Jahresende 2012 lag der Wert der von den wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen⁶⁾ getätigten Einlagen bei 46,3 Milliarden €. Damit wurde das Vorjahresergebnis um 1,7 Prozent übertroffen, jenes aus dem Jahre 2000 sogar um ein Viertel (vgl. Tab. 1). Zugleich bedeutete das Ergebnis einen neuen Höchststand. So war die jährliche Entwicklung von 2000 an weitestgehend ununterbrochen durch zum Teil signifikante Wertzuwächse gekennzeichnet, sofern man einmal von den jeweils rund einprozentigen Rückgängen in den Jahren 2003, 2004 und 2006 absieht. Im Vergleich zur

Gesamtentwicklung bei den Einlagen waren die Wertzuwächse seitens dieser Gläubigergruppe dennoch unterdurchschnittlich. Folglich sank auch der Anteil der von den wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen⁶⁾ getätigten Einlagen am gesamten Einlagenvolumen in Sachsen von 70,9 Prozent im Jahre 2000 auf 65,3 Prozent im Jahre 2012 (vgl. Abb. 2). Auf je 100 € an Krediten für diesen Personenkreis bezogen [1, S. 19], resultierte am aktuellen Rand ein Einlagenwert von 269 €, im Mittel der Jahre 2000 bis 2012 waren es 238 €.

Den Unternehmen war Ende 2012 ein Einlagenvolumen in Höhe von gut 13,2 Milliarden € zuzuschreiben, 1,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Das Ergebnis aus dem Jahr 2000 wurde sogar um die Hälfte des damaligen Wertes übertroffen (vgl. Tab. 1 und Abb. 2). Davon ausgehend verlief die Entwicklung mit zumeist deutlichen Wachstumsraten bis zu ihrem vorläufigen Maximum in Höhe von rund 15,1 Milliarden € im Jahre 2007 kontinuierlich aufwärts gerichtet, bevor es 2008 zu einer einschneidenden Wertverringerung um mehr als ein Viertel kam. Mit dem Ausbruch der Finanzkrise in den USA und deren zeitnahe Übergreifen auf die weltweite Realwirtschaft war unter anderem das Vertrauen der Unternehmen in ein funktionierendes Bankenwesen bereits zum Jahresende 2008 schwer erschüttert, was in dem entsprechend deutlichen Abzug von Finanzmitteln aus den MFI zum Ausdruck kam. Schon ab 2009 jedoch kehrte die Entwicklung der Einlagen von Unternehmen mit zum aktuellen Rand hin abnehmenden Steigerungsraten wieder auf einen ununterbrochenen Wachstumspfad zu-

5) Entsprechende Ergebnisse in der Zeitreihe von 2000 bis 2012 lassen sich beispielsweise per Abruf aus der bundesdeutschen Genesis-Online-Datenbank unter dem Tabellen-Code 81000-0127 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Bundes – Hauptaggregate der Sektoren: Deutschland, Jahre, Wirtschafts-Sektoren) erhalten. Danach erreichte das Sparvolumen der gesamten Volkswirtschaft nach anfänglich moderat rückläufiger Tendenz im Jahre 2007 ebenfalls ein deutliches Maximum, bevor es in den Jahren 2008 und 2009 – finanz- und wirtschaftskrisenbedingt – signifikant zurückging. Seither ist der Wert des Sparens in der deutschen Volkswirtschaft wieder angewachsen, ohne jedoch den Rekordstand aus dem Jahre 2007 bislang zu übertreffen.

6) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. Für eine genauere Definition zu den einzelnen Schuldnergruppen vergleiche [3].

rück. Der entsprechende Anteil an sämtlichen Einlagen lag Ende 2012 so bei 18,7 Prozent, nachdem er in 2006 bereits 23,7 Prozent, im Jahre 2000 jedoch nur 16,9 Prozent betragen hatte (vgl. Abb. 2). Auf jeweils 100 € an Krediten für diesen Personenkreis bezogen [1, S. 19], resultierte am aktuellen Rand wie im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2012 ein Wert von rund 68 € an Einlagen.

Seitens der öffentlichen Haushalte wurden den sächsischen Bankstellen 2012 Kredite im Umfang von rund 5,8 Milliarden € zur Verfügung gestellt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies zwar einen leichten Rückgang um 0,6 Prozent, doch lag das aktuelle Ergebnis im Vergleich zu 2000 dennoch um knapp die Hälfte über dem damaligen Wert (vgl. Tab. 1). Dabei zeigte sich über den insgesamt dreizehnjährigen Beobachtungszeitraum eine relativ uneinheitliche Entwicklung. Mehr oder weniger stark ausgeprägten Schrumpfungen in den Jahren 2001, 2003, 2010 und 2012 standen in den übrigen Jahren teils signifikante Zuwächse gegenüber. Ihren bisherigen Höchststand erreichten die Einlagen der öffentlichen Haushalte so zum Jahresende 2011 mit 5,8 Milliarden € (vgl. Tab. 1). Der entsprechende Anteil an allen Einlagen belief sich am aktuellen Rand so auf 8,1 Prozent nach 5,0 Prozent in 2005 bzw. 7,6 Prozent im Jahr 2000 (vgl. Abb. 2). Bezogen auf je 100 € an Krediten für diesen Personenkreis [1, S. 20] ergab sich für den aktuellen Rand ein Einlagenwert von 83 €, im Mittel der Jahre 2000 bis 2012 waren es 49 €.

Der Jahresendbestand der von den wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen getätigten Einlagen lag 2012 schließlich bei fast 5,6 Milliarden € und damit reichlich ein Viertel – 26,5 Prozent – über dem Vorjahresniveau. Im Vergleich zu 2000 ergab sich sogar ein mehr als doppelt so hoher Wert (vgl. Tab. 1). Dabei war die Entwicklung in einem jeden Jahr durch unterschiedlich starke Zuwächse gekennzeichnet, die schließlich in dem historischen Maximum am aktuellen Rand mündeten. Insofern erhöhte sich auch der Anteil der von den wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen geleisteten Einlagen an allen den sächsischen Bankstellen zur Verfügung gestellten Finanzmitteln von 4,7 Prozent Ende 2000 bis auf 7,9 Prozent Ende 2012 (vgl. Abb. 2). Auf je 100 € an Krediten für diesen Personenkreis bezogen [1, S. 20], resultierte am aktuellen Rand ein Einlagenwert von 69 €, im Jahresdurchschnitt 2000 bis 2012 waren es 44 €.

Zusammenfassend hat die Bedeutung von Einlagengeschäften bei Banken in Sachsen 2012 gegenüber 2000 in sämtlichen Gläubigergruppen zugenommen. Dabei waren insbesondere

bei den wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen, aber auch bei Unternehmen sowie öffentlichen Haushalten – unter Berücksichtigung deren absoluter Größenordnung – überdurchschnittliche Wachstumsraten zu verzeichnen (vgl. Tab. 1).

Einlagen nach Art

Hinsichtlich ihrer Art können Einlagen grundsätzlich in folgende Formen unterschieden werden:

- Sichteinlagen,
- Termineinlagen,
- Sparbriefe und
- Spareinlagen.⁷⁾

Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2012 wiesen dabei sowohl die Sicht- als auch die Spareinlagen mit jeweils knapp 24 Milliarden € die mit Abstand höchsten Jahresendbestände auf. Somit entfielen zusammen fast acht von zehn Euro allein auf diese beiden Einlagearten. Der verbleibende Rest teilte sich annähernd im Verhältnis drei zu eins auf die Termineinlagen mit rund 9,9 Milliarden € sowie die Sparbriefe im Umfang von 3,5 Milliarden € auf.

Der Bestand an Sichteinlagen hatte zum Jahresende 2012 mit 34,6 Milliarden € eine noch nie dagewesene Größenordnung erreicht. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine Steigerung um 3,1 Prozent. Der entsprechende Wert aus dem Jahr 2000 hatte sich mittlerweile sogar mehr als verdoppelt (vgl. Tab. 1). So nahm der Betrag an Sichteinlagen von Beginn des Beobachtungszeitraumes an jährlich immer weiter zu, wobei eine zweistellige Wachstumsrate einzig zwischen den Jahren 2008 und 2009 auszumachen war (vgl. Abb. 3). Auch hier dürfte als Erklärungsansatz die Finanzkrise – speziell deren negative Auswirkungen auf das Vertrauen potenzieller Gläubiger in das Bankensystem – anzuführen sein, die die Anlage größerer Geldmengen in jederzeit bzw. zumindest kurzfristig verfügbare Finanzmittel offensichtlich erheblich beflügelt hat. Der Anteil der Sichteinlagen an allen Einlagen bei den sächsischen Bankstellen lag Ende 2012 so bei 48,8 Prozent, nachdem er Ende 2000 lediglich 30,5 Prozent betragen hatte (vgl. Abb. 4). Spareinlagen wurden von den verschiedenen Gläubigern 2012 im Gesamtwert von rund 25,2 Milliarden € getätigt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies einen Zuwachs um 2,6 Prozent, im Vergleich mit 2000 einen um 11,7 Prozent höheren Stand. Dabei hatten die wertmäßigen Beträge auch hier bislang nie höher als am aktuellen Rand gelegen (vgl. Tab. 1). Die Entwicklung über den ins-

7) Eine genauere Beschreibung zu den einzelnen Einlagearten findet sich beispielsweise im Internetauftritt des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen zum Themenfeld „Geld und Kredit“ unter Erläuterungen. Vgl. <http://www.statistik.sachsen.de/html/519.htm> [05.02.2014]

Tab. 1 Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFI)¹⁾ in Sachsen
2000 und 2005 bis 2012 nach Gläubigergruppen sowie Art und Befristung

Gläubigergruppe Art Befristung	Bestand am Jahresende									Veränderung	
	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2012 zu 2011	2012 zu 2000
	Millionen €									%	
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken											
zusammen	52 491	60 713	61 282	63 703	62 447	64 305	65 901	68 703	70 864	3,1	35,0
inländische Unternehmen	8 847	13 984	14 533	15 055	10 927	12 067	12 525	12 980	13 223	1,9	49,5
inländische wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	2 459	3 030	3 344	3 629	3 887	3 939	4 223	4 403	5 568	26,5	126,4
inländische wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen ²⁾³⁾	37 213	40 685	40 257	41 593	43 425	43 514	44 583	45 514	46 300	1,7	24,4
inländische öffentliche Haushalte	3 972	3 014	3 148	3 426	4 208	4 785	4 570	5 806	5 773	-0,6	45,3
davon											
Sichteinlagen	16 019	21 370	21 910	22 849	24 743	30 851	32 758	33 577	34 609	3,1	116,0
inländische Unternehmen	3 418	5 847	6 051	6 137	5 897	8 306	8 671	8 239	8 749	6,2	156,0
inländische wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	1 651	2 423	2 654	2 773	2 931	3 487	3 889	3 967	4 493	13,3	172,1
inländische wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen ²⁾	9 162	11 817	11 846	12 837	13 781	15 545	16 896	17 449	18 379	5,3	100,6
inländische öffentliche Haushalte	1 788	1 283	1 359	1 102	2 134	3 513	3 302	3 922	2 988	-23,8	67,1
Termineinlagen ⁴⁾	9 596	11 357	12 013	13 591	10 081	6 337	5 809	7 598	8 459	11,3	-11,8
und zwar											
inländische Unternehmen	4 804	7 633	8 053	8 519	4 601	3 201	3 299	4 241	3 925	-7,5	-18,3
inländische wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	683	523	600	743	807	354	243	332	991	198,5	45,1
inländische wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen ²⁾	1 985	1 559	1 671	2 051	2 652	1 613	1 132	1 252	1 033	-17,5	-48,0
inländische öffentliche Haushalte	2 124	1 642	1 689	2 278	2 021	1 169	1 135	1 773	2 510	41,6	18,2
mit Befristung bis einschl. 1 Jahr	7 008	5 221	5 906	7 394	8 373	4 178	3 670	4 920	5 509	12,0	-21,4
mit Befristung von über 1 bis einschl. 2 Jahre	118	178	211	347	456	567	419	515	586	13,8	396,6
mit Befristung von über 2 Jahren	2 470	5 958	5 896	5 850	1 252	1 592	1 720	2 163	2 364	9,3	-4,3
Sparbriefe ⁵⁾	4 355	3 171	3 067	3 327	3 933	2 860	2 781	3 000	2 638	-12,1	-39,4
und zwar											
inländische Unternehmen	579	397	350	324	341	368	375	376	360	-4,3	-37,8
inländische wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	125	84	90	113	149	98	91	104	84	-19,2	-32,8
inländische wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen ²⁾	3 597	2 649	2 574	2 856	3 407	2 355	2 271	2 474	2 146	-13,3	-40,3
inländische öffentliche Haushalte	54	41	53	34	36	39	44	46	48	4,3	-11,1
mit Laufzeit von 2 Jahren oder weniger	845	403	672	1 157	1 825	734	414	477	361	-24,3	-57,3
mit Laufzeit von über 2 Jahren	3 510	2 768	2 395	2 170	2 108	2 126	2 367	2 523	2 277	-9,8	-35,1

gesamt dreizehnjährigen Beobachtungszeitraum hinweg verlief allerdings keineswegs einheitlich. So ging es in den Jahren 2001 und 2002 zunächst auf und dann ab, bevor sich drei Jahre mit Zuwächsen anschlossen, denen wiederum drei Jah-

re mit Rückgängen folgten. Seit 2009 weist die Entwicklungsrichtung nun aber wieder nachhaltig nach oben, sieht man einmal von der annähernden Stagnation im Jahr 2011 ab (vgl. Abb. 3). Der Anteil der Spareinlagen an den Einlagen insgesamt sank

Noch: Tab. 1 Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFI)¹⁾ in Sachsen
2000 und 2005 bis 2012 nach Gläubigergruppen sowie Art und Befristung

Gläubigergruppe Art Befristung	Bestand am Jahresende									Veränderung	
	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2012 zu 2011	2012 zu 2000
	Millionen €									%	
Spareinlagen	22 521	24 815	24 292	23 936	23 690	24 257	24 553	24 528	25 158	2,6	11,7
und zwar											
inländische Unternehmen	46	107	79	75	88	192	180	124	189	52,4	310,9
inländische wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen ³⁾	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
inländische wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen ²⁾³⁾	22 469	24 660	24 166	23 849	23 585	24 001	24 284	24 339	24 742	1,7	10,1
inländische öffentliche Haushalte	6	48	47	12	17	64	89	65	227	249,2	3 683,3
mit dreimonatiger Kündigungsfrist	18 204	21 665	20 565	19 348	18 778	19 805	20 869	21 097	22 450	6,4	23,3
mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten	4 317	3 150	3 727	4 588	4 912	4 452	3 684	3 431	2 706	-21,1	-37,3
nachrichtlich:											
inländische Treuhandkredite	63	62	66	72	103	161	193	213	265	24,4	320,6

1) ohne Einlagen aus Treuhandkrediten und ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds; einschließlich nachrangiger Verbindlichkeiten (in den Positionen "Termineinlagen" oder "Sparbriefe" enthalten)

2) einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck

3) Die Spareinlagen der "(inländischen) wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen" sind innerhalb derer der "(inländischen) wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen" mit ausgewiesen, weil bei dieser Einlagenart keine getrennte Erhebung durchgeführt wird.

4) einschließlich Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen (ohne Sparbriefe) sowie einschließlich Bauspareinlagen

5) ohne Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschließlich Namenssparschuldverschreibungen

Datenquelle: Regionalstatistik der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig

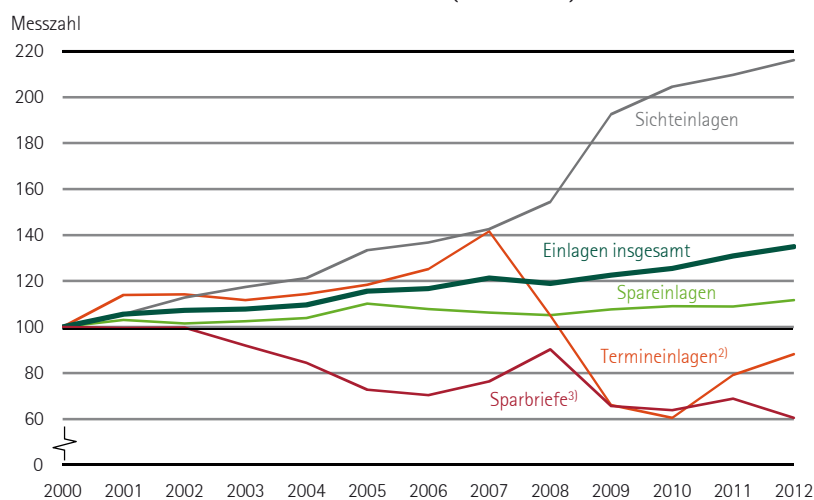
in dieser Zeit indes weitestgehend kontinuierlich von 42,9 Prozent Ende 2000 bis auf 35,5 Prozent zum Jahresende 2012 (vgl. Abb. 4).

Spareinlagen lassen sich im Allgemeinen in zwei Varianten unterscheiden:

■ Papiere mit Kündigungsfristen von drei Monaten und

■ Papiere mit Kündigungsfristen von mehr als drei Monaten.

Abb. 3 Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFI) in Sachsen 2000 bis 2012 nach Art¹⁾ (2000 = 100)



1) Messzahl (2000 = 100) des jeweiligen Bestandes an Einlagen und aufgenommenen Krediten zum Jahresende ohne Einlagen aus Treuhandkrediten und ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds, jedoch einschließlich nachrangiger Verbindlichkeiten (in Position "Termineinlagen" bzw. "Sparbriefe" enthalten); eigene Berechnungen.

2) einschließlich Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen (ohne Sparbriefe) sowie einschließlich Bauspareinlagen.

3) ohne Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschließlich Namenssparschuldverschreibungen

Datenquelle: Regionalstatistik der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig

Hierbei kommt der kurzfristigen Anlagevariante durchschnittlich eine gut fünfmal so hohe Bedeutung zu, als ihrem längerfristigen Pendant. 2012 lag der Wert der Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist bei knapp 22,5 Milliarden € und damit 6,4 Prozent über Vorjahresniveau bzw. 23,3 Prozent über dem Stand von 2000. Dennoch war die Entwicklung auch hier in der Zeit von 2006 bis 2008 durch einen vorübergehenden Abwärtstrend gekennzeichnet gewesen (vgl. Tab. 1). Auf Seiten der Spareinlagen mit Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten war 2012 ein Jahresendbestand von 2,7 Milliarden € auszumachen. Binnen Jahresfrist entsprach dies einem um gut ein Fünftel niedrigeren Wert, im Vergleich zu 2000 gar einer Verringerung um mehr als ein Drittel. Dabei war der Umfang an langfristigen Spareinlagen seit 2008 beständig stark zurückgegangen und hatte am aktuellen Rand einen vorläufigen Tiefststand erreicht (vgl. Tab. 1). Folglich lag das Verhältnis zwischen kurzfristigen und längerfristigen Spareinlagen aktuell bei mehr als acht zu eins.

Der Wert der Termineinlagen belief sich Ende 2012 auf knapp 8,5 Milliarden €. Damit lag er zwar einerseits 11,3 Prozent höher als im Vorjahr, doch fehlten zum Ergebnis von 2000 andererseits 11,8 Prozent. Dabei war der Wert von 2000 an zunächst ununterbrochen – mit Ausnahme des Jahres 2003 – angestiegen, um am Jahresende 2007 mit 13,6 Milliarden € sein bisheriges Maximum zu erreichen (vgl. Tab. 1). In den folgenden drei Jahren nahm er dann deutlich ab, bevor es 2011 und 2012 wieder zu signifikanten Zuwächsen kam (vgl. Abb. 3). Dabei dürfte die zwischen-

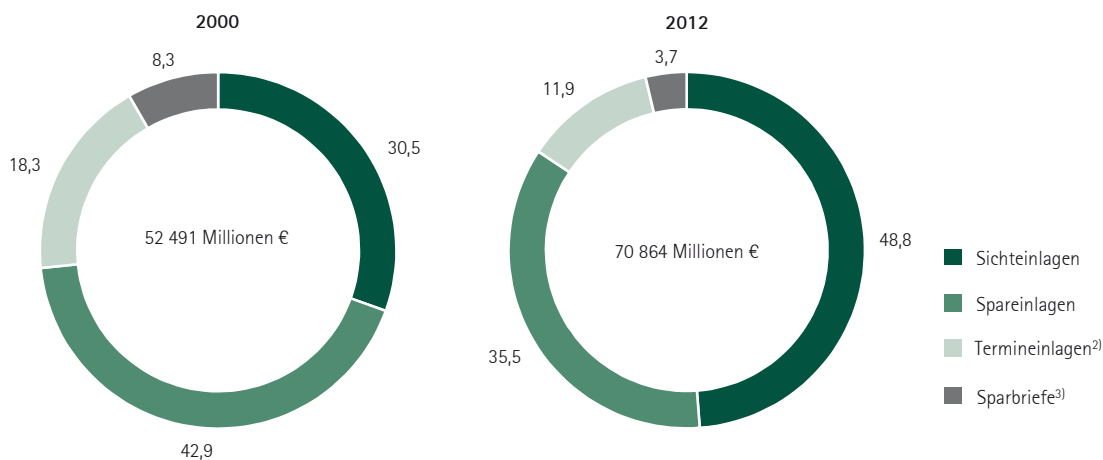
zeitliche Umkehr der allgemein aufwärtsweisenden Entwicklungsrichtung bei dieser Einlagenart ebenfalls zum ganz überwiegenden Teil auf die negativen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise (vgl. w. o.) zurückgehen. Im Ergebnis dessen entfiel auf Termineinlagen am aktuellen Rand 2012 noch ein Anteil von 11,9 Prozent (vgl. Abb. 4) nach 18,3 Prozent im Jahre 2000 und 21,3 Prozent zum Jahresende 2007. Üblicherweise werden Termineinlagen in drei verschiedene Arten unterschieden:

- Papiere mit Befristung bis einschließlich ein Jahr,
- Papiere mit Befristung von über einem bis einschließlich zwei Jahre und
- Papiere mit Befristung von über zwei Jahren

Während der mittleren Variante prinzipiell eine zu vernachlässigende Bedeutung zukommt, spielen kurzfristige Termineinlagen mit einem durchschnittlichen Bestand von 6,0 Milliarden € zwischen 2000 und 2012 für das Einlagengeschäft der Nichtbanken eine nicht unerhebliche Rolle. So entfallen im Durchschnitt sechs von zehn Euro an Termineinlagen auf die kurzfristige Variante (vgl. Tab. 1). Am Jahresende 2012 lag der entsprechende Betrag mit 5,5 Milliarden € um 12,0 Prozent über dem Vorjahresstand. Das Rekordniveau aus dem Jahre 2000 wurde indes um 21,4 Prozent unterschritten.

Durchschnittlich gut jede dritte bei den sächsischen Bankstellen getätigte Termineinlage war auf mehr als zwei Jahre befristet (vgl. Tab. 1).

Abb. 4 Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFI) in Sachsen 2000 und 2012 nach Art¹⁾ (in Prozent)



1) Bestand an Einlagen und aufgenommenen Krediten zum Jahresende ohne Einlagen aus Treuhandkrediten und ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds, jedoch einschließlich nachrangiger Verbindlichkeiten (in Position "Termineinlagen" bzw. "Sparbriefe" enthalten).

2) einschließlich Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen (ohne Sparbriefe) sowie einschließlich Bauspareinlagen

3) ohne Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschließlich Namenssparschuldverschreibungen

Datenquelle: Regionalstatistik der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig

Ende 2012 ergab sich ein entsprechender Wert von knapp 2,4 Milliarden €, 9,3 Prozent mehr als im Vorjahr aber 4,3 Prozent weniger als vor zwölf Jahren. Noch weitaus höher als zum Anfang bzw. Ende des Beobachtungszeitraums lag er allerdings in der Zeit von 2005 bis 2007 mit 5,8 ... 6,0 Milliarden €.

In Form von Sparbriefen wurden bei den sächsischen MFI zum Jahresende 2012 schließlich Einlagen im Gesamtwert von rund 2,6 Milliarden € eingereicht, so wenig wie im Untersuchungszeitraum nie zuvor. Zum Vorjahresergebnis fehlten 12,1 Prozent, hinsichtlich des 2000er Niveaus war es deutlich mehr als ein Drittel (vgl. Tab. 1 sowie Abb. 3). Die ohnehin schon geringe Bedeutung jener Sparbriefe als potenzielles Geldanlageinstrument für Unternehmen, Privatpersonen bzw. öffentliche Haushalte hat in den zurückliegenden Jahren also noch erheblich weiter abgenommen. Nicht zuletzt kommt dieser Umstand auch anhand des Anteils der Sparbriefe am gesamten Einlagenvolumen zum Ausdruck, der Ende 2012 bei 3,7 Prozent lag, nachdem er im Jahre 2000 noch 8,3 Prozent betragen hatte (vgl. Abb. 4). Dabei werden die Entwicklungen und Strukturen hier vordergründig durch Sparbriefe mit mehr als zwei Jahren Laufzeit bestimmt, die gegenüber ihrer kurzfristigeren Variante ein durchschnittlich viermal so hohes Gewicht aufweisen (vgl. Tab. 1).

Einlagen nach Art sowie Gläubigergruppen

Die w. o. für das Einlagengeschäft als Ganzes beschriebene Gläubigergruppenstruktur stellt sich beim genaueren Blick in die einzelnen Einlagearten höchst unterschiedlich dar (vgl. Abb. 5). **Sichteinlagen** werden hierbei von allen vier Gläubigergruppen getätigt. Vom jahresdurchschnittlichen Gesamtwert im Umfang von 24,0 Milliarden € entfielen darunter auf die (inländischen) wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen⁸⁾ 55,0 Prozent bzw. 13,2 Milliarden €. Zum Jahresende 2012 waren es von insgesamt 34,6 Milliarden € 53,1 Prozent bzw. 18,4 Milliarden €. Dabei war die Entwicklung hier von 2000 an in einem jeden Jahr – abgesehen vom leichten Rückgang zwischen 2002 u. 2003 – durch einen Zuwachs gekennzeichnet. Im Ergebnis entsprach der Wert der seitens dieser Gläubigergruppe getätigten Sichteinlagen am aktuellen Rand mittlerweile dem Doppelten von dem aus dem Jahre 2000 (vgl. Tab. 1).

Die (inländischen) Unternehmen leisteten rund ein Viertel aller Sichteinlagen – im Mittel der Jahre 2000 bis 2012 waren es knapp 6,1 Milliarden €, zum Jahresende 2012 gut 8,7 Milliarden €. Mit Ausnahme der Jahre 2008 und 2011 verlief die Entwicklung auch hier durchgängig aufwärtsge-

richtet. So ergab sich zwischen Anfang und Ende des Beobachtungszeitraums eine letztendliche Wertsteigerung um mehr als das Anderthalbfache (vgl. Tab. 1 und Abb. 5).

Auf die (inländischen) wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen entfiel im Jahresdurchschnitt 2000 bis 2012 mit 2,8 Milliarden € sowie zum Jahresende 2012 mit 4,5 Milliarden € jeweils rund ein Achtel des Gesamtvolumens an Sichteinlagen. Dabei stieg ihr Wert im Untersuchungszeitraum ununterbrochen an (vgl. Tab. 1). Insofern war Ende 2012 ein annähernd dreimal so hohes Resultat wie noch im Jahre 2000 erreicht (vgl. Abb. 5).

Weniger als einen von zehn Euro Sichteinlage tätigten schließlich die (inländischen) öffentlichen Haushalte mit 1,9 Milliarden € im Jahresdurchschnitt 2000 bis 2012 bzw. 3,0 Milliarden € zum Jahresende 2012. Einzig bei dieser Gläubigergruppe verlief die Entwicklung im Zeitverlauf uneinheitlich, wenngleich von der Tendenz her ebenfalls aufwärtsgerichtet (vgl. Tab. 1). So lag der Wert am aktuellen Rand um zwei Drittel über dem Niveau von Ende 2000 (vgl. Abb. 5).

Spareinlagen werden faktisch einzig und allein von wirtschaftlich selbstständigen sowie unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen⁸⁾ getätigt (vgl. Abb. 5).⁸⁾ In der Zeit von 2000 bis 2012 betrug deren Einlagenvolumen im Durchschnitt 23,7 Milliarden €, am Jahresende 2012 waren es gut 24,7 Milliarden € und damit jeweils mehr als 98 Prozent des Gesamtwertes an Spareinlagen (vgl. Tab. 1). Dabei offenbarte die Entwicklung im Vorjahresvergleich 2002 sowie von 2006 bis 2008 gewisse Rückgänge, in allen übrigen Jahren dagegen mehr oder weniger ausgeprägte Zuwächse. So lag das Niveau der durch diese zusammengefasste Gläubigergruppe getätigten Spareinlagen unlängst um ein Zehntel höher als zu Beginn des Beobachtungszeitraums im Jahr 2000 (vgl. Abb. 5).

Auf Seiten der **Termineinlagen** entfiel auf die Unternehmen sowohl im Jahresdurchschnitt 2000 bis 2012 mit 5,7 von insgesamt 9,9 Milliarden € als auch Ende 2012 mit 3,9 von insgesamt 8,5 Milliarden € der mit Abstand größte Geldbetrag unter den einzelnen Gläubigergruppen (vgl. Abb. 5). Dabei hatte der Umfang an entsprechenden Termineinlagen von 2000 bis 2007 zunächst ununterbrochen zugenommen, bevor es in den von der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägten Jahren 2008 und 2009 zu einem immensen Werteverlust in Höhe von insgesamt knapp zwei Dritteln (62,4 Prozent) kam. In dem Rückgang kommt einerseits einmal mehr der deutliche Vertrauensverlust der Wirtschaftsakteure in die Funktionalität des Bankensystems zum Ausdruck, den die (drohende) Insolvenz einiger bedeutender Banken

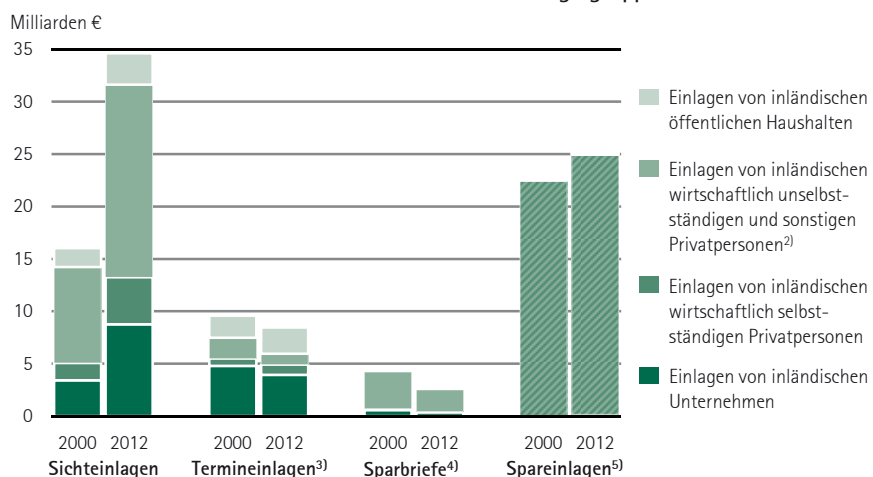
8) Da bei dieser Einlagenart keine getrennte Erhebung nach wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen bzw. wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen (einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck) durchgeführt wird, kann der Datenausweis hier ausschließlich gemeinschaftlich erfolgen.

ab 2008 nach sich gezogen hatte.⁹⁾ Andererseits dürfte die rückläufige Entwicklung auch dem Fakt geschuldet sein, dass viele Unternehmen ihre Einlagenbestände bei den MFI entsprechend reduzieren mussten, um in Zeiten der Krise über erhöhte Liquiditätsreserven zur Kompensation ausbleibender Gewinne bzw. gestiegener Kosten zu verfügen. Seit 2010 nahm der den Unternehmen zuzuschreibende Betrag an Sichteinlagen von der Tendenz her wieder allmählich zu, wenngleich zum Niveau des Jahres 2000 aktuell noch immer knapp ein Fünftel fehlt (vgl. Tab. 1 und Abb. 5). Auf die öffentlichen Haushalte entfiel im Mittel der Jahre 2000 bis 2012 mit 1,9 Milliarden € rund jeder fünfte Euro und zum Jahresende 2012 mit 2,5 Milliarden € bereits knapp jeder dritte Euro an den bei den sächsischen MFI insgesamt eingereichten Termineinlagen (vgl. Abb. 5). Dabei lässt sich über den gesamten Beobachtungszeitraum keine einheitliche Entwicklungsrichtung ausmachen. Gleichwohl erreichte das Ergebnis am aktuellen Rand einen im Vergleich zu 2000 um knapp ein Fünftel höheren neuen Maximalstand (vgl. Tab. 1). Das verbleibende Viertel an Termineinlagen war schließlich den wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen sowie den wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen⁶⁾ zuzuschreiben, wobei von Letzteren durchweg die höheren Einlagenbeträge gezahlt wurden (vgl. Tab. 1). Dabei verliefen die Entwicklungen zwischen 2000 und 2012 auch in diesen beiden Gläubigergruppen uneinheitlich. Sparbriefe wiederum waren zum überwiegenden Teil nur für die wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen⁶⁾ als potenzielles

Geldanlageprodukt von Interesse (vgl. Abb. 5). Die entsprechenden Einlagen beliefen sich im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2012 mit 2,9 Milliarden € wie auch zum Jahresende 2012 mit gut 2,1 Milliarden € auf eine jeweilige Größenordnung von mehr als vier Fünfteln. Dabei war in der Mehrzahl der Jahre eine abwärtsgerichtete Wertentwicklung zu verzeichnen. Letztlich fiel der Jahresendbetrag 2012 so um zwei Fünftel niedriger aus, als zu Beginn des Beobachtungszeitraums im Jahre 2000 (vgl. Tab. 1). Der verbleibende Rest an Sparbriefen entfiel schließlich nahezu vollständig auf Unternehmen.

Auf gesamtdeutscher Ebene summierten sich die von den (inländischen) Nichtbanken bei den MFI getätigten Einlagen zum Jahresende 2012 auf einen Gesamtwert von 3 090,2 Milliarden €. Im Vorjahresvergleich entsprach das einem Zuwachs um 1,4 Prozent und zugleich einem mehr als doppelt so hohen Stand als zum Jahresende 2000 mit damals 1 945,8 Milliarden €. Die Einlagenentwicklung war demnach sowohl bei den deutschen als auch bei den sächsischen MFI in der kurzen wie langen Frist durch einen aufwärtsgerichteten Verlauf gekennzeichnet. Dabei entfiel auf die berichtspflichtigen Bankstellen in Sachsen von den auf Bundesebene getätigten Einlagen zuletzt ein Anteil von 2,3 Prozent. Nach Gläubigergruppen betrachtet, waren von den Ende 2012 insgesamt 3 090,2 Milliarden € an Einlagen 52,7 Prozent bzw. 1 628,5 Milliarden € den wirtschaftlich unselbstständigen u. sonstigen Privatpersonen⁶⁾, 35,8 Prozent bzw. 1 105,3 Milliarden € den Unternehmen, 6,0 Pro-

Abb. 5 Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFI) in Sachsen 2000 und 2012 nach Art und Gläubigergruppen¹⁾



9) Als wohl prominentestes Beispiel sei hier die US-amerikanische Investmentbank „Lehmann Brothers“ angeführt, die im September 2008 infolge enormer finanzieller Schieflage Insolvenz anmelden musste.

1) Bestand an Einlagen und aufgenommenen Krediten zum Jahresende ohne Einlagen aus Treuhandkrediten und ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds; einschließlich nachrangiger Verbindlichkeiten (in Position „Termineinlagen“ bzw. „Sparbriefe“ enthalten).

3) einschließlich Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen (ohne Sparbriefe) sowie einschließlich Bauspareinlagen

4) ohne Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschließlich Namenssparschuldverschreibungen

5) Da bei dieser Einlagenart keine getrennte Erhebung nach wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen bzw. wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen (einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck) durchgeführt wird, kann der Datenausweis hier ausschließlich gemeinschaftlich erfolgen.

Datenquelle: Regionalstatistik der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig

zent bzw. 186,2 Milliarden € den öffentlichen Haushalten und schließlich noch 5,5 Prozent bzw. 170,2 Milliarden € den wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen zuzurechnen. Insofern ist zu konstatieren, dass die Bankstellen in Sachsen – verglichen mit der Situation auf Bundesebene – allgemein mehr Kredite vor allem von wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen⁶⁾ aufnehmen, während das Einlagenvolumen seitens der Unternehmen hier eine weitaus geringere Größenordnung aufweist (vgl. stellvertretend Abb. 2 sowie w. o.). Wie die Unterscheidung nach der Einlagenart offenbart, entfiel von den insgesamt 3 090,2 Milliarden € an Einlagen auf gesamtdeutscher Ebene 2012 auf die Sichteinlagen mit 42,3 Prozent bzw. 1 306,5 Milliarden € nunmehr ebenfalls der größte Teil. Dahinter folgten zunächst die Termineinlagen mit 34,7 Prozent bzw. 1 072,5 Milliarden € vor den Spareinlagen mit 20,0 Prozent bzw. 617,6 Milliarden € sowie schließlich den Sparbriefen mit lediglich noch 3,0 Prozent bzw. 93,6 Milliarden €. In Deutschland haben demnach Termineinlagen als potenzielle Geldanlageform für Unternehmen, Privatpersonen oder öffentliche Haushalte zur Aufrechterhaltung bzw. Mehrung ihres finanziellen Vermögens einen bedeutend höheren Stellenwert als in Sachsen, während insbesondere für Spareinlagen aber auch für Sichteinlagen das genaue Gegenteil gilt (vgl. Abb. 4 sowie w. o.).

Zusammenfassung und Ausblick

Das bei den sächsischen wie bundesdeutschen Monetären Finanzinstituten seitens der einzelnen Gläubigergruppen eingereichte Einlagenvolumen hatte am aktuellen Rand 2012 einen merklich höheren Stand als zu Beginn des Beobachtungszeitraums im Jahre 2000 erreicht. Dabei war die Entwicklung mit Ausnahme des Jahres 2008 ununterbrochen aufwärtsgerichtet verlaufen. Dies legt den Schluss nahe, dass die Bereitschaft zur Tüchtigkeit von Einlagen seitens der Wirtschaft aber auch der Gesellschaft seit geraumer Zeit immer weiter gestiegen ist. Gerade vor dem Hintergrund eines seit Anfang der 2000er Jahre von der Tendenz her immer weiter rückläufigen Zinsniveaus – hier festgemacht anhand der Zinssatzentwicklung für Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu drei Monaten im Neugeschäft der deutschen Banken gemäß MFI-Zinsstatistik¹⁰⁾ [4] – ist diese Entwicklung umso bemerkenswerter. Die mit Abstand größten Prozentsätze des von den sächsischen Bankstellen insgesamt verwalteten Einlagenvolumens entfielen einerseits auf die (inländischen) wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen⁶⁾ sowie die (inländischen) Unternehmen und andererseits auf Sicht-

sowie Spareinlagen. Dabei geht der Trend in den letzten Jahren zusehends hin zu eher kurzfristigen Anlageformen. Im Wesentlichen dürfte dies Ausdruck des einschneidenden Vertrauensverlustes in die (ordnungsgemäße) Funktionalität des Bankensystems sein, den die Finanzkrise im Jahre 2008 mit sich gebracht hatte.

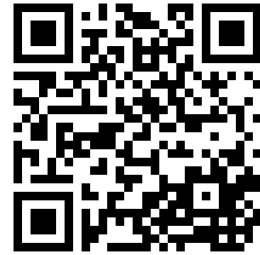
Anhand der wertmäßigen Relation aus Einlagen zu Krediten lässt sich schließlich ableiten, dass für wirtschaftlich unselbstständige sowie sonstige Privatpersonen⁶⁾ die Tüchtigkeit von Einlagen zur Aufrechterhaltung respektive Mehrung des finanziellen Vermögens durchschnittlich gut zweieinhalbmal so bedeutsam ist, wie die Aufnahme eines Kredites zur (vorübergehenden) Erhöhung der Liquidität. Bei den übrigen Gläubiger- bzw. Schuldnergruppen Unternehmen, wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen sowie öffentliche Haushalte galt jeweils das Gegenteil, allerdings in einer weniger stark ausgeprägten Form.¹¹⁾

Roman Straube, Dipl.-Volkswirt,
Sachbearbeiter Gesamtwirtschaftliche Analysen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Straube, R.: Zum Geld- und Kreditwesen in Sachsen in der Zeit von 2000 bis 2012 – Teil 1: Kreditgeschäft. In: „Statistik in Sachsen“, 4/2013, S. 18 - 27. Abrufbar unter: http://www.statistik.sachsen.de/download/060_AVP-Geld-Kredit/ZS_2013_4_SN_Straube_S_18bis27.pdf [Aufruf vom 11.02.2014].
- [2] Verordnung (EG) Nr. 2423/2001 der EZB vom 22. November 2001 über die konsolidierte Bilanz des Sektors der monetären Finanzinstitute (EZB/2001/13), Artikel 2. Abrufbar unter: <http://www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/02001r2423-20080104-de.pdf> [Aufruf vom 11.02.2014].
- [3] Deutsche Bundesbank: Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute – Richtlinien. In: Statistische Sonderveröffentlichung 1, Frankfurt a. M., Juli 2013, S. 12 ff. Abrufbar unter: http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Statistische_Sonderveroeffentlichungen/Statso_1/statso_1_02_monatliche_bilanzstatistik.pdf?__blob=publicationFile [Aufruf vom 11.02.2014].
- [4] Deutsche Bundesbank: Zinsstatistik – Zinssätze und Volumina für das Neugeschäft der deutschen Banken (MFI); Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis 3 Monate. Abrufbar unter: http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Statistiken/Geld_Und_Kapitalmaerkte/Zinssaetze_Renditen/S11BATSPAR3.pdf?__blob=publicationFile [Aufruf vom 11.02.2014].

Für Smartphones: Bildcode scannen und Sie finden weitere interessante statistische Ergebnisse und Informationen zum Thema.



10) Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFI) in Deutschland angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Vgl. auch [4].

11) Mit Vorlage der entsprechenden Daten zum Kredit- und Einlagengeschäft bei den sächsischen MFI für das 4. Quartal 2013 werden die hier dargestellten Abbildungen und Tabellen zeitnah um das Berichtsjahr 2013 aktualisiert und schließlich an gewohnter Stelle im Internetauftritt des Statistischen Landesamtes unter <http://www.statistik.sachsen.de/html/519.htm> zum kostenfreien Download eingestellt.

Kreisergebnisse für das sächsische Baugewerbe 1991 bis 2012

Mit dem „Branchenreport Baugewerbe im Freistaat Sachsen, Kreisergebnisse, 1991 bis 2012“ wurde eine weitere regional gegliederte Zeitreihenveröffentlichung von wirtschaftsstatistischen Daten vorgelegt. Die Zeitreihen beginnen in der Regel mit dem Jahr 1991, soweit nicht sachliche Gründe dagegen sprechen.

Die Jahresreihen wurden für ausgewählte Merkmale durch Quartalsangaben ergänzt. Hier wurde aus pragmatischen Gründen das Jahr 2000 als Beginn gewählt.

Die konjunkturelle Entwicklung des Baugewerbes verlief in Sachsen teilweise abweichend von der gesamtwirtschaftlichen im Freistaat, die Entwicklung des Baugewerbes in Sachsen wiederum abweichend von der in den anderen Ländern bzw. Großraumregionen. Die Entwicklung in den einzelnen Kreisen und Kreisfreien Städten kann sich wiederum stärker voneinander unterscheiden.

Branchenreport Baugewerbe nach Kreisen

Mit dem Berichtsjahr 2012 ist der Branchenreport Baugewerbe mit Landesergebnissen zum vierten Mal erschienen. [1] Dort sind die Daten der Baugewerbestatistik im engeren Sinne durch Daten anderer Statistikbereiche ergänzt worden. Ende des vorigen Jahres konnten die Landesergebnisse zum Baugewerbe durch Zeitreihen mit Kreisergebnissen erweitert werden. **Erstmals** ist der „Branchenreport Baugewerbe im Freistaat Sachsen, Kreisergebnisse 1991 bis 2012“ erschienen. [2]

Der Branchenreport enthält Tabellierungen für die unterschiedlichen Berichtskreise in der Baugewerbestatistik. Die Betriebsdaten liegen für das Bauhauptgewerbe für die Berichtskreise „alle Betriebe“¹⁾ und „Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen“²⁾ vor. Für das Ausbaugewerbe liegen die Betriebsdaten für die Berichtskreise „Betriebe mit 10 und mehr tätigen Personen“³⁾ und „Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen“⁴⁾ vor. Die Unternehmensdaten liegen für das Bauhaupt- und Ausbaugewerbe für den hier übereinstimmenden Berichtskreis der „Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen“⁵⁾ vor. Für diese Daten wurden die Zeitreihen grundsätzlich mit dem Berichtsjahr 1991 begonnen. Abweichungen gibt es bei einigen wenigen Merkmalen.

- 1) Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe; Monatsbericht im Bauhauptgewerbe
- 2) Monatsbericht im Bauhauptgewerbe; Vierteljährliche Erhebung über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe
- 3) Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe und bei Bauträgern
- 4) Vierteljahreserhebung im Ausbaugewerbe und bei Bauträgern
- 5) Jahreserhebung einschließlich Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes; Jahreserhebung einschließlich Investitionserhebung bei Unternehmen des Ausbaugewerbes und bei Bauträgern

Seit dem Berichtsjahr 2009 wird auch der Wirtschaftszweig „Erschließung von Grundstücken und Bauträger“ im Rahmen der Statistik im Ausbaugewerbe mit erfasst. Obwohl es sich nur um kleine Grundgesamtheiten handelt, wurden für das Merkmal Betriebe Tabellen in den drei Berichtskreisen mit in den Branchenreport aufgenommen.

Neben Tabellen enthält der Branchenreport auch einen Analysetext sowie zahlreiche Abbildungen.

Für die wirtschaftsfachliche Gliederung wurde nicht die Gliederung nach den Wirtschaftszweigen gewählt, sondern nach den Bauarten und Auftraggebergruppen, weil dafür nicht unbedingt Rückrechnungen der nicht nach WZ 2008 erhobenen Daten (Jahre vor 2008) erforderlich waren. Vergleichbare Daten in der Gliederung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) – Wirtschaftsabteilungen 41, 42 und 43 – liegen erst ab dem Berichtsjahr 2008 vor.

Regionalstruktur des Baugewerbes

Stellvertretend sei hier im Rahmen dieses Kurzbeitrages auf die Merkmale tätige Personen und Gesamtumsatz für das Berichtsjahr 2012 näher eingegangen.

Tätige Personen

Die Verteilung der tätigen Personen des Baugewerbes zeigt Abbildung 1. [3] Den Spitzenrang nimmt die Stadt Dresden mit 6 091 tätigen Personen im Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe ein.⁶⁾ Es folgt fast gleichauf die Stadt Leipzig mit 5 661 tätigen Personen. Es schließen sich die Landkreise und die Stadt Chemnitz an und am Schluss dieser Rangfolge steht der Landkreis Görlitz mit 2 543 tätigen Personen.

Der größere Teil der tätigen Personen entfällt auf das Bauhauptgewerbe. In den Landkreisen Nordsachsen, Bautzen und Görlitz waren es 2012 mehr als 70 Prozent. Im Erzgebirgskreis, Vogtlandkreis und dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge lag der Anteil zwischen 60 und 70 Prozent. Am niedrigsten war der Anteil des Bauhauptgewerbes in der Stadt Chemnitz mit 52,6 Prozent. Dementsprechend ergibt sich der Anteil des Ausbaugewerbes. In der Stadt Chemnitz haben die Betriebe beider Sparten nahezu die gleiche Bedeutung als Arbeitgeber im Baugewerbe.

Umsatz

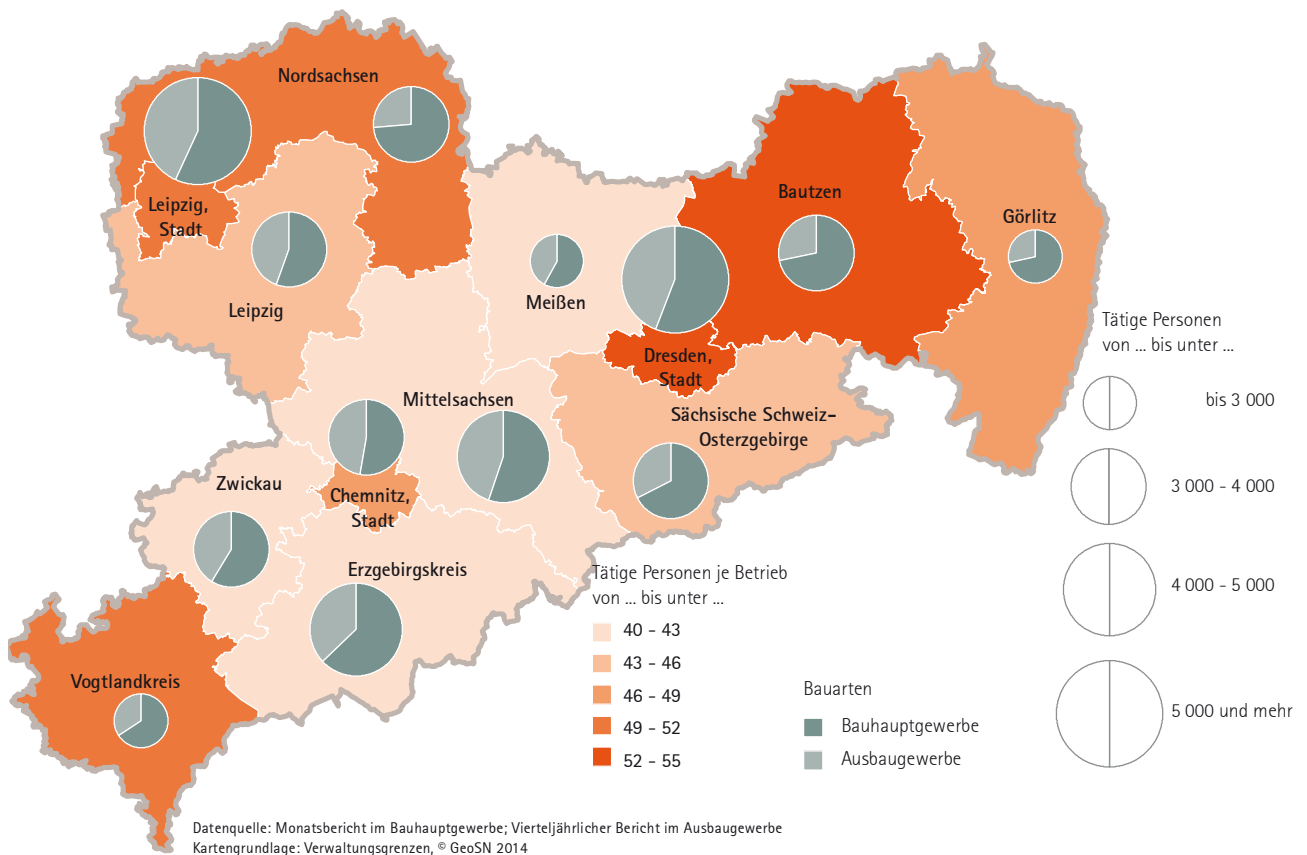
Die Regionalstruktur der Umsätze der Betriebe im Baugewerbe zeigt Abbildung 2. Das Ranking der Kreise unterscheidet sich deutlich vom Ranking bei den tätigen Personen. [4]

Die Stadt Dresden lag 2012 auch nach dem baugewerblichen Umsatz mit gut 860 Millionen € an der Spitze. Die Stadt Leipzig folgte mit 700 Millionen € auf dem zweiten Rang. Im Vogtlandkreis und Landkreis Bautzen betrug der baugewerbliche Umsatz jeweils rund 500 Millionen €. Im Landkreis Görlitz war der baugewerbliche Umsatz mit reichlich 260 Millionen € noch ungefähr halb so hoch.

Die Verteilung des baugewerblichen Umsatzes auf das Ausbaugewerbe und das Bauhauptgewerbe, hier wiederum auf die Bauarten Hochbau und Tiefbau unterscheidet sich zwischen den Kreisen. Das heißt, das Tätigkeitsspektrum des Baugewerbes zeigt regionale Unterschiede. Die Baubetriebe mit Sitz im Vogtlandkreis zum Beispiel erbringen mehr als die Hälfte ihres baugewerblichen Umsatzes mit Hochbautätigkeiten. In allen anderen Landkreisen und den Kreisfreien Städten ist dieser Anteil deut-

6) Hier und im Folgenden aus Gründen der Vergleichbarkeit Angaben für Betriebe mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen

Abb. 1 Tätige Personen im Baugewerbe in Betrieben mit 20 und mehr tätigen Personen 2012
Gebietsstand: 1. Januar 2013



lich geringer. Dafür überwiegen bei den meisten anderen Kreisen die Tiefbautätigkeiten bei der Umsatzerwirtschaftung. Das Ausbaugewerbe hat den größten Umsatzanteil in den Kreisfreien Städten sowie in den Landkreisen Leipzig, Meißen, Mittelsachsen, Zwickau und dem Erzgebirgskreis (vgl. Abb. 2).

Kreisbeschreibungen

Die Entwicklungen in den einzelnen Landkreisen und Kreisfreien Städten sowie die damit ggf. einhergehenden Strukturverschiebungen können schon aus Platzgründen nicht umfassend analysiert werden. Im Branchenreport wurde als Beispiel der Landkreis Mittelsachsen näher analysiert. [2, S. 13 - 16] Hier muss der Nutzer auf das umfangreiche Tabellenwerk verwiesen werden.

Investitionstätigkeit

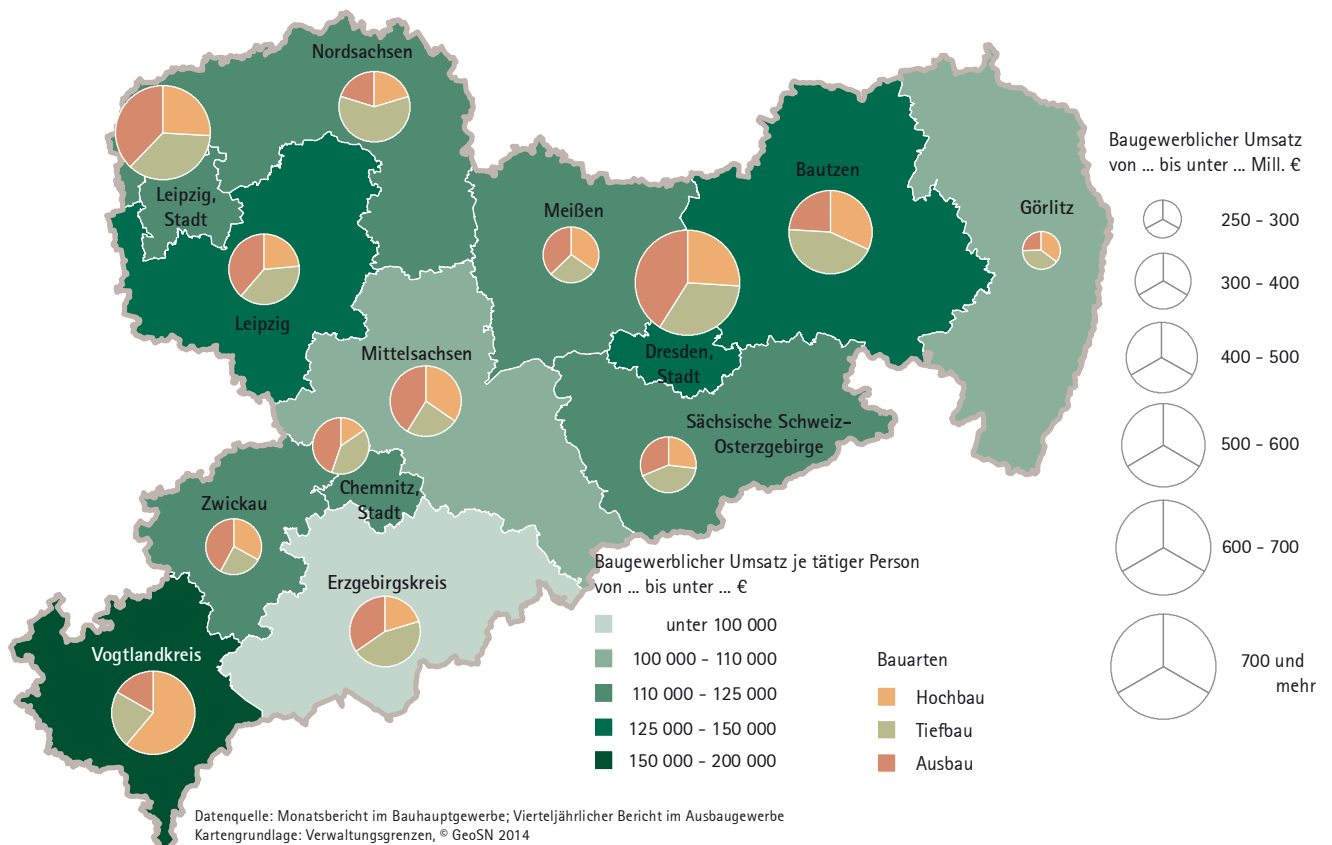
Der zeitliche Verlauf der Investitionstätigkeit in den einzelnen Kreisen kann von der durchschnittlichen Entwicklung in Sachsen abweichen. In der Summe wurden die höchsten Investitionen in den Jahren 1992 bis 1995 mit über 400 Millionen € jährlich getätigt. 1993 waren es

sogar knapp 500 Millionen €. Im Bauhauptgewerbe wurden bereits 1992 und 1993 die höchsten Werte mit gut 400 Millionen € erreicht, das Ausbaugewerbe folgte zeitversetzt 1994 mit dem Spitzenwert von über 100 Millionen €. [2, Tab. 5.6 und 6.5]

In den einzelnen Kreisen verlief das Investitionsgeschehen differenzierter. Grundsätzlich ist auch in allen Kreisen Anfang der 1990er Jahre ein Maximum zu beobachten, dem sich in den Folgejahren eine rückläufige Entwicklung anschloss. Seit Ende der 1990er Jahre zeigen einige Kreise jedoch eine atypische Entwicklung. So erreichte die Investitionstätigkeit in den Unternehmen des Bauhauptgewerbes in der Stadt Chemnitz in den Jahren 1999 bis 2001 ein Maximum, das über dem bis dahin beobachteten Spitzenwert des Jahres 1993 lag.

Bei den Unternehmen des Ausbaugewerbes zeigte die Investitionstätigkeit zwischen den Kreisen grundsätzlich einen etwas unruhigeren Verlauf. Nach Maxima Anfang der 1990er Jahre in allen Kreisen traten auch später in einzelnen Kreisen noch einmal Spitzenwerte auf, zum Beispiel in den Städten Dresden und Leipzig 2007. Den Zusammenhang zwischen Investitionen und Umsatz bringt die Investitionsquote zum

Abb. 2 Baugewerblicher Umsatz der Baubetriebe mit 20 und mehr tätigen Personen 2012
Gebietsstand: 1. Januar 2013



Ausdruck (vgl. [2, Tab. 5.9 und 6.8]). Da hier im Allgemeinen die Investitionssumme zu 100 € Gesamtumsatz in Beziehung gesetzt wird, wird die Investitionsquote oft auch als Prozentausdruck interpretiert.

2011 lagen die Investitionsquoten im Bauhauptgewerbe zwischen 1,6 Prozent im Landkreis Nordsachsen und 4,9 Prozent in der Kreisfreien Stadt Dresden. Dass das Minimum und das Maximum gerade auf diese beiden Kreise fallen, ist dem Zufall geschuldet. Im zeitlichen Verlauf haben fast alle Kreise sowohl ausgesprochen niedrige als auch hohe Investitionsquoten.

Im Ausbaugewerbe sind die Investitionsquoten fast immer niedriger als im Bauhauptgewerbe. 2011 lagen sie zwischen 1,1 Prozent in der Stadt Leipzig und 3,4 Prozent im Landkreis Nordsachsen. Im zeitlichen Verlauf zeigen die Investitionsquoten im Ausbaugewerbe zwischen den einzelnen Kreisen ein noch stärkeres Auf und Ab als im Bauhauptgewerbe. Aufgrund der hier insgesamt niedrigeren Investitionshöhen können sich Abweichungen auch stärker auswirken.

Ausblick

Der Branchenreport Baugewerbe nach Kreisen wird 2014 als Tabellenband fortgeschrieben, wie auch der Branchenreport Baugewerbe mit Landesergebnissen in den letzten Jahren. Die Branchenreporte können von der Internetseite des Statistischen Landesamtes unter Service/Shop sowohl als PDF-Datei als auch Excel-Datei kostenfrei herunter geladen werden.

<http://www.shop.sachsen.de/stala/>

Die jeweils neueste Ausgabe finden Sie auch auf der entsprechenden Internetseite zum Baugewerbe unter dem Punkt Analysen: Wirtschaft/Industrie, Bau, Energie, Handwerk/Baugewerbe/Analysen

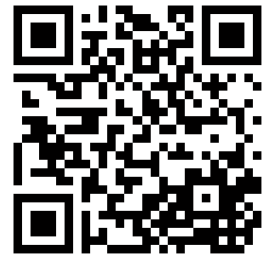
http://www.statistik.sachsen.de/download/100_Berichte-E/E_II_7_j12_SN.pdf

Dr. Andreas Oettel, Referent
Gesamtwirtschaftliche Analysen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Branchenreport Baugewerbe im Freistaat Sachsen. Tabellenband 1991 - 2012. Statistischer Bericht E II 6/ E III 6 - j/12, Kamenz 2013.
- [2] Branchenreport Baugewerbe im Freistaat Sachsen. Kreisergebnisse 1991 bis 2012. Statistischer Bericht E II 7/E III 7 - j12, Kamenz 2013.
- [3] Zu den Daten vgl. [2, Tab. 2.2 und Tab. 4.2]
- [4] Zu den Daten vgl. [2, Tab. 2.5 bis 2.5.1.2 und 4.5 und 4.6]

Weiterführende Informationen zu diesem Thema finden Sie hier.



Feierliche Verabschiedung von Frau Prof. Dr. Schneider-Böttcher in den Ruhestand in ihrer Funktion als Präsidentin des Statistischen Landesamtes



Im Ratssaal Kamenz vor dem großen Ereignis



Blumengröße als Dankeschön

Neuneinhalb Jahre Präsidenschaft im Statistischen Landesamt wurden am 19. Dezember 2013, 14 Uhr im Ratssaal der Stadt Kamenz feierlich gewürdigt. Es ist die längste Amtszeit eines Präsidenten des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen seit seiner Gründung im Jahr 1992. Frau Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher kam zum 1. Juli 2004 als vierte Amtsleiterin nach Prof. Dr. Peter Fischer († 1997), Dr. Henry Hasenpflug und Hartmut Biele in das Präsidentenamt. Der sächsischen amtlichen Statistik stand nun erstmals eine Frau vor. 9,5 Jahre – oder wie Christa Bahrmann, Abteilungsleiterin 3 und stellvertretende Behördenleiterin, in ihrer Eröffnungsansprache umrechnet – 3 471 Kalender-Tage hatte das Amt im Freistaat eine oberste Statistikchefin. Willkommen heißen werden von Frau Bahrmann insbesondere die Redner und gleichzeitig Wegbegleiter während der Amtszeit der Präsidentin: der Festredner Dr. Matthias Röbner, Präsident des Sächsischen Landtages, die Gastredner Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes, Dr. Carmina Brenner, Präsidentin des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg als „gewählte Dienstälteste“ der Leiter der Statistischen Ämter der Länder, Roland Dantz, Oberbürgermeister der Lessingstadt Kamenz und Prof. Dr. Ulrich Heilemann als Vertreter des Statistischen Beirates Sachsen. Insgesamt 8 „Amtsbrüder und -schwestern“ zählen zu den Gästen. Neben den bereits genannten sind angereist der stellvertretende Präsident des Statistischen Bundesamtes, Dieter Sarreither, die Präsidentinnen der Statistischen Landesämter Hessen und Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Christel Figgenger und Doris Petersen-Goes sowie die Präsidenten der Statistischen Landesämter Sachsen-Anhalt Manfred Scherschinski, von Thüringen Günter Krombholz, aus Rheinland-Pfalz Jörg Berres, aus Nordrhein-Westfalen Hans-Josef Fischer und von Bremen Jürgen Wayand. Anwesend sind auch wichtige Partner aus Wirtschaft und Politik sowohl aus der Zeit während der Präsidenschaft von Frau Prof. Schneider-Böttcher im Statistischen Landesamt, aus ihrer

vorherigen Amtszeit im Landesamt für Umwelt und Geologie Sachsen, sowie Gäste aus dem persönlichen Umfeld. Gleichmaßen zahlreich hat sich das Kollegium des Statistischen Landesamtes im Ratssaal eingefunden.

Fest- und Gastredner würdigen in ihren Ansprachen die Verdienste und das große Engagement von Frau Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher für die amtliche Statistik. Sie geben einen breit gefächerten Blick auf die Arbeit der ausscheidenden Präsidentin. Der ein oder andere Zuhörer ist vielleicht ein wenig erstaunt und hat bei manch vorgetragenen Episoden ein Schmunzeln auf den Lippen. Es ist vielfältig und bunt – das Bild – das sich nicht nur beruflich, sondern persönlich und auch ein wenig privat zeichnet und zusammensetzt.

Herr Dr. Röbner hebt in seiner Festrede hervor, was Zahlen und Statistiken ausmachen: sie ordnen das Leben und machen politisches Handeln und Entscheidungen messbar. Sie bilden nicht nur die Realität ab, sondern sind auch wegweisend für die Zukunft. Zahlen sind nach seiner Ansicht nichts weniger als die Grundlage des Führens. Ein



Der Vertreter der sächsischen Staatsregierung – Landtagspräsident Herr Dr. Röbner bei der Festrede

demokratischer Staat ist funktionsfähig, wenn seine Entscheidungsträger wissen, worüber sie sprechen. Das Statistische Landesamt hat sich unter der Leitung von Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher stets als verlässlicher Partner der Sächsischen Verwaltung erwiesen. Zahlen und Statistiken standen immer topaktuell zur Verfügung und wurden gut aufbereitet. Sein Dank gilt ihr auch für die herausgehobene Tätigkeit als Landeswahlleiterin.

Erst zwei Tage zuvor war Herr Egeler bei der Verabschiedung in den Ruhestand des Präsidenten des Bayerischen Statistischen Landesamtes, Karlheinz Anding, zugegen und bemerkt „So schnell sehen wir uns wieder“. In seinem Grußwort erzählt er von einer ersten ‚Begegnung‘ mit der Präsidentin, die eigentlich keine war – und zwar am Telefon. Irritiert, bei einem Anruf im Büro der Präsidentin des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen am sehr späten Nachmittag eine weibliche Stimme anstatt mit sächsischem einen bayerischen Dialekt zu hören, legte er in Unkenntnis der ursprünglichen Herkunft Frau Schneider-Böttchers wieder den Hörer auf. Er war in dem Glauben, sich verwählt zu haben. Am nächsten Morgen wurde dieser Irrglauben durch sein Vorzimmer aufgeklärt. Neben dieser kleinen heiteren Randgeschichte bezeichnet er den Einstieg von Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher in die amtliche Statistik als mehr als nur einen Stellenwechsel, sondern als eine Zäsur in ihrem Lebenslauf. Als beeindruckend hebt er die Vielfalt Ihrer beruflichen Tätigkeiten hervor. Den wissenschaftlichen Anspruch der Statistik ebenso im Auge behaltend wie die menschlichen Bedürfnisse des Lebens. Als Beispiel nennt er die in so kleinen Dingen verborgenen Nebenbei-Begebenheiten, wie den Dresd-



Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Herr Egeler



Die „gewählte Dienstälteste“ der Leiter der Statistischen Landesämter – Präsidentin des StLA Baden-Württemberg, Frau Dr. Brenner



Der Vertreter des Statistischen Beirats Sachsen – Herr Prof. Heilemann

ner Christstollen, den die Präsidentin jedes Jahr der Geschäftsstelle der Amtsleiterkonferenz überreicht hat. Er dankt für das „Über den Tellerrand schauen“ – das interdisziplinäre Denken und das Denken über Landesgrenzen hinaus.

Von einer ganz anderen Seite und mit einem heiteren Unterton betrachtet Frau Dr. Brenner das Ausscheiden der Präsidentin aus ihrem Amt. Sie erzählt von kleinen gemeinsamen, teils sehr persönlichen Erlebnissen am Rande der dienstlichen Geschäfte in Wiesbaden, über Besuche in diversen Restaurationen, insbesondere dem Paulaner in Wiesbaden. Diesen, so Frau Dr. Brenner, würde wohl kein anderer als ein Hesse im ‚Glaskasten‘ unterbringen – wohl vermutend, dass die bayerische Herkunft der Präsidentin dies innerlich bejaht. Ebenfalls hebt Frau Dr. Brenner den positiven Effekt hervor, nun nicht mehr jeden Morgen die vielen Kilometer bei jeder Witterung nach Kamenz auf sich nehmen zu müssen.



Der Oberbürgermeister der Stadt Kamenz - Herr Dantz überreicht Frau Prof. Dr. Schneider-Böttcher eine Lessingbüste



Der Vorsitzende des Personalrates des StLA Sachsen, Herr Börner



Die Präsidentin des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen verabschiedet sich

Prof. Heilemann überbringt Dank und Grüße im Namen des Statistischen Beirats in Sachsen. Er blickt auf die amtliche Statistik in Sachsen und deren mehr als 500jährige Geschichte zurück, geht jedoch rasch in die Gegenwart über. Mit kritischer Sichtweise gibt er zu bedenken, dass in nur wenigen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge derart Nutzen auf der einen Seite und Zahlungs- und Leistungsbereitschaft auf der anderen Seite auseinanderklaffen wie im Bereich der amtlichen Statistik. Deren Kosten sind für die Politik meist zu hoch. Dieses Spannungsverhältnis begleitete Prof. Dr. Heilemann in diversen statistischen Beiräten, wie er berichtet, und hatte im Grundton trotzdem immer die Forderung nach mehr Statistik. Spezifische Probleme wie der altersbedingte Personal- bzw. Stellenabbau lässt er nicht außen vor. Er würdigt hierbei die Leistung von Frau Prof. Schneider-Böttcher an vielen Fronten in den fast zehn Jahren der Leitung des Statistischen Landesamtes, insbesondere dieses als „Informationsdienstleister in Sachsen“ zu etablieren. Neue Wege mit den Kontakten zur Wissenschaft wurden unter der scheidenden Präsidentin beschritten, enge Kooperationen zu sächsischen Universitäten eingegangen, der „Kamenzer Dialog“ und seit Beginn 2013 der „Sächsische Datensalon“ ins Leben gerufen. Inhaltliche Fragen und Vermittlungsfragen wurden im sächsischen Statistischen Beirat durch Frau Prof. Schneider-Böttcher aufgeschlossen angegangen und Kontakte zu Kammern und Verbänden intensiv gepflegt. Im Ratssaal „seines Hauses“ begrüßt Herr Dantz noch einmal die Gäste und konstatiert, dass die 1991 getroffene Entscheidung, für das neu gegründete Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen den Dienort Kamenz zu wählen eine gute Entscheidung war und sogar geschichtlich fundiert sei. Der Oberbürgermeister setzt Lessing, Aufklärung und Statistik in einen Kontext. Als nicht zu unterschätzenden Vorteil bezeichnet er noch einmal die lange Dienstzeit, wenn man die personellen Fluktuationen in anderen Bereichen berücksichtigt. Er berechnet sogar die Sekunden – es waren stolze 299 894 400. Herr Dantz dankt für die während dieser Zeit gesuchten und gefundenen Kontakte zur Stadt. Er erwähnt u. a. die Gewinnung von Wahlvorständen aus dem Statistikkamt oder auch die Unterstützung zum Tag der Sachsen im Jahr 2012. Die Präsidentin war sich auch dort nicht zu schade, selbst hinter den Verkaufsständen zu stehen und als Ansprechpartnerin für viele Besucher zu fungieren. Ob sich der geheime Wunsch des Oberbürgermeisters erfüllt, dass die Präsidentin ihren Alterssitz in Kamenz wählt und damit positiv in die Bevölkerungsstatistik der Stadt eingeht, ist fraglich.

Die Präsidentin freut sich trotzdem über die überreichten kulinarischen Leckereien aus Kamenz und der Region sowie die kleine Büste des großen Sohnes der Stadt, Gotthold Ephraim Lessing.

Bevor die Präsidentin abschließend das Wort selbst ergreift, nutzt der Personalratsvorsitzende Herr Börner noch die Gelegenheit, sich für die stets konstruktive und gute Zusammenarbeit mit der Präsidentin zu bedanken. Dies sei bei weitem keine Selbstverständlichkeit und man habe gemeinsam kontrovers diskutiert, jedoch immer die positive Entwicklung des Amtes im Auge behalten.

Aber wie es bereits auch die scheidende Präsidentin in Ihren Abschiedsworten selbst anspricht – es wird ein „Un-Ruhestand“, der sich ankündigt. Seit Anfang Januar 2014 steht nun fest: fachlich verbunden bleibt Frau Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher auch im Jahr 2014 mit dem Statistischen Landesamt. Die Funktion der Landeswahlleiterin wurde ihr durch den Staatsminister des Innern Herrn Ulbig inzwischen bis zum 30. September 2014 weiter übertragen. Das Wahljahr 2014 mit den parlamentarischen Wahlen zum Europaparlament am 25. Mai 2014 und zum Sächsischen Landtag am 31. August 2014 steht damit unter der Leitung von Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher in bewährter und eingespielter Form.

Musikalisch eingerahmt wurde die Veranstaltung von einer Lehrerin und einer Schülerin der Musikschule Kamenz. Auf besonderen Wunsch der Präsidentin wurde als Abschluss der Verabschiedungsfeier im Verdi-Jahr eines seiner Stücke gespielt, welches mit starkem Beifall honoriert wurde.

Diana Münzberg-Roth, Referentin für Grundsatzfragen und Presse



Musikalische Untermalung durch die Musikschule Kamenz



Ein kleines Büffet rundet die Feierlichkeiten ab

Neues aus Sachsen

Neue Ergebnisse zum Wirtschaftswachstum nach Kreisen

Ein Bruttoinlandsprodukt von 97,2 Milliarden € wurde 2012 in Sachsen erwirtschaftet, 1,2 Prozent mehr als 2011 (in jeweiligen Preisen). Innerhalb des Freistaates reichten die Ergebnisse von einem Wirtschaftswachstum um 3,4 Prozent in Görlitz, der Stadt Leipzig sowie dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge bis zu einem Rückgang um 3,4 Prozent in Mittelsachsen. Rund 39 Prozent des Bruttoinlandsprodukts wurden in den drei Kreisfreien Städten Sachsens erwirtschaftet. Hier betrug der Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Bruttowertschöpfung insgesamt fast 80 Prozent. In den sächsischen Landkreisen lag dieser Anteil bei reichlich 61 Prozent. In der langfristigen Betrachtung seit dem Jahr 1992 konnten die Landkreise Mittelsachsen und Meißen nominal die größten Zuwächse erwirtschaften. Deutlich unter dem Durchschnitt lag das Wachstum im Vergleich zum Jahr 1992 in der Stadt Chemnitz und im Landkreis Görlitz.

Im Jahr 2012 erwirtschaftete ein Erwerbstätiger in Sachsen 49 159 €. Bei den Regionalergebnissen lag hier der Landkreis Leipzig mit 55 250 € an der Spitze und der Erzgebirgskreis mit 45 635 € am Ende der Kreise. Anders sahen die Ergebnisse des Bruttoinlandsprodukts bezogen auf die Bevölkerung aus. Mit 28 964 € je Einwohner erreichte die Stadt Leipzig den höchsten Wert. Das geringste Pro-Kopf-Ergebnis verzeichnete der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit 18 458 €, wobei zu berücksichtigen ist, dass nicht nur die Einwohner des jeweiligen Kreises, sondern auch die Einpendler an der Erwirtschaftung des Bruttoinlandsprodukts des Kreises beteiligt sind. Die Ergebnisse für die Jahre 1992 bis 2012 werden einheitlich nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2008 veröffentlicht. Frühere Ergebnisse werden hiermit revidiert.

Rund 15 000 Erwerbstätige mehr in Sachsens Kreisen – allein 7 500 Personen in der Stadt Leipzig

Um 0,8 Prozent bzw. knapp 15 000 Personen stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen im Jahr 2012 gegenüber 2011. Der Anstieg der Erwerbstätigenzahl erreichte nicht alle Kreisfreien Städte bzw. Landkreise. Den höchsten Zuwachs an Erwerbstätigen verzeichnete die Stadt Leipzig mit 2,5 Prozent bzw. 7 500 Personen, gefolgt vom Landkreis Meißen mit 1,3 Prozent bzw. 1 400 Personen und der Stadt

Dresden mit 1,2 Prozent bzw. 3 700 Personen. Verluste mussten dagegen die Kreisfreie Stadt Chemnitz mit 0,6 Prozent sowie die Landkreise Zwickau und Görlitz mit 0,3 bzw. 0,2 Prozent Rückgang gegenüber 2011 hinnehmen. Bei der Betrachtung nach Wirtschaftsbereichen zeigte sich auch, dass die Entwicklung in den Kreisfreien Städten und Landkreisen unterschiedlich ist. Während das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe ähnlich anstieg, gab es im Baugewerbe in den Kreisfreien Städten einen deutlicheren Rückgang. Im Gegensatz dazu lag hier das höhere Plus bei der Zahl der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen vor.

Betrachtet man die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl sehr langfristig, so konnten seit dem Jahr 1991 nur die Städte Dresden und Leipzig Gewinne verbuchen. Alle Landkreise sowie die Stadt Chemnitz verzeichneten Rückgänge, die in der Stadt Chemnitz und im Landkreis Görlitz am deutlichsten ausfielen. Dabei kam es in den Kreisfreien Städten im Vergleich zu den Landkreisen zu höheren Verlusten im Produzierenden Gewerbe. In den Dienstleistungsbereichen stieg die Zahl der Erwerbstätigen, wobei der Anstieg in den Kreisfreien Städten erheblich höher ausfiel.

Über 22 500 erfolgreiche Hochschulabschlussprüfungen, darunter 60 Prozent internationale Abschlüsse

22 568 Abschlussprüfungen wurden 2013 an den sächsischen Hochschulen bestanden. Das waren 715 (3,3 Prozent) mehr als im Vorjahr. Zu den 11 932 universitären Abschlüssen, 6 861 Fachhochschul- bzw. Verwaltungsfachhochschulabschlüssen, 1 813 Lehramtsprüfungen und 530 künstlerischen Abschlüssen zählten auch die 13 694 Bologna-Abschlüsse Bachelor (8 950) und Master (4 744). Somit waren 2013 über 60 Prozent der erfolgreichen Abschlussprüfungen insgesamt internationale Abschlüsse (2012: 51 Prozent). Schon jeder fünfte Absolvent (4 580) schloss sein Studium mit dem „Bachelor an Universitäten“ ab. Weiterhin gab es 1 422 erfolgreiche Promotionen.

11 324 und damit die Hälfte aller Abschlussprüfungen wurden von Studentinnen bestanden. Vor allem bei den Lehramtsabschlüssen waren die Frauen in der Mehrzahl, 1 296 bzw. 71,5 Prozent der Lehramtsabsolventen waren weiblich. Über die Hälfte der Prüfungen insgesamt wurde in den Fächergruppen „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (6 162)

und „Ingenieurwissenschaften (5 417) mit Erfolg abgelegt.

Nur rund ein Drittel der Absolventen (35,3 Prozent) beendete das Studium innerhalb der Regelstudienzeit. Mit 51,7 Prozent wurde mehr die Hälfte der Abschlussprüfungen bis 4 Fachsemester später als vorgeschrieben bestanden.

Erneut weniger Auszubildende in Sachsen

47 871 Auszubildende befanden sich am 31. Dezember 2013 in Sachsen in der betrieblichen Ausbildung. Das waren 2 824 bzw. 5,6 Prozent weniger Auszubildende als 2012. Die anteilmäßige Verteilung nach Ausbildungsbereichen veränderte sich dabei wenig. So lernen 62 Prozent der Auszubildenden einen Beruf in Industrie und Handel, ein Viertel im Handwerk, 5 Prozent im Ausbildungsbereich der Freien Berufe, knapp 4 Prozent in der Landwirtschaft und im Öffentlichen Dienst und 0,8 Prozent im Ausbildungsbereich Hauswirtschaft.

Während insgesamt von 100 Auszubildenden 37 Frauen sind, so waren es z. B. im Handwerk 25, in Industrie und Handel 36, im Öffentlichen Dienst 65 und im Bereich Freie Berufe 89. Von den weiblichen Auszubildenden lernen mit 1 321 die meisten den Beruf einer Kauffrau im Einzelhandel, bei den männlichen Jugendlichen steht der Kraftfahrzeugmechatroniker mit 2 432 Auszubildenden an der Spitze.

Im vergangenen Jahr wurden 17 846 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Das waren 670 Verträge (3,6 Prozent) weniger als 2012.

An Abschlussprüfungen nahmen 17 700 Auszubildende in der beruflichen Ausbildung teil. 86,9 Prozent von ihnen bestanden die Prüfung im Ausbildungsjahr 2013. Die beste Quote hat dabei mit 97 Prozent der Ausbildungsbereich Öffentlicher Dienst zu verzeichnen, die geringste verzeichnet der Ausbildungsbereich Freie Berufe mit 83,8 Prozent.

24 798 Ausbilder und 93 Ausbildungsberater waren für die Jugendlichen Sachsens, die sich in einer betrieblichen Ausbildung befinden, verantwortlich.

Weniger Angeklagte, aber mehr Verurteilte in Sachsen

Insgesamt 53 057 Personen hatten sich 2013 vor sächsischen Gerichten wegen eines Verbrechens oder Vergehens zu verantworten. Das waren 397 Personen weniger als ein Jahr zuvor. Die Strafverfahren endeten für insgesamt 42 679 Angeklagte (80 Prozent) mit einer rechtskräftigen Verurteilung, 349 mehr als 2012. Weiterhin wurde bei 8 203 (15 Prozent) der Beschuldigten das Strafverfahren eingestellt und bei 2 141 Personen (4 Prozent) entschieden die

Gerichte auf Freispruch. In 22 Fällen wurde das Strafverfahren durch Absehen von Strafe oder eine sonstige Entscheidung abgeschlossen.

Von den 42 679 Schuldsprüchen richteten sich 38 581 (90 Prozent) gegen Erwachsene, 2 930 (7 Prozent) gegen Heranwachsende im Alter von 18 bis unter 21 Jahren und 1 168 (3 Prozent) gegen strafmündige Jugendliche bis unter 18 Jahre.

5 414 für schuldig Befundene waren Ausländer. Das waren gegenüber dem Vorjahr 837 Personen bzw. 18 Prozent mehr.

Über die Hälfte der Verurteilten (22 301 Personen) waren wegen Vermögens- und Eigentumsdelikten vor Gericht. Wegen Verkehrsdelikten wurden knapp ein Fünftel der Verurteilten (8 066) zur Verantwortung gezogen. 13 Prozent (5 684 Personen) wurden wegen einer Straftat gegen die Person (außer im Straßenverkehr) verurteilt.

Zensus 2011 – Die Ergebnisse zu den Haushalts- und Familienstrukturen wurden veröffentlicht

Nachdem im April 2014 die endgültigen Ergebnisse des Zensus 2011 für die Bevölkerung nach demografischen Grundmerkmalen veröffentlicht wurden, können dem Nutzer nun Daten zu Zahl und Struktur der privaten Haushalte sowie zu Familien bereitgestellt werden.

Diese Ergebnisse wurden erstmals mittels eines registergestützten Verfahrens auf Grundlage der Bevölkerungs- sowie der Gebäude- und Wohnungsdaten ermittelt. Anders als im Mikrozensus wurden dabei Wohnhaushalte ermittelt, unabhängig davon ob die Personen, die in einer Wohnung zusammenleben auch zusammen wirtschaften.

Zum Zensusstichtag 9. Mai 2011 wurden in Sachsen 2 048 482 Haushalte ermittelt und damit 166 100 Haushalte weniger als der Mikrozensus 2011. Die Differenz begründet sich zum einem durch die Revision der Bevölkerungszahl Sachsens um 2,1 Prozent und zum anderen durch Unterschiede in den methodischen Abgrenzungen der Haushalte.

Die Ergebnisse des Zensus 2011 zu Haushalten und Familien belegen, dass die bisherigen strukturellen Aussagen des Mikrozensus für Sachsen weiterhin Bestand haben. Mit den Zensusergebnissen stehen jedoch erstmals fachlich und regional tiefgegliederte Daten zur Verfügung.

Von den beim Zensus 2011 für Sachsen ermittelten Haushalten werden 28 799 Haushalte beziehungsweise 1,4 Prozent von Personen gebildet, die eine Wohnung ausschließlich als Nebenwohnsitz nutzen. In den verbleibenden 2 019 683 Haushalten lebten in Sachsen 98 Prozent (3 977 662 Personen) der am 9. Mai 2011

festgestellten amtlichen Einwohnerzahl. 79 137 Einwohner lebten in Gemeinschaftsunterkünften. In 76 Prozent der sächsischen Haushalte leben höchstens 2 Personen.

Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug in Sachsen 2,0 Personen gegenüber 2,2 Personen je Haushalt auf Bundesebene. Unter den Flächenländern hatte Sachsen neben Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern die geringste durchschnittliche Haushaltsgröße – bedingt durch den höchsten Anteil der Einpersonenhaushalte (39 Prozent) sowie einem überdurchschnittlichen Anteil der Zweipersonenhaushalte (36 Prozent). Der Anteil der Haushalte mit 3 und mehr Personen lag bei 24 Prozent gegenüber einem bundesweiten Anteil von 30 Prozent. Dabei zeigen die Ergebnisse auf regionaler Ebene, dass die größeren Haushalte im ländlichen Raum einen höheren Anteil (32 Prozent) gegenüber dem verdichteten Raum (22 Prozent) aufwiesen.

Die Ergebnisse zeigen, dass das Zusammenleben in der Familie durch Paare ohne Kinder bestimmt wird. So lebten zum Zensusstichtag in Sachsen 1 208 564 Familien. Davon waren 55 Prozent Paare ohne Kinder. Von den 546 718 Familien mit Kindern hatten 64 Prozent ein Kind und 36 Prozent 2 und mehr Kinder. Familien die nur minderjährige Kinder hatten, gab es 351 830 in Sachsen. Das waren 65 Prozent der Familien mit Kindern. Ein Viertel der Kinder lebte nur bei einem Elternteil. Während im ländlichen Raum Paare ohne Kinder und Familien mit Kindern anteilmäßig gleich verteilt sind, gibt es im Verdichtungsraum mit 56 Prozent mehr Paare ohne Kinder als Familien mit Kindern.

Zensus 2011 – Ergebnisse zur Wohnsituation der sächsischen Haushalte

In Sachsen standen jedem Haushalt durchschnittlich 76 m² Wohnfläche und 4 Räume (mit Küche) zur Verfügung. Jedes Haushaltsmitglied verfügte damit durchschnittlich über fast 39 m² und 2 Räume. Bundesweit lag die durchschnittliche Wohnungsgröße bei rund 90 m², wobei die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland mit über 100 m² die höchsten durchschnittlichen Wohnungsgrößen aufwiesen. Die Struktur der Wohnungen bezüglich Fläche und Raumzahl entspricht in Sachsen den Wohnungsgrößen in den Stadtstaaten.

Rund ein Drittel der sächsischen Haushalte wohnte zum Zensusstichtag in den eigenen vier Wänden. Damit lag die Eigentumsquote der Haushalte in Sachsen mit 33 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 45 Prozent. Am höchsten war die Eigentumsquote im Saarland mit 62 Prozent. Während die kleineren Haushalte mit maximal 2 Personen bevorzugt

zur Miete wohnen (73 Prozent), leben mehr als die Hälfte (53 Prozent) der Haushalte mit 3 und mehr Personen in den eigenen vier Wänden.

Bedingt dadurch, dass Mietwohnungen mit durchschnittlich 63 m² deutlich kleiner sind als vom Eigentümer selbst bewohnte Wohnungen mit 101 m², steigt die Wohnfläche mit der Anzahl der im Haushalt lebenden Personen. Während Einpersonenhaushalte eine durchschnittliche Wohnfläche von 60 m² besitzen, sind es in Haushalten mit 3 und mehr Personen rund 100 m².

Zum Weltbauerntag am 1. Juni – Leistungen der sächsischen Landwirtschaft

In Sachsen wurde 2013 auf einer Fläche von rund 906 000 Hektar Landwirtschaft betrieben. Das entspricht etwa der Hälfte der sächsischen Bodenfläche. Davon waren 716 000 Hektar Ackerland, 185 000 Hektar Dauergrünland sowie Flächen weiterer Nutzungsarten (Haus- und Nutzgärten, Rebland, Baumschulen, Obstanlagen). Die Pflege und der Erhalt der sächsischen Kulturlandschaft ist zu einem wesentlichen Teil den 34 800 Beschäftigten in den landwirtschaftlichen Betrieben zu verdanken.

Im März 2013 wurden in den landwirtschaftlichen Betrieben 640 000 Schweine, 484 000 Rinder, 97 600 Schafe, 10,8 Millionen Hühner, 195 900 Truthühner, 26 200 Gänse und 44 800 Enten gehalten. Diese Tierbestände bildeten die Grundlage dafür, dass in Sachsen rund 945 Millionen Eier erzeugt und 18 200 Tonnen Fleisch (ohne Geflügel) erschlachtet wurden.

Die Landwirte, Obst- und Gemüseanbauer und Winzer brachten beachtliche Erntemengen ein. Darunter waren 2,54 Millionen Tonnen Getreide, 497 200 Tonnen Raps und Rüben, 181 800 Tonnen Kartoffeln und 707 900 Tonnen Zuckerrüben. Weiterhin wurden 80 800 Tonnen Baum- und 3 500 Tonnen Beerenobst sowie 51 900 Tonnen Gemüse geerntet und 14 300 Hektoliter Weinmost gekeltert.

Statistische Bibliothek – Online statt Print

Auch im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen verlagert sich der Nachfragetrend mehr und mehr auf elektronische Publikationen. Der Aufbau einer gemeinsamen Online – Bibliothek (<https://www.destatis.de/GPStatistik/content/below/index.xml>) für elektronische Publikationen ist die Antwort der Statistischen Ämter in Deutschland auf diese Entwicklung. Kosten- und anmeldefrei sind statistische Daten in den Formaten PDF und XLSX zugänglich. Mit einer Volltextsuche kann nach Ausgaben, Autoren oder Textbestandteilen gesucht werden. Bis auf weiteres sind unsere Publikationen aber auch an bekannter Stelle im Online-Shop und Internet zu finden.

Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Bevölkerung										
Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1 000	4 050,2	...	4 045,6	4 044,0	4 042,7
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	1 529	...	418	762	961
Lebendgeborene	Anzahl	2 891	...	2 447	2 566	2 894
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	4 276	...	4 869	4 669	5 233
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	7	...	5	7	6
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 386	...	-2 422	-2 103	-2 339
Wanderungen										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	6 460	6 780	4 890	5 513	6 269
darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 170	2 500	1 843	2 116	2 407
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 483	5 661	4 943	5 012	5 345
darunter in das Ausland	Anzahl	1 455	1 680	1 760	1 556	1 521
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	977	1 119	-53	501	924
Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	Anzahl	8 999	9 071	7 352	7 583	8 689
Erwerbstätigkeit										
Beschäftigte³⁾										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁴⁾	1 000	1 454,6	1 443,8
Frauen	1 000	716,5	718,2
Ausländer	1 000	22,1	24,1
Teilzeitbeschäftigte	1 000	379,1
darunter Frauen	1 000	311,7
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,0	20,4
Produzierendes Gewerbe	1 000	434,6	427,7
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	308,0	306,5
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	263,8	260,5
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	425,9	427,7
Arbeitsmarkt³⁾										
Arbeitslose	1 000	207,8	200,6	227,0	222,2	212,5	213,6	214,0	207,2	195,2
Frauen	1 000	95,7	90,9	96,6	95,2	93,4	93,0	92,6	90,8	87,7
Männer	1 000	112,0	109,7	130,4	127,1	119,1	120,6	121,5	116,4	107,4
Ausländer	1 000	8,9	9,2	9,5	9,4	9,3	9,8	9,9	9,8	9,6
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	1 000	17,8	16,1	18,2	18,0	17,1	15,1	15,6	15,2	14,0
Arbeitslosenquote ⁵⁾										
insgesamt	%	9,8	9,4	10,7	10,5	10,0	10,0	10,1	9,7	9,2
Frauen	%	9,5	9,1	9,6	9,5	9,3	9,3	9,2	9,1	8,8
Männer	%	10,0	9,8	11,6	11,3	10,6	10,7	10,8	10,4	9,6
Ausländer	%	20,7	20,3	21,6	21,4	21,3	21,5	21,6	21,5	21,1
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	%	8,4	8,3	8,9	8,8	8,4	8,0	8,2	8,0	7,4
Kurzarbeiter	1 000	9,4	...	23,5	22,9	9,0
Gemeldete Arbeitsstellen	1 000	19,2	18,2	17,8	18,3	18,4	17,3	19,5	20,8	21,3

1) Spalten 1 und 2: Statt Bevölkerung im Monatsdurchschnitt hier Bevölkerung am 31. Dezember, Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Zensusdaten vom 9. Mai 2011

2) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

3) Auswertungen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen

4) einschließlich "Ohne Angabe" der Wirtschaftsgliederung

5) Arbeitslose in Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	287	315	261	237	294	258	274	316	302
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	270	292	248	220	277	235	243	300	284
umbauter Raum	1 000 m ³	280	330	228	235	251	293	325	374	315
Wohnfläche	1 000 m ²	54	63	44	46	49	60	64	70	59
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	67 052	82 264	54 946	59 720	65 129	77 533	77 251	98 760	82 106
Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	116	108	92	89	95	83	63	112	98
umbauter Raum	1 000 m ³	704	624	1 284	461	541	421	291	550	279
Nutzfläche	1 000 m ²	105	91	136	61	84	59	48	75	47
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	80 716	76 157	101 015	52 115	65 334	52 277	50 692	57 596	39 214
Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	477	714	479	400	587	717	911	779	534
Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen)	Anzahl	2 453	3 315	2 133	2 163	3 285	3 198	3 357	3 587	2 974
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ¹⁾	t	1 453	1 367	1 226	1 565	1 460	1 274	1 206	1 442	1 246
darunter										
Rinder insgesamt	t	306	308	288	406	317	301	297	365	335
darunter Kälber ²⁾	t	22	26	16	49	19	19	23	25	59
Jungrinder	t	6	6	5	6	9	7	9	9	7
Schweine	t	1 113	1 025	915	1 112	1 117	946	888	1 055	868
Eierzeugung ³⁾	1 000 St.	77 348	78 751	77 823	81 726	74 390	80 759	74 446	84 424	83 885
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁴⁾										
Betriebe	Anzahl	1 308	1 326	1 308	1 308	1 339	1 308	1 307	1 306	1 334
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	210,6	214,2	211,9	211,9	213,8	215,6	216,2	216,7	218,7
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	28 586	28 654	28 047	28 740	30 214	31 112	28 951	30 528	29 462
Bezahlte Entgelte	Mill. €	583,1	614,5	555,5	567,2	626,1	604,4	586,2	610,8	659,2
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	4 379,5	4 313,2	3 907,6	4 573,7	4 339,8	4 244,2	4 408,4	4 826,5	4 373,2
davon										
Vorleistungsgüter und Energie ⁵⁾	Mill. €	1 534,4	1 549,2	1 349,0	1 800,0	1 513,4	1 547,5	1 589,9	1 765,4	1 638,0
Investitionsgüter	Mill. €	2 062,7	1 966,4	1 857,9	1 993,9	2 034,2	1 900,4	2 049,3	2 239,7	1 917,7
Gebrauchsgüter	Mill. €	58,9	57,0	53,3	56,4	63,3	65,6	61,8	63,8	60,4
Verbrauchsgüter	Mill. €	723,5	740,6	647,4	723,4	729,0	730,6	707,4	757,5	757,0
Auslandsumsatz	Mill. €	1 697,4	1 660,8	1 456,5	1 940,2	1 629,4	1 643,5	1 763,4	1 927,7	1 601,5

1) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

2) wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar

3) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern

4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

5) ohne Energie- und Wasserversorgung

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Energie- und Wasserversorgung¹⁾										
Betriebe	Anzahl	136	144	140	143	147	153	152	152	153
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	13,7	13,8	13,7	13,7	13,7	14,0	13,9	13,9	13,9
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 780	1 760	1 728	1 776	1 845	1 970	1 762	1 901	1 770
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	50	51	45	46	56	48	47	48	55
Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	2 728	3 152	3 363	3 668	2 481	3 642	3 154	3 296	2 845
Bauhauptgewerbe²⁾										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	56,4	56,6	52,7	54,7	56,3	54,6	54,2	55,3	55,8
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 548	5 563	3 009	3 700	6 120	3 808	3 978	5 191	5 923
davon										
Wohnungsbau	1 000	1 823	1 884	966	1 168	2 051	1 367	1 367	1 731	1 968
gewerblicher Bau	1 000	2 017	2 023	1 284	1 559	2 220	1 515	1 603	2 013	2 149
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 708	1 657	759	973	1 849	926	1 008	1 447	1 806
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	107,8	109,8	80,9	87,5	110,5	99,9	91,4	100,8	114,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	507,6	509,4	253,1	322,6	455,6	269,7	322,4	445,1	503,1
davon										
Wohnungsbau	Mill. €	114,9	128,7	61,8	91,8	121,3	81,8	102,3	124,0	134,6
gewerblicher Bau	Mill. €	229,0	217,8	131,3	152,9	197,4	116,3	147,0	204,4	208,4
öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	163,8	162,9	60,0	77,9	137,0	71,5	73,0	116,8	160,2
Ausbaugewerbe^{1) 3)}										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	18,9	19,2	.	18,8	.	.	.	19,2	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 157	6 230	.	5 836	.	.	.	6 116	.
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	118,9	125,4	.	116,2	.	.	.	122,4	.
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	515,9	535,5	.	424,2	.	.	.	451,0	.
Handel⁴⁾										
Großhandel einschl. Handelsvermittlung										
Beschäftigte	2005 = 100	102,0	103,2	102,2	102,6	103,1	103,5	103,0	103,0	103,7
Umsatz (nominal)	2005 = 100	110,2	110,7	93,0	103,1	114,0	99,3	97,0	112,9	115,7
Umsatz (real)	2005 = 100	102,4	103,2	86,1	95,5	105,2	93,5	91,2	105,6	108,2
Einzelhandel einschl. Tankstellen										
Beschäftigte	2010 = 100	102,2	100,6	100,4	100,3	99,7	99,9	99,5	100,4	100,2
Umsatz (nominal)	2010 = 100	106,3	105,6	92,2	107,8	105,6	99,8	93,2	106,3	110,9
Umsatz (real)	2010 = 100	103,0	100,8	88,7	102,8	100,4	95,4	88,6	100,3	104,7
Kfz-Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz										
Beschäftigte	2010 = 100	104,6	104,1	103,5	103,1	103,4	104,2	103,6	103,5	103,8
Umsatz (nominal)	2010 = 100	115,1	116,8	92,2	117,2	128,3	100,3	100,1	125,0	124,0
Umsatz (real)	2010 = 100	112,8	114,6	90,7	115,2	125,6	98,3	98,3	122,9	121,8
Gastgewerbe⁴⁾										
Beschäftigte	2010 = 100	102,5	101,6	96,4	98,4	102,3	93,0	93,4	98,5	102,4
Umsatz (nominal)	2010 = 100	106,2	109,1	76,9	97,6	103,3	83,1	84,9	99,1	107,8
Umsatz (real)	2010 = 100	102,6	103,0	73,4	92,6	97,8	77,8	79,1	92,0	100,2

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe

3) Angaben beziehen sich auf das Quartal

4) Die Ergebnisse des Bereichs Handel und Gastgewerbe sind generell vorläufig. Der Berichtskreis wird jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Kfz-Handel und Großhandel basieren die Ergebnisse ab Berichtsmontat September 2012 auf einem Mix-Modell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen).

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Tourismus¹⁾										
Gästeankünfte	1 000	588	591	390	500	534	372	412	484	587
darunter von Auslandsgästen	1 000	65	67	33	43	54	42	35	45	59
Gästeübernachtungen	1 000	1 530	1 524	1 116	1 306	1 333	954	1 123	1 199	1 508
darunter von Auslandsgästen	1 000	151	155	81	107	125	93	82	106	131
Verkehr										
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	1 623	1 549	1 294	1 378	1 347	1 322	1 104	1 370	1 441
darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 136	1 080	680	811	964	839	777	997	1 079
Getötete Personen	Anzahl	18	16	11	10	19	14	9	18	19
Verletzte Personen	Anzahl	1 414	1 349	879	1 029	1 175	1 016	963	1 242	1 325
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 492	11 042	8 421	12 517	12 858	8 241	9 358	14 045	12 321
darunter Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	9 557	9 081	7 223	10 083	10 345	6 913	7 677	11 220	9 858
Lastkraftwagen	Anzahl	1 143	1 167	735	1 093	1 196	920	986	1 310	1 194
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	5,6	5,4	6,6	12,4	5,9	5,5	2,9	4,8	4,3
Güterversand	1 000 t	7,1	12,7	16,8	29,2	31,1	7,9	5,8	3,9	7,0
Außenhandel⁴⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. €	2 652,3	2 620,7	2 366,6	2 709,0	2 623,3	2 895,3	2 627,4	2 894,7	2 861,6
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	97,7	106,4	93,1	100,2	103,6	102,8	100,0	101,5	102,6
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	2 536,4	2 475,0	2 227,6	2 573,1	2 487,9	2 723,8	2 451,1	2 694,7	2 662,1
davon										
Rohstoffe	Mill. €	10,2	9,9	8,5	11,0	9,5	10,9	8,9	13,4	9,2
Halbwaren	Mill. €	103,0	99,1	86,6	97,6	86,6	106,7	97,5	114,9	115,7
Fertigwaren	Mill. €	2 423,3	2 366,0	2 132,6	2 464,5	2 391,8	2 606,2	2 344,7	2 566,3	2 537,3
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	219,2	208,4	197,9	222,9	220,3	215,8	211,8	217,9	210,7
Enderzeugnisse	Mill. €	2 204,1	2 157,6	1 934,6	2 241,7	2 171,5	2 390,4	2 133,0	2 348,4	2 326,5
Ausfuhr nach										
Europa	Mill. €	1 448,7	1 444,6	1 356,2	1 430,1	1 448,2	1 545,1	1 453,5	1 555,7	1 502,3
darunter in die EU-Länder ⁵⁾	Mill. €	1 147,7	1 156,0	1 099,6	1 149,4	1 144,6	1 258,8	1 182,5	1 266,0	1 246,6
Afrika	Mill. €	47,1	71,1	73,0	79,3	78,6	65,4	59,7	53,4	59,8
Amerika	Mill. €	321,5	319,8	300,0	355,7	365,8	302,5	342,3	375,8	394,1
Asien	Mill. €	800,9	747,7	604,2	808,0	694,6	955,9	741,3	877,1	873,9
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	34,2	37,5	33,2	35,9	36,0	26,3	30,5	32,7	31,3

1) Betriebe mit zehn und mehr Betten einschließlich Campingplätze mit zehn und mehr Stellplätzen

2) schwer wiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel

3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen

4) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

5) einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Noch: Außenhandel										
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. €	1 623,2	1 571,0	1 382,2	1 604,5	1 497,5	1 550,0	1 538,5	1 603,0	1 709,2
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	90,1	94,7	87,4	88,4	102,2	86,3	85,0	90,3	86,5
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 442,1	1 397,7	1 220,7	1 442,8	1 321,1	1 358,4	1 332,2	1 368,1	1 482,7
davon										
Rohstoffe	Mill. €	139,5	124,2	127,9	134,6	109,3	135,8	106,4	153,7	97,9
Halbwaren	Mill. €	138,3	127,9	106,2	119,6	125,2	132,0	118,9	109,1	119,9
Fertigwaren	Mill. €	1 164,3	1 145,6	986,7	1 188,6	1 086,6	1 090,6	1 106,9	1 105,3	1 265,0
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	162,2	152,3	131,5	167,5	165,8	154,2	154,8	147,7	177,3
Enderzeugnisse	Mill. €	1 002,2	993,3	855,2	1 021,1	920,8	936,3	952,0	957,6	1 087,7
Einfuhr aus										
Europa	Mill. €	1 231,5	1 210,3	1 112,2	1 217,2	1 146,2	1 220,9	1 238,2	1 242,0	1 297,0
darunter aus den EU-Ländern ¹⁾	Mill. €	989,3	990,0	908,1	1 017,7	936,9	960,2	1 034,4	1 021,1	1 117,4
Afrika	Mill. €	6,6	8,3	5,7	28,3	9,7	8,6	7,6	7,8	7,9
Amerika	Mill. €	107,7	96,2	70,5	89,5	108,6	77,8	77,8	92,1	95,5
Asien	Mill. €	275,0	253,7	191,0	267,8	230,6	241,2	213,6	255,8	306,6
Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. €	2,3	2,5	2,9	1,7	2,4	1,5	1,2	5,3	2,1
Gewerbeanzeigen ²⁾										
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	2 697	2 583	2 522	2 568	2 856	3 049	2 254	2 797	2 537
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 718	2 588	2 551	2 457	2 448	3 585	2 303	2 605	2 336
Insolvenzen										
Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	584	564	560	542	632	569	582	511	566
und zwar										
Unternehmen	Anzahl	116	105	91	110	113	97	92	84	123
Verbraucher	Anzahl	332	329	336	295	367	328	372	314	308
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	92	85	93	89	101	93	71	77	96
sonstige natürliche Personen ³⁾ , Nachlässe	Anzahl	45	46	40	48	51	51	47	36	39
eröffnete Verfahren	Anzahl	512	494	499	472	560	507	510	454	495
mangels Masse abgewiesene Verfahren	Anzahl	70	69	61	68	69	58	70	56	69
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	Mill. €	104	99	110	120	139	94	61	50	1 101
Handwerk										
Beschäftigte ⁴⁾	30.9.09 = 100	97,9	96,7	.	94,9	.	.	.	96,0	.
Umsatz ⁵⁾	2009 = 100	103,4	104,0	.	81,0	.	.	.	88,9	.

1) einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet

2) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

3) z. B. als Gesellschafter oder Mithafter

4) am Ende des Kalendervierteljahres

5) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.)

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2012	2013	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Preise										
Verbraucherpreisindex	2010 = 100	104,0	105,7	105,1	105,6	105,7	106,6	106,5	106,4	106,6
Preisindex für Wohngebäude ¹⁾	2010 = 100	107,4	110,8	.	110,7	.	.	.	113,9	.
Verdienste										
Bruttomonatsverdienste ²⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ³⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich										
	€	2 825	2 884	x	x	2 701	2 711	x	x	...
männlich	€	2 926	2 970	x	x	2 769	2 787	x	x	...
weiblich	€	2 650	2 723	x	x	2 573	2 575	x	x	...
Produzierendes Gewerbe	€	2 700	2 737	x	x	2 523	2 540	x	x	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 121	3 612	x	x	3 231	(3 093)	x	x	...
Verarbeitendes Gewerbe	€	2 723	2 789	x	x	2 538	2 570	x	x	...
Energieversorgung	€	4 221	4 440	x	x	3 929	3 757	x	x	...
Wasserversorgung ⁴⁾	€	2 566	2 802	x	x	2 608	2 692	x	x	...
Baugewerbe	€	2 429	2 360	x	x	2 297	2 221	x	x	...
Dienstleistungsbereich	€	2 902	2 983	x	x	2 820	2 827	x	x	...
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	€	2 437	2 481	x	x	2 303	2 302	x	x	...
Verkehr und Lagerei	€	2 494	2 581	x	x	2 404	2 372	x	x	...
Gastgewerbe	€	1 640	1 684	x	x	1 639	1 681	x	x	...
Information und Kommunikation	€	3 623	3 811	x	x	3 464	3 503	x	x	...
Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen	€	4 211	4 217	x	x	3 558	3 640	x	x	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	(2 914)	(2 974)	x	x	(2 738)	(2 530)	x	x	...
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	3 566	3 529	x	x	3 248	3 163	x	x	...
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	1 798	1 999	x	x	1 921	1 860	x	x	...
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	€	3 378	3 451	x	x	3 352	3 444	x	x	...
Erziehung und Unterricht	€	3 929	4 109	x	x	4 023	4 008	x	x	...
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 161	3 271	x	x	3 134	3 047	x	x	...
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	3 020	2 967	x	x	2 826	2 966	x	x	...
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	(2 417)	(2 235)	x	x	(2 091)	(2 241)	x	x	...

1) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk

2) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni, usw. ohne Sonderzahlungen.

Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen dagegen mit enthalten.

3) einschließlich Beamte

4) einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen

Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

**Herausgeber:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Redaktion:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Gestaltung und Satz:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Druck:

Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste

Redaktionsschluss:

Juli 2014

Preis dieser Ausgabe:

3,50 €

Bezug:

Diese Druckschrift kann bezogen werden bei:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Hausanschrift: Macherstraße 63, 01917 Kamenz

Telefon: +49 3578 33-1424

Telefax: +49 3578 33-1499

E-Mail: vertrieb@statistik.sachsen.de

www.statistik.sachsen.de

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von politischen Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Copyright

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Titelbild: Stadtansicht Großenhain/Lebensart, die Werbeagentur - Michael Raue

ISSN 0949-4480 (print)

Für Smartphones: Bildcode scannen und Sie finden weitere interessante statistische Ergebnisse und Informationen zum Thema

